



Bundesministerium
der Finanzen

F a c h b l i c k

Das Ministerium

Monatsbericht des BMF November 2003



Monatsbericht des BMF November 2003

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2003	26
Termine	28
Analysen und Berichte	31
Die Entwicklung des Bundeshaushalts bis zum 3.Quartal 2003	33
Nachtragshaushalt 2003	57
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. November 2003	61
Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland	65
Vermögensbesteuerung in westlichen Industriestaaten	73
Finanz- und Wirtschaftspolitik in wichtigen Industrieländern – ein aktueller Überblick	81
Wirtschafts- und finanzpolitische Entwicklungen in ausgewählten Schwellenländern	95
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún vom 10. bis 14. September 2003 und ihre Folgen aus finanzpolitischer Sicht	109
Statistiken und Dokumentationen	117
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	120
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	140
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	144

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts
sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

am 12. November 2003 hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sein diesjähriges Jahresgutachten mit dem Titel „Staatsfinanzen konsolidieren – Steuersystem reformieren“ vorgelegt, in dem er die Handlungsoptionen im Bereich der Finanzpolitik ausführlich thematisiert.

Das Konzept einer mutigen Reformpolitik, mit dem wir Deutschland fit für die Zukunft machen wollen, wird vom Sachverständigenrat nachdrücklich befürwortet. Die auf den Weg gebrachten finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen weisen in die richtige Richtung, nicht zuletzt, weil sie die öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren in beträchtlichem Ausmaß entlasten werden. Gleichzeitig gibt der Sachverständigenrat Empfehlungen zur Nachbesserung bzw. Konkretisierung erfolgter und laufender Reformschritte.

Eine verantwortliche Finanzpolitik muss durch eine glaubwürdige mittelfristige Konsolidierungsstrategie das Vertrauen von Investoren und Konsumenten stärken. In einem weltwirtschaftlich schwierigen Umfeld muss sie aber auch zur Konjunkturstabilisierung und zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen beitragen. Darum verbinden wir die Steuerentlastung mit nachhaltigen Reform- und Konsolidierungsmaßnahmen.

Durch das Brennglas der Wachstumskrise ist der strukturelle Anpassungsbedarf der deutschen Volkswirtschaft in seiner ganzen Bedeutung zu Tage getreten. Die von der Bundesregierung in der Agenda 2010 vorgesehenen Maßnahmen wie zum Beispiel die „Brücke zur Steuerehrlichkeit“, Einsparungen bei der Bundesanstalt für Arbeit sowie der Arbeitslosenhilfe



aus dem „Hartz-Konzept“ müssen jetzt umgesetzt werden, um die Rückführung des strukturellen Defizits zu ermöglichen.

Zur strukturellen Konsolidierung gehört auch aus Sicht des Sachverständigenrates der entschlossene Abbau von Subventionen auf der Ausgaben- und Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte, also von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen. Auch hier hat der Sachverständigenrat konkrete Vorschläge unterbreitet. Ein gezieltes und an Kriterien der Effizienz orientiertes Vorgehen – wie es die Bundesregierung mit ihren Vorschlägen zur Kürzung der Pendlerpauschale und dem Wegfall der Eigenheimzulage betreibt – erhält von ihm klar den Vorrang vor pauschalen Kürzungen mit dem Rasenmäher. Es geht darum, nicht mehr zeitgemäße und vor allem ökologisch bedenkliche Subventionen gänzlich abschaffen. Damit gewinnen auch die öffentlichen Haushalte an Nachhaltigkeit.

Die größte Herausforderung für die deutsche Politik ist der demografische Wandel. Zu diesem Ergebnis kommt auch der Sachverständigenrat bei der Analyse der Tragfähigkeit der Finanzpolitik. Die Menschen werden erfreulicherweise immer älter, gleichzeitig sind zu wenig Kinder geboren worden. Die Grafiken und Tabellen über die Altersstruktur unserer Gesellschaft sind hinreichend bekannt. Damit ist aber auch klar, es handelt sich nicht um eine Prognose über künftige Entwicklungen, sondern um ein akutes Problem – die (zu wenigen) jungen Menschen sind bereits alle geboren. Angesichts dieser

Tatsache öffnet sich absehbar eine Tragfähigkeitslücke, die den erheblichen zukünftigen Konsolidierungsbedarf verdeutlicht. Um diese Lücke zu schließen, gibt es – neben einer stärkeren Förderung der Familien – keine Alternative zu beherzten Reformen im Bereich der Sozialversicherungssysteme. Insbesondere die Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt, aber auch die Maßnahmen zur Anpassung der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Gesundheitsreform müssen jetzt umgesetzt werden. Nur so können wir auf lange Sicht die Handlungsspielräume der Finanzpolitik erhalten, die wir für Zukunftsaufgaben wie Forschung, Bildung und Familienförderung brauchen.

Darüber hinaus bereichert der Sachverständigenrat die steuerpolitische Debatte mit einem Vorschlag zu einem Systemwechsel von der synthetischen Einkommensteuer zum Modell einer dualen Einkommensteuer. Zur Sicherung der Staatsfinanzen sind wir darauf angewiesen, auch von Kapitaleinkommen und Unternehmensgewinnen einen effektiven Steuerertrag zu erhalten. Gleichzeitig muss die Attraktivität des Investitionsstandorts Deutschland weiter erhöht werden.

Vor diesem Hintergrund müssen die ökonomischen, steuerpolitischen und vor allem fiskalischen Auswirkungen des Vorschlags geprüft werden.

Der Sachverständigenrat hat mit seinem Gutachten in aller Deutlichkeit auf die Herausforderungen für die Finanz- und Wirtschaftspolitik in Deutschland hingewiesen. Jetzt kommt es darauf an, den von der Bundesregierung aufgezeigten Kurs der Erneuerung Schritt für Schritt umzusetzen. Wir müssen die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und unseres Staates erhöhen, damit wir den privaten und gesellschaftlichen Wohlstand für die Zukunft sichern und ausbauen können. Eine verantwortungsvolle Finanzpolitik in der Gegenwart wird die Zukunft entscheidend mitgestalten.



Volker Halsch
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2003	26
Termine	28

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben lagen mit 220,2 Mrd. € um 8,8 Mrd. € (+ 4,2 %) über dem Vorjahresergebnis. Die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr konnte jedoch im Oktober im Vergleich zum Vormonat (+ 4,7 %) gebremst werden. Die erhöhten Ausgaben für die soziale Sicherung (+ 7,1 Mrd. €/+ 7,1 %) belasten den Bundeshaushalt auch weiterhin. Bereinigt

um die Leistungen des Bundes an den „Fonds Aufbauhilfe“ zur Behebung der Schäden der Flutkatastrophen vom August letzten Jahres (rd. 2,6 Mrd. €) haben sich die Ausgaben für die übrigen Ausgabenfelder im Jahresvergleich rückläufig entwickelt (– 0,9 Mrd. €).

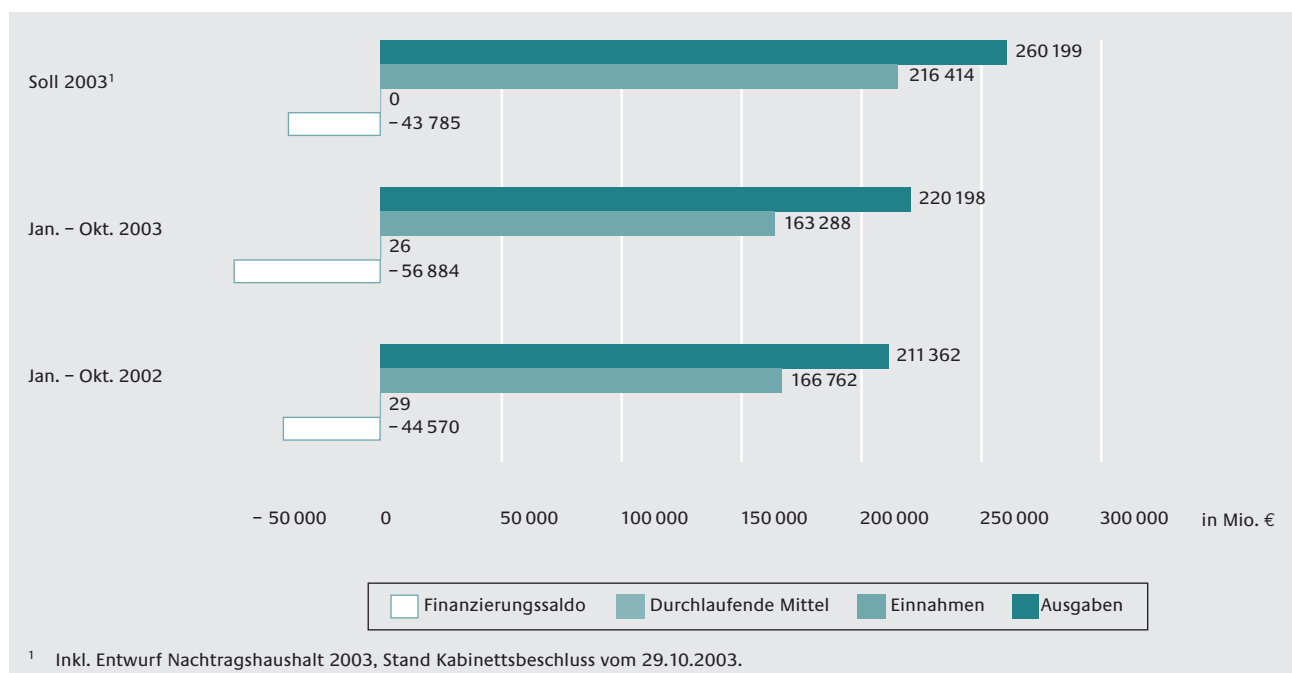
Die Steuereinnahmen des Bundes betrugen bis einschließlich Oktober 144,8 Mrd. €. Das

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll ¹ 2003	Ist-Entwicklung ² Januar bis Oktober 2003
Ausgaben (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	260,2 4,4	220,2 4,2
Einnahmen (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	216,4 – 0,1	163,3 – 2,1
Steuereinnahmen (Mrd. €) Veränderung gegenüber Vorjahr in %	190,8 – 0,7	144,8 – 0,4
Finanzierungssaldo (Mrd. €) Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €) Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	– 43,8 – – 0,4	– 56,9 – 21,4 – 0,4
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	– 43,4	– 35,0

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2003, Stand Kabinettsbeschluss vom 29.10.2003.
² Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Vorjahresergebnis wird hierbei um 0,65 Mrd. € (– 0,4 %) unterschritten. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 18,5 Mrd. € um – 13,2 % (– 2,8 Mrd. €) unter dem Vorjahresergebnis. Ursächlich hierfür ist auch weiterhin der im Jahresvergleich nicht regelmäßige Einnahmeverlauf. Dies wirkt sich maßgeblich auf die Entwicklung der Gesamteinnahmen des Bundes

aus. Sie lagen bis einschließlich Oktober bei 163,3 Mrd. €; das bedeutet eine Veränderung zum Vorjahr von – 3,5 Mrd. € oder – 2,1 %.

Aus der Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen ergibt sich ein Finanzierungssaldo von – 56,9 Mrd. €. Der Bundeshaushalt wird auch weiterhin erheblich von den aus der bisherigen

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Soll 2003 ¹	Ist 2003		Ist 2002		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Januar bis Oktober Mio. €	Anteil in %	Januar bis Oktober Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	48 520	38 463	17,5	38 412	18,2	0,1
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 695	2 902	1,3	2 853	1,3	1,7
Verteidigung	28 337	22 735	10,3	22 510	10,6	1,0
Politische Führung, zentrale Verwaltung	8 503	6 656	3,0	6 901	3,3	– 3,6
Finanzverwaltung	3 008	2 458	1,1	2 428	1,1	1,2
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	11 343	8 781	4,0	8 642	4,1	1,6
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	1 060	817	0,4	808	0,4	1,1
BAföG	850	820	0,4	761	0,4	7,8
Forschung und Entwicklung	6 832	5 321	2,4	5 345	2,5	– 0,4
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	119 325	107 371	48,8	100 273	47,4	7,1
Sozialversicherung	74 694	67 433	30,6	63 158	29,9	6,8
Arbeitslosenversicherung	7 500	8 530	3,9	7 357	3,5	15,9
Arbeitslosenhilfe	16 800	13 711	6,2	12 022	5,7	14,0
Wohngeld	2 650	2 375	1,1	1 874	0,9	26,7
Erziehungsgeld	3 270	2 656	1,2	2 769	1,3	– 4,1
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 623	3 245	1,5	3 375	1,6	– 3,9
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 037	775	0,4	733	0,3	5,7
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 913	1 369	0,6	1 634	0,8	– 16,2
Wohnungswesen	1 413	1 088	0,5	1 331	0,6	– 18,3
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	11 513	8 186	3,7	6 233	2,9	31,3
Regionale Förderungsmaßnahmen	4 607	3 548	1,6	1 131	0,5	213,7
Kohlenbergbau	2 559	2 533	1,2	2 731	1,3	– 7,3
Gewährleistungen	2 000	783	0,4	894	0,4	– 12,4
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 291	7 469	3,4	7 291	3,4	2,4
Straßen (ohne GVFG)	5 562	4 186	1,9	4 063	1,9	3,0
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	16 303	11 349	5,2	11 838	5,6	– 4,1
Postbeamtenversorgungskasse	5 300	3 670	1,7	3 909	1,8	– 6,1
Bundeseisenbahnvermögen	5 769	4 304	2,0	4 602	2,2	– 6,5
Deutsche Bahn AG	4 339	2 727	1,2	2 410	1,1	13,2
Allgemeine Finanzwirtschaft	39 955	36 435	16,5	36 305	17,2	0,4
Fonds „Deutsche Einheit“	2 268	1 890	0,9	2 050	1,0	– 7,8
Zinsausgaben	37 885	34 146	15,5	33 727	16,0	1,2
Ausgaben zusammen	260 199	220 198	100,0	211 362	100,0	4,2

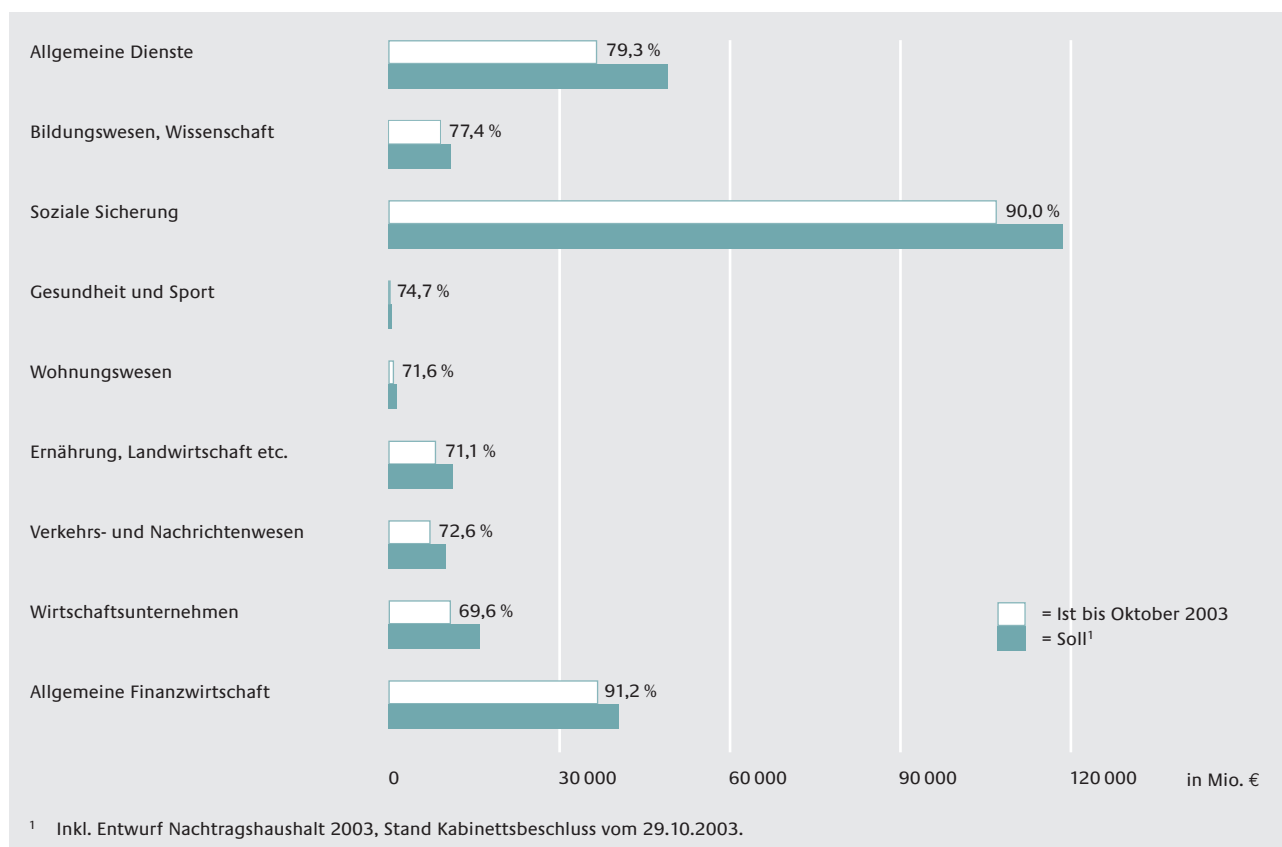
¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2003, Stand Kabinettsbeschluss vom 29.10.2003.

wirtschaftlichen Stagnation erwachsenen Faktoren wie hohe Arbeitslosigkeit und verminderte Steuereinnahmen belastet. Der von der Bundesregierung am 29.10.2003 beschlossene Entwurf des Nachtragshaushalts 2003 berücksichtigt diese Entwicklung.

Der Entwurf zum Nachtragshaushalt 2003 sieht eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 43,4 Mrd. € vor. Damit wird die Summe der im Haushaltsplan 2003 veranschlagten Investitionen um 16,7 Mrd. € überschritten. Das ist zur Überwindung

der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts auf Grund der Ausnahmeregelung des Art. 115 Abs. 1 GG zulässig. Es wäre verfehlt, zum jetzigen Zeitpunkt die erforderlichen Mehrausgaben im Wege massiver Eingriffe auf der Ausgabe- und Einnahmeseite zu decken. Dies kann die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts noch verstärken. Die unvermeidbaren Mehrausgaben für den Arbeitsmarkt sowie die steuerlichen Mindereinnahmen des Jahres 2003 werden deshalb durch eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme ausgeglichen.

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Oktober 2003

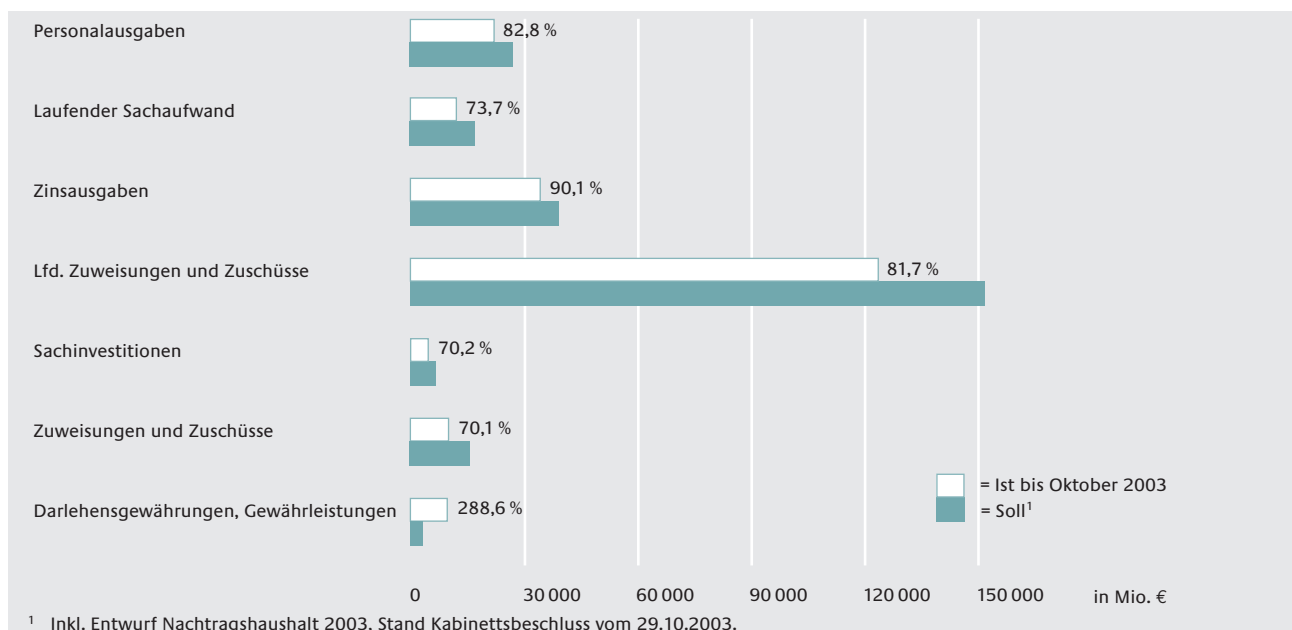


Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Soll 2003 ¹		Ist 2003 Januar bis Oktober		Ist 2002 Januar bis Oktober	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Konsumtive Ausgaben	234 298	193 590	87,9	187 645	88,8	3,2
Personalausgaben	27 078	22 428	10,2	21 911	10,4	2,4
Aktivbezüge	20 515	16 801	7,6	16 643	7,9	0,9
Versorgung	6 563	5 627	2,6	5 268	2,5	6,8
Laufender Sachaufwand	17 323	12 768	5,8	12 773	6,0	0,0
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 518	1 147	0,5	1 164	0,6	– 1,5
Militärische Beschaffungen	8 059	5 799	2,6	6 077	2,9	– 4,6
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 747	5 822	2,6	5 532	2,6	5,2
Zinsausgaben	37 885	34 146	15,5	33 727	16,0	1,2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	151 611	123 902	56,3	118 669	56,1	4,4
an Verwaltungen	15 521	12 520	5,7	11 849	5,6	5,7
an andere Bereiche	136 090	111 338	50,6	106 789	50,5	4,3
darunter						
Unternehmen	16 180	12 569	5,7	13 172	6,2	– 4,6
Renten, Unterstützungen u. a.	24 021	19 924	9,0	18 606	8,8	7,1
Sozialversicherungen	92 077	75 861	34,5	71 892	34,0	5,5
Sonstige Vermögensübertragungen	400	347	0,2	565	0,3	– 38,6
Investive Ausgaben	26 661	26 608	12,1	23 716	11,2	12,2
Finanzierungshilfen	19 821	21 809	9,9	18 964	9,0	15,0
Zuweisungen und Zuschüsse	15 717	11 020	5,0	9 123	4,3	20,8
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	3 554	10 258	4,7	9 251	4,4	10,9
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	551	531	0,2	590	0,3	– 10,0
Sachinvestitionen	6 840	4 799	2,2	4 752	2,2	1,0
Baumaßnahmen	5 301	3 894	1,8	3 856	1,8	1,0
Erwerb von beweglichen Sachen	981	537	0,2	587	0,3	– 8,5
Grunderwerb	557	368	0,2	309	0,1	19,1
Globalansätze	– 760	0		0		
Ausgaben insgesamt	260 199	220 198	100,0	211 362	100,0	4,2

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2003, Stand Kabinettsbeschluss vom 29.10.2003.

Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Oktober 2003



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2003 ¹	Ist 2003		Ist 2002		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
	Mio. €	Januar bis Oktober Mio. €	Anteil in %	Januar bis Oktober Mio. €	Anteil in %		
I. Steuern	190 795	144 800	88,7	145 451	87,2	-	0,4
Bundesanteile an:	138 833	107 902	66,1	109 410	65,6	-	1,4
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	69 465	51 830	31,7	52 830	31,7	-	1,9
davon:							
Lohnsteuer	56 315	42 891	26,3	42 325	25,4		1,3
veranlagte Einkommensteuer	1 764	- 410	- 0,3	836	0,5	-	149,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	4 892	4 308	2,6	6 555	3,9	-	34,3
Zinsabschlag	3 447	2 917	1,8	3 178	1,9	-	8,2
Körperschaftsteuer	3 047	2 124	1,3	- 64	0,0		3 418,8
Umsatzsteuer	47 598	38 641	23,7	40 048	24,0	-	3,5
Einfuhrumsatzsteuer	19 558	16 005	9,8	15 462	9,3		3,5
Gewerbesteuerumlage	2 212	1 427	0,9	1 069	0,6		33,5
Mineralölsteuer	43 310	29 531	18,1	29 416	17,6		0,4
Tabaksteuer	14 600	11 033	6,8	10 464	6,3		5,4
Solidaritätszuschlag	10 185	7 994	4,9	8 087	4,8	-	1,1
Versicherungsteuer	8 500	7 702	4,7	7 428	4,5		3,7
Stromsteuer	6 270	5 211	3,2	4 019	2,4		29,7
Branntweinsteuer	2 220	1 570	1,0	1 516	0,9		3,6
Kaffeesteuer	980	768	0,5	843	0,5	-	8,9
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 15 570	- 11 549	- 7,1	- 11 610	- 7,0	-	0,5
BSP-Eigenmittel der EU	- 12 150	- 9 996	- 6,1	- 8 840	- 5,3		13,1
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 6 846	- 5 705	- 3,5	- 5 621	- 3,4		1,5
II. Sonstige Einnahmen	25 619	18 488	11,3	21 311	12,8	-	13,2
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 143	4 010	2,5	4 014	2,4	-	0,1
Zinseinnahmen	1 273	1 056	0,6	700	0,4		50,9
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen	9 437	4 073	2,5	9 184	5,5	-	55,7
Einnahmen zusammen	216 414	163 288	100,0	166 762	100,0	-	2,1

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2003, Stand Kabinettsbeschluss vom 29.10.2003.

Steuereinnahmen im Oktober 2003

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) sind im Oktober 2003 gegenüber dem Vorjahresmonat um – 4,2 % gesunken. Dabei sanken die gemeinschaftlichen Steuern im Vorjahresvergleich um – 5,5 %, die reinen Bundessteuern um – 1,2 % sowie die reinen Ländersteuern um – 0,8 %.

Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen von Januar bis Oktober 2003 stagnierte nach einer leichten Aufwärtsentwicklung im Vormonat (+ 0,3 %) im Vergleich mit dem Vorjahreszeitraum.

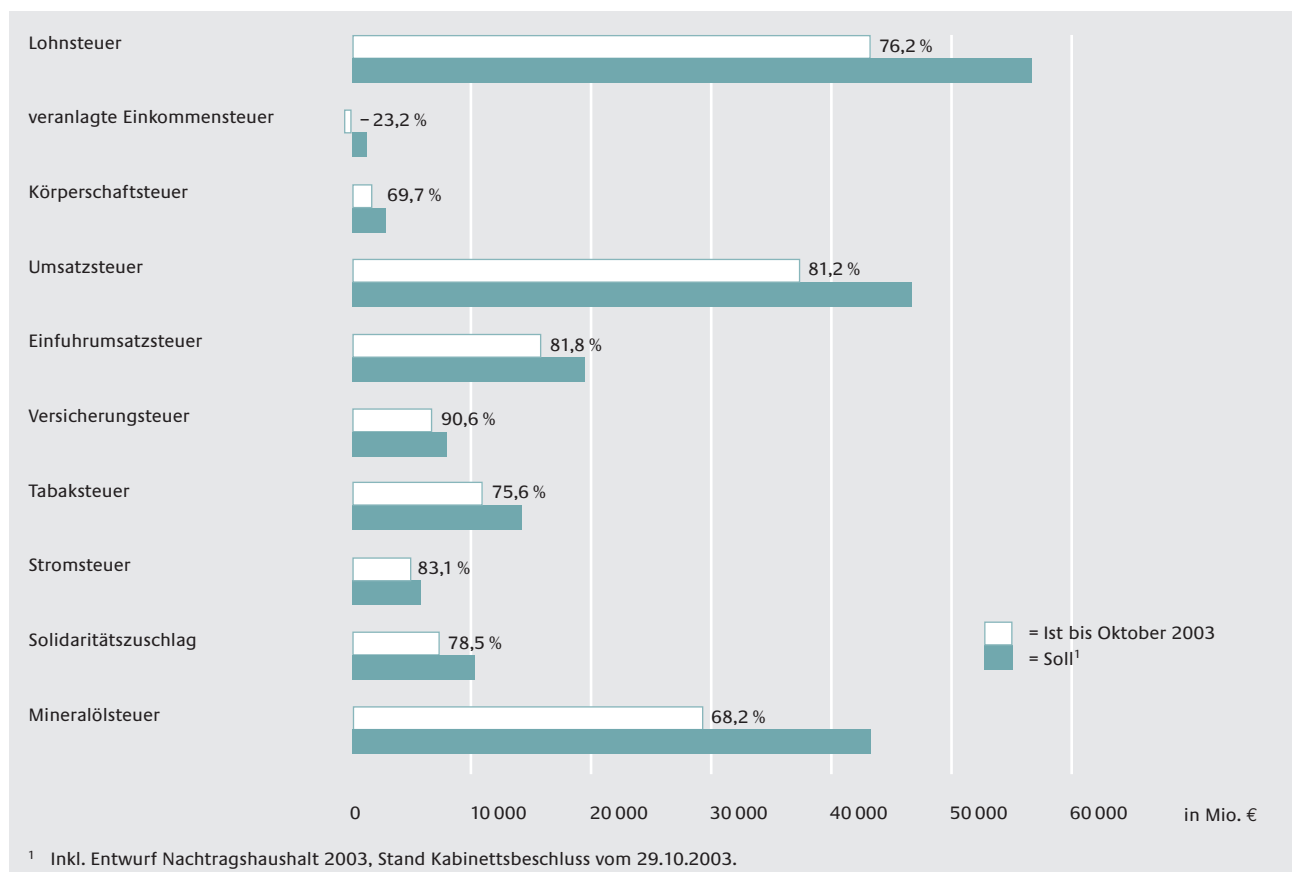
Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) stiegen im Oktober 2003 um + 2,0 %. Dieser im Gegensatz zur Entwicklung bei den Gesamteinnahmen positive Wert ergibt sich durch

die Anrechnung des EU-Überschusses für das Jahr 2002 (Nachtrags- und Berichtigungshaushalt 3/4 2003) auf die Eigenmittelabführung an die EU im Monat Oktober. Kumuliert liegen die Steuereinnahmen des Bundes um – 0,3 % unter dem Vorjahreswert.

Die Lohnsteuereinnahmen stiegen im Oktober 2003 gegenüber dem Vorjahresmonat um + 2,2 %. Damit ergab sich sowohl eine Verbesserung gegenüber dem September (+ 0,9 %) als auch gegenüber dem Ergebnis für die ersten drei Quartale 2003 (+ 1,2 %). Dieses erfreuliche Resultat ergibt sich in Folge gestiegener Lohn- und Gehaltszahlungen im Vergleich zum Vorjahresmonat und trotz der weiterhin angespannten Arbeitsmarktsituation.

Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer lagen im Oktober 2003 um – 57 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Oktober 2003



Bei der Körperschaftsteuer ergab sich im Vergleich zum Vorjahr ein Aufkommensrückgang um rd. – 557 Mio. €. Dieses negative Ergebnis ist in erster Linie durch die in Folge eines Sondereffekts überhöhte Vorjahresbasis (hohe Nachzahlung nach einer Betriebsprüfung in einem großen Bundesland) zu erklären.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag zeigte sich ein deutlicher Rückgang des Aufkommens um – 66,4 % gegenüber dem Vorjahresmonat, was wieder eine klare Verschlechterung gegenüber den Vormonaten bedeutet. Ursache sind die deutlich reduzierten Gewinnausschüttungen der Unternehmen als Folge der schwachen konjunkturellen Entwicklung.

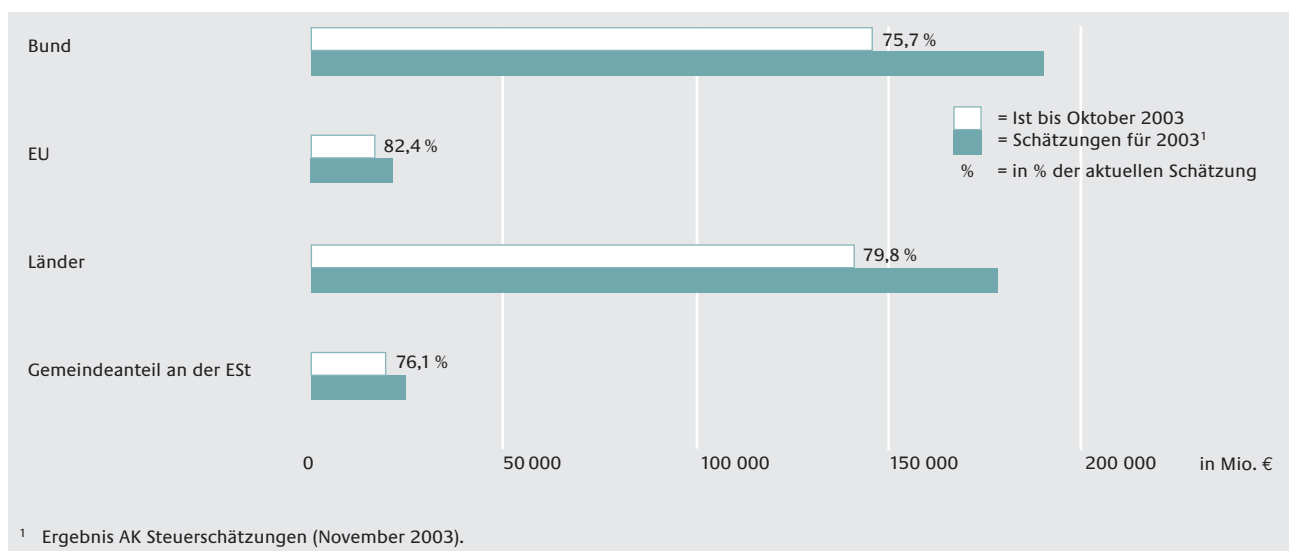
Der in den Vormonaten zu beobachtende kontinuierliche Rückgang beim Zinsabschlag setzte sich mit – 19,8 % weiter fort. Die Ursache dafür ist in erster Linie in der weiter anhaltenden Rückentwicklung des durchschnittlichen Zinsniveaus der Geldanlagen zu sehen.

Auch bei den Steuern vom Umsatz setzte sich mit einem Rückgang in Höhe von – 2,4 % die unbefriedigende Entwicklung der Vormonate fort. In diesem Verlauf spiegeln sich die schwachen Einzelhandelsumsätze während der heißen Sommermonate wider.

Die Einnahmen aus den reinen Bundessteuern gingen um – 1,2 % zurück. Die Rückgänge waren zu verzeichnen bei der Mineralölsteuer (– 4,0 %), der Tabaksteuer (– 0,2 %) und der Branntweinsteuer (– 3,8 %). Zugewinne ergaben sich dagegen bei der Stromsteuer, deren Aufkommen um + 7,9 % wuchs, der Versicherungssteuer (+ 3,4 %) und dem Solidaritätszuschlag (+ 2,3 %).

Das Aufkommen der reinen Ländersteuern ging um – 0,8 % zurück. Lediglich die Erbschaftsteuer (+ 6,8 %) und die Grunderwerbsteuer, die wie im Vormonat wieder im Plus (+ 1,5 %) lag, zeigten eine positive Entwicklung. Rückläufig entwickelten sich die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer (– 2,4 %), der Rennwett- und Lotteriesteuer (– 6,9 %) und der Biersteuer (– 3,5 %).

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Oktober 2003



Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)¹

2003	Oktober	Veränderung gegenüber Vorjahr	Januar bis Oktober	Veränderung gegenüber Vorjahr	Schätzungen für 2003	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. € ⁴	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	9 753,3	2,2	104 162,5	1,3	133 300	0,8
veranlagte Einkommensteuer	- 1 093,4	.	- 963,8	.	4 400	- 41,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	302,2	- 66,4	8 616,5	- 34,3	9 620	- 31,4
Zinsabschlag	395,3	- 19,8	6 629,4	- 8,2	7 830	- 7,6
Körperschaftsteuer	- 354,4	.	4 489,6	.	7 260	.
Steuern vom Umsatz	11 104,0	- 2,4	112 321,6	- 1,1	137 000	- 0,9
Gewerbsteuerumlage	776,9	19,7	3 448,7	31,1	4 977	28,9
erhöhte Gewerbsteuerumlage	363,1	3,7	1 489,6	13,0	2 042	8,0
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	21 246,9	- 5,5	240 194,0	- 1,0	306 429	- 0,8
Bundessteuern						
Mineralölsteuer	3 304,6	- 4,0	29 530,9	0,4	43 100	2,2
Tabaksteuer	1 734,4	- 0,2	11 033,0	5,4	14 600	6,0
Branntweinsteuer	199,3	- 3,8	1 569,7	3,6	2 220	3,3
Versicherungsteuer	385,2	3,4	7 702,3	3,7	8 600	3,3
Stromsteuer	607,0	7,9	5 211,2	29,7	6 600	29,5
Solidaritätszuschlag	576,2	2,3	7 999,2	- 1,1	10 100	- 2,9
sonstige Bundessteuern	127,1	- 4,7	1 107,4	- 6,4	1 460	- 94,9
Bundessteuern insgesamt	6 933,7	- 1,2	64 153,8	3,3	86 680	3,8
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	287,4	6,8	2 779,7	10,2	3 300	9,2
Grunderwerbsteuer	388,7	1,5	4 035,2	- 0,1	4 770	0,1
Kraftfahrzeugsteuer	581,2	- 2,4	6 333,1	- 4,1	7 310	- 3,7
Rennwett- und Lotteriesteuer	173,0	- 6,9	1 560,6	- 0,6	1 860	0,8
Biersteuer	68,3	- 3,5	668,9	- 3,0	785	- 3,3
sonstige Ländersteuern	24,8	- 18,8	483,1	3,4	559	2,7
Ländersteuern insgesamt	1 523,3	- 0,8	15 860,6	- 0,2	18 584	0,0
EU-Eigenmittel						
Zölle	261,9	7,3	2 370,6	- 0,9	2 850	- 1,6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	490,4	4,9	4 903,9	4,5	5 300	3,0
BSP-Eigenmittel	- 64,8	-,*	9 996,3	13,1	12 800	21,7
EU-Eigenmittel insgesamt	687,5	- 56,8	17 270,7	8,4	20 950	12,9
Bund³	14 767,5	2,0	145 252,1	- 0,3	191 866	- 0,1
Länder³	12 933,9	- 5,2	141 448,9	- 0,7	177 288	- 0,7
EU	687,5	- 56,8	17 270,7	8,4	20 950	12,9
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 576,9	0,4	18 607,3	- 1,8	24 439	- 1,6
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	29 965,8	- 4,2	322 578,9	- 0,1	414 543	0,1

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2003.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Nach der Entspannung der Bondmärkte im September sind die Renditen der europäischen Staatsanleihen im Oktober wieder angestiegen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe erhöhte sich im Oktober deutlich um 30 Basispunkte von 4,01 % (Ende September) auf 4,31 % (Ende Oktober). Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – lagen Ende Oktober kaum verändert bei 2,16 Basispunkten. Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 5. Juni dieses Jahres die Leitzinsen um 0,5 % gesenkt.

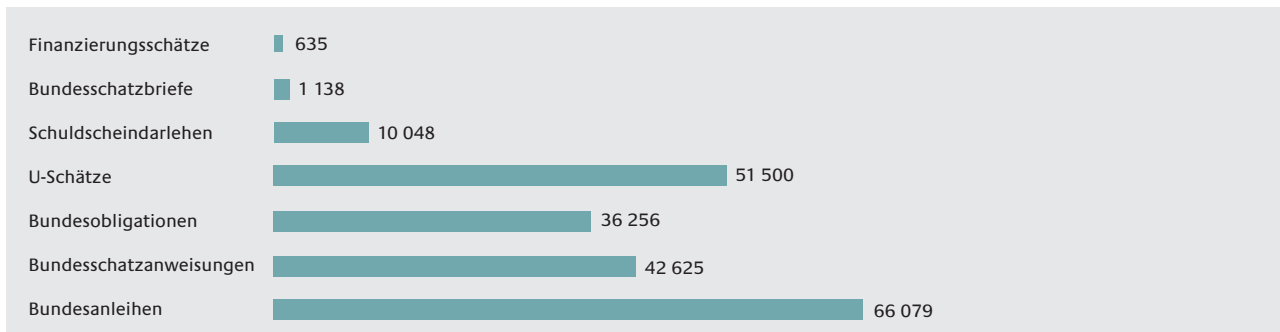
Der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt seitdem bei 2,0 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 1,0 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,0 %.

Die europäischen Aktienmärkte konnten im Oktober zulegen. Der Deutsche Aktienindex stieg von 3 257 Punkte auf 3 656 Punkte (+ 12,2 %). Der 50 Spitzenwerte der EU umfassende Euro Stoxx 50 verbesserte sich von 2 396 Punkte auf 2 575 Punkte (+ 7,4 %).

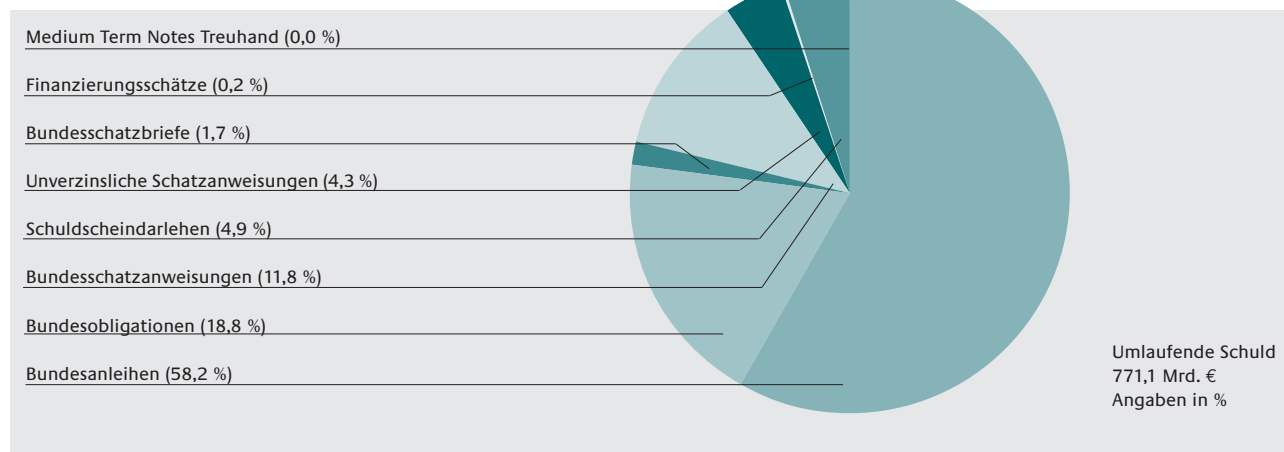
Monetäre Entwicklung

Der Dreimonatsdurchschnitt für das Wachstum der Geldmenge M 3 ist im Euroraum von Juli bis September 2003 – auf Jahresbasis gerechnet – auf 8,1 % gesunken (Dreimonatsdurchschnitt Juni bis August 2003: 8,4 %; Referenzwert: 4 ½ %).

Kreditaufnahme des Bundes im Oktober 2003 in Mio. €



Gesamte umlaufende Schuld des Bundes per 31. Oktober 2003



Die Verlangsamung des Geldmengenwachstums ist auf eine Abnahme der Unsicherheit an den Finanzmärkten zurückzuführen, die mit einer Umschichtung aus liquiden Anlageformen in Aktien, Anleihen und Immobilien einhergeht, die nicht zu M3 gehören.

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor belief sich im Euroraum im August auf 5,5 % (verglichen mit 5,6 % im Vormonat). In Deutschland lag die vorgenannte Wachstumsrate mit 2,1 % auf Vormonatsniveau. Die seit Monaten stagnierende Wachstumsrate scheint die Annahme des Sep-

tembers zu bestätigen, wonach ein Ende der bisher verhaltenen wirtschaftlichen Dynamik im Euroraum bzw. in Deutschland erreicht scheint.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug in den ersten zehn Monaten dieses Jahres 199,7 Mrd. €. Unter Einbeziehung der Anteile der Sondervermögen an der Gemeinsamen Wertpapierbegebung betrugen die am Kapitalmarkt beschafften Beträge insgesamt 208,3 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im vierten Quartal 2003

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesobligation („Bobl“) ISIN DE0001141430 WKN 114 143	Neuemission	8. Oktober 2003	5 Jahre fällig 10. Oktober 2008 Zinslaufbeginn: 10. Oktober 2003 Erster Zinstermin: 10. Oktober 2004	7 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung („Bubill“) ISIN DE0001114601 WKN 111 460	Neuemission	13. Oktober 2003	6 Monate fällig 21. April 2004	6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung („Schatz“) ISIN DE0001137032 WKN 113 703	Aufstockung	22. Oktober 2003	2 Jahre fällig 16. September 2005 Zinslaufbeginn: 16. September 2003 Erster Zinstermin: 16. September 2004	5 Mrd. €
Bundesanleihe („Bund“) ISIN DE0001135242 WKN 113 524	Neuemission	29. Oktober 2003	10 Jahre fällig 4. Januar 2014 Zinslaufbeginn: 31. Oktober 2003 Erster Zinstermin: 4. Januar 2004	8 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung („Bubill“) ISIN DE0001114619 WKN 111 461	Neuemission	10. November 2003	6 Monate fällig 12. Mai 2004	ca. 6 Mrd. €
Bundesobligation („Bobl“) ISIN DE0001141430 WKN 114 143	Aufstockung	12. November 2003	5 Jahre fällig 10. Oktober 2008 Zinslaufbeginn: 10. Oktober 2003 Erster Zinstermin: 10. Oktober 2004	ca. 7 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung („Bubill“) ISIN DE0001114627 WKN 111 462	Neuemission	8. Dezember 2003	6 Monate fällig 16. Juni 2004	ca. 7 Mrd. €
Bundesschatzanweisung („Schatz“) ISIN DE0001137040 WKN 113 704	Neuemission	10. Dezember 2003	2 Jahre fällig 16. Dezember 2005 Zinslaufbeginn: 12. Dezember 2003 Erster Zinstermin: 16. Dezember 2004	ca. 7 Mrd. €
Viertes Quartal 2003 insgesamt				ca. 52 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote, bei Bundesobligationen zusätzlich einschl. Absatz aus der Daueremission.

Gegenüber dem Stand per 31. 12. 2002 haben sich die Schulden des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 31. 10. 2003 um 5,4 % auf 771,1 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im vierten Quartal 2003 zur Finanzierung des Bundeshaushalts und seiner Sondervermögen die in der Tabelle dargestellten Emissionen zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben. Der detaillierte

Emissionskalender für das erste Quartal 2004 wird in der dritten Dekade Dezember 2003 veröffentlicht.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen Fonds „Deutsche Einheit“ (FDE) und ERP belaufen sich im vierten Quartal 2003 auf insgesamt rund 41,2 Mrd. € (darunter 0,1 Mrd. € für die Sondervermögen) – Ist- und Planzahlen sind berücksichtigt. Die Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen FDE und ERP belaufen sich im vierten Quartal 2003 auf insgesamt rund 4,3 Mrd. €.

Tilgungen und Zinszahlungen im vierten Quartal 2003 (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	Oktober	November	Dezember	Gesamtsumme 4. Quartal
Anleihen des Bundes	–	–	–	–
Bundessobligationen	–	6,0	–	6,0
Bundesschatzanweisungen	–	–	10,0	10,0
U-Schätze des Bundes	4,8	4,9	4,5	14,3
Bundesschatzbriefe	1,2	0,1	0,1	1,3
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,2
Anleihen Deutsche Bundesbahn	2,6	–	–	2,6
Anleihen Treuhandanstalt	–	5,1	–	5,1
Fundierungsschuldverschreibungen	0,0	–	–	0,0
Ausgleichsfonds Währungsumstellung	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	0,6	0,8	0,3	1,8
MTN Treuhand	0,0	–	–	0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	9,3	17,0	15,0	41,2

Zinszahlungen

	Oktober	November	Dezember	Gesamtsumme 4. Quartal
Zinszahlungen	1,6	1,6	1,1	4,3

Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht

Nachdem die gesamtwirtschaftliche Leistung in den ersten beiden Quartalen dieses Jahres jeweils geringfügig gesunken war, hat sie im dritten Vierteljahr etwas zugenommen. Damit verdichten sich die Anzeichen für eine konjunkturelle Belebung weiter. Für die öffentlichen Haushalte sind gleichwohl die Belastungen aus der lang anhaltenden Konjunkturschwäche weiterhin deutlich spürbar.

Der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zufolge hat sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) vom zweiten zum dritten Vierteljahr preis- und saisonbereinigt um 0,2 % erhöht. Gegenüber dem Vorjahresquartal ergibt sich in realer Rechnung eine Veränderungsrate von -0,2 %.

Ungeachtet der noch ausstehenden Einzelergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bestätigen die vorliegenden Indikatoren, dass der leichte BIP-Anstieg wohl ausschließlich auf außenwirtschaftlichen Impulsen beruht. Die inländische Nachfrage, deren Entwicklung sowohl für die Staatsfinanzen als auch für die konjunkturelle Gesamtentwicklung von großer Bedeutung ist, blieb dagegen ausgesprochen schwach. Dies unterstreicht die Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Stabilisierungsmaßnahmen. Insbesondere das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform soll deshalb der gedrückten Binnenkonjunktur einen spürbaren Impuls verleihen, so dass über die außenwirtschaftlichen Impulse hinaus ein sich selbst tragender Aufschwung in Gang kommen kann.

Im Einzelnen belegt die Entwicklung der entsprechenden Wirtschaftsdaten, dass die beginnende konjunkturelle Erholung in erster Linie vom wieder besser laufenden Exportgeschäft getragen wird:

- Die Auslandsaufträge der Industrie haben seit ihrem Tiefpunkt im Mai wieder angezogen, so

dass im Durchschnitt des dritten Quartals der Wertumfang der neu abgeschlossenen Exportgeschäfte saisonbereinigt um 1,8 % über dem Vorquartal lag.

- Die im dritten Vierteljahr realisierten Warenexporte schnellten sogar um 4,6 % nach oben. Gleichzeitig gingen jedoch die Importe um 1,1 % zurück. Dies erhöht zwar rechnerisch den Außenbeitrag, zeigt aber andererseits auch die Schwäche der inländischen Nachfrage.
- Die im Rahmen des ifo-Konjunkturtests bei den Industrieunternehmen ermittelten Exporterwartungen haben sich im Oktober deutlich verbessert. Offensichtlich wird bei der Meinungsbildung in den Unternehmen den positiven Wirkungen der wieder anziehenden Weltkonjunktur ein höheres Gewicht eingeräumt als den dämpfenden Effekten einer eventuellen weiteren Euro-Aufwertung.

Auf der anderen Seite zeigen die aktuellen Lageindikatoren bislang noch kaum Anzeichen dafür, dass sich auch die Binnenkonjunktur belebt hat:

- Der Inlandsumsatz sowohl der Konsumgüterproduzenten als auch der Investitionsgüterproduzenten ist im dritten Vierteljahr gegenüber dem Vorquartal weiter zurückgegangen (saisonbereinigt - 1,4 % bzw. - 0,4 %). Im Investitionsgüterbereich war dies der dritte Quartalsrückgang in Folge.
- Auch die nominalen Einzelhandelsumsätze (einschließlich Tankstellen und Kfz-Handel) verringerten sich im dritten Quartal leicht (saisonbereinigt - 0,7 %). In realer Rechnung stagnieren die Verkäufe der Einzelhandelsunternehmen praktisch seit mehreren Jahren.
- Das Konsumklima, das von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) monatlich bei den Verbrauchern erhoben wird, verharrte - nach vorangegangenen leichten Verbesserungen - im Oktober auf dem Vormonatsstand. Auch beim Geschäftsklima in den Einzelhandelsunternehmen (laut ifo-Konjunkturtest) hat sich die anfängliche Stimmungsaufhellung zuletzt nicht mehr fortgesetzt.

Finanzwirtschaftlich wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2002		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. €	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			1.Q.03	2.Q.03	3.Q.03 ¹	1.Q.03	2.Q.03	3.Q.03 ¹
Bruttoinlandsprodukt								
– real	1 990	+ 0,2	– 0,2	– 0,2	+ 0,2	+ 0,4	– 0,7	– 0,2
– nominal	2 110	+ 1,8	+ 0,2	+ 0,1	.	+ 1,2	+ 0,4	.
Einkommen								
– Volkseinkommen	1 572	+ 1,9	– 1,0	+ 0,3	.	+ 0,3	– 1,0	.
– Arbeitnehmerentgelt	1 130	+ 0,8	+ 0,2	– 0,2	.	+ 0,5	– 0,0	.
– Unternehmens- und Vermögenseink.	441	+ 4,8	– 4,1	+ 1,5	.	– 0,2	– 3,3	.
– Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 365	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,1	.	+ 2,3	+ 1,5	.
– Bruttolöhne u. Gehälter	910	+ 0,7	+ 0,2	– 0,5	.	+ 0,2	– 0,4	.
– Sparen d. priv. Haush.	146	+ 3,8	+ 2,3	– 1,8	.	+ 8,2	+ 4,0	.

Umsätze/ Auftragseingänge	2002		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Aug 03	Sep 03	3- Monats- durch- schnitt	Aug 03	Sep 03	3- Monats- durch- schnitt
(nominal)								
Umsätze (1995 bzw. 2000 = 100)								
– Industrie (Mrd. €) ²	1 208	– 1,5	– 4,2	– 0,4	– 0,8	– 2,8	– 3,0	– 1,2
– Inland ²	1 169	– 3,3	– 3,4	– 1,1	– 1,4	– 2,5	– 3,4	– 1,3
– Ausland ²	1 271	+ 1,3	– 5,5	+ 0,7	+ 0,3	– 3,2	– 2,4	– 1,0
– Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	7,2	– 5,9	– 0,9	.	– 0,8	– 4,8	.	– 5,3
– Einzelhandel (mit Kfz. und Tankstellen)	100,5	– 0,9	+ 0,1	– 0,4	– 0,7	– 4,0	+ 1,1	– 1,0
– Großhandel (ohne Kfz.)	93,6	– 4,0	– 2,2	+ 1,3	– 0,2	– 3,5	+ 2,8	+ 0,2
Auftragseingang								
– Industrie	98,3	0,0	– 0,2	+ 1,1	+ 0,8	– 4,7	+ 3,3	– 0,5
– Bauhauptgewerbe	88,6	– 6,2	– 6,8	.	+ 1,8	– 9,9	.	– 8,6
Außenhandel (Mrd. €)								
– Waren-Exporte	651	+ 2,0	+ 1,0	+ 5,3	+ 4,6	– 4,0	+ 5,6	+ 1,8
– Waren-Importe	519	– 4,5	+ 1,9	+ 1,2	– 1,1	– 4,9	+ 1,4	– 0,4

Arbeitsmarkt	2002		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Aug 03	Sep 03	Okt 03	Aug 03	Sep 03	Okt 03
– Erwerbstätige, Inland	38,67	– 0,6	– 29	.	.	– 473	.	.
– Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,07	+ 5,5	+ 3	– 13	– 12	+ 296	+ 265	+ 222

Preise	2002		Veränderung in % gegenüber					
	Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode			Vorjahresperiode		
			Aug 03	Sep 03	Okt 03	Aug 03	Sep 03	Okt 03
– Importpreise 1995 = 100	109,31	– 2,5	+ 0,8	– 0,2	.	– 1,7	– 2,6	.
– Erzeugerpreise gewerbl. Produkte 1995 = 100	104,44	– 0,4	+ 0,1	+ 0,0	.	+ 2,1	+ 1,9	.
– Preisindex der Lebenshaltung 2000 = 100	103,38	+ 1,4	+ 0,0	– 0,1	+ 0,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,2

ifo-Geschäftsklima Verarbeitendes Gewerbe früheres Bundesgebiet	saisonbereinigte Salden							
	Mrz 03	Apr 03	Mai 03	Jun 03	Jul 03	Aug 03	Sep 03	Okt 03
– Klima	– 11,9	– 15,5	– 14,4	– 12,1	– 11,0	– 6,9	– 4,1	+ 1,8
– Geschäftslage	– 19,8	– 21,6	– 23,5	– 22,2	– 22,7	– 20,1	– 21,2	– 17,2
– Geschäftserwartungen	– 3,7	– 9,1	– 4,8	– 1,4	+ 1,5	+ 7,1	+ 14,7	+ 22,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut

¹ Vorläufige Ergebnisse.

² Berechnet aus den saisonbereinigten Zahlen.

- Im Bauhauptgewerbe zeigte sich bis August zumindest beim Auftragseingang eine gewisse Stabilisierung, jedoch auf einem sehr niedrigen Niveau. Darüber hinaus war aber die Umsatzentwicklung weiterhin abwärts gerichtet.

Nach wie vor signalisieren die in die Zukunft weisenden Indikatoren, dass eine weitere konjunkturelle Besserung zu erwarten ist. So sind Auftrags-eingänge in der Industrie vom zweiten zum dritten Vierteljahr saisonbereinigt spürbar angestiegen (real + 1,2 %, nominal + 0,8 %). Die Stimmung in der Industrie (ifo-Geschäftsklima) hat sich im Oktober weiter aufgehellt und die ZEW-Konjunkturerwartungen sowie der Reuters-Einkaufsmanagerindex zeigten sich zuletzt ebenfalls weiter verbessert.

Am Arbeitsmarkt setzten sich die bereits in den zurückliegenden Monaten zu beobachtenden Tendenzen fort:

Zum einen ging die Beschäftigung unter dem Einfluss der gedrückten Konjunktur weiter zurück. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Schnellmeldung) nahm die Zahl der Erwerbstätigen vom zweiten auf das dritte Vierteljahr saisonbereinigt um rd. 100 000 ab. Damit wurde das vergleichbare Vorjahresniveau um 479 000 (– 1,2 %) unterschritten.

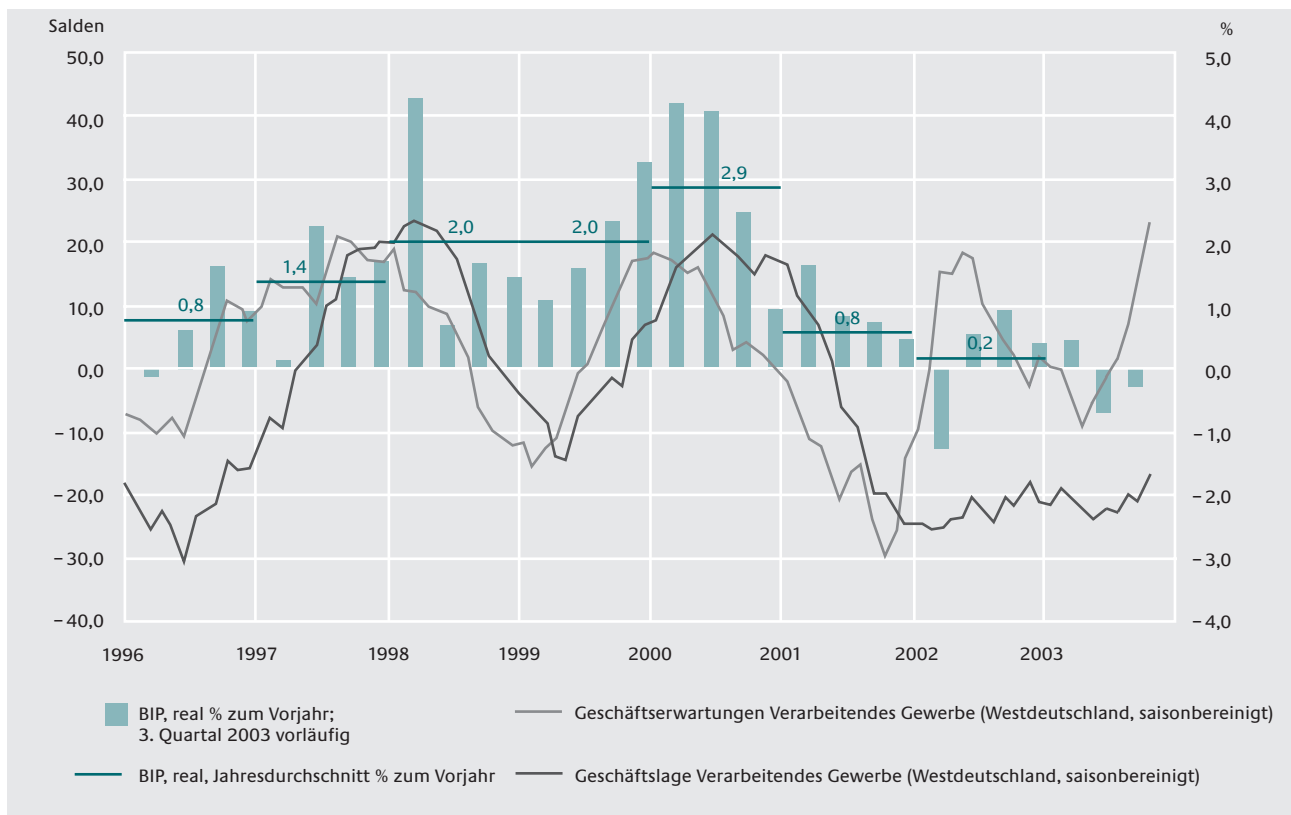
Andererseits zeigten sich bei der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen immer stärker die Auswir-

kungen der neu ausgerichteten Arbeitsmarktpolitik. Infolge des Einsatzes neuer Instrumente sowie höherer Anforderungen an die Mitwirkung und Eigeninitiative der Arbeitslosen („Fördern und Fordern“) konnte der Anstieg der Arbeitslosigkeit seit dem Frühsommer gestoppt werden. Im Oktober errechnet sich eine Abnahme der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vormonat um 12 000. Damit bewegt sich die Arbeitslosenquote (ebenfalls saisonbereinigt) seit Mai zwischen 10,6 % und zuletzt 10,5 %.

Nach den Ursprungszahlen waren im Oktober 4,15 Mio. Personen als Arbeitslose registriert. In den neuen Ländern ist die Arbeitslosenquote nach wie vor mehr als doppelt so hoch wie im Westen (saisonbereinigt 18,5 %, gegenüber 8,4 %).

Die Preisentwicklung verläuft auf allen Stufen weiterhin sehr gedämpft. Die Importpreise bewegen sich – auch unter dem Einfluss des starken Euro – deutlich unter ihrem Vorjahresstand (September – 2,6 %). Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte und der Preisindex der Lebenshaltung erhöhten sich binnen Jahresfrist nur mäßig (+ 1,9 % bzw. + 1,2 %). Diese Entwicklung begünstigt einerseits die realen Konsummöglichkeiten der Verbraucher und stärkt so den privaten Konsum. Andererseits besteht die Gefahr, dass die vergleichsweise hohen Realzinsen per saldo eher dämpfend auf die gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten wirken könnten.

BIP-Wachstum und Geschäftsklima



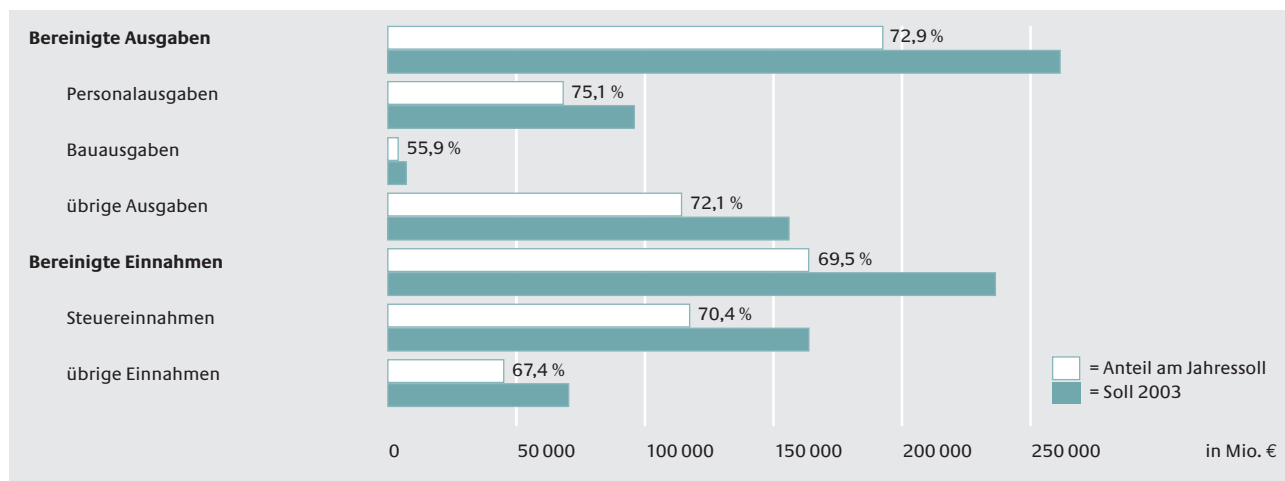
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2003

Das Bundesministerium der Finanzen legt eine Zusammenfassung über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich September 2003 vor.

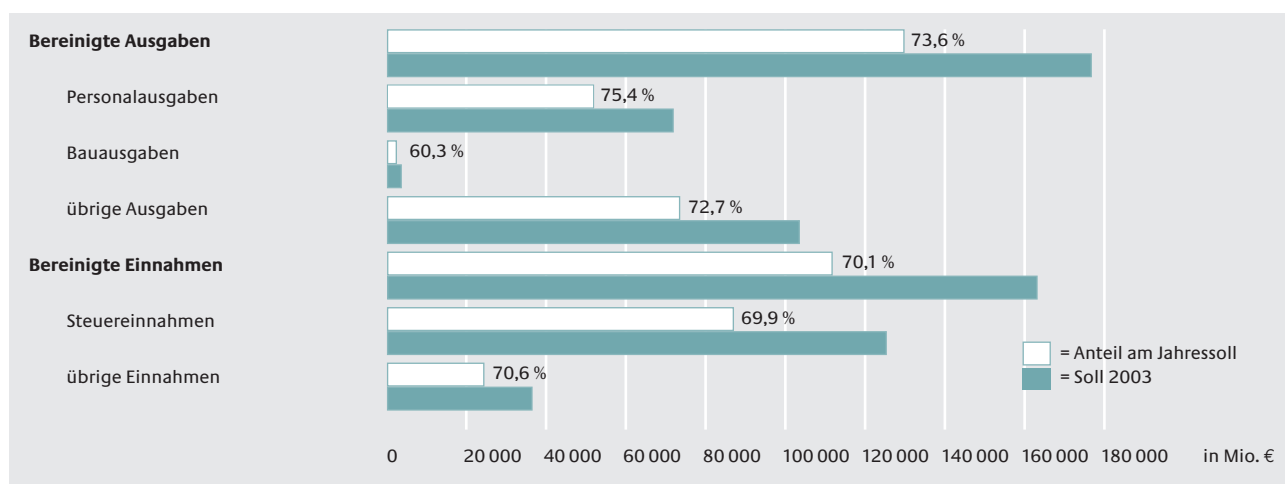
Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stiegen die bereinigten Ausgaben der Länder ins-

gesamt um 2,3 %, die bereinigten Einnahmen lagen auf Vorjahresniveau. Während in den Flächenländern Ost und den Stadtstaaten die Personalausgaben weitgehend stagnierten, war in den Flächenländern West ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Teilweise bedingt durch Sonderfaktoren fielen die Bauausgaben der Flächenländer erheblich höher aus als im Vorjahr. Bei den Steuereinnahmen stand einem Rückgang in den Flächenländern West eine vergleichsweise positive Entwicklung in den Flächenländern Ost und vor allem den Stadtstaaten gegenüber.

Länder insgesamt



Flächenländer West

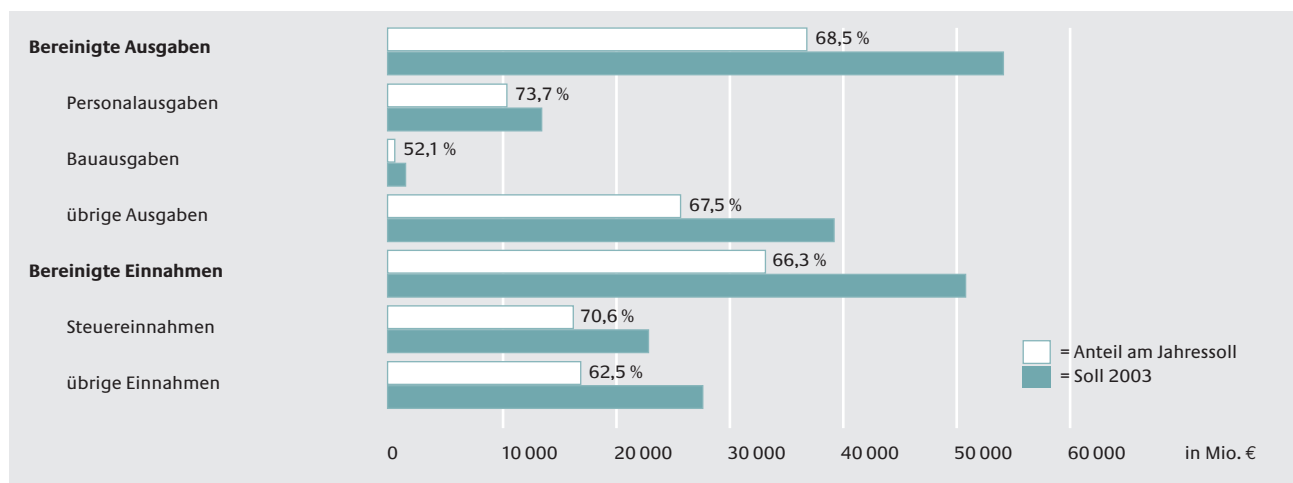


Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt betrug 26,0 Mrd. €, rund 4,4 Mrd. € mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Haushaltsplanungen der Länder gehen für das Jahr 2003 von einem Gesamtdefizit in Höhe von 24,7 Mrd. € aus. In den westdeutschen Flächenländern belief sich das Finanzierungsdefizit auf 16,8 Mrd. € (Soll 2003 15,1 Mrd. €), in den ostdeutschen

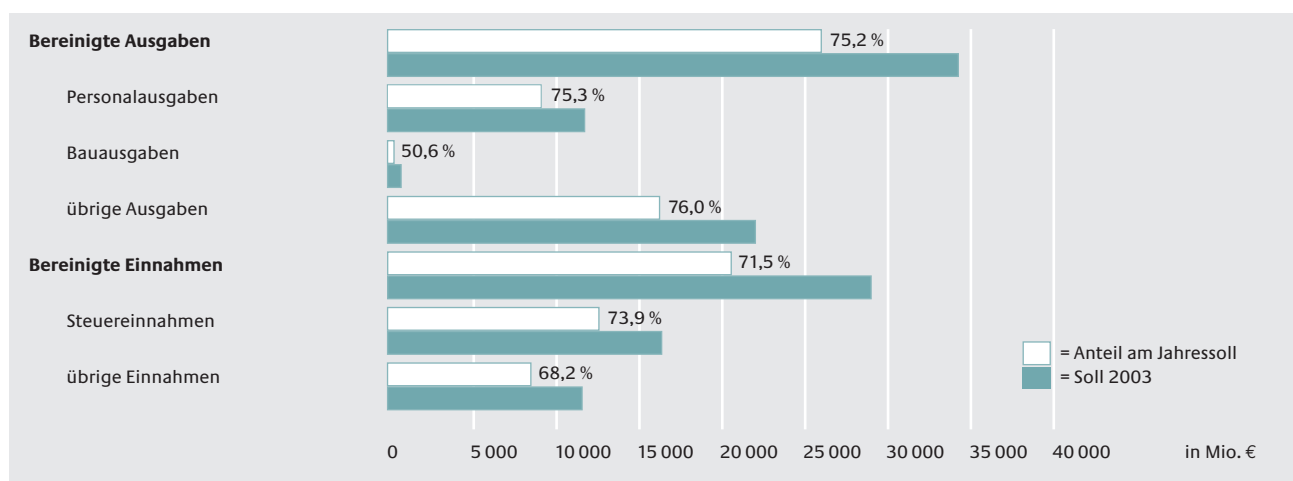
Flächenländern auf 3,6 Mrd. € (Soll 2003 3,6 Mrd. €) und in den Stadtstaaten auf 5,6 Mrd. € (Soll 2003 6,0 Mrd. €).

Die bis heute vorliegenden Daten zu den Länderhaushalten lassen noch keine gesicherten Rückschlüsse auf das voraussichtliche Jahresergebnis zu.

Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Termine

Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

- 20. November 2003 – Finanzplanungsrat
- 24./25. November 2003 – Ecofin und Eurogruppe in Brüssel
- 12./13. Dezember 2003 – Europäischer Rat in Brüssel
- 19./20. Januar 2004 – Ecofin und Eurogruppe in Brüssel

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen
– Referat Bürgerangelegenheiten –
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

telefonisch 01 80 / 5 22 19 96 (0,12 €/Min.)
per Telefax 01 80 / 5 22 19 97 (0,12 €/Min.)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de>

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2003	Dezember	November 2003	19. Dezember 2003
2004	Januar	Dezember 2003	30. Januar 2004
	Februar	Januar 2004	20. Februar 2004
	März	Februar 2004	19. März 2004
	April	März 2004	21. April 2004
	Mai	April 2004	19. Mai 2004
	Juni	Mai 2004	21. Juni 2004
	Juli	Juni 2004	19. Juli 2004
	August	Juli 2004	19. August 2004
	September	August 2004	20. September 2004
	Oktober	September 2004	21. Oktober 2004
	November	Oktober 2004	19. November 2004
	Dezember	November 2004	20. Dezember 2004

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2004

- 2. Juli 2003 – Kabinettsbeschluss
- 15. August 2003 – Zuleitung durch Bundeskanzleramt an Bundesrat und Bundestag
- 9. bis 12. September 2003 – 1. Lesung im Bundestag
- 26. September 2003 – 1. Beratung im Bundesrat
- 15. Oktober bis
- 12. November 2003 – Beratungen im Haushaltsausschuss des Bundestages
- 25. bis 28. November 2003 – 2./3. Lesung im Bundestag
- 19. Dezember 2003 – 2. Beratung Bundesrat

Terminplan für die Aufstellung und Beratung eines Nachtrags zum Haushalt 2003

- 29. Oktober 2003 – Kabinettsbeschluss
- 31. Oktober 2003 – Zuleitung an Bundestag/Bundesrat
- 6. November 2003 – 1. Lesung im Bundestag
- 7. November 2003 – 1. Beratung im Bundesrat
- 12. November 2003 – Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme Bundesrat
- 12. November 2003 – Beratung Nachtrag und Stellungnahme Bundesrat im Haushaltsausschuss
- 25. November 2003 – 2./3. Lesung Bundestag
- 19. Dezember 2003 – 2. Beratung Bundesrat
- Ende Dezember 2003 – Verkündung im Bundesgesetzblatt



Analysen und Berichte

Die Entwicklung des Bundeshaushalts bis zum 3. Quartal 2003	33
Nachtragshaushalt 2003	57
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. November 2003	61
Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland	65
Vermögensbesteuerung in westlichen Industriestaaten	73
Finanz- und Wirtschaftspolitik in wichtigen Industrieländern – ein aktueller Überblick	81
Wirtschafts- und finanzpolitische Entwicklungen in ausgewählten Schwellenländern	95
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún vom 10. bis 14. September 2003 und ihre Folgen aus finanzpolitischer Sicht	109

Die Entwicklung des Bundeshaushalts bis zum 3. Quartal 2003

1	Finanzpolitische Ausgangslage	33
2	Die Eckwerte für den Bundeshaushalt bis zum 3. Quartal 2003	37
3	Die Entwicklung der Ausgaben	39
4	Die Entwicklung der Einnahmen	53

1 Finanzpolitische Ausgangslage

Der vorliegende Bericht zur Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben im Bundeshaushalt bis zum September 2003 beruht auf den Haushaltsansätzen des Nachtragshaushalts für 2003. Dieser wurde in der Kabinettsitzung am 29. Oktober 2003 vom Bundeskabinett beschlossen und befindet sich derzeit noch im parlamentarischen Verfahren.

Die Bundesregierung hatte ihrem Haushalt 2003 zwar seinerzeit durchaus einen vorsichtigen Ansatz für das Wirtschaftswachstum und die Arbeitsmarktentwicklung zugrunde gelegt. Mit einem realen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1 % entsprach ihre Wachstumsannahme der des Sachverständigenrates für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Nach der aktuellen Prognose der Bundesregierung ist jedoch für das Gesamtjahr 2003 von einem stagnierenden Bruttoinlandsprodukt in Deutschland auszugehen.

Diese konjunkturelle Abschwächung machte die Vorlage eines Nachtragshaushalts notwendig. Der Nachtrag betrifft ausschließlich die Umsetzung der konjunkturbedingten Änderungen bei den Steuereinnahmen und den Ausgaben für den Arbeitsmarkt. Wegen der Einzelheiten zum Nachtragshaushalt wird auf die Ausführungen unter Kapitel 2. verwiesen.

Die mittelfristig angelegte quantitative und qualitative Konsolidierung bleibt Leitlinie

und Voraussetzung einer gestaltenden Finanzpolitik. Rund 60 % der Ausgaben des Bundes im Jahr 2003 entfallen auf die Bereiche Sozialversicherungen, Arbeitsmarkt, sonstige soziale Sicherung und Zinsen. Dabei hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren die zukunftsorientierten Ausgaben im Bundeshaushalt gesteigert. So wurden die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung außerhalb der Hochschulen kontinuierlich erhöht. Dennoch erreichen sie bislang nur einen Anteil von 4,4 % der Ausgaben am Bundeshaushalt 2003.

Um den Herausforderungen der Globalisierung und des demografischen Wandels zu begegnen, brauchen wir einen Zukunftshaushalt, der die Spielräume für Zukunftsausgaben, zum Beispiel für die Bereiche Bildung und Forschung sowie Familie erweitert. Voraussetzung dafür ist auf der Ausgabenseite, dass die konsumtiven Ausgaben gebremst, Subventionen zurückgedrängt und weitere Einsparungen in der Verwaltung umgesetzt werden. Auf der Einnahmenseite müssen Steuervergünstigungen abgebaut, das Steueraufkommen stabilisiert, Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit noch konsequenter bekämpft werden. Die weitere strukturelle Verbesserung des Bundeshaushalts bleibt auf der Agenda.

Infrastrukturprogramm. Zur Stärkung der kommunalen Investitionstätigkeit hat die Bundesregierung im April dieses Jahres das KfW-Infrastrukturprogramm Sonderfonds „Wachstumsimpulse“ aufgelegt. Dazu stellt der Bund Haushaltsmittel in Höhe von 480 Mio. € für Zinsverbilligungen eines Kreditvolumens von rd. 7 Mrd. € zur Verfügung. Der Sonderfonds wird in zwei Tranchen von 6 Mrd. € und 1 Mrd. € vergeben, wobei die kleinere Tranche mit noch verbesserten Konditionen Kommunen in strukturschwachen Gebieten vorbehalten ist. Das Programm ermöglicht eine langfristige, zinsgünstige Finanzierung kommunaler Infrastrukturmaßnahmen.

Modernisierung von Wohnraum. Neben den Maßnahmen zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur hat die Bundesregierung das KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm 2003 aufgelegt. Hierfür wird der Bund 550 Mio. € für ein Kreditvolumen von rd. 8 Mrd. € bereitstellen. Mit dem Programm kann ein weites Spektrum von Sanierungsmaßnahmen in Wohngebäuden durchgeführt werden. Diese beiden neuen Programme unterstützen die konjunkturelle Entwicklung insbesondere in der Bauwirtschaft und tragen zur Stabilisierung des Bausektors bei.

Steuerreformen. Die von der Bundesregierung umgesetzten Steuerreformen, insbesondere das Gesetz zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung sowie ergänzend dazu das Steuersenkungsergänzungsgesetz, das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002, die Familienförderungsgesetze und das Altersvermögensgesetz führen zu einer Gesamtentlastung gegenüber dem Jahr 1998 in Höhe von insgesamt rd. 54 Mrd. € jährlich. Allein durch das im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2004 beschlossene Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform von 2005 auf 2004, die damit gleichzeitig mit der zweiten Stufe in Kraft tritt, werden Bürger und Unternehmen um rd. 22 Mrd. € entlastet und damit wachstumsfördernde Impulse für privaten Konsum und Investitionen gesetzt.

Steuervergünstigungsabbaugesetz. Es ist dringend notwendig, alle Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen auf den Prüfstand zu stellen. Ökonomisch, ökologisch und unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten fragwürdige Steuervergünstigungen und Ausnahmetatbestände müssen beseitigt werden. Durch einen weitreichenden, breit angelegten und sozial ausgewogenen Abbau von Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen müssen Steuergerechtigkeit und Steuertransparenz wieder erhöht und den öffentlichen Haushalten die notwendigen Einnahmen zur Finanzierung ihrer Aufgaben verschafft werden.

Das Steuervergünstigungsabbaugesetz ist zum 21. Mai 2003 beziehungsweise zum 1. Juli 2003 auf der Basis eines vom Vermittlungsausschuss empfohlenen Kompromisses in Kraft getreten. Es sieht unter anderem die Einführung eines dreijährigen Moratoriums für noch bestehende Körperschaftsteuerguthaben und die Abschaffung der so genannten Mehrmütterorganschaft vor. In einer Protokollerklärung der Bundesregierung zur Vermittlungsempfehlung zum Steuervergünstigungsabbaugesetz sind weitere Reformen vorgesehen wie eine europarechtskonforme Neuregelung der Gesellschafter-Fremdfinanzierung und die Beschränkung der einkommensteuerrechtlichen Verlustverrechnung. Ein entsprechender Gesetzesbeschluss ist vom Deutschen Bundestag verabschiedet worden.

Mit dem vom Deutschen Bundestag beschlossenen **Haushaltsbegleitgesetz 2004** wird der Abbau steuerlicher Vergünstigungen fortgesetzt. So sollen unter anderem die Eigenheimzulage und die Wohnungsbauprämie für Neufälle wegfallen und die Entfernungspauschale für Fahrten zur Arbeitsstätte begrenzt werden.

Das von der Bundesregierung vorgelegte **Steueränderungsgesetz 2003** umfasst unter anderem Maßnahmen zur Modernisierung und Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens, insbesondere des Lohn- und Einkommensteuerverfahrens.

Mit dem am 17.10.2003 vom Deutschen Bundestag beschlossenen **Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit** soll ab 2004 mit einer zeitlich befristeten „Brücke in die Steuerehrlichkeit“ steuerunehrlichen Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, ihr Kapital wieder nach Deutschland zurückzuholen. Die zeitlich befristete Strafbefreiung gilt für unrichtige, unvollständige oder unterlassene Angaben nicht besteuelter Einnahmen bei pauschaler Besteuerung mit 25 % bzw. 35 % der Beträge. Notwendig ist eine strafbefreiende Erklärung in 2004 beziehungsweise in 2005 bis zum 31. März 2005.

Gewerbesteuerreform. Vorrangiges Ziel des vom Deutschen Bundestag ebenfalls am 17. Oktober 2003 verabschiedeten Gesetzes zur Reform der Gewerbesteuer ist die Verstetigung und Stabilisierung der kommunalen Einnahmen. Die Gewerbesteuer wird zu einer wirtschaftskraftbezogenen Gemeindewirtschaftssteuer durch Verbreiterung der personellen und sachlichen Bemessungsgrundlage weiterentwickelt. Erreicht werden soll dies unter anderem durch eine Erweiterung des Kreises der Steuerpflichtigen um Freiberufler unter pauschaler Anrechnung der Gemeindewirtschaftssteuer auf die Einkommensteuer, die Versagung des Betriebsausgabenabzugs bei Berechnung der Bemessungsgrundlage der Gemeindewirtschafts-, Einkommen- und Körperschaftsteuer, sowie durch die Beschränkung der Verlustverrechnung. Zusammen mit der Senkung der von den Kommunen an Bund und Länder zu zahlenden Gewerbesteuerumlage (Gemeindewirtschaftssteuerumlage) und der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe werden die Kommunen dauerhaft um mehr als 5 Mrd. € jährlich entlastet. Das In-Kraft-Treten ist zum 1. Januar 2004 geplant.



Ökologische Steuerreform. Die auf nachhaltige Wirkung angelegte ökologische Steuerreform wurde in insgesamt fünf Stufen bis 2003 fortgeführt. Zudem wurde die fünfte Stufe durch das am 1. Januar 2003 in Kraft getretene Gesetz zur Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform im Interesse besser abgestimmter Lenkungs- und Verteilungswirkungen modifiziert. Die

erste von insgesamt fünf Stufen trat am 1. April 1999 in Kraft. Die weiteren Stufen traten jeweils zum 1. Januar eines Jahres in Kraft, letztmalig zum 1. Januar 2003. Im Wesentlichen besteht die ökologische Steuerreform aus der Einführung und stufenweisen Anhebung einer Stromsteuer und der stufenweisen Erhöhung der Mineralölsteuer. Mit den für das Jahr 2003 der gesetzlichen Rentenversicherung durch die Ökosteuer zur Verfügung gestellten Mitteln kann der Beitragssatz um 1,7 Beitragspunkte niedriger festgesetzt werden, als dies ohne die Mittel aus der Ökosteuer der Fall wäre.

Familienförderung. Bereits mit dem Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 wurde das Kindergeld für das erste und zweite Kind zum 1. Januar 1999 von rd. 112 € auf rd. 128 € und mit dem Gesetz zur Familienförderung zum 1. Januar 2000 weiter auf rd. 138 € erhöht. Mit dem am 1. Januar 2002 in Kraft getretenen Zweiten Gesetz zur Familienförderung sind weitere Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt und ist der Familienleistungsausgleich nochmals verbessert worden. Der bisherige Betreuungsfreibetrag ist um eine Erziehungskomponente ergänzt, der Ausbildungsbedarf eines Kindes in den Familienleistungsausgleich einbezogen und das Kindergeld für erste und zweite Kinder nochmals um 16 € angehoben worden. Nunmehr werden für das erste bis dritte Kind jeweils 154 €, ab dem vierten Kind 179 € Kindergeld gezahlt. Darüber hinaus wird außerhalb des Familienleistungsausgleichs ein Abzug für nachgewiesene erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten zugelassen und ist ein Freibetrag zur Abgeltung des Sonderbedarfs bei volljährigen Kindern eingeführt worden, die sich in der Berufsausbildung befinden und auswärtig untergebracht sind.

Fonds „Aufbauhilfe“. Zur Finanzierung der Beseitigung der Hochwasserschäden vom August 2002 im Flussgebiet von Elbe und Donau wurde mit dem Flutopfersolidaritätsgesetz vom 19. September 2002 die Steuerentlastungsstufe

des Jahres 2003 um ein Jahr verschoben und der Körperschaftsteuersatz von 25 % auf 26,5 % im Jahr 2003 leicht erhöht. Die Mehreinnahmen speisen den neuen Fonds „Aufbauhilfe“ als Sondervermögen des Bundes, der im Januar 2003 seine Arbeit aufnahm. Die Fondsmittel werden für geschädigte Privathaushalte und Unternehmen sowie zur Wiederherstellung der Infrastruktur von Bund, Ländern und Gemeinden verwendet. Durch Änderung des Aufbauhilfegesetzes vom 17. Juni 2003 wurden die Gemeinden zu ihrer Entlastung von ihrem Finanzierungsbeitrag freigestellt.



Altersvermögensgesetz. Zum Ausgleich der geringfügigen Absenkung des Niveaus der gesetzlichen Rentenversicherung sowie der Beamtenversorgung wird der Aufbau einer zusätzlichen freiwilligen kapitalgedeckten Altersvorsorge zur Sicherung des Lebensstandards im Alter seit 2002 steuerlich durch eine progressionsunabhängige Zulage und einen zusätzlichen Sonderausgabenabzug gefördert. Der Umfang der Altersvorsorgeaufwendungen zuzüglich der Zulagen, die von der Besteuerung freigestellt werden können, baut sich kontinuierlich seit 2002 von 525 € bis 2008 auf 2 100 € auf. In vergleichbaren Stufen baut sich die Grundzulage von 38 € in 2002 auf 154 € in 2008 und die Zulage je Kind von 46 € in 2002 auf 185 € in 2008 auf.

Alterseinkünftegesetz. Das Bundesministerium der Finanzen hat den Entwurf eines Alterseinkünftegesetzes vorgelegt, das den Übergang zur nachgelagerten Besteuerung der

Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung vorsieht. Hintergrund ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 6.3.2002 zur steuerrechtlichen Behandlung von Pensionen und Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung, nach dem eine Neuregelung bis zum 1.1.2005 in Kraft zu setzen ist. Mit der Neuregelung soll erreicht werden, dass die steuerliche Abziehbarkeit von Beiträgen zur Altersvorsorge ab dem Jahr 2005 schrittweise mit dem Ziel einer völligen Freistellung im Jahr 2025 verbessert wird und damit insbesondere Arbeitnehmer entlastet werden. Die Gleichbehandlung der Besteuerung von Altersbezügen wird durch die schrittweise Anhebung des der Besteuerung unterliegenden Teils der Sozialrenten bis zum Jahr 2040 herbei geführt, wobei eine Zweifachbesteuerung ausgeschlossen wird. Die Masse der Sozialversicherungsrenten wird auch weiterhin steuerlich nicht belastet, der notwendige Vertrauensschutz wird gewährleistet. Ferner soll unter anderem die steuerliche Förderung der kapitalgedeckten privaten Altersvorsorge und die Besteuerung im Rahmen der betrieblichen Altersvorsorge wesentlich vereinfacht werden. Auch hier ist langfristig ein Übergang zur nachgelagerten Besteuerung geplant.

Zukunftsinvestitionsprogramm. Die Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (UMTS) wurden in vollem Umfang zur Rückführung der Staatsschulden eingesetzt. Die damit gleichzeitig erreichte Verringerung der Zinsausgaben um jährlich rund 2,6 Mrd. € hat Gestaltungsspielräume zugunsten von Zukunftsinvestitionen eröffnet, die bereits im Bundeshaushalt 2001 zum Tragen gekommen sind. Mit der Verwendung der Zinsersparnisse hat die Bundesregierung die Qualität der Staatsausgaben deutlich verbessert. Das Zukunftsinvestitionsprogramm 2001 bis 2003 in den Bereichen Verkehr, Forschung und Bildung sowie Energie hat zusätzliche jährliche Investitionsausgaben in Höhe von rd. 2,1 Mrd. € zur Folge. Die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur

werden bis 2003 jährlich mit 1,5 Mrd. € und die Ausgaben für Forschung und Bildung mit gut 300 Mio. € gestärkt. Für ein Gebäudesanierungsprogramm stehen 200 Mio. € sowie für Energieforschung 50 Mio. € jährlich zur Verfügung. Bereits zuvor hatte die Bundesregierung jeweils rund 250 Mio. € pro Jahr zur Finanzierung der BAföG-Novelle und zur Verstetigung der Verkehrsinvestitionen vorgesehen.

Wende in der Agrarpolitik. Im Mittelpunkt stehen die Erzeugung von Qualitätsprodukten, die artgerechte Tierhaltung sowie der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Dabei ist die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ das wesentliche Instrument zur Umsetzung der Agrarwende im Rahmen der Agrarstrukturpolitik. Entsprechend den Anforderungen wurden die Fördergrundsätze des Rahmenplans neu ausgerichtet. Daneben sind im Haushalt 2003 für ein Sonderprogramm zur Förderung des Öko-Landbaus 36 Mio. € sowie für die Entwicklung von Modellregionen 16 Mio. € sowie zur Förderung tiergerechter Haltungsverfahren 31 Mio. € etatisiert.



Verbraucherpolitik. Einschließlich der Ausgaben für das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) und das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) steigen die Mittel für den Politikschwerpunkt Verbraucherpolitik in 2003 auf rd. 96 Mio. €. Die Mittel werden für den gesundheitlichen Verbraucherschutz, den

Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher und die Verbraucherinformation verwendet. Finanziell unterstützt werden der Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände, die Stiftung Warentest und eigene Aufklärungsmaßnahmen der Bundesregierung. Damit soll eine verantwortliche und leistungsfähige Verbraucherpolitik gewährleistet werden.

2 Die Eckwerte für den Bundeshaushalt bis zum 3. Quartal 2003

Der Haushalt 2003 ist am 5. Mai 2003 im Bundesgesetzblatt Teil I ab Seite 574 verkündet worden. Bis dahin richtete sich die vorläufige Haushaltsführung des Bundes nach Art. 111 Grundgesetz.

Das Bundeskabinett hat am 29. Oktober 2003 einen Nachtragshaushalt 2003 beschlossen, der sich gegenwärtig im parlamentarischen Verfahren befindet. Der Nachtragshaushalt beschränkt sich auf die notwendigen konjunkturbedingten Anpassungen bei den Steuereinnahmen und den Ausgaben für den Arbeitsmarkt. Auf der Einnahmenseite sind im Regierungsentwurf Steuerausfälle in Höhe von 12,5 Mrd. € berücksichtigt, auf der Ausgabenseite Zusatzbelastungen bei der Arbeitslosenhilfe von 4,5 Mrd. € und beim Zuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit von 7,5 Mrd. €. Die Überschreitung der Summe der im Haushalt veranschlagten Investitionen durch die erhöhte Nettokreditaufnahme ist nach Artikel 115 Grundgesetz zur Abwehr der im Jahr 2003 vorliegenden Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts gerechtfertigt. Die Bundesregierung hat ein tief greifendes Modernisierungsprogramm mit Strukturreformen, Haushaltskonsolidierung und Wachstumsimpulsen auf den Weg gebracht, um die Stagnation zu überwinden.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Eckwerte für den Bundeshaushalt bis zum 3. Quartal 2003.

	Bisheriges Soll 2003	Soll einschl. Nachtrag 2003	Januar bis September 2003 in Mrd. €	Januar bis September 2002 in Mrd. €	Abweichung in Mrd. € in %	
Ausgaben	248,20	260,20	200,63	191,55	+ 9,07	+ 4,7
Einnahmen	228,91	216,41	146,61	149,97	- 3,36	- 2,2
- Steuereinnahmen	203,30	190,80	129,18	129,77	- 0,59	- 0,5
- Verwaltungseinnahmen	25,62	25,62	17,43	20,20	- 2,77	- 13,7
- Münzeinnahmen	0,39	0,39	0,40	0,48	- 0,08	- 17,0
Finanzierungssaldo	- 19,29	- 43,79	- 54,00	- 41,56	- 12,44	+ 29,9
• Nettokreditaufnahme/ aktueller Kapitalmarktsaldo	- 18,90	- 43,40	- 18,12	- 27,55	- 9,43	- 34,2
• Münzeinnahmen	- 0,39	- 0,39	- 0,40	- 0,48	0,08	+ 17,0
nachrichtlich:						
Investitionen	26,66	26,66	23,99	20,94	+ 3,05	+ 14,6

Differenzen in Untersummen entstehen durch Rundung der Zahlen auf Milliarden € mit einer Nachkommastelle (Mrd. €).

Ausgaben. Mit 200,63 Mrd. € steigen die Ausgaben des Bundes gegenüber dem Vorjahr um +9,07 Mrd. €. Dies entspricht einer Zunahme von +4,7 %.

Die Mehrausgaben resultieren im Wesentlichen aus zusätzlichen Ausgaben an die Rentenversicherung sowie gestiegenen Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik. Des Weiteren hat der Fonds

„Aufbauhilfe“ seine Arbeit aufgenommen, das zur Ausgabensteigerung führt.

Es folgen die wichtigsten Ausgabeänderungen der ersten drei Quartale des Jahres 2003 gegenüber den ersten drei Quartalen des Jahres 2002. Die größten Volumenveränderungen ergeben sich absteigend sortiert bei folgenden Positionen:

Bezeichnung	Soll einschl. Nachtrag 2003	Januar bis September 2003 in Mrd. €	Januar bis September 2002 in Mrd. €	Veränderung gegenüber Vorjahr in Mrd. € in %	
Leistungen an die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten	77,27	63,34	59,62	+ 3,73	+ 6,3
Arbeitsmarktpolitik	24,77	21,02	18,04	+ 2,98	+ 16,5
Fonds „Aufbauhilfe“ nach dem Flutopfersolidaritätsgesetz	3,51	2,63	–	+ 2,63	.
Zinsen	37,89	32,58	31,67	+ 0,91	+ 2,9
Wohngeld	2,65	2,17	1,69	+ 0,48	28,4
Deutsche Bahn AG	4,34	2,31	1,94	0,37	+ 19,3
+ / -					
Bundeseisenbahnvermögen	5,77	3,86	4,14	- 0,28	- 6,8
Zuschuss an die Postunterstützungskasse	5,30	3,14	3,36	- 0,22	- 6,5
Wohnungswesen	1,41	0,98	1,19	- 0,22	- 18,2
Förderung des Kohlenbergbaus	2,68	2,42	2,59	- 0,18	- 6,8
Schuldendiensthilfe zum Fonds „Deutsche Einheit“	2,27	1,70	1,85	- 0,14	- 7,8
Förderung erneuerbarer Energien	0,11	0,04	0,17	- 0,14	- 79,8
Erziehungsgeld	3,27	2,38	2,49	- 0,11	- 4,4
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3,62	2,96	3,06	- 0,11	- 3,5

Einnahmen. Die Einnahmen des Bundes (ohne Münzeinnahmen) werden in den ersten drei Quartalen 2003 auf rund 146,61 Mrd. € veranschlagt. Gegenüber dem Einnahmevermögen des Vorjahreszeitraums ergibt sich ein Einnahmerückgang von – 3,36 Mrd. € oder – 2,2 %.

Defizit. Die Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen führt zu einem Finanzierungsdefizit zum Buchungsstand 30. September 2003 von – 54 Mrd. €. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass im Jahresverlauf die Einnahme- und Ausgabeentwicklung nicht gleichmäßig verläuft. Aus diesem Grund können keine Rückschlüsse auf das Jahresergebnis geschlossen werden.

Die Finanzierung des Defizits erfolgt durch einen Kapitalmarktsaldo in Höhe von – 18,12 Mrd. € und durch Münzeinnahmen in Höhe von

0,4 Mrd. €. Die sonstigen Kassenmittel belaufen sich auf – 35,48 Mrd. €.

3 Die Entwicklung der Ausgaben

Soziale Sicherung

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherung. Unter sozialer Sicherung werden alle sozialpolitischen Leistungen verstanden, die bestimmte wirtschaftliche und soziale Existenzrisiken absichern. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Die Zuständigkeiten des Bundes für die einzelnen Bereiche ergeben sich aus dem Grundgesetz. Die Ausgaben für soziale Sicherung werden im Jahr 2003 auf 119,33 Mrd. € veranschlagt; das entspricht einem Anteil von 45,9 % an den Gesamtausgaben.

Aufgabenbereich	Soll einschl. Nachtrag 2003	Januar bis September 2003 in Mrd. €	Januar bis September 2002 in Mrd. €	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. €	in %
Leistungen an die Rentenversicherung	77,27	63,34	59,62	+ 3,73	+ 6,3
– Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter u. Angestellten	36,62	30,52	29,00	+ 1,51	+ 5,2
– zusätzlicher Zuschuss	17,28	14,40	12,07	+ 2,33	+ 19,3
– Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,87	8,91	8,71	+ 0,19	+ 2,2
– Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	0,65	0,60	0,68	– 0,08	– 11,7
– Bundeszuschuss an die knappschaftliche Rentenversicherung	7,30	5,98	6,11	– 0,13	– 2,1
– Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die Rentenversicherung	2,50	2,11	2,33	– 0,22	– 9,5
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	4,07	3,01	3,05	– 0,04	– 1,3
darunter:					
– Alterssicherung	2,37	1,75	1,73	+ 0,02	+ 1,0
– Krankenversicherung	1,25	0,90	0,92	– 0,01	– 1,6
– Unfallversicherung	0,25	0,17	0,19	– 0,02	– 10,0
Arbeitsmarktpolitik	24,77	21,02	18,04	+ 2,98	+ 16,5
darunter:					
– Bundesanstalt für Arbeit	7,50	8,07	6,77	+ 1,30	+ 19,2
– Arbeitslosenhilfe	16,80	12,31	10,79	+ 1,52	+ 14,1
– Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,17	0,43	0,26	+ 0,17	+ 65,0
Erziehungsgeld	3,27	2,38	2,49	– 0,11	– 4,4
Wohngeld	2,65	2,17	1,69	+ 0,48	+ 28,4
Wohnungsbau-Prämiengesetz	0,50	0,50	0,39	+ 0,11	+ 29,2
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3,65	2,98	3,08	– 0,11	– 3,3

Leistungen an die Rentenversicherung.

Der allgemeine Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung orientiert sich an der Entwicklung der Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer im vorvergangenen Jahr sowie an der Veränderung des Beitragssatzes im laufenden Jahr. Dabei wird jeweils der Beitragssatz zugrunde gelegt, der sich ohne Berücksichtigung des zusätzlichen Bundeszuschusses ergeben würde. Mit dem zum 1. Januar 2003 in Kraft getretenen Beitragssatzsicherungsgesetz wurden die Beitragsbemessungsgrenzen auf 5 100 € monatlich in den alten Ländern und 4 250 € monatlich in den neuen Ländern angehoben. Zugleich wurde die Schwankungsreserve der Rentenversicherung von bisher 80 % einer Monatsausgabe auf einen Korridor zwischen mindestens 50 % und maximal 70 % einer Monatsausgabe gesenkt. Der Beitragssatz ist von 19,1 % im Jahr 2002 auf 19,5 % im Jahr 2003 gestiegen.



Zur pauschalen Abgeltung nicht beitragsgedeckter Leistungen zahlt der Bund in jedem Kalenderjahr einen zusätzlichen Bundeszuschuss an die Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten. Der zusätzliche Bundeszuschuss betrug für das Jahr 1999 8,0 Mrd. €. Ab 2000 verändert sich der zusätzliche Bundeszuschuss, ohne den im Folgenden beschriebenen Erhöhungsbetrag, jährlich entsprechend der Veränderungsrate der Steuern vom Umsatz; hierbei bleiben Änderungen der Steuersätze im Jahr ihres Wirksamwerdens unberücksichtigt. Finanziert wird der zusätzliche Bundeszuschuss durch die Erhöhung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes von 15 % auf 16 % ab 1. April 1998.

Darüber hinaus zahlt der Bund aufgrund der Regelungen des Haushaltssanierungsgesetzes im Rahmen des zusätzlichen Bundeszuschusses ab dem Jahr 2000 aus dem Aufkommen der weiteren Stufen der Ökosteuerreform Erhöhungsbeträge zur Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten.

Aufgrund des Gesetzes zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte trägt der Bund die Beiträge zur Rentenversicherung für Kindererziehungszeiten.

Ebenfalls aufgrund des Gesetzes zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte erstattet der Bund den Trägern der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten die Aufwendungen für Auffüllbeträge und Rentenzuschläge entsprechend dem Übergangsrecht für Renten nach den Vorschriften des Beitrittsgebiets sowie für Leistungen nach dem Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligung für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet.

Der Bund trägt den Unterschiedsbetrag zwischen den Einnahmen und Ausgaben der knappschaftlichen Rentenversicherung im Kalenderjahr und sichert somit ihre dauernde Leistungsfähigkeit.

Der Bund erstattet der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte die Aufwendungen, die ihr aufgrund der Überführung der in den Zusatzversorgungssystemen der neuen Länder erworbenen Ansprüche in die gesetzliche Rentenversicherung entstehen. Die neuen Länder erstatten dem Bund rund zwei Drittel seiner Aufwendungen. Für 2003 werden 1,7 Mrd. € Erstattungen der neuen Länder erwartet.

Landwirtschaftliche Sozialpolitik. Die Beiträge für die soziale Absicherung der Landwirte dienen der Verbesserung der Lebensverhältnisse der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Menschen durch Absicherung gegen soziale Risiken wie Alter, Krankheit,

Pflegebedürftigkeit und Unfall. Außerdem wird der fortschreitende Strukturwandel in der Landwirtschaft sozialpolitisch begleitet.

Die Finanzierung der Alterssicherung der Landwirte wurde im Rahmen des Agrarsozialreformgesetzes 1995 neu geordnet. Die nicht durch Beiträge und sonstige Einnahmen gedeckten Aufwendungen übernimmt der Bund im Rahmen der Defizitdeckung. In der landwirtschaftlichen Krankenversicherung trägt der Bund alle nicht durch Beiträge gedeckten Leistungsausgaben der Altenteiler.

Der freiwillige Bundeszuschuss an die Träger der landwirtschaftlichen Unfallversicherung dient der Senkung der Unternehmensbeiträge und damit der kostenmäßigen Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe.

Arbeitsmarktpolitik. Die Bundesanstalt für Arbeit hat im Rahmen ihrer Finanzhoheit am 19. Dezember 2002 für das Jahr 2003 einen ausgeglichenen Haushalt verabschiedet. Dieser Haushalt wurde auf Basis der gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Oktober-Schätzung 2002 mit unterstellten jahresdurchschnittlichen 4,14 Mio. Arbeitslosen aufgestellt. Auf dieser Basis war kein Bedarf für einen Zuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit im Bundeshaushalt 2003 gegeben. Zwischenzeitlich haben sich die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte deutlich verschlechtert, so dass für das Jahr 2003 mit einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahl von 4,39 Mio. Arbeitslosen gerechnet wird. Vor diesem Hintergrund wurden in einem ersten Schritt überplanmäßige Ausgaben beim Zuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit sowie bei der Arbeitslosenhilfe bewilligt. Mit dem Nachtragshaushalt 2003 sind die benötigten Mittel für einen Bundeszuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von bis zu 7,5 Mrd. € sowie für die Arbeitslosenhilfe von insgesamt bis zu 16,8 Mrd. €, was einer Zunahme von bis zu 4,5 Mrd. € über dem ursprünglichen Soll 2003 entspricht, bereitgestellt worden.

Zahlreiche von der Bundesregierung bereits beschlossene Konsolidierungsmaßnahmen sollen helfen, die Mehrbedarfe zu begrenzen. Auf der Einnahmenseite führt die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen in der Arbeitslosenversicherung zu zusätzlichen Einnahmen. Auf der Ausgabenseite kann das Arbeitslosengeld durch die Hartz-Reformen und weitere Konsolidierungsmaßnahmen zurückgeführt werden.

Bei der Ausgestaltung der aktiven Arbeitsmarktpolitik wird die Bundesanstalt für Arbeit durch Effizienzsteigerungen versuchen, mit geringerem Mitteleinsatz die derzeitige Aktivierungsquote zu halten. Diskutiert werden eine Verkürzung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die Modularisierung von Weiterbildungsmaßnahmen sowie kürzere Trainingsmaßnahmen. Die Durchführung der einzelnen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, insbesondere Förderung der beruflichen Weiterbildung, berufliche Eingliederung Behinderter, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Eingliederungszuschüsse, Strukturanpassungsmaßnahmen, Langzeitarbeitslosen- und Jugendsofortprogramm, obliegt der Bundesanstalt für Arbeit.

Neben den umfangreichen Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit sind im Bundeshaushalt weitere Mittel veranschlagt, mit denen ebenfalls das Ziel verfolgt wird, passive Lohnersatzleistungen langfristig zu vermeiden. Dazu zählen u. a. Mittel für Sprachkurse zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern und innovative Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die Bundesregierung hat darüber hinaus durch zwei neue Programme der verschlechterten Situation auf dem Arbeitsmarkt Rechnung getragen, für die insgesamt 165 Mio. € im Haushalt 2003 außerplanmäßig bereitgestellt werden. Zur Finanzierung wurde eine haushaltswirtschaftliche Sperre gemäß § 41 BHO erlassen.

Mit dem Sonderprogramm zum Einstieg arbeitsloser Jugendlicher in Beschäftigung und

Qualifizierung („Jump Plus“) soll für 100 000 Jugendliche unter 25 Jahren, die Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe beziehen sowie langzeitarbeitslos oder von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind, der Einstieg in Beschäftigung und Qualifizierung zusätzlich gefördert werden. Für das Jahr 2003 wurde eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von bis zu 100 Mio. € genehmigt, über die der Haushaltsausschuss des Bundestages am 25. Juni 2003 unterrichtet wurde.

Korrespondierend hierzu soll mit dem Sonderprogramm „Arbeit für Langzeitarbeitslose“ 100 000 hilfebedürftigen Langzeitarbeitslosen ab 25 Jahren der (Wieder-)Einstieg in Beschäftigung und Qualifizierung im Rahmen sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse nach § 19 Abs. 1, 2 BSHG bzw. von Qualifizierungsmaßnahmen nach § 18 Abs. 1 BSHG ermöglicht werden. Für das Jahr 2003 wurde eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von bis zu 65 Mio. € genehmigt, über die der Haushaltsausschuss des Bundestages am 2. Juli 2003 unterrichtet wurde.

Erziehungsgeld. Liegen die Voraussetzungen vor, wird ein Erziehungsgeld nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz gezahlt. Anträge können bei den Erziehungsgeldstellen der Länder eingereicht werden. Das neue Bundeserziehungsgeldgesetz gilt für Geburten ab 2001 und unterscheidet beim Erziehungsgeld zwischen dem Regelbetrag in Höhe von 307 € monatlich über einen Zeitraum von 24 Monaten oder dem Budget in Höhe von 460 € monatlich für zwölf Monate. In den ersten sechs Lebensmonaten eines Kindes wird das Erziehungsgeld grundsätzlich in voller Höhe gewährt. Dieser Anspruch entfällt, wenn das Einkommen bei Eltern mit einem Kind 51 130 €, bei Alleinerziehenden 38 350 € überschreitet. Ab dem siebten Lebensmonat des Kindes wird das Erziehungsgeld einkommensabhängig gewährt. Hierbei gilt es, Einkommensgrenzen zu beachten. Bei einem Kind erhält ein Ehepaar mit einem Jahreseinkommen von bis zu 16 470 € das volle

Erziehungsgeld. Bei Alleinerziehenden mit einem Kind gilt eine Einkommensgrenze von 13 498 €. Beide Einkommensgrenzen erhöhen sich für jedes weitere Kind, das ab dem 1.1.2003 geboren wurde, um 3 140 €. Bei Überschreiten dieser Einkommensgrenzen vermindert sich das Erziehungsgeld in Abhängigkeit von der Höhe des Einkommens bis hin zum völligen Wegfall. Obwohl die Erziehungsgeldleistungen in den letzten Jahren substantiell verbessert und ausgebaut wurden, ergibt sich ein Rückgang des Leistungsvolumens, der letztlich auf einen stetigen Geburtenrückgang zurückzuführen ist.



Im Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2004 sind unter anderem beim Erziehungsgeld haushaltsentlastende Maßnahmen vorgesehen: die Absenkung der Einkommensgrenzen in den ersten sechs Monaten, die Berücksichtigung von Entgeltersatzleistungen, die Glättung der Erziehungsgeldbeträge und die Anhebung der Minderungsquoten.

Wohnungsbau-Prämiengesetz. Die Bau-sparprämie beträgt 10 % der prämienbegünstigten Aufwendungen. Die Höhe des jährlichen Prämienanspruchs ist abhängig von der Höhe des prämienbegünstigt geltend gemachten Anteils an der Bruttosparleistung des Vorjahres. Alleinstehende können jährlich höchstens 512 €, Verheiratete 1 024 € prämienbegünstigt sparen. Mithin ergibt sich eine maximale Förderung von 51,20 € für Alleinstehende und 102,40 € für Verheiratete. Es gibt auch hier Einkommensgrenzen zu beachten. Wohnungsbauprämie erhalten Alleinstehende mit einem Jahreseinkommen von bis zu 25 600 €, Verheiratete bis zu 51 200 €. Im Rahmen des am 17.10.2003 vom

Deutschen Bundestag beschlossenen Haushaltsbegleitgesetzes 2004 ist der Wegfall der Wohnungsbauprämie für Neufälle ab 2004 vorgesehen.

Wohngeld. Zur Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens in einem grundsätzlich marktwirtschaftlich orientierten Wohnungswesens wird seit über 35 Jahren die Sozialleistung Wohngeld – in der Regel auf Antrag als Miet- oder Lastenzuschuss – gewährt. Ab dem Jahr 2001 wurden die Leistungen im Rahmen der Wohngeldleistungsnovelle erhöht. Die Leistung für die Empfänger des allgemeinen Wohngeldes wurden familienfreundlich verbessert. Die unterschiedlichen Regelungen für die neuen und alten Länder wurden vereinheitlicht. Bund und Länder tragen das Wohngeld je zur Hälfte.

Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge. Der größte Teil der Ausgaben entfällt mit 2,7 Mrd. € auf Leistungen für Kriegsbeschädigte

und Kriegshinterbliebene entsprechend dem Bundesversorgungsgesetz. Zu den Ausgaben gehören auch die Leistungen an Wehrdienstbeschädigte der Bundeswehr sowie Zivilbeschäftigte. Die insgesamt sinkenden Ausgaben lassen sich überwiegend auf einen kontinuierlichen Rückgang der Leistungsempfänger zurückführen.

Allgemeine Dienste

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Ausgaben des Bundes für Allgemeine Dienste. Hierbei handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. Die Ausgaben für Allgemeine Dienste werden im Jahr 2003 auf 48,5 Mrd. € veranschlagt, das entspricht einem Anteil von 19,5 % an den Gesamtausgaben.

Aufgabenbereich	Soll einschl. Nachtrag 2003	Januar bis September 2003	Januar bis September 2002	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. €	in %
Versorgung	6,56	4,99	4,90	+ 0,09	+ 1,7
– Ziviler Bereich	2,52	1,90	1,91	– 0,004	– 0,2
– Militärischer Bereich	4,05	3,09	3,00	+ 0,09	+ 3,0
Verteidigung (Funktion 030 ohne Versorgung)	24,29	17,42	17,42	– 0,003	– 0,02
– Militärische Beschaffungen, Materialerhaltung, Forschung und Entwicklung	8,06	5,28	5,40	– 0,12	– 2,2
– Beteiligung der Bundeswehr im internationalen Rahmen	1,15	0,93	0,91	+ 0,02	+ 2,2
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	3,70	2,61	2,56	+ 0,06	+ 2,2
– Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	1,59	1,00	0,98	+ 0,02	+ 2,2
– Beteiligung an der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA)	0,33	0,30	0,30	– 0,01	– 2,2
– Europäischer Entwicklungsfonds	0,43	0,41	0,33	+ 0,08	+ 22,8
Politische Führung und zentrale Verwaltung	4,55	3,06	3,09	– 0,03	– 0,9
– Zivildienst	0,89	0,68	0,70	– 0,02	– 2,7
Finanzverwaltung	2,25	1,65	1,63	+ 0,01	+ 0,7
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2,64	1,76	1,68	+ 0,08	+ 4,6

Versorgung. Die Aufwendungen des Bundes für Versorgung umfassen die direkten Pensionszahlungen einschließlich der Beihilfen an ehemalige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter und Soldatinnen und Soldaten des Bundes und deren Hinterbliebene sowie an Versorgungsberechtigte nach dem Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes. Hierbei handelt es sich um ehemalige Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrem Amt verdrängt und nicht wieder verwendet wurden oder deren Versorgung weggefallen war. Die Gesamtzahl der Versorgungsempfänger einschließlich der Soldatinnen und Soldaten beziffert sich zum 1. Januar 2003 auf rund 215 000 Personen.

Verteidigung. Mit den für den Verteidigungsbereich veranschlagten Mitteln wird die umfangreiche Umgestaltung der Bundeswehr gesichert. Das Ziel dieser Erneuerung ist eine moderne, leistungsfähige und für qualifizierten Nachwuchs attraktive Bundeswehr, die ihren Auftrag auch künftig erfüllen kann.

Der Ansatz für das Jahr 2003 ist den aktuellen finanzpolitischen Erfordernissen angepasst. Ergänzend können 2003 bis zu rd. 0,5 Mrd. € durch Erlöse aus Vermögensveräußerungen für die Erfüllung der Aufgaben genutzt werden. Darüber hinaus sollen Mittel zur Modernisierung der Bundeswehr durch Einsparung von Betriebskosten mobilisiert werden, die sich zum Teil aus der intensivierten Kooperation mit der Wirtschaft ergeben.

Unter den Ausgaben für militärische Beschaffungen werden insbesondere die Aufwendungen für Wehrforschung und militärische Entwicklung und Erprobung, für Materialerhaltung, für den Erwerb von militärischem Gerät sowie für Baumaßnahmen erfasst. Im Einzelplan 14 sind für internationale, humanitäre und sonstige Einsätze, insbesondere für Einsätze in Südosteuropa und zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus, rd. 1,15 Mrd. € veranschlagt,

die bei Bedarf über Haushaltsvermerke zusätzlich verstärkt werden können. Damit ist in genügender Weise Vorsorge für internationale Einsätze der Bundeswehr getroffen.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung leistet einen Beitrag, dass die Menschen in allen Teilen der Welt die Chancen, die sich durch die Globalisierung bieten, zu ihrem Vorteil nutzen können. Trotz der Konsolidierungsbemühungen hat die Entwicklungshilfe einen hohen Stellenwert.

Die Bundesregierung setzt mit dem Bundeshaushalt 2003 und dem Finanzplan die internationalen Vereinbarungen des vergangenen Jahres zur Entwicklungszusammenarbeit um. Dazu werden neben dem Einzelplan 23 auch Mittel für die entwicklungsrelevanten Beiträge anderer Ressorts, die Ausgaben der EU für Entwicklungshilfepolitik, die Nutzung der Verbundfinanzierung und die Auswirkung von Schuldenerlassen beitragen.

Die Mittel aus dem Bundeshaushalt werden eingesetzt, um Maßnahmen der weltweiten Krisenprävention und gewaltfreien Konfliktbewältigung, des Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutzes und der Bekämpfung von Fluchtursachen zu unterstützen. Die bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit wird auch weiterhin regional und sektoral konzentriert. So wird sichergestellt, dass in bestimmten Schwerpunktländern die entwicklungspolitischen Instrumentarien gezielt zum Einsatz kommen. Einen erheblichen Anteil an den Ausgaben haben die Finanzierungsmechanismen zur multilateralen Unterstützung der Entwicklungsländer in den internationalen Entwicklungsorganisationen und dem Europäischen Entwicklungsfonds.

Politische Führung und zentrale Verwaltung. Bei den Ausgaben für den Bereich politische Führung und zentrale Verwaltung handelt es sich im Wesentlichen um Aufwendungen für die obersten Bundesbehörden. Darin enthalten

sind auch die Baumaßnahmen zur Unterbringung des Deutschen Bundestages und des Bundesrates sowie der Bundesregierung im Zuge der Verlagerung des Parlaments- und Regierungssitzes nach Berlin.

Zivildienst. Analog zum Grundwehrdienst wurde auch der Zivildienst ab dem 1. Januar 2002 um einen Monat auf zehn Monate verkürzt. Ab Juni 2002 wurde ein Freiwilligendienst mit einer Mindestdauer von zwölf Monaten eingeführt. Dieser Freiwilligendienst kann anstelle des Zivildienstes abgeleistet werden. Gesetzlich verankert ist dieser im Bereich des Freiwilligen Sozialen und des Freiwilligen Ökologischen Jahres.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung. Der Bundeshaushalt stellt Mittel zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bereit. Dazu zählen insbesondere die in der Verantwortung des Bundes liegenden Leistungen für den Bundesgrenzschutz, für das Bundeskriminalamt und für das Bundesamt für Verfassungsschutz.

Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Ausgaben des Bundes für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen. Wesentliche Aufgabenbereiche sind der Bau und Betrieb der Bundesstraßen, Bundesautobahnen und Bundeswasserstraßen sowie der Aus und Umbau der Schienenwege. Die Ausgaben für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen

werden im Jahr 2003 auf 10,3 Mrd. € veranschlagt, was einem Anteil von 4,1 % an den Gesamtausgaben entspricht.

Im Haushaltsjahr 2003 werden 7,1 Mrd. € der investiven Ausgaben auf den Bereich Verkehrs- und Nachrichtenwesen entfallen. Dies entspricht einem Anteil von 26,6 % an den investiven Ausgaben des Bundes. Trotz des notwendigen Konsolidierungsbedarfs können damit die Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“, notwendige Bestandsinvestitionen und gezielte Investitionen zur Verbesserung des Gesamtverkehrsnetzes realisiert werden.

Deutsche Bahn AG. Der Ansatz für das Jahr 2003 enthält 4,3 Mrd. € an Investitionsausgaben. Die Schienenwegeinvestitionen werden im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms um 1,1 Mrd. € erhöht. Diese Mittel sind Bestandteil eines insgesamt rd. 7,7 Mrd. € umfassenden Programms zur Sanierung und Modernisierung des bestehenden Netzes. So sollen Langsamfahrstellen beseitigt, Leit- und Sicherungstechnik modernisiert sowie Brücken- und Tunnelbauten saniert werden, was die Leistungsfähigkeit des Verkehrsträgers Schiene hinsichtlich Schnelligkeit und Pünktlichkeit erheblich verbessern wird.

Bundeseisenbahnvermögen. Für folgende Positionen des nach der Ausgliederung der Deutschen Bahn AG verbliebenen Bundeseisenbahnvermögens stellt der Bundeshaushalt Mittel bereit:

Aufgabenbereich	Soll einschl. Nachtrag 2003	Januar bis September 2003 in Mrd. €	Januar bis September 2002	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. €	in %
Deutsche Bahn AG	4,34	2,31	1,94	+ 0,37	+ 19,3
Bundeseisenbahnvermögen	5,77	3,86	4,14	- 0,28	- 6,8
Straßen (ohne Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz)	5,56	3,56	3,52	+ 0,04	+ 1,1
- Bundesautobahnen	3,11	2,10	2,05	+ 0,05	+ 2,3
- Bundesstraßen	2,33	1,43	1,44	- 0,01	- 0,5
Wasserstraßen und Häfen	1,34	0,84	0,80	+ 0,04	+ 5,1
Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz	1,67	0,94	0,97	- 0,04	- 2,9

- Der Bund erstattet die Verwaltungsausgaben, die das Bundeseisenbahnvermögen nicht durch eigene Einnahmen decken kann.
- Der Bund erstattete dem Bundeseisenbahnvermögen bis einschließlich Haushaltsjahr 2002 die Kosten, die für den erhöhten Personalbedarf im Bereich der ehemaligen Deutschen Reichsbahn aufgrund des technisch-betrieblichen Rückstandes entstanden sind.

Straßen (ohne Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz). Nach Artikel 90 Grundgesetz verwalten die Länder die Bundesautobahnen und sonstigen Bundesfernstraßen. Der Bundeshaushalt stellt daher in der Hauptsache die Haushaltsmittel für die betriebliche Unterhaltung, die Erhaltung und den Um- und Ausbau sowie den Neubau der in der Baulast des Bundes stehenden Bundesfernstraßen, der Bundesautobahnen und der Bundesstraßen, bereit. Im Vordergrund steht dabei aufgrund der Altersstrukturen und der Verkehrsbeanspruchung der wachsende Bedarf an Erhaltungsinvestitionen. Hierzu zählen die Grunderneuerung und Modernisierung, aber auch der Bau von zusätzlichen Fahrradwegen an den Bundesfernstraßen.

Wasserstraßen und Häfen. Mit den für die Wasserstraßen veranschlagten Mitteln können die laufenden Ausbaumaßnahmen im Wesentlichen

fortgeführt werden. Dabei werden die Mittel auf Projekte konzentriert, die für den Erhalt und die Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Wasserstraßennetzes von besonderer Bedeutung sind. Wichtige Schwerpunkte sind der Ausbau des westdeutschen Kanalnetzes sowie das Projekt 17 der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit zum Bau einer Bundeswasserstraßenverbindung zwischen Rügen, Magdeburg und Berlin.

Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Entsprechend dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) ist ein Betrag von bis zu 1,7 Mrd. € des Mehraufkommens an Mineralölsteuer zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden zu verwenden. 80 % der Mittel verwalten die Länder in eigener Kompetenz. Der Gesetzgeber hat die Verantwortung für das Programm ganz auf die Länder übertragen. Programmkompetenz hat der Bund nur noch bei größeren Vorhaben des Öffentlichen Personennahverkehrs. Der Bund hat auf die Gestaltung der Länderprogramme keinen Einfluss.

Wirtschaftsförderung

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Landwirtschaft, Energie- und Wasserwirtschaft sowie für Gewerbe und Dienstleistungen. Die

Aufgabenbereich	Soll einschl. Nachtrag 2003	Januar bis September 2003		Januar bis September 2002		Veränderung gegenüber Vorjahr	
		in Mrd. €		in Mrd. €		in Mrd. €	in %
Regionale Förderungsmaßnahmen	4,61	3,44	0,94	+ 2,50	.		
– Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“	0,94	0,67	0,64	+ 0,04	+ 5,5		
– Fonds „Aufbauhilfe“ nach dem Flutopfersolidaritätsgesetz	3,51	2,63	–	+ 2,63	–		
Förderung des Kohlenbergbaus	2,68	2,42	2,59	– 0,18	– 6,8		
Hilfen für die Werftindustrie	0,09	0,05	0,07	– 0,02	– 21,5		
Mittelstandsförderung	0,87	0,54	0,57	– 0,03	– 4,7		
Förderung erneuerbarer Energien	0,11	0,04	0,17	– 0,14	– 79,5		
Gewährleistungen	2,00	0,73	0,83	– 0,10	– 12,4		
Landwirtschaft	1,21	0,47	0,49	– 0,02	– 4,9		
– Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“	0,76	0,27	0,27	– 0,01	– 2,7		

Ausgaben für Wirtschaftsförderung werden im Jahr 2003 auf 11,5 Mrd. € veranschlagt, das entspricht einem Anteil von 4,6 % an den Gesamtausgaben.

Regionale Förderungsmaßnahmen. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ wird je zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert. Sie ist das wichtigste Bund-Länder-Instrument zur Förderung, Schaffung und Sicherung von dauerhaft wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen. Die Förderung erstreckt sich auf Investitionszuschüsse an Unternehmen und für die wirtschaftsnahe Infrastruktur. Die Verantwortung für die Durchführung der Aufgabe liegt bei den Ländern.

Im Rahmen des Investitionsförderungsgesetzes Aufbau Ost erhielten die neuen Länder ab 1995 bis 2001 Mittel in Höhe von 3,4 Mrd. € jährlich zum Ausgleich der unterschiedlichen Wirtschaftskraft und zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums. Diese für einen Zeitraum von zehn Jahren angelegte Förderung wird ab 2002 als Sonderbundesergänzungszuweisung ausgewiesen.

Fonds „Aufbauhilfe“. Aufgrund des Aufbauhilfefondsgesetzes nach Artikel 5 des Flutopfersolidaritätsgesetzes vom 19. September 2002 wurde der Fonds „Aufbauhilfe“ als Sondervermögen des Bundes zum 1. Januar 2003 errichtet. Der Fonds dient der Leistung von Hilfen in den vom Hochwasser vom August 2002 betroffenen Länder zur Beseitigung der Hochwasserschäden und zum Wiederaufbau der zerstörten Regionen. Für 2003 sind rund 1,0 Mrd. € an Hilfen für Privathaushalte und Unternehmen vorgesehen, rund 1,2 Mrd. € im Infrastrukturprogramm insbesondere für Kommunen und den ländlichen Raum sowie 281 Mio. € zur Wiederherstellung der Infrastruktur des Bundes. Die Finanzierung der erforderlichen Mittel erfolgt im Wesentlichen durch das Verschieben der 2. Steuerentlastungsstufe der Steuerreform um ein Jahr von 2003 auf 2004 und durch die befristete Erhöhung des Körperschaftsteuersatz um

1,5 % auf 26,5 % im Jahr 2003. Mit der Freistellung der Gemeinden von ihrem Finanzierungsbeitrag zum Fonds durch Änderung des Aufbauhilfegesetzes zum 26. Juni 2003 werden sie in einer Größenordnung in Höhe von 819 Mio. € entlastet. Diese Entlastung wird aus dem Verkehrsetat aufgefangen.

Förderung des Kohlenbergbaus. Der Ansatz für das Jahr 2003 berücksichtigt die Festlegungen des Kohlekompromisses vom 13. März 1997, mit dem sich der Bund mit den Bergbauunternehmen, der IG Bergbau und Energie und den Landesregierungen Nordrhein-Westfalens und des Saarlandes auf einen bis zum Jahre 2005 reichenden Finanzrahmen zur weiteren Unterstützung der Steinkohle geeinigt hatte.

Der Bund leistete Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung und an die Stahlindustrie. Daraus durften auch Zahlungen zum Ausgleich von Stilllegungsbelastungen der Bergbauunternehmen geleistet werden.

Die Unternehmen des deutschen Steinkohlenbergbaus erhielten außerdem von 1997 bis 2001 konzeptgebundene Hilfen zum Ausgleich von bilanziellen Belastungen infolge der kohlepolitischen Beschlüsse vom Herbst 1991. Die Unternehmen mussten demnach ihre Kapazitäten den nachhaltig verringerten Absatzmöglichkeiten anpassen. An diesen Hilfen beteiligte sich Nordrhein-Westfalen mit 33 % und das Saarland mit 26 %.

Hilfen für die Werftindustrie. In Deutschland wird der Schiffbau durch Zinszuschüsse zur Absatzfinanzierung, so genannte Werfthilfen, und durch Produktionskostenzuschüsse, so genannte Wettbewerbshilfen, gefördert. Werfthilfen werden vollständig vom Bund finanziert, Wettbewerbshilfen zu 33 % vom Bund und zu 66 % von den Ländern.

Mittelstandsförderung. Zur Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von

kleinen und mittleren Unternehmen setzt die Bundesregierung ihre erfolgreichen Fördermaßnahmen für den Mittelstand fort. Dabei handelt es sich insbesondere um Maßnahmen zur Förderung der Leistungssteigerung und zur Erhöhung der Innovationsfähigkeit. Darüber hinaus werden Mittel zur Beratung und Schulung von Existenzgründern bereitgestellt.

Besondere Bedeutung in der Mittelstandsförderung haben nach wie vor die Forschungs- und Technologievorhaben im Mittelstandsbereich. Besonders hervorzuheben ist hier die indirekte Förderung der Forschungszusammenarbeit und von Unternehmensgründungen, sowie die industrielle Gemeinschaftsforschung. Daneben spielt die Förderung von Forschung und Entwicklung in den neuen Ländern weiterhin eine wichtige Rolle.

Förderung erneuerbarer Energien. Mit dem Ziel einer sicheren, umweltverträglichen und kostengünstigen Energieversorgung fördert die Bundesregierung die Technologie im Bereich der nicht nuklearen Energieforschung mit einem breiten Spektrum von Maßnahmen und Studien. Diese dienen der Erschließung bzw. Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien, der rationellen Energieverwendung sowie der umweltfreundlichen Verbrennungstechnik. Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung den Einsatz regenerativer Energien. Schwerpunkte sind dabei die Stromerzeugung aus Sonnenenergie, die durch das auf fünf Jahre angelegte „100 000-Dächer-Solarstrom-Programm“ gefördert wird, und ein Marktanreizprogramm zugunsten erneuerbarer Energien.

Gewährleistungen. Durch die Übernahme von Gewährleistungen ermöglicht die Bundesregierung die Finanzierung von außen- als auch binnenwirtschaftlichen Vorhaben. Von den im Jahr 2003 erwarteten Ausgaben entfällt der überwiegende Teil auf den Außenwirtschaftsbereich. Dabei handelte es sich insbesondere um Entschädigungen für Ausfuhrgeschäfte mit der ehemaligen Sowjetunion, die die Bundesregierung

vor Jahren vor allem zur Unterstützung von Unternehmen in den neuen Bundesländern im Interesse der Beschäftigungssicherung verbürgt hat. Im binnenwirtschaftlichen Bereich ist vor allem Vorsorge für Schadenszahlungen im Zusammenhang mit dem Eigenkapitalhilfeprogramm und für Gewährleistungen in den neuen Ländern getroffen.

Landwirtschaft. Im Bereich der Landwirtschaft liegt der finanzielle Schwerpunkt der Agrarpolitik bei der Europäischen Union. Im nationalen Bereich nimmt – neben den Hilfen des Bundes für die landwirtschaftliche Sozialpolitik – die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ einen großen Anteil ein. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft geleistet. Grundlage der Förderung ist der von Bund und Ländern gemeinsam erstellte Rahmenplan, der jährlich den aktuellen Erfordernissen entsprechend überarbeitet wird. Der Bund erstattet den Ländern die entstandenen Ausgaben zu 60 % bei Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und zu 70 % bei Küstenschutzmaßnahmen.

Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Aufwendungen des Bundes für das Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Die Ausgaben für diesen Aufgabenbereich werden im Jahr 2003 auf 11,8 Mrd. € veranschlagt – ein Anteil an den Gesamtausgaben von 4,5 %.

Investitionsprogramm Ganztagschulen. Für ein Investitionsprogramm zur Ausweitung der Zahl der Ganztagschulen gewährt der Bund den Ländern und Gemeinden bis zum Jahr 2007 Finanzhilfen in Höhe von 4,0 Mrd. €. Damit sollen zusätzlich 10 000 Ganztagschulen bereitgestellt werden. Durch dieses Programm werden die Anstrengungen der Länder und Kommunen

Aufgabenbereich	Soll einschl. Nachtrag 2003	Januar bis September 2003	Januar bis September 2002	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		in Mrd. €		in Mrd. €	in %
Investitionsprogramm Ganztagschulen	0,30	0,01	–	–	–
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6,83	4,76	4,79	– 0,03	– 0,6
– gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	2,47	1,61	1,69	– 0,08	– 4,8
– Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft	0,79	0,45	0,49	– 0,04	– 8,4
– Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft	1,36	0,95	0,98	– 0,03	– 2,6
– Weltraumforschung	0,69	0,58	0,58	– 0,002	– 0,4
Leistungen nach dem Bundesausbildungs- förderungsgesetz (BAföG)	0,85	0,75	0,69	+ 0,06	+ 8,8
Hochschulen	2,17	1,51	1,40	+ 0,12	+ 8,4
– Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	1,06	0,75	0,71	+ 0,04	+ 6,1
– Deutsche Forschungsgemeinschaft e.V. Bonn	0,73	0,52	0,49	+ 0,03	+ 6,5
Berufliche Weiterbildung	0,27	0,13	0,12	+ 0,01	+ 5,4
Kunst- und Kulturpflege	1,38	1,08	1,12	– 0,04	– 3,6

zur Verbesserung der Betreuungs- und Bildungsangebote vom Bund nachhaltig unterstützt.

Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen. Auf Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen entfällt der größte Teil der Ausgaben dieses Aufgabenbereiches.

An den Vorhaben der Europäischen Weltraumorganisation beteiligt sich der Bund mit 0,5 Mrd. €. Zusätzliche Mittel werden in den Jahren 2001 bis 2003 aus dem von der Bundesregierung initiierten Zukunftsinvestitionsprogramm für ein nationales Genomforschungsnetz zur Krankheitsbekämpfung durch Genomforschung sowie zur Förderung innovativer Wachstumskerne in den neuen Ländern bereitgestellt.

Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Mit dem BAföG werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass junge Menschen den Bildungs- und Berufsweg, der ihrer Neigung und Eignung entspricht, möglichst unabhängig davon wählen können, ob sie selbst oder ihre Eltern die dafür erforderlichen Mittel aufbringen können. Der den einzelnen Auszubildenden hierfür zustehende

Förderbetrag orientiert sich an dem durch die erforderlichen Ausgaben für Lebensunterhalt und Ausbildung bestimmten Bedarf. Die Aufwendungen für diese Leistung werden zu 65 % durch den Bund und zu 35 % durch die Länder getragen. Ab 2000 wird der Bundesdarlehensanteil des BAföG über die Deutsche Ausgleichsbank bereitgestellt. Ab Juli 2003 ist diese Aufgabe durch Fusion auf die Kreditanstalt für Wiederaufbau übergegangen. Die im Frühjahr 2001 in Kraft getretene BAföG-Strukturreform brachte deutliche Verbesserungen der Ausbildungsförderung.

Hochschulen. Der Hochschulbau ist seit 1970 nach Artikel 91 a Grundgesetz Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern. Der Bund erstattet 50 % der jedem Land nach Maßgabe des jährlich aufzustellenden Rahmenplans entstandenen Ausgaben.

Hervorzuheben ist die im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms der Bundesregierung gestartete „Zukunftsinitiative Hochschule“, die zentrale Herausforderungen an die Hochschulpolitik aufgreift. Zu nennen sind hier die Förderung des virtuellen Studiums und virtueller Hochschulprojekte, die Steigerung der

Attraktivität deutscher Hochschulen für die „besten Köpfe“ im In- und Ausland, die Förderung von Forschungszentren an besonders leistungsfähigen Hochschulen als „Centers of Excellence“ und die Förderung eines bundesweiten Netzes für Patentierung und die Verwertung von Forschungsergebnissen zur zielgerichteten Gründung von Unternehmen.

Berufliche Weiterbildung. Angesichts des nicht ausreichenden Ausbildungsplatzangebots in den neuen Ländern fördert der Bund im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative zur ergänzenden Ausbildung die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen. Das Sonderprogramm wird je zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert.

Für die Förderung der beruflichen Fortbildung zum Meister, Techniker oder zu vergleichbaren Abschlüssen stellt der Bund seit 1996 Mittel für das so genannte „Meister-BAföG“ bereit, um die Teilnehmer an entsprechenden Maßnahmen finanziell zu unterstützen. Die Aufwendungen werden zu 78 % vom Bund und zu 22 % von den Ländern getragen. Im Jahr 2002 war die Nachfrage derart stark, dass die bereitgestellten Mittel um 29 Mio. € erhöht werden mussten.

Überbetriebliche Ausbildungsstätten ergänzen mit ihrem Lehrangebot die betriebliche Ausbildung solcher Klein- und Mittelbetriebe, die aufgrund ihrer Größe oder Spezialisierung nicht in der Lage sind, die geforderten Ausbildungsinhalte in ihrer Gesamtheit zu vermitteln. Erst durch die ergänzenden Lehrangebote der überbetrieblichen Ausbildungsstätten werden diese Betriebe in die Lage versetzt, ausbilden zu können.

Kunst- und Kulturpflege. Zur effektiveren Förderung der Kultur trägt die Bündelung der kulturpolitischen Zuständigkeiten und Kompetenzen des Bundes bei. Mit den veranschlagten Mitteln konnten zielgerichtete Impulse für die kulturpolitischen Aktivitäten der primär zuständigen Bundesländer gegeben werden. Wichtige Bausteine bildeten dabei die kulturelle Förderung

der Hauptstadt Berlin sowie die Unterstützung von kulturellen Einrichtungen und Projekten in den neuen Ländern.

Darüber hinaus werden durch die in 2002 errichtete Bundeskulturstiftung innovative Programme und Projekte aus Kunst und Kultur insbesondere im internationalen Kontext gefördert. Der Bund unterstützte diese Maßnahmen der Stiftung in 2002 mit insgesamt 12,8 Mio. €. In 2003 werden die bereitgestellten Mittel auf 25,6 Mio. € verdoppelt. Außerdem unterstützt der Bund Religionsgemeinschaften und fördert Einzelmaßnahmen für religiöse Zwecke.

Neben den originären Kulturmitteln sind im Bundeshaushalt 2003 Mittel veranschlagt, die sich nicht ausschließlich dem Kulturbereich zuordnen lassen. Dabei handelt es sich insbesondere um Ausgaben im Zusammenhang mit Leistungen an die UNESCO, internationaler Jugendarbeit, internationalem Berufstätigenaustausch, beruflicher Aus- und Fortbildung von Angehörigen der Entwicklungsländer sowie im Zusammenhang mit der institutionellen Förderung von Einrichtungen im Bereich von Bildung und Forschung in Geisteswissenschaften und Bildungswesen. Größter Einzelposten mit 285 Mio. € ist der Zuschuss des Bundes an die Rundfunkanstalt „Deutsche Welle“.

Übrige Ausgaben

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen des Bundes aus den Aufgabenbereichen Gesundheit und Sport, Wohnungswesen, Wirtschaftsunternehmen und Allgemeine Finanzwirtschaft.

Zinsen. Beginnend mit dem Bundeshaushalt 1999 wurde der Schuldendienst der Sonderversmögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Verstromungsfonds in den Bundeshaushalt integriert. Durch die Übernahme

Aufgabenbereich	Soll einschl. Nachtrag 2003	Januar bis September 2003 in Mrd. €	Januar bis September 2002	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. €	in %
Zinsen	37,89	32,58	31,67	0,91	+ 2,9
Schuldendiensthilfe zum Fonds „Deutsche Einheit“	2,27	1,70	1,85	- 0,14	- 7,8
Wohnungswesen	1,41	0,98	1,19	- 0,22	- 18,2
– Sozialer Wohnungsbau	0,58	0,36	0,49	- 0,13	- 26,7
– Wohnraummodernisierungsprogramme	0,75	0,56	0,42	+ 0,14	+ 34,0
Städtebauförderung	0,44	0,19	0,21	- 0,02	- 9,0
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1,04	0,70	0,69	+ 0,01	+ 1,6
Zuschuss an die Postbeamtenversorgungskassen	5,30	3,14	3,36	- 0,22	- 6,5
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	0,45	0,28	0,29	- 0,01	- 2,3

der Schulden in Höhe von rund 200 Mrd. € wurde die bereits faktisch und rechtlich bestehende Verantwortung des Bundes für die Abdeckung des Schuldendienstes dieser Sondervermögen im Bundeshaushalt offen gelegt.

Schuldendiensthilfe zum Fonds „Deutsche Einheit“. Mit Ablauf des Jahres 1994 endeten die Leistungen des Fonds Deutsche Einheit an die Haushalte der neuen Länder zur Deckung ihres allgemeinen Finanzbedarfs. Sie erreichten ein Volumen von insgesamt 82,2 Mrd. €, wovon 48,6 Mrd. € kreditfinanziert waren. Ab dem Haushaltsjahr 1995 sind die neuen Länder voll in den bundesstaatlichen Finanzausgleich einbezogen. Der Fonds befindet sich seitdem in der reinen Zins- und Tilgungsphase. Zur Abdeckung seiner Schuldendienstverpflichtungen erhält er jährlich einen Zuschuss in Höhe von 10 % der insgesamt aufgenommenen Kredite zur Finanzierung seiner Leistungen. Der Betrag von 4,9 Mrd. € wird je zur Hälfte vom Bund und von den alten Ländern aufgebracht. Ab 1995 entlasten die alten Länder den Bund bei den Annuitäten zusätzlich mit 1,1 Mrd. € als pauschalen Ausgleichsbetrag im Zusammenhang mit der Änderung des Verteilungsschlüssels für die Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern. Wegen der seit Jahren günstigen Zinsentwicklung auf dem Kreditmarkt wurde die Schuld des Fonds schneller als erwartet abgebaut. Entsprechend den Änderungen des Gesetzes

über die Errichtung des Fonds Deutsche Einheit vom 16. Juni 1998 und vom 21. Dezember 2000 wurde deshalb für die Jahre 1998 bis 2001 der Zuschuss auf 3,3 Mrd. € reduziert. Im Rahmen der Einigung zwischen Bund und Ländern vom 23. Juni 2001 wurde über die weitere Zukunft des Fonds entschieden. Die Annuitäten betragen 2,5 Mrd. € in 2002. Künftig werden diese 2,3 Mrd. € in 2003 und 2004 betragen. Der Bund übernimmt die Annuitäten für die Jahre 2005 bis 2019 sowie eine Restschuld von bis zu 6,5 Mrd. € am 31. Dezember 2019. Für die Jahre 2005 bis 2019 erhält der Bund jährlich einen Festbetrag an der Umsatzsteuer in Höhe von 1,3 Mrd. €. Weist der Bund nach, dass der Restbetrag des Fonds Ende 2019 aufgrund der tatsächlichen Zinsentwicklung 6,5 Mrd. € übersteigt, erhält er von den alten Bundesländern 53,3 % des übersteigenden Betrages.

Wohnungswesen. Für die soziale Wohnraumförderung gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen gemäß Artikel 104 a Grundgesetz. Mit In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Reform des Wohnungsbaurechts zum 1. Januar 2002 ist der „soziale Wohnungsbau“ von der „sozialen Wohnraumförderung“ abgelöst worden. Vor dem Hintergrund einer durchweg guten Wohnungsmarktlage wird anstelle der bisherigen Ausrichtung auf die Neubauförderung künftig der vorhandene Wohnungsbestand zur Wohnraumversorgung besser genutzt. Daneben

können die zur Verfügung stehenden Mittel aufgrund flexibler Fördermethoden effektiver eingesetzt werden.

Daneben wurde die Wohnraumsanierung und -modernisierung in den neuen Ländern auch über entsprechende Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau gefördert. Das seit 1990 allein durch den Bund finanzierte KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm I ist Anfang 2000 mit einem Kreditvolumen von 40 Mrd. € ausgelaufen. Die Ausgaben des Bundes in Form von Zinszuschüssen werden bis 2010 über 7 Mrd. € betragen.

Das im Jahr 2000 gestartete KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm II schloss an das oben dargestellte Wohnraum-Modernisierungsprogramm an. Das Programm konzentrierte sich insbesondere auf kostenträchtige Modernisierungsmaßnahmen vorwiegend in Altbauten und Hochhäusern sowie denkmalgeschützten Gebäuden. Die Zinsverbilligung wird zwischen Bund und Ländern hälftig getragen. Bei einer Laufzeit von 2000 bis 2002 hat das Programm ein Kreditvolumen von ca. 2,4 Mrd. € erreicht. Zur Zinsverbilligung stellt der Bund mehr als 0,2 Mrd. € zur Verfügung.

Im April 2003 wurde das bundesweite KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm 2003 aufgelegt. Der Bund stellt hierfür 550 Mio. € für ein Kreditvolumen von voraussichtlich 8 Mrd. € bereit, mit dem umfangreiche Sanierungsmaßnahmen an selbst genutzten und vermieteten Wohngebäuden unterstützt werden sollen. Die Programmlaufzeit endet mit der Vergabe des Kreditvolumens, spätestens aber Ende 2004.

Im Rahmen des bestehenden KfW-CO₂-Gebäudesanierungsprogramms werden ab Mai 2003 nach Erweiterung des Förderinhalts auch Heizungsmodernisierungen sowie zusätzliche Sanierungsmaßnahmen an Altbauten des Gebäudebestandes gefördert. Für die Zinsverbilligung

beabsichtigt der Bund in den Jahren 2003 bis 2005 je 160 Mio. € zur Verfügung zu stellen.

Städtebauförderung. Der Bund beteiligt sich gemäß Artikel 104 a Absatz 4 Grundgesetz an der Förderung des Städtebaus. Im Hinblick auf den enormen Erneuerungsbedarf in den neuen Ländern werden die Fördermittel schwerpunktmäßig dort eingesetzt. Daneben startete im Jahr 2002 das neue Programm „Stadtumbau Ost“. Hierfür werden von Bund und Ländern bis 2009 insgesamt 2,7 Mrd. € bereitgestellt. Der Bund trägt hiervon allein etwa 1,1 Mrd. €. Unter anderem werden Kommunen und Wohnungswirtschaft bei Maßnahmen zur Aufwertung von Stadtquartieren und bei unvermeidlichem Rückbau leer stehender, langfristig nicht mehr benötigter Wohngebäude unterstützt.

Ferner leistet der Bund seit 2001 durch die Verordnung zum Altschuldenhilfegesetz einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der von Leerständen betroffenen Wohnungswirtschaft in den neuen Ländern. Wohnungsunternehmen, die durch erheblichen dauerhaften Leerstand in ihrer Existenz gefährdet sind, erhalten eine zusätzliche Altschuldenhilfeentlastung, die sich nach der Fläche der abgerissenen Wohnungen berechnet. Bis 2010 stellt der Bund hierfür rd. 0,7 Mrd. € bereit.

Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung. Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens werden insbesondere Maßnahmen zur Drogenbekämpfung, zur Krebsbekämpfung sowie zur Bekämpfung von AIDS und neuer Infektionskrankheiten unterstützt.

Auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes wendet der Bund Mittel für Förderprogramme zur Verminderung von Umweltbelastungen und zum Klimaschutz auf. Die Ausgaben für Strahlenschutz und Reaktorsicherheit werden zum großen Teil von den Leistungen für die Endlagerung radioaktiver Abfälle einschließlich der Erkundung alternativer Standorte geprägt.

Zuschuss an die Postbeamtenversorgungskasse. Ehemalige Postbeamte erhalten Versorgungs- und Beihilfeleistungen von der Postbeamtenversorgungskasse. Die Finanzierung der Gesamtleistungen tragen der Bund und die Postnachfolgeunternehmen. Dabei trägt der Bund die weitaus größere Finanzierungslast. Aufgrund der Gewährleistungspflicht des Bundes gemäß § 16 Absatz 4 Postpersonalrechtsgesetz besteht die Verpflichtung zum Ausgleich des Defizits der Postbeamtenversorgungskasse. Bislang erfolgte eine Ausgleichsfinanzierung unmittelbar aus dem Treuhandvermögen „Post-Nachfolgeunternehmen“ bei der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation, das unter anderen Geldvermögen aus Dividendeneinnahmen und aus Privatisierungserlösen umfasst. Seit 1999 werden die Ausgaben des Bundes für die Postbeamtenversorgungskasse unmittelbar im Bundeshaushalt veranschlagt. Das den Bundeshaushalt belastende Defizit der Postbeamtenversorgungskasse steigt, weil durch den Eintritt weiterer Beamter in den Ruhestand zum einen die Versorgungs- und Beihilfeleistungen steigen und sich zum anderen die Bemessungsgrundlage für die Finanzierungsbeiträge der Postnachfolgeunternehmen reduziert.



Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt. Die Treuhandanstalt hat Ende 1994 ihre Kernaufgabe, die Privatisierung ostdeutscher Unternehmen, weitgehend abgeschlossen. Die veranschlagten Ausgaben stellen sicher, dass ihre Nachfolgeeinrichtungen die verbliebenen Aufgaben fortführen können. Die Zuwendungen

sind in erster Linie für die Lausitzer- und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH und für die Energiewerke Nord GmbH bestimmt. Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben kommt wie bisher ohne Zuwendungen aus.

4 Die Entwicklung der Einnahmen

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung der Einnahmen des Bundes. Die Steuereinnahmen haben mit 190,8 Mrd. € oder 73,3 % den weitaus größten Anteil an den Einnahmen des Bundes. Die Sonstigen Einnahmen bilden mit 25,61 Mrd. € oder 9,8 % die zweitwichtigste Einnahmequelle. Die Nettokreditaufnahme und die Münzeinnahmen vervollständigen mit 43,79 Mrd. € oder 16,8 % das zur Finanzierung der Ausgaben benötigte Einnahmevervolumen.

Steuern. Am 29. Januar 2003 hat die Bundesregierung den Jahreswirtschaftsbericht 2003 veröffentlicht. Die darin enthaltenen Annahmen zum Wirtschaftswachstum 2003 liegen unter den Annahmen der Herbstprognose 2003, auf denen die November-Steuerschätzung 2002 und damit die Ansätze für die Steuereinnahmen im Entwurf des Bundeshaushalts 2003 basierten. Daraus ergab sich die Notwendigkeit einer Anpassung der Ansätze der Steuereinnahmen im Bundeshaushalt 2003 an die geänderten gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen. Konkret wurden die Haushaltsansätze für die Lohnsteuer sowie die Steuern vom Umsatz abgesenkt, da diese unmittelbar im Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum stehen.

In der Jahresprojektion im Jahreswirtschaftsbericht 2003 wird für das Jahr 2003 ein reales Wirtschaftswachstum von rund 1 % erwartet. Im Jahr 2002 betrug das reale Wirtschaftswachstum 0,2 %. Im Zuge des Nachtragshaushalts 2003 wurden die erwarteten Steuereinnahmen des Bundes nochmals um 12,5 Mrd. € nach unten revidiert.

Aufgabenbereich	Soll einschl. Nachtrag 2003	Januar bis September 2003	Januar bis September 2002	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. €	in %
Einnahmen	216,41	146,61	149,97	- 3,36	- 2,2
darunter: Steuern	190,8	129,18	129,77	- 0,59	- 0,5
Bundesanteile an Gemeinschaftssteuern und Gewerbsteuerumlage	138,83	98,70	99,31	- 0,60	- 0,6
- Lohnsteuer	56,32	38,76	38,28	+ 0,47	+ 1,2
- Veranlagte Einkommensteuer	1,76	0,06	1,28	- 1,22	.
- Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	4,89	4,16	6,11	- 1,95	- 31,9
- Zinsabschlag	3,45	2,74	2,96	- 0,22	- 7,4
- Körperschaftsteuer	3,05	2,42	- 0,17	+ 2,59	.
- Steuern vom Umsatz	67,16	49,25	49,94	- 0,69	- 1,4
- Gewerbesteuerumlage	2,21	1,32	0,90	+ 0,42	+ 46,7
Bundessteuern	86,53	57,22	55,09	+ 2,12	+ 3,9
- Mineralölsteuer	43,31	26,23	25,97	+ 0,25	+ 1,0
- Tabaksteuer	14,60	9,30	8,73	+ 0,57	+ 6,6
- Solidaritätszuschlag	10,19	7,42	7,52	- 0,11	- 1,4
- Versicherungssteuer	8,50	7,32	7,06	+ 0,26	+ 3,7
- Stromsteuer	6,27	4,60	3,46	+ 1,15	+ 33,2
- Branntweinsteuer	2,22	1,37	1,31	+ 0,06	+ 4,7
- Kaffeesteuer	0,98	0,69	0,76	- 0,07	- 9,0
- Schaumweinsteuer	0,46	0,29	0,28	+ 0,005	+ 1,6
- Sonstige Bundessteuern	0,01	.	0,01	- 0,01	.
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 15,57	- 11,55	- 11,61	- 0,06	- 0,5
Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen	- 6,85	- 5,13	- 5,06	- 0,08	+ 1,5
Zuweisungen an die EU nach BSP-Schlüssel	- 12,15	- 10,06	- 7,96	- 2,10	+ 26,4
Sonstige Einnahmen	25,62	17,43	20,20	- 2,77	- 13,7
- Ablieferung Bundesbank	3,50	3,50	3,50	-	-
- Darlehensrückflüsse (Beteiligungen)	9,44	3,97	8,97	- 5,00	- 55,7

Bundesanteile an Gemeinschaftssteuern und Gewerbesteuerumlage. Die Bundesanteile an den Gemeinschaftssteuern bilden die Hauptfinanzierungsquelle des Bundes. Die Gemeinschaftssteuern umfassen die Lohn- und Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag, sowie die Steuern vom Umsatz, die Gewerbesteuerumlage und den Zinsabschlag. Grundlage für die Aufteilung

des Steueraufkommens ist Artikel 106 Grundgesetz. Der Ertrag der Gemeinschaftssteuern wird aufgrund unterschiedlicher Vergabeschlüssel zwischen dem Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt.

Die folgende Tabelle zeigt den rechnerischen Anteil der Gebietskörperschaften am Aufkommen der Gemeinschaftssteuern im Jahr 2003 in Prozent:

Gemeinschaftsteuer nach Artikel 106 Grundgesetz	Bund	Länder	Gemeinden
Lohn- und Einkommensteuer	42,5	42,5	15,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	50,0	50,0	-
Steuern vom Umsatz	51,4	46,5	2,1
Zinsabschlag	44,0	44,0	12,0
Körperschaftsteuer	50,0	50,0	-
Gewerbesteuerumlage	46,2	53,8	-

Bundessteuern. Das Steueraufkommen der Bundessteuern steht allein dem Bund zu. Hierbei handelt es sich um das Steueraufkommen aus den Verbrauchsteuern und dem Solidaritätszuschlag. Dieser wird als Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 5,5 % erhoben.

Mit der auf nachhaltige Wirkung angelegten ökologischen Steuer- und Abgabenreform wird der Energieverbrauch stärker besteuert. Gleichzeitig werden die erwarteten Einnahmen zur Senkung bzw. Stabilisierung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung verwendet. Die ökologische Steuerreform wird seit 1999 in mehreren Stufen bis zum Jahr 2003 fortgesetzt. Die jährliche Anhebung der Mineralölsteuer um 3 Cent je Liter Kraftstoff führt im Jahr 2003 zu steigenden Einnahmen.

Auch die ab 1. April 1999 erhobene Stromsteuer ist Teil dieser ökologischen Steuerreform. Auch diese wurde in den Jahren 2000 bis 2003 um jährlich 0,26 Cent je Kilowattstunde angehoben. Im Jahr 2003 werden 2,05 Cent Stromsteuer je Kilowattstunde erhoben.

Zudem führt auch das am 1. Januar 2003 in Kraft getretene Gesetz zur Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform zu steigenden Einnahmen im Jahr 2003.

Ergänzungszuweisungen an Länder. Durch den seit 1995 geltenden neu geordneten Finanzausgleich sind die neuen Länder nach dem Auslaufen der Leistungen aus dem Fonds „Deutsche Einheit“ vollständig und gleichberechtigt in einen gesamtdeutschen Finanzausgleich einbezogen. Grundlage dafür ist das Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944, 977).

Durch die Neuregelung wurde das Gesamtvolumen der Bundesergänzungszuweisungen erheblich ausgeweitet und zusätzliche Sonderbedarfe wurden anerkannt. Im Haushalt 2003 werden die Sanierungshilfen für Bremen und

das Saarland fortgesetzt. Die Hilfen werden in Form von Sonderbundesergänzungszuweisungen vergeben. 2003 erhalten Bremen 0,5 Mrd. € und Saarland 0,3 Mrd. €.

Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen. Im Rahmen der Bahnstrukturreform ist ab 1996 die Aufgaben- und damit die Ausgabenverantwortung für den Schienenpersonennahverkehr der Deutschen Bahn AG vom Bund auf die Länder übergegangen. Der Bund verzichtet zugunsten der Länder auf einen Teil seines Mineralölsteueraufkommens.

Zuweisungen an die Europäische Union nach BSP-Schlüssel. Neben den Zöllen, den Agrarabschöpfungen und den Mehrwertsteuer-Eigenmitteln gehören die BSP-Eigenmittel zu den eigenen Einnahmen der Europäischen Union. Der Ansatz für das Jahr 2003 beruht auf dem Eigenmittelbeschluss vom 29. September 2000. Im Jahr 2003 dürfen die eigenen Einnahmen der Europäischen Union aus Deutschland 1,27 % des Bruttosozialprodukts der Europäischen Union nicht überschreiten.

Sonstige Einnahmen. Für das Jahr 2003 erwartet der Bund einen Betrag in Höhe von 3,5 Mrd. € aus dem Bundesbankgewinn. Dieser dient zur allgemeinen Finanzierung seiner Aufgaben. Der überschießende Teil des Bundesanteils am Bundesbankgewinn wird gemäß § 4 Haushaltsgesetz 2003 zur Tilgung von Verbindlichkeiten des Erblastentilgungsfonds verwendet.

Aus Darlehensrückflüssen und der Veräußerung von Beteiligungen werden Einnahmen in Höhe von 9,4 Mrd. € erwartet. Darunter befinden sich Einnahmen in Höhe von 5,3 Mrd. € aus dem Treuhandvermögen „Postnachfolgeunternehmen“ zur Finanzierung des Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V., der Postbeamtenversorgungskasse. Weitere 2,2 Mrd. € werden aus Rückflüssen aus der Inanspruchnahme aus Gewährleistungen aus dem Ausland erwartet.

Nachtragshaushalt 2003

1	Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage	57
2	Eckwerte des Entwurfs des Nachtragshaushalts 2003	58
3	Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts (Art. 115 Grundgesetz)	58
4	Finanzpolitisches Gesamtkonzept der Bundesregierung	58

Das Bundeskabinett hat am 29. Oktober 2003 den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2003 (Nachtragshaushaltsgesetz 2003) beschlossen und an den Deutschen Bundestag und den Bundesrat zur weiteren Befassung zugeleitet.

Die konjunkturelle Abschwächung macht die Vorlage eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan 2003 erforderlich. Der Nachtrag 2003 sieht eine Nettokreditaufnahme in Höhe von bis zu 43,4 Mrd. € gegenüber dem Haushaltssoll 2003 in Höhe von 18,9 Mrd. € vor und betrifft ausschließlich die Umsetzung der konjunkturbedingten Änderungen bei den Steuereinnahmen und den Ausgaben für den Arbeitsmarkt.

1 Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage

Die Bundesregierung ging bei der Aufstellung des Haushalts 2003 von aus damaliger Sicht realistischen Wachstumsannahmen aus. Dem Haushalt 2003 lag angesichts der seinerzeit bestehenden erheblichen geopolitischen Spannungen und der angespannten weltwirtschaftlichen Entwicklung eine vorsichtige Wachstumsannahme zugrunde. Mit einem realen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 1 % entsprach diese Annahme der des Sachverständigenrates für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Die für 2003 erwartete konjunkturelle Entwicklung ist nicht eingetreten. Ursache für das

ausgebliebene Wirtschaftswachstum sind in erster Linie die weltwirtschaftlichen Nachwirkungen des Irak-Krieges, der die Verunsicherung der Investoren und Konsumenten zunächst noch verstärkt hatte und somit die konjunkturelle Entwicklung – sowohl im Inland als auch weltweit – deutlich abgebrems hat. Auf Grund dessen kam auch in Deutschland die Wirtschaft nicht in Schwung, vielmehr dauerte im ersten Halbjahr 2003 die Stagnation der Wirtschaftsleistung an. Nach den aktuellen Wirtschaftsprognosen für 2003, insbesondere den aktuellen gesamtwirtschaftlichen Eckwerten der Bundesregierung sowie der Herbstprognose der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute, ist für das Gesamtjahr 2003 daher mit einem stagnierenden BIP in Deutschland zu rechnen und deutlich mehr Arbeitslosen und weniger Beschäftigten, als dem Haushalt zugrunde lag.



Daher ergeben sich Mehrausgaben durch Mehrbelastungen beim Zuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit und bei der Arbeitslosenhilfe in Höhe von bis zu 12 Mrd. €. Auf der Einnahmenseite führt die konjunkturelle Abschwächung zu erheblichen Steuerausfällen gegenüber dem ursprünglichen Haushaltssoll. Der Nachtragshaushalt 2003 basiert auf der Grundlage einer Bewertung der Entwicklung des Steueraufkommens bis September dieses Jahres. Hiernach ist mit einer Abweichung von bis zu 12,5 Mrd. € gegenüber dem Haushaltssoll zu rechnen. Um einer verbleibenden Ungewissheit über die Steuereinnahmen des laufenden Jahres Rechnung zu tragen, wurde die etwas günstigere Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzungen vom 6. November 2003 nicht berücksichtigt.

2 Eckwerte des Entwurfs des Nachtragshaushalts 2003

	Soll 2003	Nachtrag Mrd. €	Neues Soll 2003
I. Ausgaben	248,2	12,0	260,2
Veränderung ggü. Vorjahr (%)	- 0,4	-	+ 4,4
II. Einnahmen			
1. Steuereinnahmen	203,3	- 12,5	190,8
2. Sonstige Einnahmen	26,0	-	26,0
3. Nettokreditaufnahme	18,9	24,5	43,4
<u>nachrichtlich:</u>			
Investive Ausgaben	26,7	-	26,7
Differenzen durch Rundung möglich.			

3 Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts (Art. 115 Grundgesetz)

Im Entwurf zum Nachtragshaushalt 2003 ist eine Nettokreditaufnahme in Höhe von bis zu 43,4 Mrd. € ausgewiesen, die die Summe der im Haushaltsplan 2003 veranschlagten Investitionen um bis zu 16,7 Mrd. € übersteigt.

Nach Artikel 115 GG darf die Nettokreditaufnahme die Summe der im Haushalt veranschlagten Investitionen nur zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts überschreiten. Diese Ausnahmesituation ist im Jahr 2003 gegeben.

Die im Herbst 2003 zur Verfügung stehenden Wirtschaftsdaten lassen erkennen, dass in diesem Jahr sowohl das Ziel eines stetigen und angemessenen Wirtschaftswachstums als auch das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes deutlich verfehlt werden. Wirtschaftswachstum, Arbeitslosenzahl und Beschäftigungsentwicklung weichen erheblich von den Werten ab, die bei Aufstellung des Haushalts für das Jahr 2003 erwartet werden konnten.

In dieser Situation darf die öffentliche Hand nicht dazu beitragen, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts noch zu verstärken. Die über die Summe der Investitionen hinausgehende Nettokreditaufnahme erfolgt zur Leistung von Mehrausgaben für den Arbeitsmarkt und zur Deckung konjunkturbedingter Steuerausfälle. Eine Deckung dieser Lücken wäre nur im Wege massiver Eingriffe auf der Ausgabe- und Einnahmeseite möglich. Derartige Einschnitte wären kontraproduktiv, weil sie die Inlandsnachfrage und die Investitionstätigkeit weiter schwächen und die konjunkturelle Erholung behindern würden. Die über die Summe der Investitionen hinausgehende Nettokreditaufnahme sichert somit die Konsumnachfrage und verhindert ein Sinken des BIP. Mit diesem Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren wird eine prozyklische Finanzpolitik vermieden.

4 Finanzpolitisches Gesamtkonzept der Bundesregierung

Im Zusammenspiel von kurzfristiger Ausweitung der Kreditaufnahme und längerfristiger Ausgabenbegrenzung, strukturellen Reformen und einer Verbreiterung der steuerlichen

Bemessungsgrundlage soll die Voraussetzung geschaffen werden, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beheben. Die Bundesregierung hat ein tief greifendes Modernisierungsprogramm auf den Weg gebracht, das auf einem Dreiklang von Strukturreformen, Haushaltskonsolidierung und Wachstumsimpuls beruht.

Teil hiervon ist das am 2. Juli 2003 von der Bundesregierung beschlossene Haushaltsstabilisierungskonzept 2004, durch das nachhaltige Fortschritte bei der Konsolidierung aller öffentlichen Haushalte erzielt werden. Wesentliche Merkmale sind die Begrenzung der konsumtiven Staatsausgaben und ein verstärkter Subventionsabbau, der auf der Einnahmenseite durch den weiteren Abbau von Steuervergünstigungen umgesetzt wird. Hinzu kommt die verstärkte

Bekämpfung von Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung. Die Bundesregierung ergänzt diese Konsolidierungsstrategie mit einer Wachstumskomponente. Mit dem Vorziehen der Steuerreformstufe 2005 auf 2004 werden positive Impulse für den privaten Konsum und die Investitionsbereitschaft gesetzt und damit die Wachstumskräfte gestärkt. Auf der Angebotsseite der Volkswirtschaft führt die Steuerreform ebenfalls zu positiven Effekten. Die Senkung des Eingangssteuersatzes gibt einen zusätzlichen Anreiz zur Arbeitsaufnahme im Niedriglohnbereich und wird damit auch zu einem Abbau von Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft beitragen. Das Entlastungsvolumen des Vorziehens der Steuerreformstufe 2005 beläuft sich auf 15,6 Mrd. €; insgesamt beträgt die Entlastung durch die Tarifsenkung in 2004 (zweite und dritte Stufe der Steuerreform) 21,8 Mrd. €.

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 4. bis 6. November 2003

1	Vorbemerkungen	61
2	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Steueraufkommen	61
3	Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“	62

1 Vorbemerkungen

Das Rätselraten hat ein Ende: In seiner Sitzung vom 4. bis 6. November 2003, die auf Einladung der Deutschen Bundesbank in Frankfurt/Main stattfand, hat der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ die Steuermindereinnahmen gegenüber der letzten Steuerschätzung vom Mai 2003 auf 8,2 Mrd. € für das Jahr 2003 und 10,9 Mrd. € für das Jahr 2004 geschätzt. Im Vorfeld der Schätzung war es in der Presse zu einem intensiven Ratewettstreit gekommen. Zunächst berichtete die „Financial Times Deutschland“ unter Berufung auf „Steuerschätzerkreise“, die Steuerausfälle beliefen sich auf rund 11 Mrd. € in 2003 und knapp 9 Mrd. € in 2004. Das „Handelsblatt“ äußerte daraufhin sein „Erstaunen über angebliches 20-Milliarden-Loch“ und stellte fest, die „Mehrheit der neun Steuerschätzer“ gehe von 6 Mrd. € Steuermindereinnahmen in diesem und rund 7 Mrd. € im kommenden Jahr aus. Schließlich warf der „Spiegel“ ein Minus von 8,8 Mrd. € für 2003 und 8,4 Mrd. € für 2004 in die Debatte.

Dass das tatsächliche Schätzergebnis von allen drei Mutmaßungen mehr oder weniger deutlich abweicht, liegt vor allem daran, dass der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ ein unabhängiges Gremium ist, das seine Ergebnisse im Konsensverfahren ableitet. Jeder der neun Schätzvorschläge (sechs Wirtschaftsforschungsinstitute, Bundesbank, Sachverständigenrat, BMF) geht mit gleichem Gewicht in die Beratungen ein. Von daher

sind einzelne Schätzvorschläge, die der Presse zugespielt werden, nur von geringer Aussagekraft.

2 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Steueraufkommen

Die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland wurde im laufenden Jahr vor allem durch externe Faktoren belastet: Zu Jahresbeginn war – nach dem Abklingen der Vertrauenskrise an den Finanzmärkten – mit einer moderaten Erholung der Weltkonjunktur gerechnet worden, von der die deutsche Wirtschaft stark profitiert hätte. Aufgrund geopolitischer Unsicherheiten und Risiken wurden diese Erwartungen enttäuscht: Der Irak-Krieg verstärkte die Verunsicherung von Investoren und Konsumenten und bremste so die konjunkturelle Entwicklung sowohl im Inland als auch weltweit. Hinzu kamen die Auswirkungen der Euro-Aufwertung, wodurch die Exporte Deutschlands zusätzlich beeinträchtigt wurden.

Aufgrund der schwierigen konjunkturellen Lage in der ersten Jahreshälfte 2003 erwartet die Bundesregierung in realer Rechnung eine gegenüber 2002 unveränderte Wirtschaftsleistung.

Schon seit einiger Zeit zeigen jedoch wichtige Indikatoren eine Konjunkturerholung an. Im dritten Vierteljahr ist das Bruttoinlandsprodukt erstmals seit drei Quartalen wieder etwas angestiegen. Dies war bislang nur auf außenwirtschaftliche Impulse zurückzuführen, während die Binnennachfrage noch schwach blieb. Für das gesamte zweite Halbjahr dieses Jahres rechnet die Bundesregierung – wie auch die Wirtschaftsforschungsinstitute – mit einem leichten Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Gegenüber der letzten Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres mussten die Ansätze für die Steuereinnahmen für 2003 dennoch deutlich nach unten korrigiert werden.

2004 wird sich die Aufwärtsentwicklung fortsetzen und an Breite gewinnen. Das verbesserte internationale Umfeld und die geplanten umfassenden Reformen der Bundesregierung werden hierzu wesentlich beitragen. Auch andere wichtige Rahmenbedingungen sind günstig: verbesserte Absatz- und Gewinnperspektiven der Unternehmen, niedrige kurz- und langfristige Nominalzinsen, stabile Preise und unveränderte Lohnstückkosten. Für das nächste Jahr geht die Bundesregierung von einem realen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,5 % bis 2 % aus. Dieses Konjunkturbild entspricht den Prognosen der meisten nationalen und internationalen Institutionen. Auf dem Arbeitsmarkt wird zunächst die fortschreitende Umsetzung des Hartz-Konzepts wirksam. Es ist zu erwarten, dass mit den üblichen Verzögerungen später auch die allmählich anziehende Konjunktur zur Entspannung der Beschäftigungssituation beitragen wird. Auch bei den Steuereinnahmen wird sich die wirtschaftliche Erholung erst mit einer Zeitverzögerung in Zuwächsen niederschlagen.

Der Steuerschätzung liegt die Annahme eines nominalen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts von 1 % in diesem Jahr und 2 ½ % im kommenden Jahr zu Grunde. Im Mai war noch von einem Zuwachs des nominalen BIP von 2 % in 2003 und 3 % in 2004 ausgegangen worden.

3 Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“

Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2003 und 2004 auf der Grundlage des geltenden Rechts. Alle Steuergesetze, die sich derzeit in der parlamentarischen Beratung befinden, waren dementsprechend nicht zu berücksichtigen. Gegenüber der Steuerschätzung vom Mai 2003 war lediglich das Kleinunternehmerförderungsgesetz mit Auswirkungen von –0,3 Mrd. € in 2003 und –0,4 Mrd. € in 2004 als Steuerrechtsänderung einzubeziehen.

Im Jahr 2003 rechnet der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ mit Ausfällen von insgesamt

8,2 Mrd. € gegenüber der Mai-Schätzung. Davon entfallen 4,2 Mrd. € auf den Bund und 3,8 Mrd. € auf die Länder. Bei den Kommunen ergibt sich keine Veränderung des Schätzansatzes. Die Abführungen an die EU werden im laufenden Jahr voraussichtlich um 0,2 Mrd. € geringer ausfallen als geplant.

Die negativen Abweichungen von der Mai-Schätzung sind in diesem Jahr besonders hoch bei der Lohnsteuer (–2,7 Mrd. €), den Steuern vom Umsatz (–1,6 Mrd. €), der Körperschaftsteuer (–1,4 Mrd. €) und der Kapitalertragsteuer (–1,2 Mrd. €). Auch die Mineralölsteuer (–1 Mrd. €) und die veranlagte Einkommensteuer (–0,8 Mrd. €) haben Einbußen zu verzeichnen. Demgegenüber wurden die Schätzungen für die Gewerbesteuer (+0,9 Mrd. €) und für die Stromsteuer (+0,3 Mrd. €) kräftig nach oben korrigiert.

Insgesamt werden die Steuereinnahmen nach dem Schätzergebnis in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr stagnieren (441,6 Mrd. € in 2003 gegenüber 441,7 Mrd. € in 2002). Dies gilt auch für den Bund, bei dem sich ein leichter Rückgang um 0,1 % von 192,1 Mrd. € auf 191,9 Mrd. € ergibt. Bei den Ländern ist mit –0,7 % ein etwas stärkerer Rückgang zu verzeichnen. Die höchsten Einbußen haben – trotz der allmählichen Erholung des Gewerbesteueraufkommens – die Gemeinden zu tragen, deren Steuereinnahmen voraussichtlich gegenüber dem Jahr 2002 um 1,9 % zurückgehen werden.

Für das Jahr 2004 schätzt der Arbeitskreis die Steuermindereinnahmen gegenüber der Schätzung vom Mai 2003 auf insgesamt 10,9 Mrd. €. Hiervon entfallen 4,8 Mrd. € auf den Bund. Der Bund profitiert dabei von einer für 2004 erwarteten Erstattung von EU-Eigenmitteln für das Jahr 2003 in Höhe von 1,2 Mrd. €. Die durch die Konjunktur und die Steuerrechtsänderung hervorgerufenen Steuermindereinnahmen belaufen sich somit für den Bund auf zusammen 6,0 Mrd. € (Schätzabweichung 5,8 Mrd. €; Steuerrechtsänderung 0,2 Mrd. €). Die Länder verlieren im

Vergleich zur Mai-Schätzung insgesamt 4,6 Mrd. €, die Kommunen 0,4 Mrd. €.

Die Veränderungen bei den einzelnen Steuern gegenüber der Mai-Schätzung sind für 2004 in der Struktur ähnlich wie 2003, weisen aber ein höheres Niveau auf. Dies folgt daraus, dass der Zuwachs aufgrund der abgesenkten gesamtwirtschaftlichen Erwartungen geringer ausfällt als im Mai angenommen und zudem auf der niedrigeren Basis des Jahres 2003 aufgesetzt wird.

Im kommenden Jahr rechnen die Steuer-schätzer mit einem um 2,7 % zunehmenden

Gesamtsteueraufkommen (von 441,6 Mrd. € auf 453,4 Mrd. €). Die Steuereinnahmen des Bundes steigen gleichfalls um 2,7 % (von 191,9 Mrd. € auf 197,1 Mrd. €), während die Steuereinnahmen der Länder mit 3,2 % stärker zunehmen. Auch die Kommunen verzeichnen mit + 1,9 % einen Zuwachs.

Die im internationalen Vergleich bereits sehr niedrige Steuerquote geht in 2003 auf 20,69 % weiter zurück (2002: 20,93 %) und bleibt 2004 mit 20,71 % nahezu konstant. Sie liegt damit um rund 2,3 Prozentpunkte unter der Steuerquote des Jahres 2000.

Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ 4. bis 6. November 2003

	Ist	Schätzung	
	2002	2003	2004
1. Bund (Mrd. €)	192,1	191,9	197,1
Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	- 0,9	- 0,1	2,7
2. Länder (Mrd. €)	178,6	177,3	182,9
Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	- 0,1	- 0,7	3,2
Veränderung gegenüber Vorjahr ohne Bahnreform und Verrechnungen (%)	- 1,9	- 0,7	3,5
3. Gemeinden (Mrd. €)	52,5	51,5	52,5
Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	- 2,8	- 1,9	1,9
4. EU (Mrd. €)	18,6	21,0	20,9
Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	- 5,9	12,9	- 0,2
5. Steuereinnahmen insgesamt (Mrd. €)	441,7	441,6	453,4
Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	- 1,0	0,0	2,7
Bund und Länder nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich; Länder ohne Gemeinden mit Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten. Angaben in Mrd. € gerundet; Veränderungsraten aus Angaben in Mio. € errechnet. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.			

Abweichung des Ergebnisses AK November 2003 vom Ergebnis AK Mai 2003 (Beträge in Mrd. €)

2003	Ergebnis AK Mai 2003	Abweichungen		davon:		Ergebnis AK Nov. 2003
		Abweichung insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätzab- weichung ²	
Bund ³	196,1	- 4,2	- 0,1	0,2	- 4,3	191,9
Länder ³	181,0	- 3,8	- 0,1		- 3,6	177,3
Gemeinden	51,5	0,0	0,0		0,0	51,5
EU	21,2	- 0,2		- 0,2	0,0	21,0
St.E. insgesamt	449,8	- 8,2	- 0,3	0,0	- 7,9	441,6
¹ Kleinunternehmerförderungsgesetz. ² Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen und infolge unvorhergesehener Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte. ³ Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.						
2004	Ergebnis AK Mai 2003	Abweichungen		davon:		Ergebnis AK Nov. 2003
		Abweichung insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätzab- weichung ²	
Bund ³	201,8	- 4,8	- 0,2	1,2	- 5,8	197,1
Länder ³	187,4	- 4,6	- 0,2		- 4,4	182,9
Gemeinden	52,9	- 0,4	0,0		- 0,4	52,5
EU	22,1	- 1,2		- 1,2	0,0	20,9
St.E. insgesamt	464,3	- 10,9	- 0,4	0,0	- 10,6	453,4
¹ Kleinunternehmerförderungsgesetz. ² Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen und infolge unvorhergesehener Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte. ³ Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.						
Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.						

Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftli- cher Institute über die wirt- schaftliche Entwicklung in Ostdeutschland

1	Vorbemerkung	65
2	Ausgangslage	65
3	Regionale Unterschiede in der Infra- strukturausstattung	66
4	Wirkungsanalyse der Wirtschafts- förderung	67
4.1	Investitionsförderung	67
4.2	Innovationsförderung	68
5	Arbeitsmarktsituation und Arbeits- marktpolitik	69
6	Fazit	71

1 Vorbemerkung

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW), das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB), das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) haben den zweiten Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland vorgelegt. Der Bericht wurde am 17. November veröffentlicht.

Im ihrem „Zweiten Fortschrittsbericht“ haben die Institute das Hauptaugenmerk auf Wirkungsanalysen förder- und arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen gelegt. Darüber hinaus wurden die technologische Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft und regionale Ausstattungsunterschiede mit wichtigen Standortfaktoren vertieft

untersucht. Wesentliche Ergebnisse werden im Folgenden zusammengefasst.¹

2 Ausgangslage

Ostdeutschland stellt – bei allen regionalen Unterschieden – im gesamtdeutschen Kontext eine äußerst strukturschwache Region dar, die immer noch schwer an den Belastungen aus der Vergangenheit trägt. Im letzten Jahr verlief die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern aufs Ganze gesehen enttäuschend (die Wirtschaftsleistung nahm in Preisen von 1995 gerechnet um 0,2 % ab). Im dritten Jahr in Folge blieb die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland damit hinter der in den alten Bundesländern zurück. Die seit Mitte der neunziger Jahre anhaltende Talfahrt der Bauproduktion ist im Jahr 2002 noch nicht zum Ende gekommen.

Zwar scheint das Verarbeitende Gewerbe so weit an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen zu haben, dass es die derzeitige konjunkturelle Schwächeperiode glimpflich überstanden hat – trotz der generell schwachen Konjunktur haben die Unternehmen des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2002 ihre Produktion im Vergleich zum vorhergehenden Jahr ausweiten können –, dennoch sind das schwache gesamtwirtschaftliche Wachstum und insbesondere die Lage am Arbeitsmarkt außerordentlich unbefriedigend. Infolge der schwachen Wirtschaftsleistung hat die Beschäftigung weiter abgenommen. Im Jahr 2002 lag die Zahl der Erwerbstätigen um 1,6 % oder reichlich 90 000 unter dem Wert des vorhergehenden Jahres. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen lag im Jahresdurchschnitt um 22 000 über der des vorhergehenden Jahres.

Der „Aufbau Ost“ bedarf deswegen immer noch besonderer Aufmerksamkeit der Politik – auch wenn klar sein muss, dass die Möglichkeiten

¹ Die folgenden Aussagen sind Bestandteil des Zweiten Fortschrittsberichts wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland und geben nicht notwendigerweise die Haltung der Bundesregierung wieder.

von Bund und Ländern angesichts der fiskalischen Probleme und der sich zunehmend als weniger wirksam erweisenden „klassischen“ Instrumente der Unternehmensförderung beschränkt sind.

3 Regionale Unterschiede in der Infrastrukturausstattung

Mehr als ein Jahrzehnt nach der deutschen Einheit sind in den neuen Ländern immer noch deutliche Mängel in der Infrastrukturausstattung vorhanden, von einem tief greifenden flächendeckenden Nachholbedarf beim Ausbau der (wirtschaftsnahen) Infrastruktur kann jedoch nicht mehr gesprochen werden. Dies gilt auch für die Verkehrsinfrastruktur. Zwar weisen viele Regionen hinsichtlich ihrer Erreichbarkeit Nachteile gegenüber westdeutschen Regionen auf, doch sind diese Nachteile nicht ausschließlich unzureichend ausgebauten Verkehrswegen zuzuschreiben, sondern gerade bei den weiter östlich gelegenen Regionen auch Ausdruck einer ungünstigen Lage im Raum im Verhältnis zu den wirtschaftlichen Zentren Europas. Auch eine bessere Infrastrukturausstattung würde hier nur in geringem Maße zu einer Verbesserung der Erreichbarkeit beitragen.

Vielmehr deuten die Ergebnisse des Berichts darauf hin, dass gerade in den Regionen im Westen der neuen Länder wegen des hohen Anteils an Nebenstrecken noch vergleichsweise viele Investitionen erforderlich sind. Schließlich scheint auf den ersten Blick ein „infrastruktureller Nachholbedarf“ vor allem bei der kleinräumigen Infrastruktur zu bestehen. Diese Feststellung erfährt allerdings eine gewisse Relativierung, wenn die in weiten Teilen Ostdeutschlands sehr geringe Bevölkerungsdichte berücksichtigt wird.

Unternehmensbefragungen zeigen, dass die Zufriedenheit der Unternehmen mit wichtigen Standortbedingungen relativ hoch ist, auch wenn es diesbezüglich regionale Unterschiede gibt. Grundsätzlich scheinen die Unternehmen die (wirtschaftsnahe) Infrastruktur in den

Agglomerationsräumen besser zu bewerten als in den ländlich geprägten Regionen. Da aber die meisten Unternehmen sich in ihrer Standortwahl so orientiert haben, dass die Auswirkungen objektiv vorhandener Defizite in der Infrastruktur minimiert werden konnten, spielen Mängel in der Infrastruktur für die Unternehmen inzwischen eine deutlich geringere Rolle als andere Probleme.

Angesichts dieses Bildes ist es nicht angemessen, pauschale Indikatoren (wie das westdeutsche Ausstattungsniveau) für Entscheidungen über den weiteren Ausbau der Infrastruktur heranzuziehen. Vielmehr sollte die Verteilung von Mitteln für Investitionen in die Infrastruktur künftig verstärkt auf Basis von regionalen Bedarfsanalysen erfolgen. Dabei sollten Investitionen zunächst dort verwirklicht werden, wo sie einen hohen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung leisten können. Im Zweifel dürfte dies vor allem in den Agglomerationszentren der Fall sein, zumal dort auch die Inanspruchnahme der Infrastruktur besonders hoch ist. Nur vordergründig widerspricht dies der Ausgleichszielsetzung – wenn die Standortbedingungen der Zentren sich verbessern, hat das positive Ausstrahlungseffekte auch auf das Umland.

Auf Bundesebene gilt es vor allem, die Anbindung der ostdeutschen Wirtschaftszentren an jene in Westdeutschland und im Ausland zu verbessern; dabei sind auch die zu erwartenden Effekte der EU-Osterweiterung zu berücksichtigen. Prioritär sollten die Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“ vollendet werden, deren Netz- und Anbindungswirkungen sich sonst nicht voll realisieren würden; Gleiches gilt für die in den vorrangigen Bedarf aufgenommenen Projekte des neu konzipierten Bundesverkehrswegeplans. Schließlich sollten spezifische Netzengpässe (z. B. fehlende Ortsumgehungen) abgebaut werden. Wichtig ist aber auch, dass die Kommunen – so durch eine Reform der Gemeindefinanzen – in die Lage versetzt werden, dort notwendige Infrastrukturmaßnahmen durchzuführen.

4 Wirkungsanalyse der Wirtschaftsförderung

Von Anfang an hat die Wirtschaftspolitik mit einer Vielzahl von Maßnahmen der direkten Unternehmensförderung versucht, den Aufbau Ost zu beschleunigen. Diese Strategie war zumindest in der Anfangsphase des Transformationsprozesses auch richtig, denn angesichts gravierender Standortnachteile wären die nun erreichten Fortschritte sonst nicht realisierbar gewesen und es wäre und nur wenig Neues entstanden. Zunehmend stellt sich aber die Frage, inwieweit diese Strategie auch derzeit noch angemessen ist.



4.1 Investitionsförderung

Im Mittelpunkt der Wirtschaftsförderung für die neuen Länder steht nach wie vor die Investitionsförderung über Investitionszulagen und -zuschüsse, wobei der aus Unternehmenssicht entscheidende Unterschied zwischen beiden Instrumenten darin liegt, dass die Zulage mit einem Rechtsanspruch versehen ist, der Zuschuss aber nicht. Wie die Ergebnisse des Berichts zeigen, ist die Investitionsförderung in der Vergangenheit durchaus erfolgreich gewesen. Die einzelwirtschaftliche Analyse der GA-Förderung hat für dieses Instrument erhebliche Anreizwirkungen für Investoren in Ostdeutschland ergeben, allerdings nicht in allen Branchen. Zudem ist auch nicht zu verkennen, dass ein Teil der Förderung auf Investitionen entfiel, die auch ohne Förderung durchgeführt worden wären (Mitnahmeeffekte). Darüber hinaus gibt es Hinweise darauf, dass nicht alle geförderten Investitionsvorhaben auch langfristig

rentable Produktionen darstellen. In gesamtdeutscher Hinsicht müssen zudem negative finanzpolitische Effekte berücksichtigt werden. Substitutionseffekte (also ein Anreiz zu einer überdurchschnittlich kapitalintensiven Produktionsweise) konnten hingegen nicht eindeutig identifiziert werden.

Obwohl eine ökonometrische Wirkungsanalyse für die Investitionszulage aus methodischen Gründen nicht durchgeführt werden konnte, spricht manches dafür, dass die negativen Wirkungen (Mitnahmeeffekte, Förderung von Fehlinvestitionen) bei diesem Instrument eher noch größer ausgefallen sein dürften als bei den Investitionszuschüssen. Auch wenn gegenwärtig eine Verlängerung der Investitionsförderung um zwei Jahre diskutiert wird, wird sich die Frage nach ihrer weiteren Fortführung recht bald erneut stellen. Für eine Fortsetzung der ostdeutschland-spezifischen Förderung spricht, dass Ostdeutschland im Ganzen noch immer eine Region mit besonderen Standortdefiziten und ausgeprägter Strukturchwäche ist; dagegen sprechen freilich die negativen Nebenwirkungen der Förderung und die angespannte Finanzlage der öffentlichen Haushalte.

Die Institute plädieren vor diesem Hintergrund dafür, die Bevorzugung der neuen Länder in der Förderpolitik zunehmend zu reduzieren. Ziel sollte es sein, spätestens bis zum Jahre 2010 die Regionalförderung deutschlandweit nach gleichen Kriterien zu gestalten. Die Investitionszulage als das problematischere Instrument sollte dabei nicht über das Jahr 2006 hinaus verlängert werden; einiges wäre gewonnen, wenn auch sie stärker selektiv ausgestaltet werden könnte, um auf diese Weise größtmögliche Impulse für die regionale Entwicklung in den neuen Ländern setzen zu können. So mangelt es in Ostdeutschland zum einen an größeren Industriebetrieben, die nicht nur reine Produktionsstätten sind; zum anderen gibt es nicht genügend überregional orientierte Unternehmen. Mittels entsprechender Fokussierung der Förderung sollte deswegen versucht werden, diese Defizite zu mildern.

4.2 Innovationsförderung

Neben der Investitionsförderung stellt die Innovationsförderung den zweiten Schwerpunkt der direkten Wirtschaftsförderung in den neuen Ländern dar – und dies auch durchaus mit Erfolg: Auf der Inputseite des Innovationsprozesses sind die Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Unternehmen relativ gering; anteilmäßig sind sogar eher mehr als weniger Betriebe als in Westdeutschland mit Innovationen am Markt tätig und dabei auch durchaus erfolgreich. Die auf aggregierter Ebene niedrige Innovationstätigkeit in Ostdeutschland ist somit vor allem das Ergebnis einer ungünstigen Wirtschafts- und Betriebsgrößenstruktur.



Auffällig ist indes, dass die Innovationseffizienz (das Verhältnis von Innovationserträgen zu Innovationsaufwendungen) geringer ist als in Westdeutschland. Zu vermuten ist vor diesem Hintergrund, dass das hohe Niveau an Forschungs- und Innovationsaktivitäten in ostdeutschen Unternehmen zu einem guten Teil Folge der intensiven Förderung ist, was Zweifel an der Dauerhaftigkeit der geförderten Innovationspotenziale weckt und die Frage aufwirft, wie die Förderung effizienter ausgestaltet werden kann.

Aus technologiepolitischer Sicht gibt es keine Rechtfertigung für eine ostdeutschland-spezifische Innovationsförderung: Knappe öffentliche Mittel für Forschung und Entwicklung sollten nicht als Instrumente einer ausgleichsorientierten Regionalpolitik eingesetzt werden, sondern dort, wo der höchstmögliche Ertrag zu erwarten ist.

Eine Rechtfertigung für eine ostdeutschland-spezifische Innovationsförderung ergibt sich aber aus der Zielsetzung, die regionale Wirtschaftsentwicklung in den insgesamt als strukturschwach anzusehenden neuen Ländern zu unterstützen. Tatsächlich scheint eine Stärkung der Innovationskraft ein sinnvolles Mittel, die Chancen ostdeutscher Unternehmen auf überregionalen Märkten zu verbessern. Als zielgerichtet kann eine solche Förderung aber auch nur dann gelten, wenn sie tatsächlich zu einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der geförderten Unternehmen beiträgt. Gerade daran bestehen aber Zweifel, da innovative Unternehmen (die in Ostdeutschland nahezu ausnahmslos auch gefördert worden sind) eine im Vergleich zu westdeutschen innovativen Unternehmen eher geringe Produktivität aufweisen. Dieses Ergebnis spricht dafür, die Verwertbarkeit der Forschungsergebnisse am Markt bei anstehenden Förderentscheidungen stärker zu berücksichtigen. Auch eine (maßvolle) Anhebung der geforderten Eigenbeteiligung der Unternehmen wäre ein Weg, dieses Ziel zu erreichen.

Die Politik befindet sich in gewisser Weise in einer Zwickmühle: Zum einen sind die Möglichkeiten, den Aufbau Ost aktiv zu unterstützen, zunehmend an ihre Grenzen geraten; die Innovationsförderung scheint eines der wenigen Instrumente, die mit Blick auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen noch geblieben sind. Zum anderen dürfen die Risiken einer langanhaltenden Förderung (Aufbau nicht marktfähiger Potenziale, geringe Innovationseffizienz) in den neuen Ländern nicht übersehen werden. Weil ein Großteil der Innovationsaktivitäten ostdeutscher Unternehmen primär förderinduziert ist, birgt ein zu schneller Abbau der Förderung jedoch das Risiko, dass diese Innovationspotenziale auf Dauer verloren gehen. Dieser Konflikt lässt sich wohl nur lösen, indem die Förderung für das einzelne Unternehmen degressiv ausgestaltet und in ihrer zeitlichen Reichweite beschränkt wird.

Schließlich sprechen Effizienzüberlegungen dafür, die derzeitige Programmvietfalt in diesem

Bereich zu verringern und eine stärkere Abstimmung von verschiedenen Bundesressorts einerseits und Bund und Ländern andererseits vorzunehmen. Über die direkte Innovationsförderung hinaus ist die Bereitstellung von Risikokapital ein Weg, den Finanzbedarf junger innovativer Unternehmen zu decken. Da privatwirtschaftlich agierende Risikokapitalgeber relativ hohe Anforderungen an die zu erwartende Rendite stellen, ist die Inanspruchnahme von Risikokapital am Markt allerdings nur für eine sehr kleine Gruppe junger Unternehmen ein geeignetes Finanzierungsinstrument. In Ostdeutschland – wo diese Renditeanforderungen häufig nicht erfüllt werden – sollen öffentliche Förderprogramme und das Engagement öffentlich-rechtlicher Risikokapitalgesellschaften die fehlende Bereitschaft privater Mittelgeber zu einem Engagement wenigstens teilweise kompensieren helfen. Öffentlich-rechtliche Risikokapitalgeber sind deswegen in Ostdeutschland vergleichsweise häufig, allerdings noch unzureichend auf technologisch wichtige Branchen ausgerichtet. Günstig wäre es, wenn stärker als bisher öffentlich-rechtliche und private Risikokapitalgeber sich gemeinsam engagieren würden, weil auf diese Weise verhindert werden kann, dass sich bei den öffentlichen Kapitalgebern die „schlechten“ Risiken sammeln.

5 Arbeitsmarktsituation und Arbeitsmarktpolitik

Nach wie vor ist das Missverhältnis zwischen der Zahl der Arbeitsuchenden und dem Angebot an Arbeitsplätzen das größte Problem in den neuen Ländern. Das Ausmaß der offenen und verdeckten Unterbeschäftigung in Ostdeutschland veränderte sich in den vergangenen Jahren nur noch marginal; zunehmend wird dabei aber – Folge von Einschränkungen bei der Aktiven Arbeitsmarktpolitik – verdeckte Unterbeschäftigung in offene Arbeitslosigkeit umgewandelt. Die Arbeitsplatzlücke im weiteren Sinne – definiert als Summe der offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit – ist zwar seit 1992 beträchtlich kleiner geworden, beträgt aktuell aber immer noch rund

2,4 Mio. Daraus ergibt sich eine jahresdurchschnittliche Unterbeschäftigungsquote von 25 %. Die Bestandsgrößen verdecken allerdings die nach wie vor hohen Bewegungen in und aus Arbeitslosigkeit. Zudem ist zu berücksichtigen, dass der ostdeutsche Arbeitsmarkt in hohem Maße durch Pendlerbewegungen entlastet wird.

Neben den Politiken zur direkten Steigerung der Wirtschaftskraft in den neuen Ländern hat es in der Vergangenheit eine Vielzahl von Aktivitäten gegeben, Arbeitslosen eine öffentlich finanzierte Beschäftigung anzubieten oder sie durch Qualifizierungsmaßnahmen besser auf die Anforderungen des ersten Arbeitsmarktes vorzubereiten. Im Rahmen des Fortschrittsberichts wurden drei arbeitsmarktpolitische Maßnahmen einer tieferen Analyse unterzogen:

- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) einschließlich der traditionellen Struktur Anpassungsmaßnahmen (SAM),
- Lohnkostenzuschüsse (LKZ) und
- Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW).

Klassische Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (einschließlich SAM) haben nach den hier vorgenommenen Untersuchungen ihr Ziel nicht erreicht, zu einer Verbesserung individueller Wiederbeschäftigungschancen (mikroökonomische Analyse) und der regionalen Arbeitsmarktsituation (aggregierte Wirkungsanalyse) beizutragen. Eher ist das Gegenteil der Fall: Die Suchanstrengungen von ABM-Teilnehmern nach einem regulären Arbeitsplatz werden gemindert, und die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wird (zum Beispiel durch Verdrängungseffekte) gehemmt. Daher sollten ABM nach Auffassung der Institute in der jetzigen Form nicht mehr als arbeitsmarktpolitisches Instrument verwendet werden.

Will die Politik dennoch an ABM festhalten, so ist die Maßnahme auf Personen zu beschränken, die aus personenbezogenen Gründen weder in den alten noch in den neuen Ländern eine erfolgversprechende Aussicht auf Beschäftigung im

ersten Arbeitsmarkt haben. In diesem Fall wäre diese rein sozialpolitisch motivierte Maßnahme über Steuern zu finanzieren, um die Kostenbelastung des Faktors Arbeit zu reduzieren. Dabei sollte die Entlohnung geringfügig über der Arbeitslosenunterstützung liegen und die Teilnahme nicht zu einem Aufbau von Arbeitslosengeld- und Arbeitslosenhilfeansprüchen führen. Dies würde den Anreiz erhöhen, auch während der ABM nach einer regulären Stelle (möglicherweise in einer anderen Region) zu suchen. ABM als Vorbereitung zur Frühverrentung sollte ausgeschlossen werden. Weiterhin reduziert sich der Anreiz der Kommunen, sich ihrer Sozialhilfeblastung sowie kommunalen Aufgaben durch die Vermittlung in ABM zu entledigen.

Natürlich birgt auch ein zweiter Arbeitsmarkt in dieser Form weiterhin die Gefahr in sich, dass es zu Verdrängungseffekten am ersten Arbeitsmarkt kommt. Eine quantitative Abschätzung dieses Substitutionseffektes kann jedoch nicht mit der erforderlichen Präzision gegeben werden. Ob eine solche politisch gewollte Maßnahme ökonomisch effizient ist, wäre durch eine begleitende Evaluation zu überprüfen.

Bei Lohnkostenzuschüssen für Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft ergeben sich im Vergleich zu anderen Maßnahmen zwar relativ hohe Eingliederungsquoten; in einem Vergleichsgruppenansatz ergeben sich aber in Bezug auf individuelle Arbeitslosigkeitszeiten nur schwach positive und zum Teil nicht signifikante und wenig dauerhafte Effekte. Auch für die regionale Arbeitsmarktentwicklung scheinen Lohnkostenzuschüsse bestenfalls kurzfristige positive Impulse zu geben. Die empirische Evidenz zu den Beschäftigungswirkungen spricht nach diesen Ergebnissen nicht eindeutig für oder gegen Lohnkostenzuschüsse. Zum jetzigen Zeitpunkt kann deswegen weder die Abschaffung noch der Ausbau von Lohnkostenzuschüssen wissenschaftlich begründet werden.

Die durchgeführten Wirkungsanalysen zu Maßnahmen zur Förderung beruflicher Weiterbildung

(FbW, früher: Fortbildung und Umschulung) ergeben keine einheitlichen Aussagen über die Effekte dieses Instruments. Dies liegt daran, dass der Erfolg einer solchen Maßnahme in hohem Maße von den jeweiligen Lehrinhalten und deren Abstimmung auf die Bedürfnisse des regionalen Arbeitsmarktes abhängig ist; zudem sind die individuellen Voraussetzungen der Teilnehmer von entscheidender Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund erscheinen Mittelkürzungen anhand pauschaler Kriterien (wie einer geforderten Erfolgsquote von 70 %) nicht begründbar. Derartige Regelungen sind nicht geeignet, die Effektivität von FbW zu erhöhen; sie fördert nur die Positivselektion von Teilnehmern. Soll sich die Förderung auf erfolgreiche Maßnahmen konzentrieren, so sind zunächst in einem aufwändigen Verfahren die erfolgversprechenden Kurse von den eher als überflüssig anzusehenden Kursen zu trennen. Erst wenn klar ist, welche Kurse grundsätzlich erfolgreich sein können, macht eine Zertifizierung von Maßnahmen und Trägern zur Qualitätssicherung Sinn.



Die Ergebnisse in der Langfassung des Berichts sprechen also nicht per se für eine Abschaffung aktiver Arbeitsmarktpolitik – wohl aber für ihre effizientere Gestaltung. Auch eine stärkere Verzahnung von Regionalpolitik und Arbeitsmarktpolitik könnte positive Impulse setzen, so indem die Arbeitsämter ihre Weiterbildungsmaßnahmen auf den Qualifikationsbedarf der Unternehmen ausrichten, um einen punktuellen Fachkräftemangel zu vermeiden. Das Effizienzgebot gilt in gleicher Weise, wenn es sich um sozialpolitisch

motivierte Maßnahmen handelt. Letzten Endes muss man sehr genau abwägen, ob knappes öffentliches Geld für sozialpolitische oder für wachstumsorientierte Maßnahmen ausgegeben wird.

6 Fazit

Die wirtschaftswissenschaftlichen Institute kommen zu dem Schluss, dass die Möglichkeiten der Politik, den Aufbauprozess in den neuen Ländern zu beschleunigen, zunehmend nachlassen. Die bislang im Vordergrund stehende Wirtschaftsförderung sollte wegen ihrer immer deutlicher zu Tage tretenden unbeabsichtigten Nebenwirkungen eingeschränkt und dabei zielgerichteter eingesetzt werden.

Die Institute haben bereits in ihrem ersten Bericht eine Reihe von Ansatzpunkten genannt, wie die Politik der ostdeutschen Wirtschaft neue Dynamik geben kann. Diese Überlegungen – weiterer Ausbau der Infrastruktur, verstärkte Aus- und Fortbildung, Mäßigung bei der Lohnentwicklung bei gleichzeitig stärkerer Lohndifferenzierung und Abbau hemmender Regulierungen auf Güter- und Arbeitsmärkten – scheinen den Instituten auch weiterhin wichtigste Elemente einer

Politik des Aufbaus Ost zu sein. In gleichem Maße, wie die allgemeine Standortpolitik vorankommt, muss und kann dann die unternehmensbezogene Förderung reduziert werden.

Dem Bericht zufolge ist zu akzeptieren, dass einzelne Regionen der neuen Länder noch für geraume Zeit hinter dem bundesdeutschen Durchschnitt zurückbleiben werden – wie es im Übrigen für westdeutsche Regionen in ähnlicher Weise gilt. Dies durch Förderpolitik verhindern zu wollen, ist schon angesichts der angespannten Haushaltslage von Bund, Ländern und Gemeinden keine erfolgversprechende Strategie.

Bei aller Sorge um Ostdeutschland sollte eines nicht übersehen werden: Zunehmend wird der Aufbauprozess in den neuen Ländern durch die insgesamt schwache Wirtschaftsentwicklung in Deutschland gehemmt. Die Förderpolitik muss in diesem Zusammenhang von einer Kompensation von Standortnachteilen stärker auf Bereiche mit hohen Wachstumspotenzialen ausgerichtet werden. Gleichzeitig gewinnen Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen Dynamik in ganz Deutschland auch mit Blick auf die neuen Länder an Bedeutung.

Vermögensbesteuerung in westlichen Industriestaaten

1	Einleitung	73
2	Allgemeine Vermögensteuern im internationalen Vergleich	73
3	Bedeutung der vermögensbezogenen Steuern im internationalen Vergleich	74
4	Zur Aussagekraft der internationalen Vergleiche	75

1 Einleitung

Die deutsche Vermögensteuer ist eine Besitzsteuer, die ganz den Bundesländern zufließt. Bemessungsgrundlage für die Vermögensteuer ist das Gesamtvermögen eines Steuerpflichtigen, das nach Abzug von (persönlichen) Freibeträgen zum steuerpflichtigen Vermögen wird. Das Bundesverfassungsgericht hat jedoch in seinem Beschluss vom 22. Juni 1995 (BStBl. II, S. 665) entschieden, dass das geltende Vermögensteuerrecht mit dem Gleichheitsgrundsatz unvereinbar ist, aber bis 31. Dezember 1996 angewendet werden darf. Da der Gesetzgeber keine Neuregelung der Vermögensteuer vorgenommen hat, ist eine Erhebung dieser Steuer infolge der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ab 1. Januar 1997 nicht mehr möglich. Die Steuersätze betrugen zuletzt für natürliche Personen 0,5 % (Investivvermögen) bzw. 1 % (übriges Vermögen) und für nichtnatürliche Personen 0,6 %. Das Aufkommen im Jahr 1996, dem letzten Jahr der vollen Vermögensteuererhebung, betrug rd. 9 Mrd. DM, was einem Anteil in Höhe von 1,12 % an den gesamten Steuereinnahmen bzw. von 2,15 % des Aufkommens aus direkten Steuern entsprach.

In der Diskussion um eine mögliche Wiederbelebung der Vermögensteuer wird häufig die Praxis der Vermögensbesteuerung in anderen Staaten angeführt. Unter dem Begriff „Vermögensbesteuerung“ werden – im weiteren Sinne – alle Steuern auf den Gebrauch, das Eigentum oder den Transfer von Vermögen verstanden. In

Deutschland sind dies neben der derzeit nicht erhobenen Vermögensteuer vor allem die Erbschaft- und Schenkungsteuer, die Grundsteuer sowie die Grunderwerbsteuer. Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über die – mit der bis 1996 in Deutschland erhobenen Vermögensteuer vergleichbaren – allgemeinen Vermögensteuern in anderen Ländern der OECD und stellt deren fiskalische Bedeutung in den Zusammenhang mit den vermögensbezogenen Steuern im internationalen Vergleich allgemein.

2 Allgemeine Vermögensteuern im internationalen Vergleich

Eine der deutschen Vermögensteuer vergleichbare Steuer, das heißt eine Steuer auf den Netto-Vermögensbestand, wird in acht der 30 OECD-Staaten erhoben. In all diesen Staaten ist das Aufkommen in Relation zu den gesamten Steuereinnahmen bzw. zum Bruttoinlandsprodukt – zumeist sehr – gering (vgl. Tabelle 1, S. 74).

Ein noch vergleichsweise hohes Aufkommen aus der Besteuerung des Vermögens natürlicher Personen erzielen mit der Schweiz und Luxemburg zwei Staaten mit niedrigen persönlichen Freibeträgen (vgl. Tabelle 2, S. 76). Ein hoher Steuersatz führt hingegen nicht automatisch zu einem hohen Aufkommen, wie das Beispiel Schwedens zeigt. Obwohl dort Vermögen natürlicher Personen oberhalb des Freibetrags mit einem relativ hohen proportionalen Steuersatz von 1,5 % besteuert wird, liegt Schweden hinsichtlich des Aufkommens nur im Mittelfeld. Der Grund hierfür liegt vor allem in einer von zahlreichen Ausnahmeregelungen durchlöchernten Bemessungsgrundlage. Eine Expertenkommission hat deshalb vorgeschlagen, entweder die Bemessungsgrundlage zu verbreitern und den Steuersatz zu senken oder die Vermögensteuer ganz abzuschaffen. Die Ungleichbehandlung verschiedener Vermögensarten wird auch in Norwegen, wo insbesondere Wohngebäude für steuerliche Zwecke teilweise weit unter ihrem Marktwert bewertet werden, und ebenso in Finnland als Problem angesehen. Die damit verbundenen Verstöße gegen die

Tabelle 1: Vermögensteueraufkommen in OECD-Staaten¹

	in Mrd. €	Anteil am gesamten Steueraufkommen ²	Anteil am BIP
auf das Vermögen natürlicher Personen			
Schweiz	2,6	2,7 %	1,0 %
Luxemburg	0,2	1,8 %	0,7 %
Norwegen	0,9	1,2 %	0,5 %
Island	0,3	1,1 %	0,4 %
Schweden	0,9	0,7 %	0,4 %
Spanien	1,1	0,5 %	0,2 %
Frankreich	2,4	0,4 %	0,2 %
Finnland	0,2	0,3 %	0,1 %
auf das Vermögen juristischer Personen			
Luxemburg	0,5	5,5 %	2,3 %
Island	0,3	1,0 %	0,4 %
Schweiz	1,3	0,9 %	0,3 %

¹ Im Jahr 2000; nur Länder, die nach derzeitigem Rechtsstand noch eine Vermögensteuer erheben.

² Einschließlich Sozialabgaben.

Quelle: OECD Revenue Statistics 2002; eigene Berechnungen

Prinzipien der horizontalen Gerechtigkeit und der ökonomischen Neutralität der Besteuerung haben dort ebenfalls zum Vorschlag der Abschaffung der Vermögensteuer geführt. Eine Übersicht über die Bemessungsgrundlagen der Vermögensteuern in ausgewählten OECD-Staaten gibt Tabelle 3 (S.77).

3 Bedeutung der vermögensbezogenen Steuern im internationalen Vergleich

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man die Betrachtung der internationalen Praxis der Vermögensbesteuerung auf alle vermögensbezogenen Steuern („property taxes“ in der Klassifikation der OECD) ausdehnt (vgl. Tabelle 4, S. 78 und Abbildungen 1 u. 2, S. 78/79). Die vermögensbezogenen Steuern umfassen neben der eigentlichen Vermögensteuer insbesondere Erbschaft- und Schenkungsteuern, Vermögensverkehrsteuern sowie

Grundsteuern. Hier ist die gesamtwirtschaftliche Belastung in Deutschland in internationalen Vergleich gemessen an den gesamten Steuereinnahmen oder am Bruttoinlandsprodukt in der Tat gering.

Der diesbezügliche Hauptunterschied zu den in der öffentlichen Diskussion häufig angeführten angelsächsischen Ländern ist auf die hohe quantitative Bedeutung der Grundsteuern in diesen Ländern zurückzuführen. Diese belasten zwar auch einen Teil des Vermögens. Sie dienen aber den dortigen Kommunen zur Finanzierung öffentlicher Leistungen wie z. B. Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserentsorgung, für die in Deutschland und anderen Ländern Gebühren und Beiträge erhoben werden. Während die Grundsteuern dort deshalb eher über das Äquivalenzprinzip begründet werden, wird die Vermögensteuer über das Leistungsfähigkeitsprinzip bzw. als darüber hinausgehendes Mittel zur Umverteilung gerechtfertigt.

Des Weiteren besteuern einige Länder den Vermögensverkehr stärker als Deutschland. Bei den Erbschaft- und Schenkungsteuern liegt Deutschland im internationalen Mittelfeld. In lediglich zwei Ländern, nämlich in Luxemburg und der Schweiz, ist – in Übereinstimmung mit den obigen Ausführungen – die hohe quantitative Bedeutung der vermögensbezogenen Steuern vor allem auf die Vermögensteuer zurückzuführen.

4 Zur Aussagekraft der internationalen Vergleiche

Die hier angeführten Zahlen geben zwar einen Überblick über die Struktur der Steuereinnahmen, bei Schlussfolgerungen auf internationale Steuerbelastungsunterschiede ist aber auf jeden Fall Vorsicht geboten. Dies gilt schon deshalb, weil sich beispielsweise hinter unterschiedlichen Anteilen von Erbschaft- und Schenkungsteuern an den gesamten Steuereinnahmen oder am Bruttoinlandsprodukt nicht nur unterschiedlich hohe steuerliche Belastungen, sondern auch internationale Unterschiede im Ausmaß von Vermögensübertragungen durch Erbschaften oder Schenkungen verbergen können.

Darüber hinaus erscheint eine Ausdehnung der Betrachtung auf die Frage nach dem Verhältnis zur Kapitaleinkommensbesteuerung

angezeigt. Dies ergibt sich aus der – möglichen und vom Bundesverfassungsgericht auch so vertretenen – Interpretation der Vermögensteuer als Sollertragssteuer und lässt sich auch im Rahmen einer internationalen Betrachtung festmachen. Hier fällt u. a. auf, dass vier der acht Länder, die eine Vermögensteuer erheben, nämlich die skandinavischen Staaten, ihr Einkommensteuersystem Anfang der neunziger Jahre auf eine „Dual Income Tax“ umgestellt haben; danach werden Kapitaleinkommen mit einem – gemessen am Einkommensteuerspitzenatz – niedrigen proportionalen Steuersatz belastet. Wie bereits erwähnt, haben jedoch in diesen Ländern von Regierung oder Parlament eingesetzte Expertenkommissionen inzwischen die Abschaffung der Vermögensteuer vorgeschlagen.

Die Niederlande wiederum erheben seit der Steuerreform 2001 zwar keine Vermögensteuer mehr. Die Besteuerung auf Kapitalerträge erfolgt aber durch eine 30-prozentige Steuer auf eine kalkulatorische Rendite von 4 %. Diese Sollertragssteuer entspricht damit de facto einer Vermögensteuer in Höhe von 1,2 % (auf den Netto-Vermögensbestand), die die bis dahin erhobene Vermögensteuer in Höhe von 0,7 % und die Besteuerung der von der Sollertragssteuer erfassten Kapitalerträge im Rahmen der progressiven Einkommensteuer ersetzt.

Tabelle 2: Vermögensteuern 2003 für natürliche und juristische Personen

Staaten	Natürliche Personen				Juristische Personen		
	Steuersätze ¹		Persönliche Freibeträge ²	Absetzbar bei Einkommensteuer	Steuer-sätze ¹	Absetzbar bei Körperschaftsteuer	
			nationale Währung				€ ³
EU-Staaten							
Finnland	80 € 0,9 %	bis 185 000 € über 185 000 €	185 000 € allgemein	185 000	nein ⁴	–	–
Frankreich ^{5,6}	0 % 0,55 % 0,75 % 1,00 % 1,30 % 1,65 % 1,80 %	bis 0,72 Mio. € von 0,72 Mio. € bis 1,16 Mio. € von 1,16 Mio. € bis 2,30 Mio. € von 2,30 Mio. € bis 3,60 Mio. € von 3,60 Mio. € bis 6,90 Mio. € von 6,90 Mio. € bis 15,00 Mio. € über 15,00 Mio. €	keine Freibeträge i.e.S.; steuerfrei 720 000 € (vgl. Spalte 2 und Anmerkung ⁵) 152 € Abzug von der Steuerschuld je Kind unter 18	720 000 152	nein ⁴	–	–
Luxemburg	0,5 %		2 500 € allgemein 2 500 € Ehegatte 2 500 € je Kind	2 500 2 500 2 500	nein	0,5 %	auf Körperschaftsteuer anrechenbar
Schweden	1,5 %		1,0 Mio. skr allgemein 1,5 Mio. skr Ehegatten zusammen	108 866,05 163 299,08	nein	0,15 v. T. für andere juristische Personen als Kapitalgesellschaften	entfällt
Spanien ⁶	0,2 % 0,3 % 0,5 % 0,9 % 1,3 % 1,7 % 2,1 % 2,5 %	bis 167 129,45 € ⁷ von 167 129,45 € bis 334 252,88 € von 334 252,88 € bis 668 499,75 € von 668 499,75 € bis 1 336 999,51 € von 1 336 999,51 € bis 2 673 999,01 € von 2 673 999,01 € bis 5 347 998,03 € von 5 347 998,03 € bis 10 695 996,06 € über 10 695 996,06 €	108 182,18 € allgemein 108 182,18 € Ehegatte	108 182,18 108 182,18	nein ⁴	–	–
Andere Staaten							
Schweiz ⁶ (Beispiel Zürich)	Kantons- und Gemeindesteuer 0 % 0,111 % 0,222 % 0,333 % 0,444 % 0,555 % 0,666 %	bis 68 000 sfr von 68 000 sfr bis 272 000 sfr von 272 000 sfr bis 612 000 sfr von 612 000 sfr bis 1 155 000 sfr von 1 155 000 sfr bis 1 971 000 sfr von 1 971 000 sfr bis 2 786 000 sfr über 2 786 000 sfr	68 000 sfr bzw. 136 000 sfr ⁸	43 939,00 87 878,00	nein	Kantons- und Gemeinde-steuern allgemein 0,3405 % Holdingge-sellschaften 0,0681 %	ja
Norwegen	0,2 % 0,4 % Satz der kommunalen VSt = 0,7 %	bis 420 000 NOK (Steuerklasse 1) bzw. 430 000 NOK (Steuerklasse 2) NOK über 420 000 bzw. 430 000 NOK	Steuerklasse 1 120 000 NOK Steuerklasse 2 150 000 NOK (beide Freibeträge werden jeweils bei der Staatssteuer und bei der Kommunalsteuer gewährt)	15 244,87 19 056,09	nein	–	–
Island	0,6 %				nein	0,6 %	nein

Anmerkung: In Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, den Niederlanden, Österreich, Portugal und dem Vereinigten Königreich gibt es keine allgemeine Vermögensteuer. Auch in den Beitrittsstaaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, der Slowakei, Tschechien, Ungarn und Zypern (griechischspr. Teil) werden keine allgemeinen Vermögensteuern erhoben. In den USA und Kanada werden auf Ebene der Gliedstaaten und Gemeinden verschiedenartige „property taxes“ erhoben. Dabei handelt es sich aber nicht um Vermögensteuern im deutschen Sinne, sondern um der Grundsteuer ähnliche Steuern, die also das persönliche Vermögen und Ähnliches nicht erfassen. In Japan gibt es eine kommunale Rohvermögensteuer.

¹ Ohne etwaige Sondersteuersätze.

² Ohne Sonderfreibeträge, z. B. für Alter, Invalidität und bestimmte Vermögensarten.

³ Umsatzsteuerumrechnungskurs Juli 2003.

⁴ Jedoch Plafond: Finnland für Einkommen- und Vermögensteuer sowie Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung zusammen 70 % des zu versteuernden Einkommens, Frankreich für Einkommen- und Vermögensteuer zusammen 85 % des Bruttoeinkommens des Vorjahres; Spanien für Einkommen- und Vermögensteuer zusammen 60 % des zu versteuernden Einkommens.

⁵ Betriebsvermögen, Kunstwerke und Antiquitäten sind steuerfrei.

⁶ Progressive Teilmengenstaffelung.

⁷ Sofern keine anderen Regelungen durch die autonomen Regionen.

⁸ 68 000 sfr (43 939,00 €) für Ledige; bei Eheleuten und Alleinstehenden mit Kind/ern erhöht sich die „Nullzone“ im Tarif auf 136 000 sfr (87 878,00 €); dementsprechend erhöht sich die Teilmengenstaffelung des Tarifs um jeweils 68 000 sfr bis auf 2 854 000 sfr (1 844 145,77 €).

Tabelle 3: Bemessungsgrundlage für die Vermögensteuern

Finnland	Der VSt unterliegen alle Vermögensgegenstände, die einen Wert besitzen (u. a. auch Anteile an PersG und Aktien). Ausgenommen sind Bankguthaben und Anleihen, die der Quellensteuer unterliegen, sowie bestimmte Ansprüche auf Zahlungen (z. B. Pensionen). Stpfl. Gegenstände werden mit ihrem Marktwert erfasst. Börsennotierte Aktien werden grds. mit 70 % des Börsenpreises angesetzt. Schulden sind abzugsfähig.
Frankreich	Der VSt unterliegen die zum 1.1. eines jeden Jahres zu bewertenden steuerpflichtigen Vermögensgegenstände nach Abzug der Schulden. Die Bewertung erfolgt nach den für die Erbschaft- und Schenkungsteuer maßgeblichen Vorschriften. Bemessungsgrundlage ist danach der Nettowert des jedem Anspruchsberechtigten zugefallenen Vermögens; maßgebend ist dabei grds. der gemeine Wert.
Island	Steuerliche Bemessungsgrundlage der VSt ist die Summe des Aktivvermögens einer natürlichen Person am Ende eines Steuerjahres abzüglich ihrer Verbindlichkeiten und Schulden. Bei körperschaftsteuerpflichtigen Personen wird die VSt auf das Vermögen zum Zeitpunkt eines abgelaufenen Kalenderjahres unter Berücksichtigung eines Inflationsausgleiches erhoben. Unbewegliches Vermögen wird nach dem Besteuerungswert für Grundbesitz zum Ende eines jeden Jahres erfasst.
Luxemburg	Bemessungsgrundlage ist das stpfl. Vermögen. Die Bewertung des Vermögens richtet sich nach den Grundsätzen des Bewertungsgesetzes, die im Wesentlichen denen der Bundesrepublik Deutschland entsprechen. Die hiernach festgestellten Einheitswerte gelten außerdem für die GrSt und die GewSt. Die Einheitswerte des Betriebsvermögens werden grds. in Zeitabständen von drei Jahren festgestellt. Für das LuF-Vermögen, das Grundvermögen und für Betriebsgrundstücke gelten jedoch noch die auf den 1.1.1941 festgestellten Einheitswerte; diesbezüglich werden Änderungen angestrebt.
Norwegen	Grds. fallen das unbewegliche und bewegliche Sachvermögen, Beteiligungs- und Forderungsrechte unter das steuerpflichtige Vermögen. Die Bewertung hat i.d.R. mit dem mutmaßlichen Verkaufspreis zu erfolgen. Bei Wohngebäuden ist ein darunter liegender Ansatz zugelassen, wobei 75 % bis 80 % üblich sind. Betriebliches Vorratsvermögen ist mit dem einkommensteuerlich zulässigen Wert anzusetzen. Bei Wertpapieren kommt der Kurswert bzw. bei nicht notierten Titeln der mutmaßliche Verkaufspreis zum Ansatz. Für nicht verbriefte Geldforderungen ist der Nennwert maßgebend.
Schweden	Als stpfl. Vermögen gilt das Reinvermögen nach Abzug der Schulden. Generell erfolgt die Bewertung des Vermögens nach dem Marktwert. Grundvermögen im Ausland wird mit 75 % des Marktwertes bewertet. Für Grundvermögen finden seit 1998 alle zwei Jahre eine Grundstücksbewertung zur Feststellung des Einheitswertes statt. An der Börse notierte Wertpapiere werden mit 80 % des Börsenkurses bewertet, nicht an der Börse notierte Wertpapiere mit 100 % des stpfl. Eigenkapitals.
Schweiz	Der VSt unterliegt das Reinvermögen (Bruttovermögen abzüglich Schulden). Die meisten Kantone bewerten nichtlandwirtschaftliche Liegenschaften zum Verkehrswert, teilweise unter Berücksichtigung des Ertragswerts. Bei überwiegend landwirtschaftlich genutzten Flächen ist in den meisten Kantonen der Ertragswert maßgebend. Geschäftsvermögen (mit Ausnahme des unbeweglichen Vermögens) wird grds. zu dem Wert angesetzt, der sich unter Berücksichtigung der steuerlich zulässigen Abschreibungen und Rückstellungen ergibt. Börsennotierte Wertpapiere werden grds. zu deren Kurswert, der als Verkehrswert gilt, erfasst; nicht börsennotierte Wertpapiere werden mit einem Schätzwert erfasst.
Spanien	Als Bemessungsgrundlage der VSt gilt der Nettovermögenswert. Das Nettovermögen wird anhand der Differenz zwischen dem Wert der Vermögensgegenstände und Güter und dem Betrag der dinglichen Lasten und Belastungen, die den Wert der Güter und Rechte vermindern, sowie der persönlichen Schulden und Verpflichtungen des Stpfl. ermittelt. Als Wert des Grundeigentums gilt der höhere Wert der folgenden Werte: Einheitswert, der durch die Steuerverwaltung im Zusammenhang mit anderen Steuern festgelegte Wert oder der Preis, die Gegenleistung oder der Anschaffungswert. Als Wert eines Betriebes oder eines Praxisbetriebes gilt die Differenz zwischen dem Wert des Betriebsvermögens und den Schulden. Die an einer Börse gehandelten Wertpapiere werden in Höhe des mittleren Kurswertes im vierten Jahresquartal festgelegt; sonstige Wertpapiere werden zu ihrem Nennwert berücksichtigt. Nicht börsennotierte Wertpapiere werden grds. in Höhe ihres Bilanzwertes berücksichtigt. Kunstwerke, Antiquitäten, Wertgegenstände (z. B. Juwelen, Pelze, Yachten, Flugzeuge etc.) werden mit dem Marktwert bewertet.

Tabelle 4: Anteil vermögensbezogener Steuern an den gesamten Steuereinnahmen (ausgewählte OECD-Staaten im Jahr 2000) in Prozent

	insgesamt	Grundsteuern	Erbschaft-/Schenkungsteuern	Vermögensverkehrsteuern	Vermögenssteuern
Deutschland	2,2	1,2	0,4	0,7	/
Schweiz	8,1	0,5	0,8	3,3	3,6
USA	10,1	8,6	1,3 ¹	0,2	/
Frankreich	6,8	3,9	1,3	1,2	0,4
Großbritannien	11,9	8,9	0,6	2,4	/
Luxemburg	10,6	0,2	0,3	2,7	7,3
Schweden	3,4	2,0	0,2	0,4	0,7
Norwegen	2,3	0,5	0,2	0,5	1,2
Spanien	6,4	2,0	0,6	2,8	0,5
Italien	4,3	1,9	0,2	2,1	/
Österreich	1,3	0,6	0,1	0,6	/
Niederlande	5,1	1,8	0,9	2,0	0,5 ²

¹ Schrittweiser Abbau der vom Bund erhobenen Erbschaftsteuer ab dem Jahr 2011 geplant (Gesetzentwurf liegt vor).
² Durch Steuerreform 2000 abgeschafft.
Quelle: OECD-Revenue Statistics, eigene Berechnungen

Abbildung 1: Anteil vermögensbezogener Steuern an den gesamten Steuereinnahmen im internationalen Vergleich (2000)

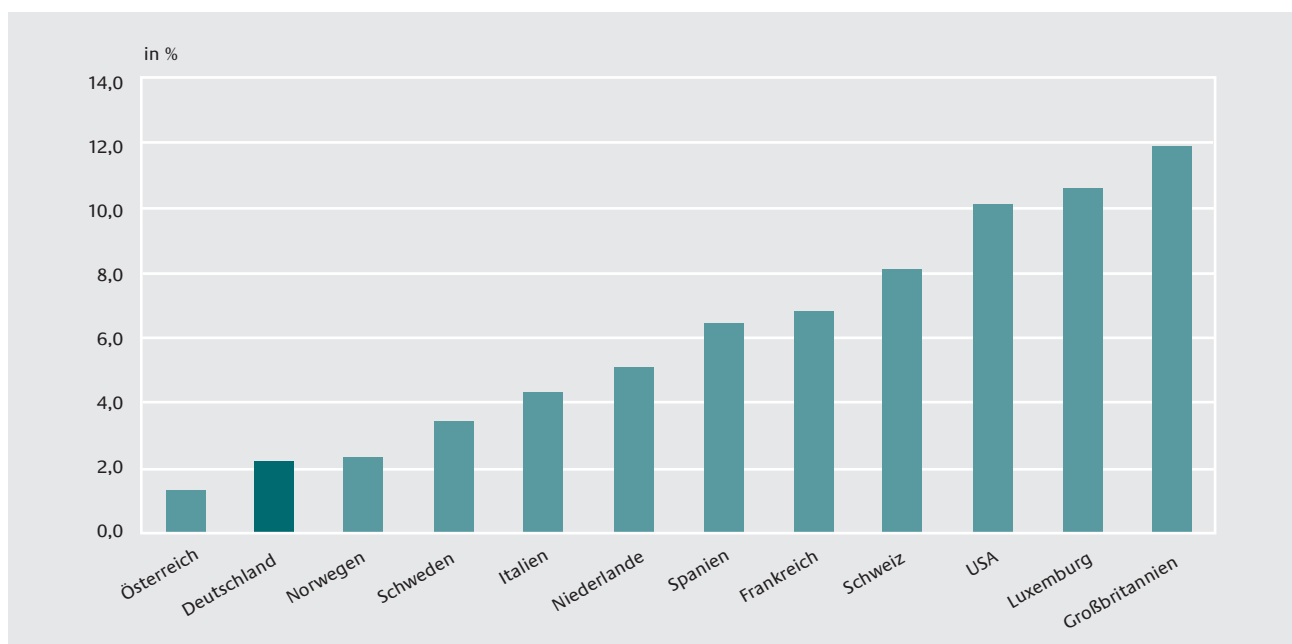
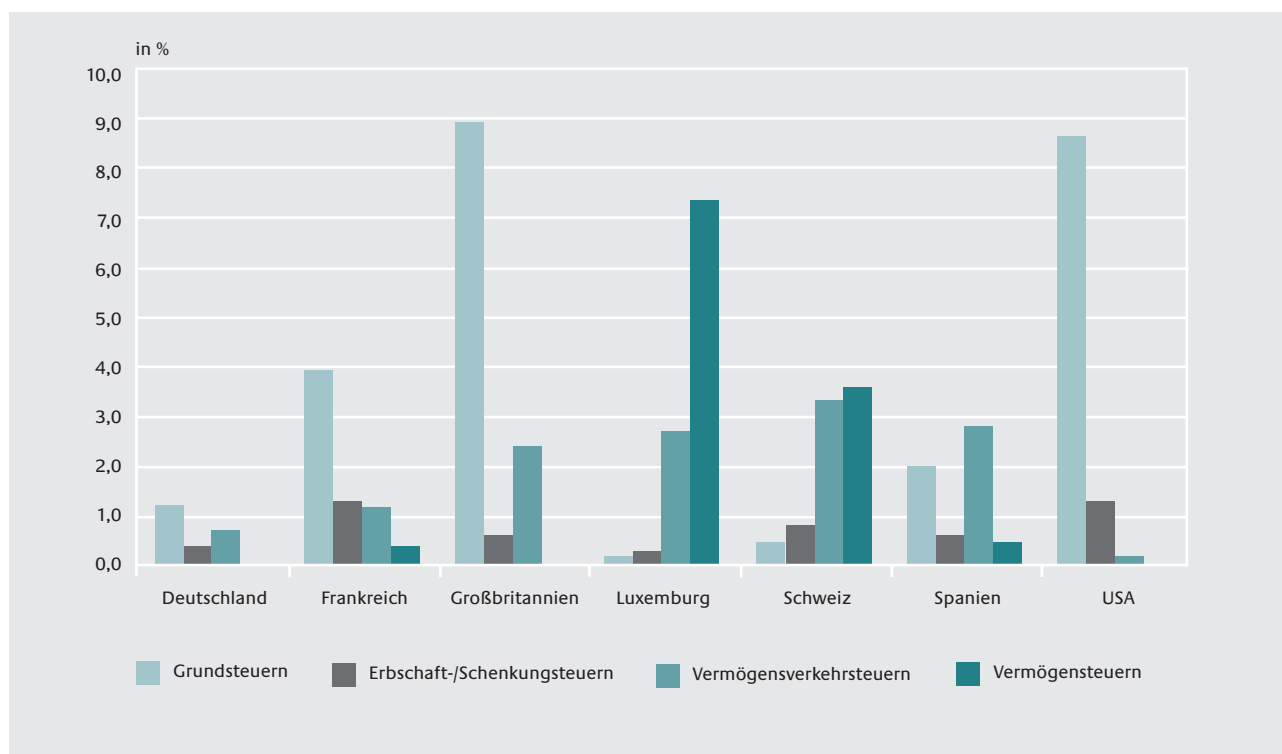


Abbildung 2: Anteil vermögensbezogener Steuern an den gesamten Steuereinnahmen; Aufteilung nach Steuerarten im Jahr 2000



Finanz- und Wirtschafts- politik in wichtigen Indus- trielländern – ein aktueller Überblick

Am 28. Oktober 2003 hat die EU-Kommission (KOM) ihre Herbstprognose zur wirtschaftlichen Entwicklung in den EU-Mitgliedstaaten sowie der wichtigsten Währungsblöcke vorgestellt. Gleichzeitig erfährt die Finanz- und Wirtschaftspolitik in vielen Ländern derzeit eine außerordentliche Reformdynamik.

Im folgenden Überblick sollen daher im Lichte der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die zentralen Finanz- und Wirtschaftspolitiken wichtiger Industrieländer (USA, Japan, Großbritannien, Frankreich, Italien)¹ – vordringlich mit Blick auf die in diesen Ländern verfolgten Strukturreformen – präsentiert werden. Die Länderdarstellung ist in den Zusammenhang der weltwirtschaftlichen Entwicklung sowie der Entwicklung des Euroraums eingeordnet.

Weltwirtschaft

- **Konjunkturaufschwung in Sicht**
- **Risiken bleiben zwar beträchtlich, haben sich aber in den letzten Monaten verringert**
- **USA bleiben Wachstumsmotor**

Die aktuelle weltwirtschaftliche Entwicklung ist von der Erwartung des weltwirtschaftlichen Aufschwungs geprägt. Sichtbares Zeichen hierfür sind die zum Teil kräftig gestiegenen Aktienkurse sowie die in der Tendenz wieder positiveren Zukunftserwartungen der Verbraucher und vor allem der Investoren. Ursachen für die aufgehellten Perspektiven sind zum einen die

Abschwächung geopolitischer Risiken, zum zweiten die stark expansiv ausgerichtete Geld- und Finanzpolitik (insbesondere in den USA, aber auch in Japan) und zum dritten eine sich verbessernde Ertragslage (in der Investitionsgüterindustrie sowie in einzelnen Dienstleistungsbranchen infolge des seit über zwei Jahren vorgenommenen Abbaus von Überkapazitäten).

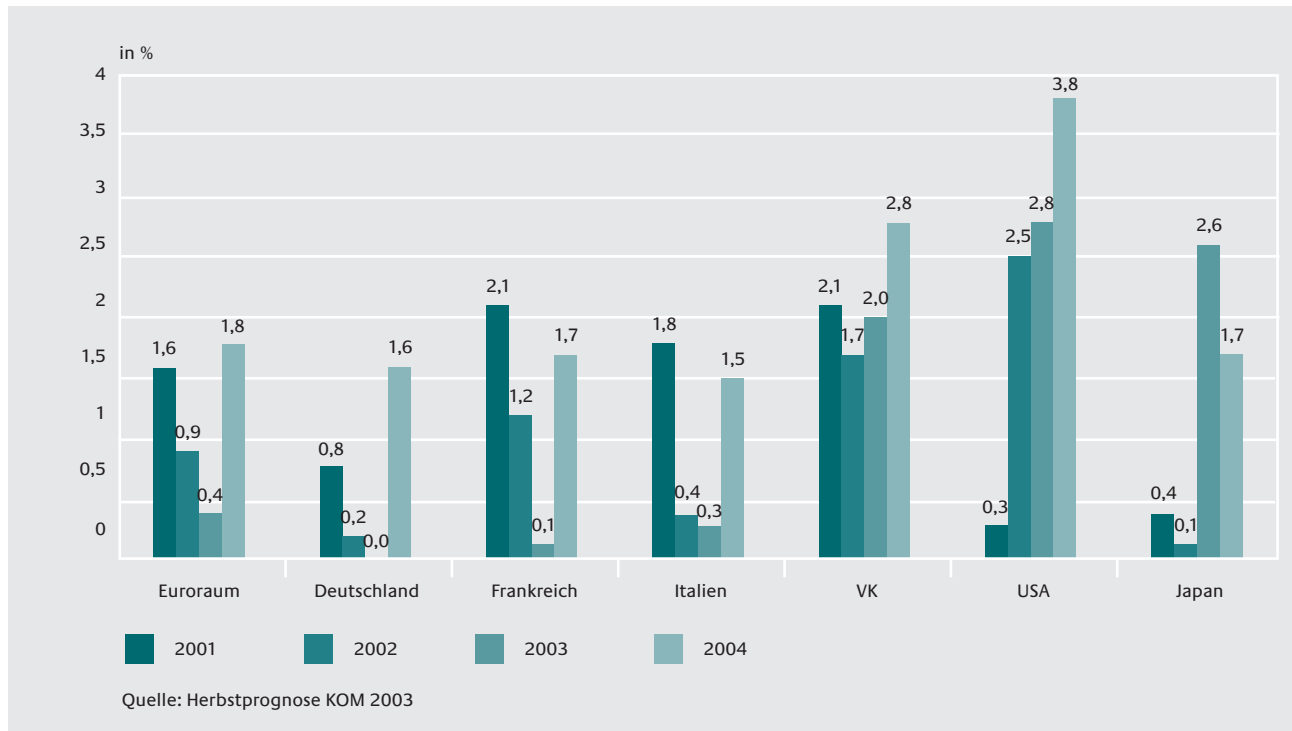
Gleichwohl bestehen nach wie vor beträchtliche Risiken für eine rasche und deutliche Wachstumsbeschleunigung. So sind die weltpolitischen Unsicherheiten nach wie vor groß. Der Ölpreis ist in den vergangenen Wochen erneut geklettert und die langfristigen Zinsen haben angezogen, wenngleich sie sich noch nahe ihrer historischen Tiefs befinden. Unsicherheit besteht auch dahingehend, inwieweit die im Zuge der „New Economy – Euphorie“ entstandenen Überkapazitäten die Unternehmensbilanzen und damit die Börsenentwicklung erneut belasten könnten. Hinzu kommen Befürchtungen hinsichtlich der Nachhaltigkeit des US-Leistungsbilanzdefizits, verbunden mit dem Risiko einer erneuten starken Dollar-Abwertung. Bedenklich ist auch die Immobilienpreisentwicklung in einigen Ländern. Letztlich bleibt die Sorge, dass es in einigen Schwellenländern (insbesondere Lateinamerika und Türkei) wie auch in den Entwicklungsländern zu empfindlichen Rückschlägen für die Wirtschaftsentwicklung kommen könnte, falls sich die Finanzierungsbedingungen auf den Kapitalmärkten deutlich verschlechtern sollten – sei es infolge eines von den USA ausgehenden Anstiegs der Kapitalmarktrenditen oder wieder verstärkter Risikoaversion der Anleger. Die Risiken wiegen umso schwerer, als erneuten weltwirtschaftlichen Rückschlägen nur noch bedingt mit einer geld- und fiskalpolitischen Reaktion begegnet werden könnte, denn die dafür notwendigen Handlungsspielräume sind inzwischen fast überall weitgehend ausgereizt.

Die Herbstprojektion der EU-KOM geht hinsichtlich der weiteren weltwirtschaftlichen Entwicklung von folgenden Eckdaten aus:

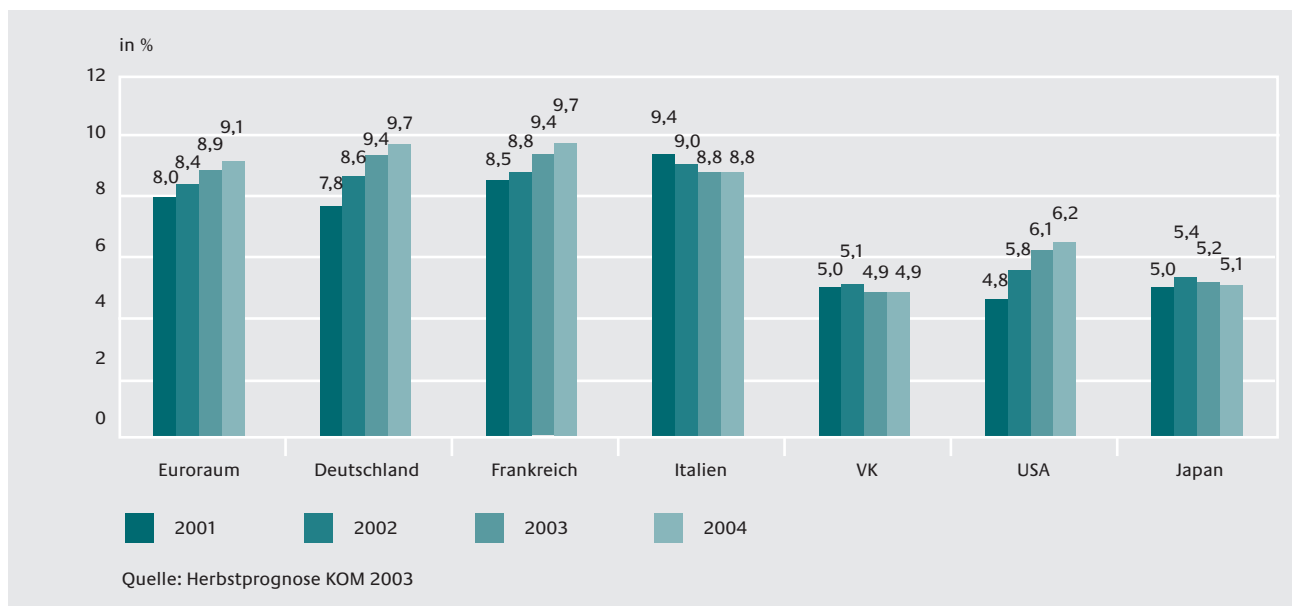
¹ Für einen aktuellen Überblick über Russland vgl. Monatsbericht Oktober 2003 des BMF, S. 65 sowie Artikel „Wirtschafts- und finanzpolitische Entwicklungen in ausgewählten Schwellenländern“ in dieser Ausgabe, S. 95.

- Das BIP-Wachstum beträgt in 2003 3,2 %, in 2004 4,0 % (lt. Frühjahrsprognose + 3,7 %) und liegt 2005 bei 4,1 %.
- Der Ölpreis pro Barrel sinkt von 28,1 USD in diesem Jahr auf 25–26 USD im Jahr 2004 und 24,1 USD in 2005.
- Das Welthandelsvolumen nimmt im nächsten Jahr um 7,6 % zu (lt. Frühjahrsprognose: 6,8 %).

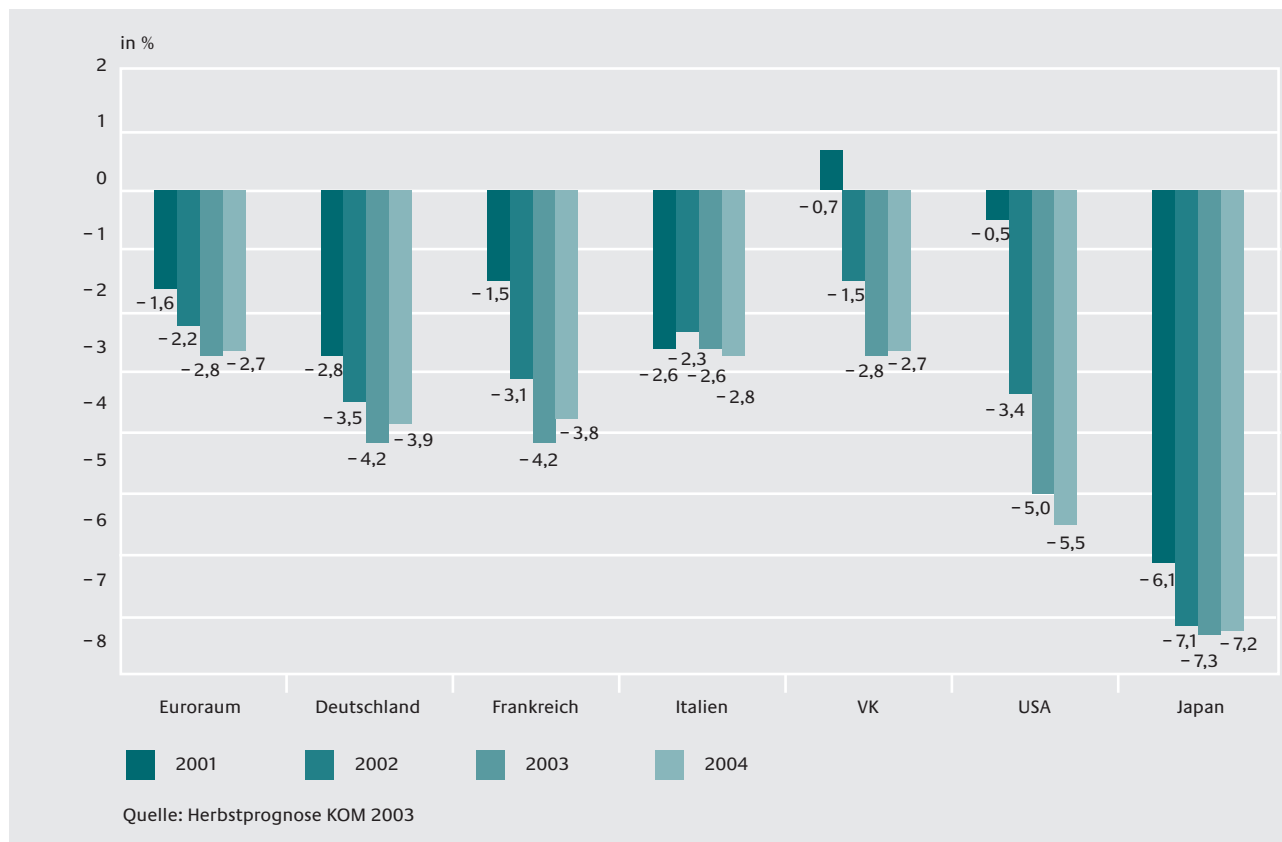
BIP-Veränderung gegenüber Vorjahr



Arbeitslosenquote



Haushaltssaldo in % des BIP



Inflation



USA

- **Konjunkturdaten für das dritte Quartal 2003 übertrafen Erwartungen**
- **Hohe Handels- und Haushaltsdefizite bleiben aber Risikofaktor für stabilen (weltweiten) Konjunkturaufschwung**

Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts übertraf im dritten Quartal deutlich die Markterwartungen. Das – auf das Jahr hochgerechnete – BIP-Wachstum von +7,2 % entspricht dem größten Quartalsanstieg seit fast 20 Jahren. Getragen wird das aktuelle Wachstum von einem Anstieg der privaten Investitionen (+6,9 %). Insbesondere im verarbeitenden Gewerbe (hier Industrieproduktion) verlief die Geschäftsentwicklung besser als erwartet. Eine Serie positiver Quartalszahlen führte auch an der Wall Street zu einem anhaltenden Plus. Pharma-Riesen, US-Bankhäuser sowie einzelne Unternehmen der Internet- und High-Tech-Branche meldeten Zuwächse zwischen 20 % und 50 % im Vergleich zum Vorjahr. Daher gehen die Prognosen auch für die nächsten Quartale von einer klar positiven BIP-Entwicklung aus. Unter anderem angestoßen durch Impulse der Geld- und Fiskalpolitik, dürfte sich die Dynamik der US-Wirtschaft im zweiten Halbjahr 2003 beschleunigen. Zudem ist davon auszugehen, dass die Regierung im Wahljahr 2004 ihren expansiven Geld- und Fiskalkurs beibehalten wird, um weiterhin möglichst gute Rahmenbedingungen für Wachstum zu schaffen.

Entsprechend dem positiven Konjunkturverlauf ist auch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt aktuell erfreulich. Beschäftigungszuwächse gab es vor allem im Dienstleistungsbereich; die Industrie baute dagegen Stellen ab. Die insgesamt positive Tendenz konnte sich allerdings noch nicht in einem substanziellen Abbau der Arbeitslosenquote niederschlagen; sie stagnierte im August bei 6,1 %. Auch hinsichtlich der weiteren Entwicklung bleibt Skepsis geboten, denn um einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu vermeiden, müssten monatlich mindestens 150 000 Stellen

geschaffen werden. Stattdessen strichen die US-Firmen – trotz sich abzeichnender Konjunkturerholung – allein zwischen Februar und August mehr als 500 000 Arbeitsplätze. Skeptiker befürchten, dass sich weitere Arbeitsplatzverluste negativ auf das Konsumverhalten der US-Verbraucher auswirken könnten und dies zu einer Beeinträchtigung der Konjunkturerholung führen könnte. Konjunkturrisiken bestehen zudem aufgrund der nach wie vor erheblichen fiskalischen und außenwirtschaftlichen Negativsalden, die sich sowohl auf die Binnenkonjunktur als auch international negativ auswirken können.

Das bundesstaatliche Defizit für das vergangene Fiskaljahr (bis Ende September) beträgt nach vorläufiger Schätzung des Kongress-Haushaltsausschusses 374 Mrd. USD und fällt damit geringer aus als bisher erwartet (Juli-Prognose: – 455 Mrd. USD). Grund sind steigende Steuereinnahmen im Zuge des sich andeutenden Aufschwungs und ein etwas schwächerer Anstieg der Ausgaben. Die Details des Haushaltsjahres werden allerdings erst in einigen Wochen veröffentlicht. So lange bleibt auch ungewiss, ob sich die Defizitprognose für das Haushaltsjahr 2004 ändert. Längerfristig soll sich das Defizit nach den bisherigen Plänen der Regierung bis 2008 etwa halbieren. Aktuell wird jedoch im Kongress über einen Nachtragshaushalt von 87 Mrd. USD für den Wiederaufbau des Iraks und Afghanistans diskutiert. Die Beratungen hierüber gestalten sich zwar schwierig, dennoch ist weiter davon auszugehen, dass der Nachtragshaushalt vom Kongress gebilligt wird. In diesem Falle dürfte das Haushaltsdefizit für das Fiskaljahr 2004 auf mindestens 525 Mrd. USD ansteigen. Bisherige Schätzungen lagen bei ca. 480 Mrd. USD; bereits im Sommer wurden aber 79 Mrd. USD zusätzliche Ausgaben bewilligt.

Auch die US-amerikanische Notenbank Fed zeigt sich hinsichtlich eines relativ kräftigen Wachstums der amerikanischen Wirtschaft im zweiten Halbjahr optimistisch. Nach jüngsten Aussagen bekräftigte die Fed ihren konjunkturstützenden geldpolitischen Kurs, schränkte aber ein,

dass dies nicht bedeuten muss, dass die Zinsen bei 1,0 % bleiben. Ende Juni wurden die Leitzinsen von 1,25 % auf 1,00 % gesenkt; dies war der insgesamt 13. Zinssenkungsschritt seit Januar 2001.

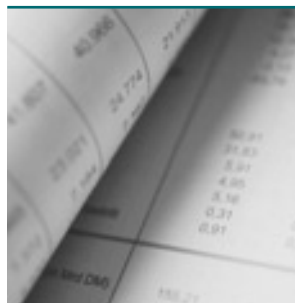
Ein zentrales Feld bei den Strukturreformen ist in den USA die Reform des staatlichen Krankenversicherungssystems für Senioren. Im Sommer hatten Senat und Repräsentantenhaus jeweils – sehr unterschiedliche – Gesetzesentwürfe verabschiedet. Das Repräsentantenhaus setzt in seinem Ansatz auf mehr Wettbewerb u. a. durch Zulassung von billigeren Reimporten und freier Wahl von Anbietern, die eigene Krankenhäuser und Vertragsärzte haben. Demgegenüber verspricht sich der Senat von den Wettbewerbsmaßnahmen insofern wenig Erfolg bei der Kostendämpfung, als Senioren gesetzliche Versicherungen bevorzugen und private Versicherer gleichzeitig wenig Interesse an kostenintensiven Patienten haben. Einig sind sich beide Entwürfe allerdings bei der Verpflichtung, dass Senioren ab 2006 eine weitere Zusatzversicherung abschließen müssen, die finanzielle Erleichterungen der Versicherten beim Bezug verschreibungspflichtiger Arzneimittel bewirkt. Die Gesetzesentwürfe werden nun im Vermittlungsverfahren behandelt. Nach unabhängigen Prognosen überschreiten aber beide Reformgesetze den vorgesehenen Finanzrahmen von 400 Mrd. USD in den kommenden zehn Jahren; aufgrund des Altersaufbaus der Bevölkerung würde das Gros der Belastungen allerdings erst nach 2008 anfallen.

Japan

- **Konjunktur zieht an, Fundamentaldaten verbessern sich**
- **Notenbank greift erneut umfangreich in den Geldmarkt ein**
- **Deflation hält an**
- **Regierung kündigt bei Wiederwahl im November Fortsetzung des Reformprozesses an**

Die Stimmung in Japans Wirtschaft hellt sich weiter auf. Das reale BIP stieg im zweiten Quartal

2003 um 1,0 % und damit das sechste Quartal in Folge. Dies entspricht einem Wachstum von 3,9 % auf Jahresbasis. Selbst bei einer Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung in den verbleibenden drei Quartalen des laufenden Finanzjahres (bis Ende März 2004) würde sich eine Steigerung von ca. 2 % ergeben. Der seit Wochen anhaltende Aufwärtstrend der Aktienkurse hat jüngst zwar einen klaren Dämpfer erhalten. Ein anhaltender Abwärtstrend wurde damit aber nicht eingeleitet, vielmehr steigen die Kurse derzeit wieder moderat.



Für eine Fortsetzung des konjunkturellen Aufwärtstrends sprechen die anhaltende Erholung der Unternehmensinvestitionen mit einem Anstieg im zweiten Quartal um 2,6 % und erste Anzeichen für eine Belebung der Bauwirtschaft. Die privaten Kapitalinvestitionen stiegen um 4,7 %, die privaten Konsumausgaben um 0,4 % und die Exporte um 0,8 %. Grundsätzlich ist mit einer nachhaltigen Erholung des privaten Verbrauchs aber erst dann zu rechnen, wenn sich die schwierige Lage am Arbeitsmarkt entspannt. Die Arbeitslosenquote liegt mit derzeit 5,2 % für japanische Verhältnisse nach wie vor auf einem hohen Niveau. Gleichwohl ist dies der niedrigste Stand seit zwei Jahren. Grund ist allerdings nicht die anziehende Konjunktur, sondern die Tatsache, dass erneut viele Japaner aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, was als Zeichen für den weiteren Sanierungskurs der Firmen angesehen wird.

Von zentraler Bedeutung für eine nachhaltige Konjunkturerholung ist die Reduzierung des ausufernden Finanzierungsdefizits in den öffentlichen Haushalten. Trotz der geplanten Kürzungen bei den laufenden Ausgaben und eines Anstiegs der Sozialversicherungsbeiträge wird das Staatsdefizit Projektionen der japanischen Regierung zufolge in den Jahren 2003 und 2004 bei 7,7 % bzw. 7,8 % liegen (KOM 2003: - 7,3 %; 2004: - 7,4 %). Das größere Defizit erklärt sich aus dem Ausgabenzuwachs im Nachtragshaushalt für das Finanzjahr 2002 und den im Haushalt 2003 geplanten Steuer-senkungen.

Die japanische Notenbank hat im Oktober ihre Geldpolitik überraschenderweise weiter gelockert. Da die Leitzinsen seit mehr als einem Jahr bei 0 % liegen, musste sie auf andere liquiditätserhöhende Maßnahmen zurückgreifen. So wird das obere Ende des Reserveziels für das Bankensystem von 30 auf 32 Bill. Yen erhöht. Zugleich kündigte die Notenbank an, den Zeitraum für ihre Wertpapierpensionsgeschäfte mit Staatsanleihen auf ein Jahr verlängern zu wollen. Die erhoffte dämpfende Wirkung auf den Yen blieb allerdings aus, da viele Marktteilnehmer die Ankündigungen als Stimulus für die Konjunktur und den Aktienmarkt werteten.

Zur Schwächung des Yen gegenüber dem Dollar greift die Bank of Japan (BoJ) seit 2001 regelmäßig in den Devisenmarkt ein. In den letzten Wochen tat sie dies mehrfach in großem Umfang; insgesamt verkaufte die BoJ von Ende August bis Ende September eigene Währung im Volumen von umgerechnet 40 Mrd. USD. Sowohl der IWF als auch die G7-Finanzminister und Notenbankchefs kritisierten wiederholt das aktive Eingreifen der Notenbanken (neben Japan auch China) in das Marktgeschehen. Sie fordern eine größere Flexibilität der Wechselkurse, um „reibungslöse und geografisch breit gefächerte Anpassungen im internationalen Finanzsystem voranzubringen“. Japan kündigte aber an, vorerst an seiner Wechselkurspolitik festzuhalten.

Trotz der guten Konjunkturdaten ist ein Ende der seit fünf Jahren anhaltenden Deflationsphase nicht in Sicht. Die meisten Prognosen gehen davon aus, dass auch im kommenden Jahr das Preisniveau leicht sinken wird, insbesondere dann, wenn der Aufwertungsdruck auf den japanischen Yen anhalten sollte. Aus diesem Grund ist für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Japans das entschlossene Vorantreiben der in Angriff genommenen Strukturreformen entscheidend – dies gilt vor allem für Reformen im japanischen Finanzsektor. Das 2002 installierte „Program for Financial Revival“ sieht u. a. eine Halbierung der Problemkredite der großen Banken bis Ende des Fiskaljahres 2004 vor. Außerdem ist das Prüfwesen ausgebaut und verschärft worden. Per Ende März 2003 wiesen die japanischen Banken Problemkredite von 35,3 Bill. Yen (277 Mrd. Euro) aus, der Anteil der „faulen“ Kredite verminderte sich damit auf 7,2 % gegenüber 8,7 % im Vorjahr.



Premier Koizumi kündigte kürzlich an, den Reformkurs der letzten Jahre fortzusetzen. Zu seinen zentralen Reformzielen zählt die Privatisierung von Post (Fiskaljahr 2007) und Autobahngesellschaften (bis 2005) sowie eine Neuregelung der Regionalfinanzen, wogegen es zum Teil noch erheblichen Widerstand in der eigenen Partei und in der Bürokratie gibt. Im Juni legte die Steuerkommission der Regierung ihren Drei-Jahres-Bericht mit dem Titel „Ein tragfähiges Steuersystem für Japans alternde Gesellschaft“ vor, in dem die steuerpolitische Richtung für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre beschrieben wird. Nach einer aktuellen Prognose werden bereits 2015

26 % der Bevölkerung älter als 65 Jahre sein, 2050 über 35 %. Der Bericht schlägt deshalb zur Sicherung der finanziellen Ressourcen der sozialen Systeme umfassende Steuererhöhungen vor. Zudem soll noch Ende dieses Jahres ein neuer Plan zur Rentenreform verabschiedet werden. Probleme bereiten hier die Festlegung der Höhe von Beitragszahlungen, die Höhe der Renten, Verteilungsaspekte und die Finanzierung der Mindestrenten. Inwieweit die Reformvorhaben allerdings einen Beitrag zur Bekämpfung der Deflation leisten können, die nach Projektionen der Regierung bis zum Fiskaljahr 2005 überwunden sein soll, ist fraglich.

Euro-Raum

- **KOM hat BIP-Prognose für 2003 auf 0,4 % zurückgenommen**
- **Anzeichen für wirtschaftliche Erholung in 2004 mehren sich**
- **EZB belässt den Leitzins bei 2 %**
- **Stabilitäts- und Wachstumspakt: Diskussion über das weitere Verfahren gegenüber Frankreich hält an**
- **ER Brüssel billigt Grundsätze der Wachstumsinitiative und hebt erneut Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft hervor**

Die KOM hat in ihrem Herbstgutachten die Wachstumsprognose für 2003 gegenüber ihrer Frühjahrsprojektion von 1 % auf 0,4 % für den Euroraum nach unten korrigiert. Für 2004 rechnet sie mit einem Wachstum von 1,8 % (Frühjahrsprognose: +2,3 %) und für 2005 mit 2,3 %.

Im zweiten Quartal 2003 ist das BIP um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal gesunken. Insgesamt verzeichneten sechs Länder ein sinkendes BIP (Dänemark, die Niederlande, Frankreich, Belgien, Deutschland und Italien) gegenüber dem ersten Quartal. Der Rückgang im zweiten Quartal 2003 wurde insbesondere durch den Industriesektor verursacht (–1,0 %). Demgegenüber erholten sich die Bauwirtschaft (+0,4 %), der Dienstleistungsbereich (+0,3 %) sowie Transport und Handel

(+0,1 %). Die Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen im zweiten Quartal langsamer als noch im Vorquartal. Die Investitionen sanken nicht mehr so umfangreich wie im ersten Quartal. Die Exporte schrumpften im zweiten Quartal – vorwiegend bedingt durch den Höhenflug des Euro – um –0,7 %. Damit fiel der Exportrückgang zwar deutlich niedriger aus als im ersten Quartal (–1,6 %), allerdings könnte eine erneute Aufwertung des Euro die Exporte weiter zusätzlich belasten. Ersten Schätzungen zufolge ist im dritten Quartal das BIP in der Eurozone um 0,4 % gestiegen.

Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote der Eurozone lag im September 2003 – und damit seit sechs Monaten unverändert – bei 8,8 % (August 2001: 8,0 %, August 2002: 8,5 %). Die niedrigsten Arbeitslosenquoten haben Luxemburg (3,8 %), die Niederlande, Österreich und Irland. Spanien verbucht mit 11,4 % weiter die höchste Arbeitslosenquote der EU. Im Jahresverlauf verzeichneten von den dreizehn Mitgliedstaaten zehn einen Anstieg der Arbeitslosenquote. Dabei wurden die deutlichsten relativen Anstiege in den Niederlanden (von 2,8 % auf 4,1 %), in Portugal (von 5,1 % auf 7 %) und in Luxemburg (von 2,9 % auf 3,8 %) festgestellt.

Die Diskussion um die Auslegung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes hält an. Sowohl Frankreich als auch Deutschland haben angekündigt, die Drei-Prozent-Defizitgrenze auch im Jahr 2004 zu überschreiten. In Deutschland ist dies unvermeidbar, da die Bundesregierung vor der schwierigen Aufgabe steht, die konjunkturelle Wachstumsschwäche zu bekämpfen und gleichzeitig langfristig wirksame Strukturreformen einzuleiten. Das Reformpaket für 2004 beinhaltet einen strukturellen Defizitabbau von rd. 1 % des BIP; gleichzeitig hält die Bundesregierung daran fest, die Steuerreformstufe 2005 auf 2004 vorzuziehen, um das Vertrauen der Investoren und Konsumenten zu festigen. Die französische Regierung hat trotz ihres übermäßigen Haushaltsdefizits neue Steuerentlastungen (Est um drei Prozentpunkte gesenkt) verabschiedet. Derzeit laufen gegen Deutschland, Frankreich und Portugal

Verfahren zur Zurückführung ihres übermäßigen Defizits.

Die jährliche Inflationsrate der Eurozone betrug im September 2003 – ebenso wie im Vormonat – 2,1 %. Der Anstieg gegenüber Juli (1,9 %) dürfte sowohl auf die jüngste Abwertung des Euro als auch auf höhere Ölpreise zurückzuführen sein. Demgegenüber hat der heiße und trockene Sommer im August noch nicht zu signifikant steigenden Preisen für unverarbeitete Nahrungsmittel geführt; allerdings besteht dieses Risiko für die kommenden Monate fort, was zu einer deutlich steigenden Inflationsrate führen könnte.

Dennoch sind die Aussichten für Preisstabilität nach Einschätzung der Europäischen Zentralbank (EZB) weiterhin günstig. Auf ihrer Ratssitzung im November ließ sie den Leitzins unverändert bei 2,0 %. Die EZB geht davon aus, dass sich die Konjunktur in der Eurozone in der zweiten Jahreshälfte verhalten beleben und in 2004 an Fahrt gewinnen wird. Die Teuerungsrate könne 2004 unter 2 % (KOM-Prognose 2 %) fallen, und auch vom Geldmengenwachstum gehe derzeit kein Inflationsdruck aus. Hinsichtlich der weiteren Wechselkursentwicklung betont die EZB grundsätzlich, dass ein Niveau von rd. 1,17 €/ \$ dem langfristigen Durchschnitt entspricht und dass ein starker Euro auch die real verfügbaren Einkommen und damit die Binnennachfrage stützt. Allerdings warnte der scheidende EZB-Präsident jüngst vor einer zu schnellen und starken Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar. In den letzten Wochen ist der Kurs wieder beständig gestiegen und schwankt derzeit um 1,17 USD (Ende August: 1,09 USD). Nach Ansicht der EZB stellt das Ungleichgewicht in der US-Leistungsbilanz eine Gefahrenquelle für eine Erholung der Weltkonjunktur dar. Duisenberg äußerte in diesem Zusammenhang die Sorge, dass die Berichtigung des Dollar-Kurses nicht langsam und schrittweise vonstatten geht und inmitten einer ersten Phase des Wachstums im Euroraum ein Rückschlag für die Wirtschaft drohen könne und

befürchtet werden müsse, dass die Eurozone die Hauptlast der – allerdings unvermeidlichen – Dollar-Abwertung zu tragen habe.



Der Europäische Rat in Brüssel hat auf seiner Sitzung Mitte Oktober als oberste Prioritäten die Aufrechterhaltung einer soliden Wirtschaftspolitik, die Beschleunigung der Strukturreformen und die Förderung von Investitionen in Infrastrukturen und Humankapital hervorgehoben. Vor diesem Hintergrund billigte er die von der italienischen Präsidentschaft initiierte „Wachstumsinitiative“ (Verstärkte Investitionen in Schlüsselvorhaben wie TEN-Projekte, Netzwerkindustrien, Humankapital). Eine endgültige Bewertung der Initiative sowie konkrete Beschlüsse sollen auf der Dezembersitzung erfolgen. Der Rat hob zudem erneut (wie schon auf dem Frühjahrsgipfel) die Bedeutung der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft hervor.

Vereinigtes Königreich

- **Auch in UK Verlangsamung des Wachstums; Arbeitsmarkt bleibt aber robust**
- **Haushalt auf Grund der Durchführung notwendiger Reformmaßnahmen gegenwärtig leicht defizitär**
- **Aktuelle Rentenreform der Regierung stark in der öffentlichen Diskussion**
- **Wohnungsmarkt bleibt Besonderheit der britischen Konjunktur und wird zunehmend zu einem Unsicherheitsfaktor**

Die britische Wirtschaft hat der flauen Weltkonjunktur bislang gut Stand gehalten und

realisierte 2002 noch ein Wachstum von 1,7 %. Allerdings hatte sich das Wachstumstempo im ersten Quartal 2003 verlangsamt; das BIP stieg ggü. Vorquartal nur noch marginal um 0,1 %. Enttäuschend war neben einer rückläufigen Produktion im Baugewerbe vor allem der private Verbrauch: Mit einem Plus von 0,4 % stiegen die Konsumausgaben so langsam wie seit sechs Jahren nicht mehr. Die britische Regierung hatte daher zunächst ihre Prognose für 2003 um 0,5 Prozentpunkte auf 2,3 % abgesenkt. Für das dritte Quartal wurde ein Wachstum von 0,7 % gegenüber dem Vorquartal und 1,9 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum erreicht. Dies wird damit begründet, dass die Industrieproduktion im August zwar schwach, bei den Einzelhandelsumsätzen jedoch kräftige Zuwächse zu verzeichnen waren. Die EU-KOM schätzt in ihrer Herbstprognose für das Jahr 2003 ein Wachstum von 2 % und für das Jahr 2004 einen BIP-Anstieg von 2,8 % (Regierung: 3,3 %).

Der Arbeitsmarkt zeigt sich mit einer zu erwartenden Arbeitslosenquote von rd. 5 % in 2003 weiterhin robust. Die günstige Entwicklung ist zum einen auf den saisonüblichen Anstieg der Beschäftigung zurückzuführen, zum anderen hat die „Anstellungsoffensive“ im öffentlichen Dienst der Regierung dazu beigetragen. Gleichzeitig sind auch die Verdienste deutlich – im öffentlichen Dienst überdurchschnittlich – angestiegen. Die KOM erwartet – im Unterschied zur gesamten EU – für 2003 ein positives Beschäftigungswachstum von 0,7 % bei einer moderaten Lohnentwicklung. Dies gründet sich auf einen Anstieg des Anteils der Selbstständigen; dort ist vor allem eine Zunahme in der Altersgruppe der über Fünfzigjährigen zu verzeichnen, während die Zahl der vollbeschäftigten Angestellten sank.

In der Finanzpolitik hat die britische Regierung in den beiden zurückliegenden Jahren einen deutlich expansiven Kurs eingeschlagen. Hauptmotiv ist die Verbesserung der Infrastruktur über öffentliche Investitionen sowie die Beseitigung von Defiziten im Bildungs- und Gesundheitswesen.

In der Folge kehrte sich der Haushaltssaldo von einem Überschuss in Höhe von 0,7 % des BIP im Jahr 2001 in ein Defizit von 1,5 % des BIP im Jahr 2002 um und dürfte sich der KOM-Prognose zufolge in diesem Jahr auf 2,8 % ausweiten. Allerdings schlägt sich das robuste Wirtschaftswachstum bislang nicht in einem entsprechenden Zuwachs an Steuereinnahmen nieder. Dies dürfte dazu führen, dass in diesem Jahr die Ansparungen von Überschüssen aus den Vorjahren (Anwendung der sog. „Goldenen Regel“ der Kreditaufnahme) aufgebraucht werden, um die Defizitprognose zu halten.

Die Geld- und Währungspolitik ist gekennzeichnet von einem Leitzinsniveau der britischen Notenbank, das mit 3,5 % auf dem niedrigsten Niveau seit 40 Jahren liegt. Im Blickpunkt des öffentlichen Interesses stand zeitweise die Diskussion um einen möglichen WWU-Betritt. In dem von Schatzkanzler Brown vorgelegten Bericht wird konstatiert, dass Großbritannien gegenwärtig noch nicht die fünf selbst gesteckten Kriterien erfülle, aber über ein umfassendes Reformprogramm die noch bestehenden Hemmnisse (insbesondere unzureichende realwirtschaftliche Konvergenz) beseitigen werde.

Bemerkenswert im Bereich der Geldpolitik ist, dass die britische Nationalbank im Juli eine Zinssenkung vornahm, und zwar als Reaktion auf die offensichtliche Fehleinschätzung einer gedämpften Konjunktur im ersten Halbjahr durch die Statistikbehörde. Allerdings wurde am 6. November 2003 der Leitzins von der Bank of England um 0,25 Prozentpunkte auf 3,75 % erhöht, was von einigen Beobachtern als Signal gewertet wird, dass der weltweite Zinssenkungszyklus nun sein Ende gefunden habe.

Zum 1. Oktober 2003 wurde auf dem Gebiet der Renten das System der „Pension Credits“, d. h. eine Rentenzuzahlung auf Bedürftigkeitsbasis, eingeführt. Der Ansatz läuft darauf hinaus, nur dort staatlich einzugreifen, wo es wirklich notwendig ist. Damit soll eine allgemeine Anpassung der sehr niedrigen Grundrente (ca. 5 000 € im Jahr)

umgangen werden. Um ohne staatliche Hilfe und „Pension Credits“ auszukommen, müssten Rentne-rehepaare allerdings enorme Summen ansparen (ca. 258 000 €). Bleiben die Sparleistungen unter einem bestimmten Limit, werden sie auf die Credits angerechnet und bringen dem Sparer keine Vorteile. Die Verpflichtungen aus der staatlichen Grundrente sind für den Staatshaushalt des Köni-greichs im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedern relativ gering. 2040 werden sie nur 5 % des BIP ausmachen, gegenüber 15,9 % in Frankreich und 16,6 % in Deutschland. Zu berücksichtigen ist aber, dass die Briten immer weniger vorsorgen, so dass der Staat zunehmend mit Sozialhilfe wird eingreifen müssen; dies bleibt in den Rentenpro-gnosen bislang aber nahezu unberücksichtigt.



Eine Besonderheit der britischen Konjunktur bildet nach wie vor der Wohnungsmarkt. Ange-trieben durch die verbesserte Arbeitsmarktlage und niedrige Zinsen, hat sich die Nachfrage nach Immobilien überaus dynamisch entwickelt, in deren Sog sich die Häuserpreise seit 1996 mehr als verdoppelten. Das daraus erwachsende Gefühl steigender Vermögen bildete nach Einschätzung von Experten in der Vergangenheit zwar eine Stütze der Konsumnachfrage. Allerdings haben die vor einer Blase am Immobilienmarkt warnen-den Stimmen jüngst zugenommen, so dass nun-mehr die Frage „Weiche Landung oder Crash“ debattiert wird. Angesichts der stark gestiegenen Verschuldung der Haushalte – die Kreditnahme der privaten Haushalte nimmt aktuell wieder zu – könnten Zinserhöhungen die Hypothekenschuld-ner in Tilgungsschwierigkeiten bringen. Vor die-sem Hintergrund sind von Seiten der britischen Regierung Reformen zur Flexibilisierung des Wohnungsmarktes geplant.

Frankreich

- **Konjunkturschwäche hält an; Wirtschafts-wachstum und Arbeitsmarkt enttäuschend**
- **Stabilitätspakt wird auch 2004 verletzt; klare Haushaltsrisiken auch mittelfristig**
- **Rentenreform beschlossen**
- **Gesundheitsreform für 2004 angestrebt, kon-krete Inhalte in Teilbereichen noch offen**
- **Innovationsorientierte Strukturpolitik geht einher mit Interventionismus (Alstom)**

Die französische Wirtschaft wurde – wie die anderer europäischer Staaten – stark von der internationalen Konjunkturschwäche erfasst. Sta-gnierende private Investitionen und Konsumaus-gaben sowie rückläufige Exporte sind dafür ver-antwortlich, dass im 1. Hj. 2003 die kon-junkturrelle Erholung ausgeblieben ist (–0,3 %). Vor diesem Hintergrund erwartet das nationale Statistikamt INSEE für 2003 nur noch ein BIP-Wachstum von +0,2 % (KOM: 0,1 %, rev. Regie-rungsprognose +0,5 %). Die Stimmungsindika-toren deuten nach einem Tief im Sommer (Streiks gegen Rentenreform, Sozialabbau) auf eine nur sehr langsame wirtschaftliche Erholung Anfang nächsten Jahres hin. Für 2004 hat F seine Wachs-tumserwartungen deutlich von 2,5 % auf 1,7 % (auch KOM) bei einer erwarteten Inflationsrate von 1,5 % (KOM 1,8 %) zurückgenommen. Erst für die Zeit 2005–2007 erwartet die französische Regie-rung ein reales Wachstum von jährlich etwas mehr als 2,5 % (mittelfristige Finanzplanung).

Die Arbeitslosenquote ist im September auf 9,7 % und damit auf den höchsten Stand seit drei Jahren gestiegen und dürfte bis zum Jahresende weiter auf gut 10 % ansteigen (KOM erwartet 9,4 % für Gesamtjahr 2003 bzw. 9,7 % für 2004). Bei der Arbeitsmarktpolitik wird von der Regierung eine verstärkte Konzentration auf Arbeitssuchende mittleren Alters sowie auf Langzeitarbeitslose dis-kutiert. Außerdem sollen Sozialbeiträge gesenkt, der Niedriglohnsektor steuerlich gefördert und die staatlich subventionierte Frühverrentung zurückgenommen werden. Schließlich soll im

Rahmen der „Agenda 2006“ die Arbeitsverwaltung modernisiert und die 35-Stunden-Woche flexibilisiert werden.

Die öffentlichen Finanzen verschlechterten sich bereits im Jahr 2002 deutlich. Mit einem Defizit von 3,1 % verletzte Frankreich das Maastricht-Kriterium. Auch die Schuldenquote stieg im Jahr 2002 wieder an und wird 2003 die 60-Prozent-Grenze des Maastricht-Vertrags überschreiten. Die Defizitverschlechterung ist auf Ausgabenüberschreitungen, Steuererleichterungen sowie die konjunkturelle Eintrübung zurückzuführen. Für 2003 rechnet die Regierung aktuell mit einem Haushaltsdefizit von 4,0 % (KOM 4,2 %) und für 2004 mit einem Defizit von 3,6 % (KOM 3,8 %) des BIP. Das strukturelle Defizit soll nach Aussage der Regierung (nach eigenen Berechnungen) um 0,7 Prozentpunkte sinken und bis 2007 um mindestens weitere 0,5 Prozentpunkte. Als Konsolidierungsmaßnahmen wurden Steuererhöhungen für Mineralöl und Tabak beschlossen sowie Schritte zur Eindämmung des Defizits bei der Krankenversicherung angekündigt. Gleichzeitig wurde vom Parlament eine Senkung der Einkommensteuer um drei Prozentpunkte verabschiedet. Ein über den Erwartungen liegendes Wirtschaftswachstum soll der Defizitverringerung zugute kommen. Demgegenüber deuten eine Reihe von Ausgabenerhöhungen und der unzureichende Stellenabbau im öffentlichen Dienst auf eine nur halbherzige Konsolidierung hin. Erst 2005 soll das Defizit nach den Planungen unter die Drei-Prozent-Grenze auf 2,9 % des BIP fallen. Auch diese Defizitschätzung ist risikobehaftet, denn die Entwicklung des Sozialhaushalts hängt wesentlich von der Wirksamkeit der Ausgabenbegrenzung und Einnahmenverbesserung im Sozialbereich ab. Zudem könnten die Steuereinnahmen – aufgrund der Senkung der Einkommensteuer um drei Prozentpunkte – hinter den Projektionen zurückbleiben und der Arbeitsmarkt könnte den Staatshaushalt zusätzlich belasten.

Im Sommer hat die französische Regierung die große Rentenreform beschlossen. Zentrale

Bestandteile des Reformpakets mit einem Finanzvolumen von 43 Mrd. € bis zum Jahr 2020 sind: die verstärkte Einbeziehung der Beamten in das Rentensystem, eine Stärkung des Beitragsprinzips für die Rentenleistung, eine Verlängerung der Beitragszeiten auf 40 Jahre sowie die Förderung von Beschäftigung über eine bestehende Beitragsleistung hinaus. Das Rentenalter wird angehoben und gleichzeitig der Anteil der aktiven Bevölkerung in Beschäftigung erhöht. Strukturell soll durch eine dynamische Anpassung die Beitragsdeckung der Renten auf Dauer erreicht werden. Mit den Maßnahmen erwartet man sich insgesamt Einsparungen in Höhe von 1,5 Prozentpunkten des BIP.

Aufgrund der Krise in der Sozial- und Krankenversicherung soll in einem zweiten großen Paket auch das Gesundheitswesen reformiert werden. Im Vorfeld der französischen Regionalwahlen wurde die Reform allerdings auf Mitte 2004 verschoben. Premierminister Raffarin hat eine aus Experten, Vertretern der Sozialpartner sowie des Gesundheitswesens bestehende Kommission zur Zukunft der Krankenversicherung einberufen, die bis Ende 2003 eine Bestandsaufnahme des Gesundheitssystems durchführen soll. Die Reforminhalte sind in Teilbereichen noch offen, doch bereits jetzt werden Erstattungen gekürzt und Eigenbeteiligungen erhöht; darüber hinaus wurde eine „Verbotsliste“ eingeführt. Auf dem Gebiet der Pflegeversicherung ist vorgesehen, mit einem Finanzvolumen von 9 Mrd. € eine Verbesserung der Pflege zu erzielen. Dabei sollen die Hilfen für häusliche Pflege erhöht und 30 000 Stellen in diesem Bereich geschaffen werden. Außerdem soll die Zahl der Plätze in Altenheimen um 10 000 erhöht und die Qualität der vorhandenen Plätze verbessert werden.

Für Herbst 2003 ist ein Maßnahmenpaket zur Steigerung der Effizienz in der öffentlichen Verwaltung angekündigt. Das Paket beinhaltet eine Kompetenzerweiterung bei gleichzeitiger Kontrolle (Budgetierung) der lokalen Gebietskörperschaften (z. B. des Schulwesens), Maßnahmen zur Modernisierung

der Universitäten sowie eine Verringerung des Beamtenapparates; auch soll bei den Beamtengehältern und -pensionen Zurückhaltung geübt werden.

Bei den Gütermärkten will Frankreich Unternehmensgründungen vereinfachen und die Selbstständigkeitskultur fördern. Zentrale Elemente sind neben der Entbürokratisierung auch die Stärkung der Anreize für unternehmerische Selbstständigkeit. Hierzu werden z. B. Finanzierungserleichterungen und Steuersenkungen in der Gründungsphase gewährt. Arbeitslose, die sich selbstständig machen, dürfen bis zu 18 Monate ihr Arbeitslosengeld weiter beziehen. Zudem erleichtert das Gesetz Unternehmensübertragungen und leitet Initiativen zur Verbesserung von F+E für kleine innovative Unternehmen ein. Außerdem wird die Förderung der Diffusion von technischem Fortschritt (Netzwerkförderung, Verbesserung des Patentrechts, Trainingsprogramme zur Anwendung neuer Technologien) verstärkt. Ergänzt werden die Maßnahmen durch eine Reform des Berufsbildungswesens. Die EU-Richtlinien zum Wettbewerb im Energiesektor wurden übernommen (Privatisierungen); stärkerer Preiswettbewerb im Handel wäre aber möglich. Im Technologiebereich hat Frankreich für den angeschlagenen Konzern Alstom beträchtliche Staatshilfen gewährt und verhandelt mit dem Konzern über den Sanierungsplan. Die endgültige Billigung durch die Kommission steht aber immer noch aus.

Italien

- **Nach wie vor schwache Konjunktur, dennoch robuster Arbeitsmarkt**
- **Konsolidierung der öffentlichen Finanzen bleibt unbefriedigend**
- **Gefahr, dass Europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt verletzt wird**
- **Strukturelle Reformagenda in den Bereichen Arbeitsmarkt, Sozialversicherungen und öffentliche Finanzen festgelegt, Umsetzung bleibt aber zögerlich**
- **Liberalisierung der Produktmärkte und Privatisierung ist ins Stocken geraten**

Die wirtschaftliche Entwicklung zeigt aufgrund zurückhaltender inländischer Nachfrage und schwacher Exporttätigkeit nur ein zögerliches Wachstum 2002/03 und eine Erholung frühestens Ende 2003. Von der italienischen Regierung wurde ursprünglich für das lfd. Jahr ein BIP-Wachstum von 1 % und 2004 eine Erholung auf über 2 % erwartet. Allerdings zeigte das erste Halbjahr 2003 ein schwaches Wachstum von 0,3 % gegenüber dem Vorjahr. Dabei entwickelten sich der Außenbeitrag und die Investitionen in Anlagen besonders zurückhaltend, während der private Verbrauch sowie der Staatsverbrauch zumindest geringfügig konjunkturstützend wirkten. Allerdings hellt sich – analog zur Entwicklung in Deutschland – aktuell die Stimmung der Unternehmen in Italien deutlich auf; auch harte Daten (z. B. Industrieproduktion, erwartete Auftragseingänge) deuten auf eine Erholung hin. Dennoch dürfte die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr nach den aktuellen Prognosen nur zwischen 0,3 % (KOM) und 0,5 % (akt. Regierungsprognose) wachsen. Für das Jahr 2004 erwartet die KOM nunmehr ein Wachstum von 1,5 % (Regierung 1,9 %). Die Inflationsrate betrug im September 2003 2,9 % gegenüber dem Vorjahreswert; damit sind derzeit keine inflationären Spannungen in Sicht. Allerdings dämpft auch in Italien die „gefühlte“ Inflation das Konsumklima. Die Inflationsrate dürfte erst Ende 2004 wieder unter 2 % (KOM 2,3 %) sinken.

Der Arbeitsmarkt ist trotz Konjunkturabschwächung robust (Quote sank von 10,7 % in 2000 auf 9,0 % in 2002). Arbeitsmarktiliberalisierung und Lohnmoderation wirken positiv, wobei weitere Lohndifferenzierung und Aufbrechen struktureller Anpassungsrigiditäten diskutiert werden. Für die Jahre 2003 und 2004 wird von der Regierung ein weiterer Rückgang der Arbeitslosenquote auf 8,7 % bzw. 8,4 % erwartet (KOM: jeweils 8,8 %).

Im Bereich der Finanzpolitik werden die für die Jahre 2003 und 2004 angestrebten Konsolidierungsziele voraussichtlich verfehlt. Mit dem Haushalt 2004 wurde das Defizitziel für das Jahr 2003 von 2,3 % auf 2,5 % und für 2004 von 1,8 % auf

2,2 % des BIP angehoben. Aber auch diese Werte könnten überschritten und die Drei-Prozent-Grenze verletzt werden. Mit der anvisierten Senkung des strukturellen Defizits um 0,3 Prozentpunkte bleibt Italien hinter den Empfehlungen der KOM (0,5 Prozentpunkte) zurück. Das Tempo der finanzpolitischen Konsolidierung und die hohe Staatsverschuldung ist daher mit Blick auf den europäischen Stabilitätspakt unbefriedigend. Da bislang vor allem Einmalmaßnahmen (Steueramnestie; Vermögensverkäufe) sowie niedrige Zinsen zur Defizitbegrenzung beitrugen, bedarf es eines nachhaltigeren Konsolidierungskonzepts. Dieses ist allerdings aktuell nicht in Sicht.



Die italienische Regierung hat für die Jahre 2003/05 ein auf weiteren strukturellen Wandel und deutliches Wirtschaftswachstum abgestelltes Konzept entwickelt. Allerdings kommen die Strukturveränderungen nur in kleinen Schritten voran. Die von der Regierung verabschiedete Rentenreform, die eine Verschärfung der Bedingungen für den Rentenanspruch vorsieht (Renteneintrittsalter auf 65 Jahre erhöht, Kopplung der Altersbezüge an Beiträge – mind. 40 Beitragsjahre, kapitalgedeckte Vorsorge), stößt nach wie vor auf Widerstände. Daher wird derzeit im Regierungslager über Übergangsfristen (bis 2008) diskutiert; auch bleiben Frühverrentungen grundsätzlich weiter möglich und es konnte keine Einigung auf eine vollständig beitragsbezogene Rentenberechnung erzielt werden.

Im Gesundheitssektor stehen die Reformen noch am Anfang (Mindeststandards, Budgetierung, Sanktionen). Strukturreformen in den Bereichen Arbeitsmarkt (z. B. Arbeitsrecht), Sozialversicherungen (Renten- und Gesundheitsreform) und öffentliche Finanzen (Konsolidierung und Steuerreform, Ausgabenkontrolle der Regionen und

Kommunen, systematische Privatisierungen) bestimmen weiterhin die Reformagenda der italienischen Regierung. Allerdings geht die allmähliche Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, bei der die sog. „Legge Biagi“ mit Verbesserungen der Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit, Job-Sharing, privaten Job-Vermittlung, flexibleren Beschäftigungsformen sowie einer Modernisierung der öffentlichen Arbeitsvermittlung derzeit im Blickpunkt steht, einher mit zusätzlicher Reglementierung.

Bei den geplanten öffentlichen Infrastrukturinvestitionen wird verstärkt auf die Finanzierung und Bereitstellung durch Public Private Partnership gesetzt. Eine Dezentralisierung und fiskalische Autonomie der Regionen wird derzeit allerdings nicht angestrebt. Die steuerpolitischen Einzelmaßnahmen (steuerliche Anreize für Investitionen, Öko-Incentives) haben sich im Ergebnis als nicht wirksam für die Ankurbelung des Wachstums erwiesen.

Bei der Liberalisierung der Produktmärkte (Privatisierung, schärferes Wettbewerbsrecht) bestehen weitere Spielräume für Deregulierung (Einzelhandel, Dienstleistungen, Öffnung für ausländische Firmen); gelegentlich kommt es zu wettbewerbswidrigen Maßnahmen (z. B. Eingriff zugunsten FIAT-Konzern). Auch die angestrebte systematische Privatisierung ist ins Stocken geraten. Zur Stärkung der Wachstumsdynamik vor allem von kleinen und mittleren Unternehmen ist die Liberalisierung des Banken-, Finanzdienstleistungs- und Versicherungsektors wichtig (Abbau von Markteintrittsbarrieren wie z. B. Genehmigung von Beteiligungen durch ausländische Investoren), die allerdings nachzeitigem Stand verfassungsrechtliche Probleme aufwirft. Bei der Restrukturierung des italienischen Bankensektors zeichnen sich erste Erfolge ab. Auch die italienische Konzernlandschaft ist derzeit von massiven Restrukturierungen betroffen (Schuldenabbau, Beteiligungen). Statt administrierter Preisstopps bei öffentlichen Diensten ist eine weitere Liberalisierung notwendig, ebenso ein Abbau bürokratischer Hürden zur Förderung von innovativen Unternehmen und die Eindämmung der Schattenwirtschaft.

Wirtschafts- und finanzpolitische Entwicklungen in ausgewählten Schwellenländern

Das Bild der „emerging markets“ wurde lange Zeit von den schweren Krisen geprägt, die diese Länder in den neunziger Jahren durchliefen: Mexiko 1995; Russland 1997/98; Asien 1998. Dem Absturz der Börse und der Währungen folgte jeweils eine tiefe Rezession und die drohende Zahlungsunfähigkeit.

Abgesehen von Argentinien, das Ende 2001 in eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise geriet, hat sich die Situation in den meisten Ländern seitdem grundlegend geändert. Die unter dem Eindruck der finanz- und realwirtschaftlichen Rückschläge vielfach eingeleiteten Reformbemühungen haben die Wachstumsraten erneut anziehen lassen; die Aussichten für die nahe Zukunft sind alles in allem gut. Diese Entwicklungen machen die Schwellenländer Asiens, Lateinamerikas und Osteuropas vielfach für Investoren wieder interessant. Dazu beigetragen hat der in den meisten Ländern erfolgreich geführte Kampf gegen die Inflation. Allerdings können die häufig außerordentlich guten makroökonomischen Daten nicht verdecken, dass Reformen weiterhin nötig sind bzw. deren konsequente Umsetzung nach wie vor eingefordert werden muss. Hinzu kommt, dass nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren. Hier liegen Risiken, aber auch Wachstumspotenziale, die von den Ländern verstärkt genutzt werden müssen.

Die Kapitalmärkte in den Schwellenländern waren überwiegend stabil bzw. entwickelten sich erfreulich. Allerdings sind die institutionellen Strukturen in vielen Ländern weiterhin unterentwickelt und der Finanzsektor leidet vielfach unter notleidenden Krediten (non-performing loans) in

einem erheblichen Umfang. Wo eine wirksame Bankenaufsicht fehlt – und das sind nicht wenige Länder –, sind die Risiken am größten. Für den Kapitalzufluss in die Schwellenländer wird die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft und vor allem die wirtschaftliche Lage in den USA von Bedeutung sein.

Argentinien

Nach dem heftigen konjunkturellen Einbruch im Jahr 2002 (BIP-Wachstum 2002: – 11 %) hat sich das makroökonomische Umfeld in Argentinien mit einer Geschwindigkeit zum Besseren gewendet, die zu Jahresbeginn 2003 viele nicht für möglich gehalten haben. Seit 1999 befand sich Argentinien in einer Rezession, die von Regierungswechseln und sozialen Unruhen begleitet wurde. Im Jahr 2003 ist Argentinien wieder in eine Phase der „ökonomischen Normalität“ mit einem zunehmenden Wirtschaftswachstum, zurückgehender Inflation und einem stärkeren Peso-Wechselkurs zurückgekehrt. Schätzungen gehen für das gesamte Jahr 2003 von einem realen Wirtschaftswachstum von 5,5 % aus. Die hohen Wachstumsraten sind allerdings zu einem wesentlichen Teil auf die niedrige Ausgangsbasis des Wirtschaftswachstums zurückzuführen. Dieser Basiseffekt dürfte bis zum Jahresende auslaufen und das Wirtschaftswachstum in 2004 demzufolge wieder schwächer werden (Schätzung 2004: + 4,0 %).

Dem neu gewählten Präsidenten Kirchner ist es in der schwierigen Startphase seiner Amtszeit gelungen, das Vertrauen der Bevölkerung zu stabilisieren, indem er bislang starke Einschnitte im Zusammenhang mit Strukturreformen vermieden und eine eher harte Verhandlungsposition gegenüber den Internationalen Finanzinstitutionen und den ausländischen Privatgläubigern eingenommen hat. Wegen der noch bis November dieses Jahres andauernden Provinz- und Kongresswahlen (Konstituierung des Kongresses am 10. Dezember 2003) gehen Beobachter davon aus, dass die Regierung frühestens zum Jahresende 2003 weiter gehende Reformmaßnahmen in Angriff nehmen wird.

Die Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Erholung Argentiniens hängt wesentlich von der erfolgreichen Umsetzung der auch vom IWF geforderten tief greifenden und größtenteils noch nicht begonnenen Reformmaßnahmen ab. Dazu zählen insbesondere die Herstellung einer dauerhaft tragfähigen Fiskal-Position mit der Erwirtschaftung eines hohen Primärüberschusses (Haushalts-saldo ohne Zinszahlungen) einschließlich einer umfassenden Schuldenrestrukturierung, die Restrukturierung des Banken-Sektors zur Wiederbelebung der finanziellen Intermediation sowie die Beseitigung der Rechtsunsicherheit.

Das am 10. September 2003 von Argentinien und dem IWF unterzeichnete Beistandsabkommen gewährt dem Land vor dem Hintergrund der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Ausgangslage einen großen Spielraum zur Erfüllung der Programmvorgaben und zur Umsetzung der Strukturreformen. Bei den Programmverhandlungen stand die Stabilisierung des Landes im Vordergrund; insofern beinhaltet das neue Beistandsabkommen einen großen Vertrauensvorschuss an Argentinien. Mit dem Abkommen werden faktisch die Fälligkeiten der nächsten drei Jahre gegenüber den internationalen Finanzinstitutionen im Volumen von 21,6 Mrd. US-Dollar refinanziert. Davon entfallen 12,3 Mrd. US-Dollar auf den IWF.

Die Inflationsrate in Argentinien zählt zu den makroökonomischen Indikatoren, in denen sich die diesjährige Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung sehr deutlich zeigt: Während sie am Jahresende 2002 noch bei über 40 % gegenüber dem Vorjahr lag, ist sie bis Sommer dieses Jahres auf unter 5 % gesunken (Schätzung Jahresdurchschnitt 2003: 14,4 %). Nach Schätzungen vom Sommer wird die Zahlungsbilanz im Jahr 2003 ein Defizit von rd. 12,5 Mrd. US-Dollar aufweisen. Zu dem Defizit trägt wegen starker Nettokapitalabflüsse vor allem ein hoher negativer Kapitalbilanzsaldo von 20,5 Mrd. US-Dollar bei, während aufgrund des starken Exportwachstums für die Leistungsbilanz ein Überschuss von 7,8 Mrd. US-Dollar prognostiziert wird. Die bessere Konjunktur trägt außerdem zu einem

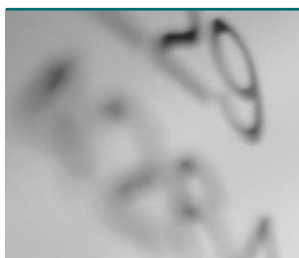
deutlichen Anstieg der Steuereinnahmen bei (2003 geschätzt: rd. 60 Mrd. US-Dollar nach knapp 42 Mrd. US-Dollar in 2002). Auf die gute makroökonomische Performance in Argentinien reagierten insgesamt auch die Finanzmärkte positiv: Der Risikoaufschlag gegenüber US-Staatsanleihen hat sich von Jahresbeginn 2003 bis Oktober um ca. zehn Prozentpunkte verringert. Die Börsenkurse sind seitdem um knapp 70 % gestiegen. Allerdings verharret die Arbeitslosenzahl aufgrund der bislang nur geringen Fortschritte bei den Strukturreformen auf einem relativ hohen Niveau von 18 %, und Beobachter gehen davon aus, dass rund die Hälfte der Bevölkerung an bzw. unterhalb der Armutsgrenze lebt.

Als Fazit ist festzuhalten, dass Argentinien nach dem wirtschaftlichen Niedergang in den Vorjahren im Jahr 2003 in bemerkenswerter Weise eine Stabilisierung seiner politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse gelungen ist. Allerdings erfolgten bislang nur in sehr begrenztem Umfang die für eine Umsetzung der dringend anstehenden Strukturreformen erforderlichen Schritte. Auch die Bedienung der Auslandsschuld wurde bislang noch nicht abschließend gelöst. Die schnelle Umsetzung der Reformmaßnahmen ist jedoch unabdinglich für die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und die Gewährleistung der langfristigen Schuldentragfähigkeit des Landes.

Brasilien

Brasilien befand sich im ersten Halbjahr 2003 in der Rezession; das BIP ist im zweiten Quartal dieses Jahres im Vorquartalsvergleich um 1,6 % gesunken (1. Quartal: -0,1 %). Ursachen für diese insgesamt negative Entwicklung im ersten Halbjahr waren in erster Linie der Rückgang der Reallöhne wegen der starken Inflation und die hohen Realzinsen. Dies führte auch zu einem Anstieg der Arbeitslosenquote (auf 13 % im August 2003; Dezember 2002: 10,5 %) Dabei tragen binnenwirtschaftliche Faktoren bislang nur unzureichend zum Bruttoinlandsprodukt bei, das Wachstum der brasilianischen Wirtschaft ist derzeit vor allem exportgestützt.

Damit dürfte jedoch in der Mitte des Jahres 2003 der Wendepunkt der Wirtschaftsentwicklung in Brasilien erreicht gewesen sein. Angesichts der beeindruckenden Verbesserung der makroökonomischen Rahmenbedingungen ist die Ausgangslage für ein sich verstärkendes Wirtschaftswachstum günstig. Dies zeigt sich insbesondere in der bislang sehr positiven Entwicklung der brasilianischen Kapitalmärkte im Jahr 2003. Der Aktienindex Bovespa hat sich im Oktober 2003 mit einem Indexstand von über 18 000 Punkten im Jahresvergleich mehr als verdoppelt. Die Risikoprämien gegenüber US-amerikanischen Staatsanleihen sind mit derzeit rd. 600 Basispunkten gegenüber dem Vorjahr extrem gefallen, als sie in der Spitze bis zu 2 000 Basispunkte betrugen.



Insgesamt hat die Zentralbank die Leitzinsen seit Mitte Juni 2003 um insgesamt 6,5 Prozentpunkte auf derzeit 20 % verringert; weitere Zinssenkungen sind wahrscheinlich. Ausschlaggebend für die deutlichen Zinsschritte sind die – im Vergleich – günstigen Inflationsperspektiven (Rückgang der Inflations-Erwartungen für 2003 von 12 % Ende Juni auf unter 10 %). Allerdings sind die Realzinsen immer noch relativ hoch. Das weltwirtschaftliche Umfeld hellt sich zunehmend auf. Die von der Regierung in die Wege geleiteten Reformen (u. a. Rentenreform, Steuersystem) werden allgemein positiv beurteilt und stärken die Zuversicht der Marktteilnehmer. Prognosen gehen vor diesem Hintergrund von einem Wirtschaftswachstum von 0,5 % in 2003 und bis zu 4,0 % in 2004 aus.

Brasilien und der IWF haben die Aufnahme formeller Verhandlungen für das im Dezember

dieses Jahres auslaufende Beistandsabkommen vereinbart. Äußerungen von Präsident Lula zufolge will Brasilien mit dem IWF „harte Verhandlungen“ führen: Dabei dürfte die brasilianische Regierung u. a. auf die stärkere Berücksichtigung sozialer Programme drängen.

Die im Jahresverlauf 2003 einsetzende deutliche Verbesserung der makroökonomischen Rahmenbedingungen sollte jedoch nicht den Blick dafür verstellen, dass für die zukünftige Entwicklung in Brasilien weiterhin Risiken bestehen. So ist die Auslandsverschuldung Brasiliens mit geschätzt knapp 43 % des BIP in 2003 trotz Verbesserung der Schuldenstruktur (Verringerung des Anteils zinsvariabler und wechselkursindexierter Anleihen) immer noch sehr hoch. Sie macht Brasilien anfällig für externe Schocks. Hinzu kommt, dass die Nominalzinsen aufgrund der Leitzinssenkungen der Notenbank zwar sinken, jedoch das insgesamt immer noch hohe Niveau der Realzinsen mit 10 bis 11 % – ebenso wie die hohe Steuerbelastung der Privatwirtschaft – die Wirtschaftsdynamik stark hemmt.

Ein zusätzliches Problem stellt weiterhin die Bewegung der Landlosen (MST) in Brasilien dar. Hier steht die brasilianische Regierung vor der Herausforderung, trotz der Budgetrestriktionen eine Bodenreform durchzuführen, die den wachsenden Protesten der MST Rechnung trägt. Die MST will die brasilianische Regierung zur Verwirklichung der schon seit längerer Zeit versprochenen, doch bisher nicht konsequent angepackten Landreform zwingen. Die Auseinandersetzungen zwischen Großgrundbesitzern und der Bewegung der Landlosen gewinnen in der letzten Zeit zunehmend an Schärfe; die Aktionen der Landbesetzer werden radikaler. Zum Beispiel haben im Jahr 2003 Obdachlose u. a. im Großraum São Paulo einen stillgelegten Teil des Geländes des Volkswagenwerkes besetzt.

Mexiko

Mexiko konnte sich – ebenso wie Chile – weitgehend von den wirtschafts- und finanzpolitischen

Problemen abkoppeln, von denen die übrigen lateinamerikanischen Länder in der Vergangenheit betroffen waren. Mexiko weist stabile makroökonomische Rahmendaten, im Vergleich zu den anderen Ländern der Region niedrige Inflationsraten (Prognose zum Jahresende 2003: 3,7 %), geringere Zinsen (Monatssatz in 2003 geschätzt: 6,0 %) sowie einen noch moderaten öffentlichen Schuldenstand (Prognose für 2003: 50 % des BIP; bei Durchführung von Konsolidierungsmaßnahmen Rückgang bis 2008 auf 44 %) auf. Das Zahlungsbilanzdefizit geht in Mexiko von 2 ¼ % des BIP in 2002 weiter auf 1 ¼ % in der ersten Jahreshälfte 2003 zurück. Diese Entwicklung ist auf ein niedrigeres Leistungsbilanzdefizit infolge v. a. anziehender Ölpreise und einer verbesserten Kapitalbilanz (zunehmender Kapitalzufluss wegen besserer Konjunkturaussichten und niedrigerer Risikoeinschätzungen) zurückzuführen. Der Wechselkurs des Peso zum US-Dollar befindet sich seit Beginn des Jahres 2003 in einem leichten Abwärtstrend. Eine wesentliche Ursache könnte die Verringerung des Unterschieds zwischen den kurzfristigen Zinsen in USA und Mexiko sein. Insgesamt betrachtet wird Mexiko auch im Jahr 2003 von internationalen Anlegern als ein „sicherer Hafen“ Lateinamerikas angesehen. Dies zeigt sich u. a. darin, dass die Risikoprämien Mexikos – wie auch Chiles – gegenüber US-amerikanischen Staatsanleihen deutlich unter den Niveaus anderer lateinamerikanischer Länder liegen.



Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass Mexiko nach wie vor in hohem Maße von der Konjunktur-Entwicklung der USA abhängt. Bestimmungsland für den weitaus größten Teil der

mexikanischen Exporte (ohne Ölausfuhren) sind die USA. So verwundert es nicht, dass vor allem die bis vor kurzem noch unbefriedigende Konjunkturentwicklung in den USA als einer der wesentlichen Gründe angesehen wird, weshalb das Wirtschaftswachstum in Mexiko in den letzten Jahren Schwächen gezeigt hat. Hinzu kommt, dass es der Regierung – nicht zuletzt aufgrund des politischen Widerstandes – bislang nicht gelungen ist, notwendige Strukturreformen konsequent umzusetzen. Dazu zählen insbesondere die Liberalisierung des Energiesektors in Verbindung mit einer Verringerung von Marktzugangsbarrieren für ausländische Investoren, die Verabschiedung von Gesetzen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sowie die Durchführung einer Steuerreform, um die Steuerquote zu erhöhen und die Ölabhängigkeit der öffentlichen Finanzen zu verringern.

Darüber hinaus steckt die verarbeitende Industrie, insbesondere in den grenznahen Gebieten zu den USA, in einer schweren Krise. Sie trägt zu über 50 % zu den mexikanischen Exporten bei. Dies ist nicht nur auf die zunehmende Konkurrenz aus Asien, sondern vor allem auch auf „hausgemachte“ Probleme zurückzuführen (u. a. hohe Telekommunikations- und Energiekosten; überregulierter und unflexibler Arbeitsmarkt). Hinzu kommen zum Teil große Infrastrukturdefizite, welche die mexikanische Volkswirtschaft schwächen.

Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 6. Juli 2003 sank der Stimmenanteil der konservativen Regierungspartei PAN gegenüber der Wahl im Jahr 2000 von 38,2 % auf 32,8 %. Mit 60 % der Wahlberechtigten nahm ein sehr hoher Teil der Wähler nicht an der Wahl teil und zeigte damit seine Politikverdrossenheit. Dadurch besteht die Patt-Situation zwischen Regierungspartei und Opposition im Parlament weiter fort. Sie wird als wesentlicher Grund für den Reformstau in den letzten drei Jahren gesehen.

Insgesamt sind die Aussichten für die weitere Wirtschaftsentwicklung in Mexiko positiv. Die

mexikanische Volkswirtschaft wuchs im ersten Halbjahr 2003 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,2 %. Prognosen gehen von einem realen Wirtschaftswachstum von 1,6 % in 2003 und 3,6 % in 2004 aus. Wichtige Voraussetzungen für ein wieder anziehendes Wirtschaftswachstum sind die wirtschaftliche Erholung der USA, die Umsetzung von Strukturreformen und die Fortdauer der positiven Grundstimmung an den Kapitalmärkten der „emerging markets“ (niedrige Risikoprämien).

Russland

Russlands Wirtschaft hat im ersten Halbjahr 2003 deutlich besser abgeschnitten, als es von den meisten Beobachtern zunächst erwartet worden war. Laut Aussage des russischen Wirtschaftsministeriums hat sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Halbjahr 2003 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um real 7,2 % erhöht. Die Industrieproduktion hat um 8 % zugenommen. Die Investitionen, deren Zunahme im Vorjahreszeitraum lediglich 1,8 % betragen hatte, konnten um gut 12 % zulegen. Die Realeinkommen sind um 14,6 % gestiegen. Geht man davon aus, dass die Schattenwirtschaft erheblich zur Wirtschaftsleistung beiträgt, dann dürften die offiziellen Zahlen die wirtschaftliche Dynamik sogar noch unterschätzen.

Diese Erfolge beruhen aber fast ausschließlich auf den Energieexporten. Der Verkauf von Rohöl und Rohölprodukten hat im ersten Halbjahr zu einer wertmäßigen Steigerung der Ausfuhren um mehr als 28 % geführt. Gleichzeitig haben steigende Reallöhne für eine kräftige, die Konjunktur zusätzlich stimulierende Binnennachfrage gesorgt. Dies und die aufgrund fortbestehender Unsicherheiten im Irak hohen Notierungen für Erdöl stützen den wirtschaftlichen Optimismus und sorgen so für den anhaltenden Investitions- und Konsumboom. Der Überschuss in der Zahlungsbilanz wird sich vor diesem Hintergrund in diesem Jahr nach ersten Schätzungen auf über 8 % belaufen. Bei einem erwarteten Rückgang der Energiepreise im kommenden Jahr wird sich dieser Überschuss auf gut 5 % verringern.

Russland dürfte in diesem Jahr ein Wachstum von gut 6 % erzielen. Die Inflationsrate wird bei gut 14 ½ % liegen. Im kommenden Jahr wird sich das Wachstum wohl leicht abschwächen. Maßgeblich dafür sind zurückgehende Zuwachsraten beim privaten Verbrauch nach dem Boom in diesem Jahr sowie ein im Jahresdurchschnitt erwarteter rückläufiger Ölpreis. Der Verbraucherpreisanstieg wird sich weiter abschwächen. Die Arbeitslosenquote, die in den vergangenen Jahren deutlich gesunken war, dürfte nach vorläufigen Schätzungen wieder ansteigen. Ursache dafür ist neben einer leichten Wachstumsabschwächung die langsam greifende Restrukturierung russischer Unternehmen, die auch zu einem Abbau unrentabler Arbeitsplätze führt.

Die insgesamt guten Makrodaten können aber nicht verdecken, dass es bei einem drastischen und anhaltenden Verfall der Rohstoffpreise zu erheblichen wirtschaftlichen und fiskalischen Problemen kommen kann. Der Anteil der Energieausfuhren am russischen Gesamtexport, der bereits im Vorjahr ca. 63 % ausgemacht hatte, ist in den ersten fünf Monaten dieses Jahres auf fast 68 % gestiegen. Während die Rohstoffbranche floriert, kämpfen traditionelle Sektoren wie Forstwirtschaft und Holzverarbeitung, der Fahrzeugbau und Teile der Maschinenindustrie nach wie vor mit erheblichen Umstellungs- und Modernisierungsproblemen.

Internationale Beobachter – so jüngst der Internationale Währungsfonds (IWF) – gehen davon aus, dass Russlands Wirtschaft, gestützt durch einen verstärkten Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen, neue Impulse erhalten und die Abhängigkeit von den Rohstoffexporten überwinden kann. Eine Schlüsselrolle wird dabei aber einer durchgreifenden Verbesserung der Produktivität und der damit einhergehenden Diversifizierung auch der Exportstruktur zukommen müssen.

Russlands Aufschwung hängt immer noch in einem zu starken Maße von Rohstoffausfuhren ab, während die Modernisierung von

Wirtschaftszweigen wie der Pharmaindustrie, des Automobilbaus oder auch des Bankenwesens nur schleppend vorankommt. Auf den Kapitalmärkten sind weitere Reformen nötig.

Ein Kernproblem ist, dass russische Banken bislang nur begrenzt als klassische Finanzdienstleister auftreten. Die meisten Investitionen werden von den Unternehmen über einbehaltene Gewinne finanziert. Von den gut 1 200 Banken gilt ein Großteil als unterkapitalisiert und damit faktisch als insolvent. Würde das Bankensystem grundlegend umstrukturiert, könnte wahrscheinlich ein Großteil der Banken dem Wettbewerb nicht mehr standhalten. Die zwei größten Banken, die Sberbank, deren Aktienmehrheit der Zentralbank gehört, und die Außenhandelsbank, deren Eigentümerin die Regierung ist, kontrollieren über ein Drittel des Bankenmarktes. Mit den hier vorgesehenen Reformen sollen diese Probleme zwar schrittweise beseitigt werden, ohne die (relative) Stabilität des Systems insgesamt zu gefährden. Generell ist aber zu erwarten, dass die Wettbewerbsvorteile und die marktdominierende Stellung der staatlichen Banken auch nach einer Bankenreform erhalten bleiben werden, wenn auch in abgeschwächter Form. Ernsthafte Konkurrenz für die staatlichen Banken erwuchse – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der mangelnden Eigenkapitalausstattung vieler russischer Banken – aus einem Marktzutritt ausländischer Banken.

Sorge bereitet auch die demografische Entwicklung. Nach Einschätzung der Vereinten Nationen wird die Bevölkerung in Russland bis 2010 deutlich schrumpfen. Dies ist nicht nur ein Ergebnis sinkender Geburtenraten, sondern auch Folge des häufig schlechten Zustandes des Gesundheitssystems.

Ukraine

Die Ukraine kann auf ein alles in allem wirtschaftlich erfolgreiches Jahr zurückblicken. Getragen von einer hohen Dynamik bei der Bautätigkeit

und im verarbeitenden Gewerbe stieg das reale Bruttoinlandsprodukt in den ersten fünf Monaten dieses Jahres um 7,3 % (Vorjahreszeitraum: 4,6 %). Für das Jahr insgesamt wird ein Wachstum von deutlich über 5 % erwartet. Die Investitionen nahmen im ersten Quartal um 23 % zu. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage schlug sich auch in der Entwicklung der Reallöhne nieder; im Zeitraum Januar bis April stiegen diese um 15,1 %.

Neben den binnenwirtschaftlichen Faktoren trugen auch die Ausfuhren maßgeblich zum Wachstum bei. Trotz einer insgesamt nur schwachen Weltkonjunktur konnten die Exporte in den ersten fünf Monaten dieses Jahres auf US-Dollar-Basis um 28 % zulegen. Die Exporte nach Europa (ohne GUS) stiegen um 13 %. Zwar wuchsen die Importe noch schneller als die Ausfuhren. Dennoch konnte die Ukraine mit einem Leistungsbilanzüberschuss von 1 082 Mio. US-Dollar das Vorjahresergebnis von 827 Mio. US-Dollar übertreffen. Schätzungen zufolge dürfte der Leistungsbilanzüberschuss in diesem Jahr bei 5,6 % des Bruttoinlandsprodukts und im kommenden Jahr angesichts steigender Importe bei gut 4 % liegen.

Der Verbraucherpreisanstieg liegt in diesem Jahr mit 5,5 % nach 0,8 % im Vorjahr vergleichsweise hoch. Ursache dafür ist neben einem boomenden privaten Verbrauch auch die schlechte Getreideernte und die damit verbundenen zum Teil drastischen Steigerungen der Lebensmittelpreise. Im kommenden Jahr wird der Anstieg aber wieder allmählich zurückgehen und 5,3 % im Jahresdurchschnitt erreichen.

Nach einem Budgetüberschuss von 0,2 % des BIP im Jahr 2002 dürfte dieses Jahr angesichts gestiegener Ausgaben ein Defizit von etwa 0,4 % erwartet werden. Im kommenden Jahr dürfte das Defizit wohl einen ähnlich hohen Wert erreichen, wozu insbesondere Steuersenkungen und die Einführung einer „flat rate tax“ beitragen werden. Das Parlament hat dazu ein neues Einkommensteuerrecht beschlossen. Danach wird eine „flat rate“ von 15 % festgesetzt. Für eine Übergangsperiode bis

2007 soll der Satz bei 13 % liegen. Dieses Gesetz ist ein entscheidendes Element der Steuerreform in der Ukraine. Allerdings dürften sich die positiven Wirkungen eher mittelfristig entfalten, da die Ukraine plant, Ausgaben massiv zu kürzen. Dieser Effekt könnte den Einkommenseffekt gesamtwirtschaftlich kurzfristig überlagern.

Das ukrainische Parlament hat ferner ein auf drei Säulen basierendes Rentensystem beschlossen. Die erste Säule basiert auf einem (paritätischen) Umlageverfahren; Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Selbstständige zahlen hier ein. Eventuelle Defizite sollen vom Staat getragen werden. Die zweite Säule – eine obligatorische fondsgebundene Versicherung – soll eingeführt werden, sobald die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dies zulassen. Hier sollen allein die Arbeitnehmer Beiträge leisten. Die dritte Säule stellt die private Vorsorge dar und ist freiwillig. Mit dem Gesetz hofft die Ukraine, den Lebensstandard der Rentner langfristig zu sichern und die Finanzierbarkeit des Systems zu gewährleisten.

Das politische Geschehen in der Ukraine dreht sich vor allem um Präsident Leonid Kutschmas Bestrebungen zur Verfassungsreform und seinen Vorschlag, die Präsidentenwahlen gemeinsam mit den Parlamentswahlen abzuhalten. Dies würde eine Verschiebung des für 2004 geplanten Wahltermins für das Präsidentenamt auf 2006 und damit eine Amtsverlängerung für Präsident Kutschma bedeuten. Laut Verfassung darf Präsident Kutschma nach zwei Amtsperioden nicht mehr antreten. Der ukrainische Präsident ist international, aber auch zunehmend im Land, umstritten.

Für 2004 sind die Aussichten für eine Fortsetzung der Wachstumserfolge in der Ukraine weiterhin günstig. Zwar dürfte sich das Wachstum leicht abschwächen, was insbesondere auf eine im kommenden Jahr weniger stark ausgeprägte Dynamik in Russland zurückzuführen ist. Mit einer erwarteten Expansion des BIP von fast 5 % wird das Wachstum aber kräftig bleiben. Um das

Wachstum auch langfristig auf einem hohen Niveau zu halten, bedarf es allerdings einer Intensivierung der Reformbemühungen. Belastend wirkt sich hier derzeit die Diskussion um eine mögliche Verschiebung der Präsidentenwahlen aus, da von einigen Ländern von einem Ende der Präsidentschaft Kutschmas neue Impulse für die Integration der Ukraine in die Weltwirtschaft erwartet werden. Die Arbeitslosenquote, die in den vergangenen Jahren leicht rückläufig war, dürfte nicht zuletzt aufgrund von Privatisierungen wieder leicht ansteigen. Beobachter rechnen nach gut 4 % in diesem Jahr mit etwa 4 ½ % für 2004.

Die Ukraine strebt seit längerem eine stärkere Westintegration an. Unabhängig davon hat das Land gemeinsam mit Russland, Weißrussland und Kasachstan ein Abkommen über die Einrichtung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes unterzeichnet. Beobachter gehen zwar davon aus, dass für die Regierung lediglich die Einrichtung einer Freihandelszone von Interesse ist, da die Ukraine nach wie vor sehr enge wirtschaftliche Verflechtungen mit den drei übrigen Partnern unterhält. Die Unterzeichnung des Vertragsdokumentes dürfte aber auch eine Reaktion auf die EU-Politik sein, die der Ukraine bislang keine klare EU-Integrationsperspektive aufzeigen konnte.



Westbalkan

Die wirtschaftliche und soziale Lage in den Ländern des Westbalkans (Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Albanien, Mazedonien sowie Serbien und Montenegro) bleibt trotz teils beachtlicher makroökonomischer Erfolge schwierig. Wesentliche Probleme sind die nach wie vor hohe

Arbeitslosigkeit, die unzureichende Produktivität der Wirtschaft und die damit zusammenhängende mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit, ein häufig ineffizienter Verwaltungsapparat sowie mangelnde Rechtssicherheit.

In Kroatien verliert die Binnenkonjunktur derzeit kontinuierlich an Dynamik. Dementsprechend wird das Wachstum von über 5 % 2003 auf gut 4 % in diesem und nur noch 3 ½ % im kommenden Jahr – nicht zuletzt durch budgetäre Einschnitte – zurückgehen. Allerdings dürfte die Wachstumsabschwächung auch zu einer Verringerung des Leistungsbilanzdefizits von derzeit über 6 % beitragen. Positiv ist zu vermerken, dass sich die Währung stabilisiert hat. Die Inflation ist mit unter 2 % moderat. Der Haushaltsansatz für dieses und das nächste Jahr scheint realistisch zu sein. Diese Faktoren lassen alles in allem eine verbesserte Risikoeinschätzung durch die Märkte erwarten. Weitere Maßnahmen zur Beschleunigung des Reformtempos sind allerdings erst nach den Wahlen zum Parlament im November zu erwarten.

In Bosnien und Herzegowina steht die Regierung unverändert vor der Aufgabe, eigene Strukturen zu schaffen und Aufgaben von der internationalen Gemeinschaft künftig selbst zu übernehmen. Gleichzeitig muss die überbordende Bürokratie zurückgeführt werden. Wirtschaftlich kommt der Umstrukturierung der Unternehmen große Bedeutung zu; der Leistungsbilanzsaldo von derzeit über 20 % ist besorgniserregend. Fortschritte konnten bei der Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes zwischen den beiden Teilstaaten sowie bei der Einführung einer gesamtstaatlichen Mehrwertsteuer ab 2004 erzielt werden.

In Albanien ist das anhaltend hohe Doppeldefizit im Haushalt und der Leistungsbilanz das Hauptproblem. Positiv wirken sich derzeit die alles in allem stabilen politischen Verhältnisse aus. Die schrittweise Umsetzung der Strukturreformen auf der Basis des laufenden IWF-Programms

dürften der Wirtschaftsentwicklung Impulse geben. Ähnliches gilt für die laufenden Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU.



In Mazedonien ist die politische Lage derzeit stabil. Die Wirtschaft wächst zufrieden stellend; die Währung zeigt keine dramatischen Schwankungen. Die Inflationsrate ist niedrig. Dennoch ist das Land – auch im Vergleich mit anderen Balkan-Staaten – in einem hohen Maße auf die Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft angewiesen. Die Kreditvereinbarung mit dem IWF vom April ist ein wesentliches Element bei der Umsetzung der notwendigen Reformen. Entscheidend ist, dass die Regierung die Defizite im Haushalt und in der Leistungsbilanz zügig abbaut. Dies würde – neben den Hilfen der internationalen Gemeinschaft – die Bedingungen für Investitionen und einen selbsttragenden Aufschwung verbessern.

Die wirtschaftliche und politische Situation in Serbien und Montenegro wurde in diesem Jahr von der Ermordung des Ministerpräsidenten Djindjic im März überschattet. Zusätzlich wirkt sich die Notwendigkeit, neue Institutionen für Serbien und Montenegro zu schaffen, als politisch hinderlich aus. Vor diesem Hintergrund muss die Regierung in erster Linie das Vertrauen der Investoren zurückgewinnen, um durch Kapitalzuflüsse die Leistungsbilanz (deren Defizit liegt derzeit bei fast 10 %) ins Gleichgewicht zu bringen und die Zahlungsfähigkeit des Landes garantieren zu können. Dies kann dann der Regierung den notwendigen Spielraum verschaffen, die wirtschaftlichen und politischen Reformen umzusetzen.

Türkei

Nach der tiefen Rezession in 2001 hat sich in der Türkei in diesem Jahr der bereits im vergangenen Jahr einsetzende Prozess der wirtschaftlichen Erholung bislang fortgesetzt. Nach 8 % Wachstum in 2002 dürfte das für dieses Jahr angestrebte Wachstumsziel von 5 % trotz eines verlangsamten Wachstums im zweiten Quartal (nicht zuletzt bedingt durch Unsicherheit infolge des Irak-Kriegs) realistisch sein. Die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe liegt derzeit bei gut 80 %. Die Exporte sind trotz einer kräftigen Aufwertung der türkischen Lira seit dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen im Irak monatlich um 30 % gestiegen. Allerdings haben die Importe noch stärker zugenommen, so dass die Handelsbilanz 2003 negativ bleiben dürfte (allein im Zeitraum Januar bis Juli betrug das Defizit fast 10 Mrd. US-Dollar).

Erfolge konnte die Türkei auch bei der Bekämpfung der Inflation erzielen. Nachdem der Verbraucherpreisanstieg im vergangenen Jahr noch gut 30 % erreicht hatte, scheint dieser Trend nach den aktuell verfügbaren Daten überwunden zu sein; das für dieses Jahr gesetzte Inflationsziel von 20 % zum Jahresende erscheint zunehmend erreichbar. Dies ist nicht zuletzt angesichts der im Durchschnitt der neunziger Jahre noch verzeichneten Inflation von über 60 % ein bemerkenswerter Fortschritt.

Die Währung (TL) hat sich zuletzt in einem Band von 1,50 Mio. bis 1,55 Mio. TL zum Euro stabilisiert. Insgesamt hat sich die Volatilität der Währung nach ihrem Absturz 2001 und der weiteren Abwertung im vergangenen Jahr damit deutlich reduziert, wozu nicht zuletzt die Aufwertungserfolge im ersten Halbjahr 2003 beigetragen haben. Die Tourismusbranche verzeichnet nach der Abschwächung im Frühsommer, die alles in allem kürzer ausfiel als zunächst angesichts des Irak-Kriegs erwartet worden war, wieder Rekordzahlen. Offiziell wird mit Einnahmen aus dem Tourismus in Höhe von 10 Mrd. US-Dollar gerechnet.

Das doppelte Defizit von Staatshaushalt und Zahlungsbilanz bleibt die Hauptsorge für die türkische Wirtschaft. Trotz einer auch vom IWF gelobten Fiskaldisziplin dürfte, ähnlich wie schon im Vorjahr, der angestrebte Primärüberschuss von 6,5 % verfehlt werden. Die kräftige Nachfrage nach Importprodukten sowie die wiedergewonnene Stärke der Lira haben trotz des derzeit zu verzeichnenden Exportbooms zu einem Defizit in der Handelsbilanz geführt. Die Einnahmen aus dem Tourismus sowie die Gastarbeiterüberweisungen reichen nicht aus, das Handelsbilanzdefizit in der Zahlungsbilanz zu kompensieren.

Die politischen Rahmenbedingungen gelten nach den ersten zehn Monaten der AKP-Regierung als stabil. Vor allem im Reformprozess konnten Fortschritte erzielt werden. Das Parlament hat ein neues Auslandsinvestitionsgesetz verabschiedet, so dass zukünftig in- und ausländische Investitionen gleichgestellt sind. Außerdem wurden das Gesetz zur Regelung von Bankrottfällen sowie die erste Stufe der Einkommensteuerreform – diese sieht vor allem eine Erweiterung der Steuerbasis vor – angenommen. Anfang August schloss der IWF die fünfte Überprüfung im Rahmen des Bereitschaftskreditabkommens mit der Türkei vom Februar 2002 ab.

Die wirtschaftlichen Aussichten für die Türkei bleiben auch im kommenden Jahr günstig. Das Wachstum dürfte sich allenfalls leicht abschwächen. Anzeichen für ein Wiederanziehen der Inflation sind derzeit nicht zu beobachten. Nach einem Wachstum von gut 5 ¼ % in diesem Jahr wird eine Expansion des realen Bruttoinlandsprodukts 2004 um ca. 5 % erwartet. Der rückläufige Trend beim Verbraucherpreisanstieg wird sich nach allgemeiner Erwartung fortsetzen, so dass insgesamt mit einer Preissteigerungsrate von deutlich unter 15 % gerechnet wird.

Zu einer Verbesserung des Vertrauens in die türkische Wirtschafts- und Finanzpolitik haben nicht zuletzt die Reformbemühungen der Regierung beigetragen, die neben den im Rahmen des

IWF-Beistandsabkommens vereinbarten Schritten auch im Wunsch der Türkei nach einer EU-Mitgliedschaft begründet liegen. Allerdings sind die Realzinsen nach wie vor sehr hoch. Dies dürfte nach Einschätzung internationaler Beobachter vor allem Folge von Unsicherheiten hinsichtlich der Umsetzung der beschlossenen Reformschritte sein. Die Überwindung dieser Unsicherheiten ist derzeit eine der wichtigsten Aufgaben der türkischen Regierung.

China

China gehört in diesem Jahr zu den am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt. Für 2003 rechnet der IWF mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 7,5 % nach 8,0 % 2002. Für 2004 dürfte das Wachstum bei ebenfalls 7,5 % liegen. Die Auswirkungen der Lungenkrankheit SARS dürften alles in allem nur zu temporären Folgen geführt haben, die überwunden sind. Der Verbraucherpreisanstieg wird für 2003 auf 0,8 % und für 2004 auf 1,5 % geschätzt. Damit wäre die sich in 2002 noch abzeichnende deflationäre Entwicklung (die Konsumentenpreise sanken 2002 um 0,8 %) beendet.

Der Überschuss in der Zahlungsbilanz dürfte von 2,8 % des BIP in 2002 auf 1,3 % in diesem Jahr und auf 1,3 % im kommenden Jahr zurückgehen. Ursache dafür sind vor allem steigende Importe (nicht zuletzt Vorprodukte). Die chinesischen Exporte entwickeln sich weiterhin kräftig; so stiegen die Ausfuhren im August im Vorjahresvergleich um 27,2 %. Bei einem Importwachstum von 27,3 % konnte ein leichter Außenhandelsüberschuss von 2,8 Mrd. USD erzielt werden. Für das nächste Jahr wird mit einem Überschuss in der Zahlungsbilanz von gut 1 % gerechnet.

Für China ist Japan der wichtigste Exportmarkt. 2002 flossen über 18 % der Ausfuhren dorthin, gefolgt von den USA (11,1 %) sowie der EU (7,4 %). Bei den chinesischen Importen dominierten im vergangenen Jahr die asiatischen Volkswirtschaften mit gut 58 %, wobei auf Japan davon 16,1 %

entfielen. Dies dürfte vor allem Folge der Auslagerung von Teilen der japanischen Produktion nach China sein. Die Importe aus der EU lagen 2002 mit fast 13 % noch vor denen aus den USA (8,8 %).

Die ausländischen Direktinvestitionen sind allein im Juli dieses Jahres um 27 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen. Im gesamten ersten Halbjahr lag der Anstieg bei 34 %. Der Rückgang im Juli könnte zumindest teilweise auf die Auswirkungen von SARS zurückgehen. Beobachter gehen davon aus, dass in diesem Jahr Investitionen in Höhe von 57 Mrd. US-Dollar nach China fließen werden. Dies würde gegenüber dem Vorjahr (53 Mrd. USD) eine leichte Steigerung bedeuten.

Die chinesische Provinz Guangdong gilt als die dynamischste Wachstumsregion der Welt. Nach offiziellen Angaben wuchs die Wirtschaft dort zwischen 1980 und 2000 um jährlich 16,9 %. Heute werden in der Provinz beispielsweise 70 % der Kopiermaschinen der Welt und gut 40 % der weltweit verkauften Mikrowellengeräte gefertigt. Die wichtigsten deutschen Unternehmen besitzen Niederlassungen dort. Allerdings zeigen sich als Schattenseiten des Wachstums zunehmend Umweltprobleme. Das Gefälle zwischen den prosperierenden Städten und dem Land ist hoch.

Die chinesische Zentralbank (PBOC) hat kürzlich den Mindestreservesatz für Kreditinstitute von 6 % auf 7 % erhöht. Diese Änderung trat am 21. September in Kraft. Die PBOC hofft, dass mit diesem Schritt die Kreditvergabe eingedämmt werden kann. Hintergrund der Maßnahme ist die Befürchtung, dass die Konjunktur überhitzen könnte. Im Zuge der außerordentlich guten Wirtschaftsentwicklung hatten die Banken im großen Umfang Kredite vergeben. Aufrufe der PBOC, diese Praxis zu ändern, hatten bislang nicht zu den gewünschten Erfolgen geführt. Der gegenwärtig gültige Satz war seit 1998 nicht verändert worden. Damals hatte die PBOC im Zuge der Asienkrise den Satz von 13 % auf 6 % gesenkt, um auf diesem Weg die Wirtschaft zu stimulieren.

Beobachter rechnen allerdings nicht damit, dass dieser Schritt noch in diesem Jahr zu einer deutlichen Reduktion der vergebenen Kredite führen wird.

Im Bankensektor bestehen weiterhin erhebliche Risiken. Der Anteil an „non-performing-loans“ (NPL) wird auch von offizieller chinesischer Seite als hoch eingeschätzt. Generell könne derzeit nicht ausgeschlossen werden, dass nicht doch eine weitere Finanzspritze für die Banken notwendig werden könnte. Offiziellen Angaben zufolge lag der NPL-Anteil Mitte 2003 bei 43 % des BIP im gesamten Finanzsystem. Im Bankensektor lag der Anteil bei 30 % des BIP oder bei 21 % der gesamten Kredite. Die vier größten staatlichen Banken halten gut 26 % aller NPL, bei den ländlichen Kreditgenossenschaften sind es ca. 32 %. So genannte joint stock commercial banks kommen auf einen Anteil von lediglich 9 %. Der überwiegende Teil der NPL datiert aus der Zeit vor dem Jahr 2000. Die Schuldner sind hier überwiegend Staatsbetriebe.



Der Anteil ausländischer Banken am Kreditgeschäft ist seit 2001 drastisch gesunken und steht damit im Widerspruch zu den erhofften WTO-Effekten. Dafür dürften vor allem zwei Gründe ausschlaggebend sein: Zum einen werden Großprojekte fast ausschließlich von chinesischen Banken finanziert. Zum anderen gibt es trotz der von China bis 2006 eingegangenen Verpflichtung, Beschränkungen im Finanzsektor aufzuheben, nach wie vor erhebliche bürokratische und rechtliche Hindernisse für ausländische Banken.

Für die chinesische Regierung bleiben die fiskalische Konsolidierung und Strukturreformen mittelfristig auf der Agenda. Hier sind neben der immer wieder diskutierten Schwäche des Bankensektors insbesondere die Rentenreform, die Reform des Gesundheitssystems sowie die Privatisierung der Staatsbetriebe angesprochen.

China ist im Vorfeld der IWF-Jahrestagung unter vermehrten Druck gekommen, seine Wechselkursanbindung an den US-Dollar zu lockern. Sowohl von politischer Seite als auch von den Finanzmärkten wird der Vorwurf erhoben, die chinesische Währung Renminbi sei unterbewertet und würde damit bei den chinesischen Ausfuhren zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Dies behindere die Erholung der Weltwirtschaft. China lehnt eine Änderung des Wechselkursregimes ab. Es gibt aber Anzeichen dafür, dass zumindest eine Diskussion darüber in Gang gekommen ist.

Indien

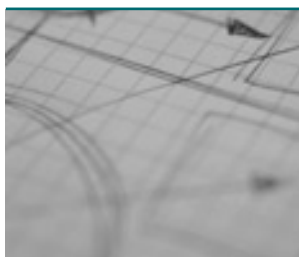
Im Haushaltsjahr 2002/2003 (das Haushaltsjahr beginnt am 1. April und endet am 31. März) ist die indische Wirtschaft nach offiziellen Angaben um 4,4 % gewachsen. Damit konnte zwar das im Dezember 2002 im Rahmen des zehnten Fünfjahresplans genannte durchschnittliche Wachstumsziel von 8 % nicht erreicht werden. Im internationalen Vergleich belegt Indien damit aber einen Spitzenplatz unter den wachstumsstärksten Regionen der Welt.

Der Verbraucherpreisanstieg lag 2002/2003 unter 5 %. Die Währungsreserven betragen derzeit gut 85 Mrd. US-Dollar. Sorge bereitet das wachsende Haushaltsdefizit, das gegenwärtig bei fast 6 % auf Ebene der Union liegt. Schätzungen zufolge dürfte das Defizit bei den Unionsstaaten ebenfalls diese Größenordnung erreichen.

Der Außenhandel ist im Berichtszeitraum kräftig gewachsen. Dennoch stieg das Handelsdefizit von 6,95 Mrd. US-Dollar auf jetzt 7,2 Mrd. US-Dollar. Der bilaterale Handel mit Deutschland

wuchs um 2,5 %; bei den Direktinvestitionen in Indien belegt Deutschland den zwölften Platz.

Alles in allem zeigen in Indien die 1991 begonnenen Liberalisierungsschritte erste Erfolge. Die Abschaffung der Importlizenzierung und die stufenweise Reduktion der Zölle ermöglichen zunehmend den Marktzutritt ausländischer Anbieter. Außerdem ist Indien für Informationstechnologien und IT-gestützte Dienstleistungen weiterhin ein überaus interessanter Standort.



Allerdings ist es Indien trotz dieser Erfolge nicht gelungen, aus der Gruppe der Entwicklungsländer herauszuwachsen. Ursachen dafür sind vor allem darin zu sehen, dass Spitzenpositionen bei Informationstechnologien oder der Raumfahrt Wirtschaftsbereiche wie die Landwirtschaft oder der Sektor der kleinen Unternehmen gegenüberstehen, die von den Reformen bislang kaum oder gar nicht profitieren.

Derzeit lebt gut ein Drittel aller Inder unterhalb der Armutsgrenze; ein Viertel der Inder sind Analphabeten. Insbesondere die mangelhafte Infrastruktur erweist sich zunehmend als hemmend für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Die Kapitalmärkte sind unterentwickelt. Auch fehlt bislang eine funktionierende Bankenaufsicht.

Hinzu kommt, dass wirtschaftspolitische Reformvorhaben häufig im Ankündigungsstadium stecken bleiben. Dies ist vor allem auch dem politischen System geschuldet. So besteht die

Regierungskoalition aus 20 Parteien; auf Ebene der Unionsstaaten finden im Grunde immer irgendwo Wahlen statt, so dass wahltaktische Überlegungen oft dominieren.

Mit Blick auf die Geld- und Kreditpolitik ist die Herabsetzung der „cash reserve ratio“ für Banken durch die Zentralbank um einen halben Prozentpunkt auf jetzt 5,0 % die wichtigste Maßnahme des Haushaltsjahres 2002/2003. Die Zinssätze der Geschäftsbanken bewegen sich aber nur sehr allmählich nach unten.

Seit 1991 wurde die Rupie schrittweise konvertibel gemacht. Wann es zu einer vollständigen Freigabe der Währung kommt, ist offen. Indien selbst sieht die Konsolidierung des Haushalts und den Aufbau eines modernen Finanzsystems als Grundvoraussetzung dafür an. Auch IWF und Weltbank vertreten diese Auffassung.

Beobachter gehen davon aus, dass die indische Wirtschaft auch im kommenden Jahr ihre Expansion fortsetzen wird. Wesentliche Impulse dafür dürften aus der Landwirtschaft und dem Handel kommen, die vor allem von Liberalisierungsschritten profitieren dürften. Auch werden die bereits umgesetzten strukturellen Reformen ihre Wirkungen allmählich entfalten. Für das gesamte Jahr 2004 erwarten internationale Beobachter ein Wachstum von gut 6 %; der Verbraucherpreisanstieg dürfte sich leicht beschleunigen und nach 4 % im Jahre 2003 im nächsten Jahr, nicht zuletzt aufgrund eines anziehenden privaten Verbrauchs, gut 5 % erreichen.

Korea

Korea konnte im vergangenen Jahr trotz eines insgesamt schwachen weltwirtschaftlichen Umfeldes ein starkes Wirtschaftswachstum erzielen, das mit 6,3 % mehr als doppelt so hoch lag wie im Vorjahr (3,1 %). Maßgeblich dafür waren der in der ersten Jahreshälfte noch sehr starke inländische Konsum (Gesamtwachstum im Jahr 2002 6,8 %) sowie der Boom der Exporte (+ 8 %). Das

produzierende Gewerbe und die Dienstleistungen konnten kräftig zulegen, während die Bauwirtschaft, die 2001 noch wesentliche Wachstumsimpulse gegeben hatte, tendenziell an Bedeutung verlor.

Das starke Wachstum der Exporte wurde von elektronischen und elektrischen Produkten, Pkws, Schiffen, Maschinen und Präzisionsgeräten dominiert. Regional ist dabei vor allem der sprunghafte Anstieg des Handels mit China interessant (Exporte + 30,6 %, Importe + 30,8 %). Der chinesische Block, zu dem noch Taiwan und Hongkong gezählt werden, wurde damit erstmals in Koreas Nachkriegsgeschichte wichtigster Handelspartner. China ist inzwischen auch bevorzugter Investitionsstandort für Firmen aus Korea geworden; insbesondere Wirtschaftszweige mit hohen Lohnkosten sind dorthin abgewandert. Die Attraktivität Chinas als Investitionsstandort spürt auch Korea mehr und mehr. Im Jahr 2002 gingen die ausländischen Direktinvestitionen in Korea um 19,5 % zurück, was allerdings auch Folge einer gewissen Sättigung nach den Rekordinvestitionen in den Jahren 1999 bis 2001 sowie einer generellen Zurückhaltung von Investoren weltweit sein dürfte. Mit rund 5,2 Mrd. US-Dollar gehört Deutschland zu den großen Investoren im Lande und steht in der Rangfolge der europäischen Investoren auf Platz 2 nach den Niederlanden.

Die Arbeitslosenquote lag in diesem wie im vergangenen Jahr bei 3 % und dürfte auch im kommenden Jahr auf diesem Wert verharren. Die Inflationsrate wird im Jahresdurchschnitt 3,3 % erreichen und sich im kommenden Jahr leicht auf dann 3 % abschwächen. Dies ist vor allem einer nur zögerlich wieder an Fahrt gewinnenden Konjunktur geschuldet. Die Leistungsbilanz wird gemessen am Bruttoinlandsprodukt einen Überschuss von gut 3 ½ % aufweisen. Dieser wird sich 2004 allenfalls leicht abschwächen. Die Währungsreserven erreichten Ende des Jahres rund 121 Mrd. US-Dollar und sind damit weltweit die höchsten nach Japan, China und Taiwan.

Die Wirtschaftspolitik der koreanischen Regierung im Jahr 2002 erhielt sowohl von der OECD als auch vom IWF positive Noten, auch wenn viele einzelne strukturelle Probleme, beispielsweise im Finanzsektor, bei der Reform der Großunternehmen oder bei der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes noch zu lösen sind. Vor allem die weitere Öffnung des koreanischen Marktes für ausländische Investoren, überzeugende Reformbemühungen im Bankensektor, die beginnende Entflechtung der koreanischen Großunternehmen sowie die Privatisierung von Staatsunternehmen haben die außerordentlich schnelle Erholung der koreanischen Wirtschaft nach der asiatischen Wirtschaftskrise 1997/98 ermöglicht.

Die neue Regierung unter Präsident Roh Moo-hyun will vor allem die Entflechtung der Großunternehmen (Chaebols) vorantreiben. Allerdings hat die Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfeldes auch Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik Koreas. Bei den externen Faktoren wirkten sich vor allem die im Zuge der Irakkrise gestiegenen Ölpreise (Korea ist der viertgrößte Ölimporteur der Welt) sowie die von Nordkorea ausgehende Nuklearbedrohung und der Ausbruch der SARS-Epidemie im asiatischen Raum aus.

Intern wurde die Entwicklung von einem Rechnungslegungsskandal bei einer Tochterfirma des drittgrößten Unternehmens des Landes, drohenden Insolvenzen bei Kreditkartenunternehmen aufgrund des Anstiegs „fauler Konsumentenkredite“ (eine Spätfolge des von staatlicher Seite geförderten Konsumbooms) sowie dem politischen Misstrauen der Arbeitgeber wegen einer befürchteten arbeitnehmerfreundlichen Politik mit entsprechender Investitionszurückhaltung belastet.

Korea ist im ersten Halbjahr erstmals seit der Asienkrise 1998 in eine Rezession gerutscht. Für den späteren Jahresverlauf rechnet die Zentralbank des Landes allerdings mit einer spürbaren wirtschaftlichen Erholung im Zuge der erwarteten Belebung der Weltkonjunktur. Nach offiziellen

Angaben sank das saisonbereinigte BIP im zweiten Quartal um 0,7 % nach einem Rückgang von 0,4 % im ersten Quartal. Maßgeblich für den Rückgang waren der schwächere private Konsum, heftige Arbeitskämpfe und die Unsicherheiten im Zuge der Spannungen mit Nordkorea aufgrund des dortigen Atomwaffenprogramms.

Vor diesem Hintergrund hat die Regierung ein milliardenschweres Konjunkturprogramm ausgearbeitet, das vor allem die Binnennachfrage stimulieren soll. Es sieht zusätzliche Investitionen in Höhe von umgerechnet rund 3,3 Mrd. € und eine Reduktion der Verbrauchsteuern auf Luxusartikel und Autos vor.

Gestützt auf eine Erholung der Exporte vor allem im Automobil- und im Schiffbausektor dürfte die Konjunktur deshalb allmählich wieder anziehen und zu einem BIP-Wachstum von rund 1,8 % im Jahresdurchschnitt führen. Offen bleibt dabei, ob die koreanische Wirtschaft ihre Schwächephase damit endgültig überwunden haben wird. Tatsächlich sprechen vor allem langfristige Investitionsentscheidungen koreanischer Unternehmen dafür, dass die Wirtschaft an Dynamik gewinnen wird. Dies und die wieder anziehende Weltkonjunktur dürften die notwendigen Impulse für ein Wiederanziehen der Konjunktur noch in diesem und im kommenden Jahr geben.

Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún vom 10. bis 14. September 2003 und ihre Folgen aus finanzpolitischer Sicht

1	Einleitung	109
2	Vorgeschichte: Stand der Verhandlungen bis zum Beginn der 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	109
2.1	Landwirtschaft	109
2.2	Marktzugang für Nicht-Agrarprodukte	110
2.3	Singapur-Themen	110
3	5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún – Verlauf und ergebnislose Beendigung der Konferenz	111
4	Ausblick – Die Welthandelsrunde nach Cancún	113

1 Einleitung

Anliegen der Welthandelsorganisation (World Trade Organisation – WTO) ist es, die Welthandelsordnung zu stärken, die Öffnung der Märkte voranzutreiben und die Entwicklungsländer weiter in die Weltwirtschaft zu integrieren, u. a. durch eine Änderung der Handelsregeln im Sinne der Dritten Welt. Im Rahmen der 4. WTO-Ministerkonferenz in Doha im November 2001 haben sich die WTO-Mitglieder auf eine neue Runde von Verhandlungen geeinigt. Als Zeitpunkt für den Abschluss der Verhandlungen ist der 1. Januar 2005 vorgesehen.

Die Arbeit der WTO hat häufig direkte Folgen (Finanzierung von Maßnahmen), aber auch indirekte Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen (z. B. über eine Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Öffnung von Märkten). Dies wird auch an der in der Ministererklärung von Doha enthaltenen sog. Doha Development Agenda deutlich. Sie ist in zeitlicher und in

thematischer Hinsicht überaus ambitioniert, trägt vor allem dem Bedürfnis der Entwicklungsländer nach einer stärkeren Berücksichtigung ihrer Handelsinteressen Rechnung und berührt zahlreiche – auch aus finanzpolitischer Sicht interessante – Fragestellungen. Die Agenda umfasst sowohl Themen, die bereits im Mittelpunkt der 1. WTO-Ministerkonferenz 1996 in Singapur standen (sog. Singapur-Themen, d. h. Investitionen, Wettbewerb, Transparenz im öffentlichen Auftragswesen und Handelserleichterungen (Trade Facilitation)), als auch Themen wie den Schutz geistigen Eigentums, die WTO-Regeln Antidumping, Subventionen und Regionale Integrationsabkommen, die Beziehungen zwischen Handel und Umwelt, Electronic Commerce, Schulden und Finanzen sowie die spezielle und differenzierte Behandlung von Entwicklungsländern. Grundsätzlich gilt für die Verhandlungen der single undertaking approach, d. h. sämtliche Verhandlungsergebnisse werden als Teile einer „Paketlösung“ behandelt. Sie können von den Mitgliedern nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden.

2 Vorgeschichte: Stand der Verhandlungen bis zum Beginn der 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún

Schon im Vorfeld der 5. WTO-Ministerkonferenz von Cancún wurden wichtige Vorarbeiten für einen konstruktiven und erfolgreichen Verlauf der Ministerkonferenz geleistet, vor allem auch in vier Bereichen, die aus finanzpolitischer Sicht von besonderem Interesse sind und nach allgemeiner Auffassung zu den wichtigsten Themen der Doha-Runde zählen: Landwirtschaft, Marktzugang für Nicht-Agrarprodukte und die beiden Singapur-Themen Handel und Investitionen sowie Handelserleichterungen.

2.1 Landwirtschaft

Die WTO-Agrarverhandlungen betrafen insbesondere die drei Verhandlungssäulen Marktzugang, Exportsubventionen und interne Stützung.

Alle drei Bereiche waren bereits vor der 5. Ministerkonferenz sehr umstritten.



Nachdem die EU im Juni 2003 weitreichende Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik beschlossen hatte, legten die EU und die USA am 13. August 2003 ein gemeinsames Papier vor, das vor allem auf einer Annäherung in den Bereichen Marktzugang (differenzierte Zollsenkung unter Berücksichtigung sensibler Produkte) und Exportwettbewerb (Gleichbehandlung aller Formen von Exportsubventionen) beruhte und eine neue Dynamik in den Verhandlungsprozess brachte. In dem gemeinsamen Papier nahmen die beiden größten Handelsblöcke ihre Erwartungen an Cancún zurück und verzichteten darauf, schon zum jetzigen Zeitpunkt eine Einigung über konkrete Modalitäten der Agrarverhandlungen herbeizuführen. Stattdessen beschränkte man sich auf Rahmenvereinbarungen, die anschließend durch Zahlen konkretisiert werden sollten. Das gemeinsame Papier stieß jedoch unter den WTO-Mitgliedern nicht nur auf Zustimmung. Eine Gruppe von 13 Agrarexportländern, in der sich erstmals Schwellenländer direkt mit Entwicklungsländern zusammengeschlossen hatten, legte ein „Gegenpapier“ vor, in dem weitreichendere Zugeständnisse gefordert wurden.

2.2 Marktzugang für Nicht-Agrarprodukte

Im Vordergrund eines im Mai 2003 von dem Vorsitzenden der Verhandlungsgruppe Marktzugang, Girard, vorgelegten WTO-Modalitätenpapiers stand die Zollsenkung durch eine

allgemeine Formel. Die sog. Girard-Formel begünstigte Länder mit hohen Durchschnittszollsätzen (vor allem Entwicklungsländer, insbesondere Indien) und benachteiligte Industrieländer, aber auch viele Entwicklungsländer mit niedrigen Durchschnittszollsätzen. Im Falle der EU, der USA und Japan mit ihren ohnehin schon niedrigen Durchschnittszöllen von 2 % bis 4 % führte die Formel zu hohen Zollabbauverpflichtungen.

Kritisiert wurde von den Industrieländern sowie von vielen bereits in den Welthandel integrierten Entwicklungsländern vor allem der Effekt der Formel, dass die bestehenden, sehr unterschiedlichen Zollstrukturen eher noch verschärft statt harmonisiert würden. Darüber hinaus trug die Formel aus Sicht der EU und der USA, aber auch anderer Industrieländer wenig zum Zollabbau der wettbewerbsfähigen Schwellenländer zur Intensivierung des wichtigen Süd-Süd-Handels bei. Die EU, USA und Kanada hatten deshalb in einem gemeinsamen Alternativvorschlag vom August 2003 ihr starkes Interesse an einem ehrgeizigen und substanziellen Zollabbau deutlich gemacht und sich für eine einfache, die Zollsätze harmonisierende Formel (sog. Schweizer-Formel) ausgesprochen.

Zusätzlich und gleichgewichtig zum Formelan-satz hatte der Vorsitzende Girard die vollständige Zollbeseitigung durch alle WTO-Mitglieder in einzelnen Sektoren mit Exportinteressen der Entwicklungsländer vorgeschlagen (Schuhe, Leder, Kfz-Teile und -Komponenten, Edelsteine, Textilien und Bekleidung) – mit unterschiedlich langen Implementierungsphasen für Entwicklungs- und Industrieländer.

2.3 Singapur-Themen

Seit der 1. WTO-Ministerkonferenz in Singapur befinden sich die Singapur-Themen in einer Vorverhandlungsstufe, die unmittelbar nach der 5. WTO-Ministerkonferenz in Verhandlungen übergehen sollte, sofern dort ein ausdrücklicher Konsens über die Modalitäten für diese Verhandlungen

erzielt würde. Der Entwurf der Ministererklärung für Cancún sah daher für alle vier Singapur-Themen eine klare Alternative vor: Verhandlungen – „Ja oder Nein“.

Handel und Investitionen

Im Vordergrund der Verhandlungen über Handel und Investitionen standen die Vor- und Nachteile eines multilateralen Investitionsabkommens unter dem Dach der WTO. Bereits in den Jahren 1994 bis 1998 wurde von der OECD mit den Verhandlungen über ein Multilaterales Übereinkommen über Investitionen (Multilateral Agreement on Investment – MAI) der Versuch unternommen, das komplexe Gewirr von mehr als 1 000 bilateralen Verträgen durch eine einheitliche multilaterale Regelung zu ersetzen. Für Verhandlungen über ein multilaterales Investitionsabkommen im Rahmen der WTO, die im Vergleich zur OECD ein sehr viel größeres Potenzial für einen Interessenausgleich bietet, hatten sich im Vorfeld von Cancún die EU und einige andere Länder wie Kanada, Korea, USA, Japan, Australien und Polen ausgesprochen. Auf Ablehnung oder Zurückhaltung stieß dieses Thema bei Indien, Kuba, Thailand, China, Argentinien und Malaysia, weil diese Länder eine Einschränkung ihrer entwicklungspolitischen Handlungsspielräume befürchteten.

Handelserleichterungen (Trade Facilitation)

Verhandlungen über Trade Facilitation wurden vor Cancún nicht nur von den Industrieländern, sondern auch von zahlreichen Entwicklungsländern befürwortet. Die sog. Colorado-Gruppe (Australien, Chile, China, Costa Rica, EU, Israel, Kanada, Kolumbien, Korea, Marokko, Neuseeland, Paraguay, Schweiz, Senegal, Singapur, Sri Lanka, Taiwan, Ungarn und USA) hatte anerkannt, dass Trade Facilitation aufgrund des Abbaus bürokratischer Handelshemmnisse, vor allem bei der Zollabfertigung, zu einer erheblichen Kostenreduzierung führen wird. Die EU, unterstützt von den USA, Kanada, Japan, Australien

und Neuseeland, strebte für den Bereich Trade Facilitation ein multilaterales Übereinkommen zur Regelung von Minimalstandards und damit ein verpflichtendes WTO-Instrument an. Demgegenüber befürworteten einige Entwicklungsländer, vor allem Brasilien und Indien, nur Vereinbarungen auf freiwilliger Basis.

3 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún – Verlauf und ergebnislose Beendigung der Konferenz

Die 5. WTO-Ministerkonferenz, die vom 10. bis 14. September 2003 im mexikanischen Cancún stattfand, markierte die Halbzeit bei der Umsetzung der Doha-Entwicklungsagenda. Sie bedeutete insoweit eine wichtige Zwischenetappe auf dem Weg zu einer umfassenden Handelsliberalisierung. Die Konferenz sollte Leitlinien für die zweite Hälfte der Doha-Runde festlegen. Den vagen Versprechungen der 4. Ministerkonferenz von Doha sollten nunmehr konkrete Vereinbarungen folgen.

Trotz der fruchtbaren und konstruktiven transatlantischen Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA in den Bereichen Landwirtschaft und Industriegüter im Vorfeld von Cancún sowie dem unmittelbar vor Cancún gefundenen Kompromiss zum Zugang der Entwicklungsländer zu patentgeschützten Medikamenten zur Bekämpfung von gravierenden Massenerkrankungen (wie AIDS, Malaria und Tuberkulose) konnte die 5. WTO-Ministerkonferenz nicht zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden. Das Treffen der 148 Staaten wurde nach fünf Tagen zäher Verhandlungen am 14. September 2003 vom Vorsitzenden der Konferenz, dem mexikanischen Außenminister Derbez, ergebnislos abgebrochen. Schwer zu beantworten ist die Frage nach dem ausschlaggebenden Grund, der den Konferenzvorsitzenden zu dieser – unter den Konferenzteilnehmern umstrittenen – Entscheidung veranlasst hat. Auf jeden Fall wurden die wichtigsten Akteure vor dieser Entscheidung nicht konsultiert. Es bleibt zumindest die Vermutung, dass es durchaus noch

hätte gelingen können, in der Verlängerung einen für alle akzeptablen Kompromiss zu finden. So erscheint der Abbruch der Konferenz als eine verpasste Chance.

Das ergebnislose Ende der Ministerkonferenz kam für viele WTO-Mitglieder überraschend. Die Suche nach den dafür maßgeblichen Ursachen hat unmittelbar nach Cancún eingesetzt.

- Relativ lautlos verliefen in Cancún die Zollverhandlungen für Industriegüter. Die konkrete Ausgestaltung der allgemeinen Zollsenkungsformel wurde von Anfang an ausgeklammert; stattdessen standen die Ausnahmeregelungen für Entwicklungsländer im Mittelpunkt. Diese Reihenfolge war freilich wenig überzeugend. Denn erst die Zollsenkungsformel kann zu der Frage führen, welche Flexibilitäten für Entwicklungsländer angemessen sind. Positiv zu bewerten war immerhin, dass sich eine allgemeine Formel und die Option auf zusätzliche Sektorverhandlungen trotz aller Kritik als Konsensmodell herauszukristallisieren schienen.
- Im Agrarhandel kam es in Cancún zu dem erwarteten Gegensatz zwischen der EU und einer in Cancún neu formierten Gruppe von mehr als 20 Entwicklungs- und Schwellenländern, die von Indien, Brasilien, Südafrika und China angeführt wurde (sog. Gruppe der G 20-plus). Unterstützt von Nichtregierungsorganisationen aus Industriestaaten verlangte sie eine komplette Abschaffung von Exportsubventionen und wollte bei den Agrarzöllen kaum eigene Zugeständnisse machen. Diese Forderungen ließen sich mit der Verhandlungsposition der EU nicht vereinbaren.
- Die Ambitionen der Konferenzteilnehmer waren bezüglich Landwirtschaft und Industriegüter eher bescheiden. So ging es bei beiden Themen lediglich um ein „Framework for Modalities“, nicht um die konkrete Festlegung von Zahlen. Selbst dieses Minimalziel wurde jedoch nicht erreicht.
- Auch bei den vier Singapur-Themen traten die unterschiedlichen Positionen der WTO-Mitglieder deutlich zutage. Die EU, die vor und zu

Beginn der Konferenz die Aufnahme von Verhandlungen zu allen vier Themen forderte, verzichtete schließlich gegen Ende der Konferenz auf die beiden umstrittensten Singapur-Themen Investitionen und Wettbewerb. Trotz dieses Entgegenkommens der EU lehnte eine Reihe von Entwicklungsländern jegliche Verhandlungen zu den Singapur-Themen ab. Angesichts dieser offenkundigen Meinungsunterschiede konnte der unabdingbare Konsens über die Eröffnung von Verhandlungen nicht erzielt werden.

Zum Scheitern der Konferenz trug möglicherweise auch die fehlende Einigung über ein Spezialthema, die afrikanische Baumwollinitiative, bei, das kurz vor Beginn der Ministerkonferenz in den Diskussionsprozess eingebracht wurde. Vier zentral- und westafrikanische Länder (Burkina Faso, Mali, Benin und Tschad) hatten einen Vorschlag unterbreitet, wie über einen Abbau marktverzerrender Subventionen für die Baumwollindustrie, vor allem in den USA, die Armut in ihren Ländern verringert werden könnte. Eine angemessene Antwort auf diese afrikanische Baumwollinitiative blieb in Cancún allerdings aus, was bei den betroffenen Ländern offenbar zu Enttäuschungen führte und dort die Bereitschaft zur Fortführung der Konferenz minderte.

Bei der Suche nach den Motiven der Entwicklungsländer für ihre ablehnende Haltung darf nicht übersehen werden, dass mehrere wichtige, heute in der Gruppe G 20-plus organisierte Länder in den letzten Jahren von schweren Finanzkrisen betroffen waren. Dies gilt vor allem für Brasilien und Argentinien, aber auch für Südafrika, das im zweiten Halbjahr 2001 vom massiven Verfall seiner Währung betroffen war. Die Verärgerung des Südens über die aus seiner Sicht vom Norden praktizierte Ignoranz gegenüber den wirtschaftlichen Nöten des Südens hat in Cancún nun anscheinend ein Ventil gefunden. Die Entwicklungsländer haben einen Gesamtkompromiss dort nicht allein wegen strittiger Details abgelehnt. Die Kritik geht viel weiter: Die Globalisierung der Wirtschaft steht zur Debatte.

4 Ausblick – Die Welthandelsrunde nach Cancún

Das Scheitern der Ministerkonferenz stellt zwar einen Rückschlag für die Doha-Runde dar. Es bedeutet aber nicht das Ende der Welthandelsrunde. Ob der Zeitplan der Doha-Runde (vorgesehen ist der Abschluss der Verhandlungen bis zum 1. Januar 2005) noch eingehalten werden kann, ist gegenwärtig fraglich. Besondere Kraftanstrengungen sind dafür sicherlich erforderlich, und zwar sowohl von den Industrieländern als auch von den Entwicklungsländern. Das für politische Vereinbarungen verfügbare Zeitfenster wird dabei durch die Ablösung der EU-Kommission im Herbst 2004 und den heranrückenden Präsidentschaftswahlkampf in den USA beeinflusst. Darüber hinaus ist der Handlungsspielraum der USA durch die WTO-kritische Haltung des amerikanischen Kongresses begrenzt.



Die Verbesserung des Marktzugangs für Agrar- und Industrieprodukte hat für Deutschland auch in Zukunft nach wie vor hohe Priorität. Die gescheiterte Ministerkonferenz hat deutlich gemacht, dass die Zeit für ein multilaterales Investitions- und Wettbewerbsabkommen anscheinend noch nicht reif ist. In Cancún gab es über diese gerade auch für Entwicklungsländer wichtigen Themen erhebliche Kontroversen. Selbst bei der Aufnahme von Verhandlungen erscheint es fraglich, ob über die konkrete Ausgestaltung eines anspruchsvollen multilateralen Investitionsabkommens Einigung erzielbar wäre. Trade Facilitation ist das einzige der vier Singapur-Themen, das bei der WTO konsensfähig zu sein scheint.

Mit dem Scheitern der Ministerkonferenz von Cancún wurde eine Chance für den freien Welt-handel vertan. Ebenso wurde die Chance verpasst, das seit Doha stark verlangsamte weltwirtschaftliche Wachstum wieder in Schwung zu bringen und die Entwicklungsländer wirkungsvoller zu unterstützen, vor allem durch eine stärkere Einbindung in die globalen Handels- und Investitionsbeziehungen. Dabei hat die schrittweise Integration in den Weltmarkt für die Entwicklungsländer nicht nur zum Ziel, höhere Deviseneinnahmen zu erwirtschaften. Vielmehr wird über die Integration Wissen gesammelt und Technologie importiert, so dass die Entwicklungsländer das Produktivitätsniveau heben und mittelfristig ein höheres Wohlstandsniveau erreichen können. Allerdings bedeutet gerade für strukturschwache Länder die Öffnung zur globalen Wirtschaft auch eine höhere Verletzbarkeit gegenüber schwankenden Weltmarktpreisen und ist oft mit kurzfristigen Anpassungskosten verbunden. Langfristig überwiegt aber der wirtschaftliche und soziale Nutzen aus einer graduellen Liberalisierung. Diese ist daher unverzichtbarer Bestandteil einer modernen Entwicklungsstrategie. Die Strategie der Weltmarktintegration setzt voraus, dass die Märkte der Industrieländer für Exporte aus den Entwicklungsländern offen sind. Die EU hat im Frühjahr 2001 im Rahmen der „Everything but Arms“-Initiative die Märkte für die LDCs (Least Developed Countries) praktisch vollständig geöffnet. Fast völlig freier Marktzugang besteht auch gegenüber den AKP-Staaten. Im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems werden auch den übrigen Entwicklungsländern günstigere Marktzugangsbedingungen gewährt. Dennoch bleiben Marktzugangsbeschränkungen weiter bestehen. Die Ministerkonferenz in Cancún sollte hier für Abhilfe sorgen.

Zunächst hat das Scheitern von Cancún keine Auswirkungen auf das bestehende WTO-System. Die Institutionen bestehen fort, die Regeln gelten weiter und das Streitschlichtungssystem wird weiter über die Einhaltung der Regeln wachen. Dennoch ist längerfristig nicht auszuschließen – und

in diese Richtung weisen u. a. Äußerungen der USA unmittelbar nach dem Ende der Konferenz –, dass das Scheitern von Cancún dem Abschluss weiterer bilateraler und regionaler Handelsabkommen und der Schwächung des multilateralen, regelgestützten Handelssystems Vorschub leisten wird. Die WTO würde damit an Bedeutung verlieren und wäre nicht mehr die zentrale Institution zur Regulierung des internationalen Handels. An ihre Stelle würde zunehmend ein komplexes und intransparentes Netzwerk von bilateralen und regionalen Freihandelszonen treten. Streitschlichtung fände in erster Linie auf bilateraler Ebene statt und wäre nicht mehr an internationale Regeln gebunden.

Dieses denkbare Szenario stellt sich aus Sicht der Entwicklungsländer und aus handelspolitischer Perspektive als problematisch dar. Unter dem rhetorischen Deckmantel der Handelsliberalisierung werden Hierarchien zementiert. Bilaterale Freihandelszonen sind eigentlich korrekterweise als Präferenzhandelsabkommen zu bezeichnen. Nicht-Teilnehmer werden geschädigt. Der Handel wird durch die in Freihandelszonen unvermeidlichen Ursprungszertifikate unnötig erschwert. Die ärmsten Länder mit wenig leistungsfähigen Verwaltungen leiden darunter besonders. Und es gilt das Recht des Stärkeren: Die WTO ist für die Streitschlichtung in Freihandelszonen nicht zuständig.

Sowohl die Industrieländer als auch die Entwicklungsländer müssen deshalb ein vitales Interesse an der Beibehaltung und Stärkung des multilateralen Systems haben. Nur multilaterale Regeln und multilaterale Verhandlungsmechanismen gewährleisten den Schutz der kleineren Handelspartner. Bilaterale Abkommen können die WTO allenfalls ergänzen, aber sicher nicht ersetzen. Sie wären für viele Entwicklungsländer die schlechtere Alternative. Das Rechtssystem der WTO muss daher weiterhin uneingeschränkt das Rückgrat des Welthandels bleiben.

Cancún hat den bereits in den letzten Jahren deutlich gewordenen Eindruck bestätigt, dass die

Entwicklungsländer zunehmend in der Lage sind, kraftvoll, selbstbewusst und gut koordiniert aufzutreten und zu verhandeln. Diese Entwicklung entkräftet den in der Vergangenheit teilweise erhobenen Vorwurf, in der WTO bestimmten allein die großen Länder des Nordens Agenda, Verfahren und Verhandlungsergebnis. Für die Welthandelsordnung besteht aber auch die Gefahr, dass die Entwicklungsländer ihre in Cancún im Rahmen der Gruppe G 20-plus begonnene enge Zusammenarbeit weiter verfestigen und einen eigenen Handelsblock bilden. China, Südafrika und Brasilien wären darin die entscheidenden Akteure. Die Weltwirtschaft könnte auf diesem Weg in drei große Blöcke (EU, die von den USA dominierte NAFTA und der Südblock der Entwicklungs- und Schwellenländer) zerfallen, zwischen denen die Konfrontationen erheblich sein könnten. Länder wie Japan oder Australien wären gezwungen, sich einem Block anzuschließen. Der Protektionismus nähme zu, das Projekt einer im gemeinsamen Interesse aller Beteiligten auszugestaltenden Globalisierung wäre gefährdet.



Auch die Gefahr eines weltweit wieder zunehmenden Subventionswettkampfs wäre evident. Angesichts der ohnehin schwierigen Lage der öffentlichen Finanzen in vielen Ländern wäre dies nicht nur unter wachstumspolitischen, sondern auch unter finanzpolitischen Gesichtspunkten eine dramatische Entwicklung. Fraglich ist sicherlich auch, wie sich eine solche Entwicklung auf die Bereitschaft zur Leistung von Entwicklungshilfe auswirken würde. Wichtiger aber ist, dass die beste und wirkungsvollste Hilfe, nämlich die weitere Öffnung der Märkte der Industrieländer

für Produkte aus den Entwicklungs- und Schwellenländern, durch einen Rückfall in Protektionismus zum Erliegen käme. Weitere Öffnung der Märkte bedeutet wiederum nicht zuletzt, dass die Industrieländer Subventionen abbauen müssen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Produzenten aus der Dritten Welt behindern. Berechnungen belegen, dass z.B. Südafrika allein durch die Zuckermarktordnung der EU mehr an Wohlstand verliert, als an Entwicklungshilfe durch die europäischen Staaten geleistet wird. Das ist weder entwicklungs- noch finanzpolitisch zu verantworten.

In den letzten Jahren hat sich in der Öffentlichkeit weltweit eine starke kritische Strömung gegen die Internationalen Finanzinstitutionen organisiert. Während die Weltbank und der Internationale Währungsfonds schon seit Jahrzehnten insbesondere von Nichtregierungsorganisationen kritisiert werden, ist dies für die WTO neu. Entgegen der in der Öffentlichkeit mitunter geübten Kritik ist jedoch die Welthandelsorganisation nach wie vor das Instrument, mit dem sich ein Interessenausgleich zwischen Entwicklungs- und Industrieländern schaffen lässt. Es gibt keine internationale Organisation von Bedeutung, die den Entwicklungsländern so viel Machtpotenzial verleiht. Bei der WTO hat jedes Mitglied eine Stimme, die Entwicklungsländer verfügen hier über die Mehrheit.

Eine schnelle Rückkehr an den Verhandlungstisch und damit die baldige Wiederaufnahme der Gespräche ist im Interesse aller WTO-Mitglieder. Eine rasche weiter gehende Liberalisierung des internationalen Handels in allen Bereichen wird die Wachstums- und Beschäftigungsaussichten weltweit spürbar verbessern. Für die Entwicklungsländer bietet sich damit die Chance, zu einer sich selbst tragenden Entwicklung zu gelangen. Entwicklungshilfe kann dies allein nicht leisten.

Deutschland hat weiterhin größtes Interesse an einem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen. Es tritt im Rahmen der EU für ein informelles Handelsministertreffen ein, um das weitere Vorgehen der EU zu klären. Deutschland wird bei den Partnern in der EU und der WTO für eine baldige Wiederaufnahme der Verhandlungen werben. In diesem Sinne äußerten sich auch die Finanzminister und Notenbankchefs sowohl bei ihrem G7-Treffen in Dubai Ende September 2003 als auch bei ihrem G20-Treffen in Morelia, Mexiko, Ende Oktober 2003. Dabei hoben sie ausdrücklich die zentrale Bedeutung der Doha-Runde für Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung hervor. Möglicherweise stellt sich die nach Cancún vielfach geäußerte Hoffnung als berechtigt heraus, dass das Scheitern der 5. WTO-Ministerkonferenz zu einem „heilsamen Schock“ bei den WTO-Mitgliedern führen wird.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	120
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	140
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	144

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1	Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen	120
2	Gewährleistungen	121
3	Bundeshaushalt 1999 bis 2004	121
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1999 bis 2004	122
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Soll 2004	124
6	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1998 bis 2004	128
7	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2004	130
8	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	132
9	Entwicklung der öffentlichen Schulden	133
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	134
11	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	135
12	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	136
13	Steuerquote im internationalen Vergleich	137
14	Abgabenquote im internationalen Vergleich	138
15	Entwicklung der EU-Haushalte von 1999 bis 2004	139

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1	Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2003 im Vergleich zum Jahressoll 2003	140
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2003	140
3	Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder Ende des Monats September 2003	141
4	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats September 2003	142

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	144
2	Preisentwicklung	144
3	Außenwirtschaft	145
4	Einkommensverteilung	145
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	146
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	147
7	Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	148
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	149
9	Entwicklung von DAX und Dow Jones	150
10	Übersicht Weltfinanzmärkte	151

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen¹

I. Schuldenart

	Stand: 30. September 2003 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 31. Oktober 2003 [*] Mio. €
Anleihen	443 284	8 000	2 556	448 727
Bundesobligationen	138 315	7 000	0	145 315
Bundesschatzbriefe	13 753	165	1 159	12 759
Bundesschatzanweisungen	86 306	5 000	0	91 306
Unverzinsliche Schatzanweisungen	32 296	5 936	4 839	33 392
Finanzierungsschätze	1 229	68	84	1 213
Schuldscheindarlehen	38 308	296	509	38 094
Medium Term Notes Treuhand	368	0	26	343
Gesamte umlaufende Schuld	753 858			771 149

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 30. September 2003 Mio. €	Stand: 31. Oktober 2003 [*] Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	138 522	136 677
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	248 083	256 268
langfristig (mehr als 4 Jahre)	367 252	378 205
Gesamte umlaufende Schuld	753 858	771 149

* Vorläufig.

¹ Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastenteilungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2003 in Mrd. €	Ausnutzung am 30. September 2003 in Mrd. €	Ausnutzung am 30. September 2002 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	102,7	101,5
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	31,6
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschafts- bereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	41,9	28,4	26,7
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	98,0	61,6	63,3

3 Bundeshaushalt 1999 bis 2004

Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	1999 Ist	2000 Ist	2001 Ist Mrd. €	2002 Ist	2003 Soll ¹	2004 Soll ²
1. Ausgaben	246,9	244,4	243,2	249,3	260,2	257,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	4,4	- 1,1
2. Einnahmen	220,6	220,5	220,2	216,6	216,4	227,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	- 0,1	4,2
darunter:						
Steuereinnahmen	192,4	198,8	193,8	192,0	190,8	197,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,7	3,6
3. Finanzierungsdefizit	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 43,8	- 29,6
Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits						
4. Bruttokreditaufnahme (-)	144,1	149,7	130,0	175,3	230,4	215,4
5. Tilgungen (+)	118,0	125,9	107,2	143,4	187,0	186,1
6. Nettokreditaufnahme	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,8	- 43,4	- 29,3
7. Münzeinnahmen	- 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,9	- 0,4	- 0,3
8. Finanzierungsdefizit in % der Ausgaben	- 26,2 10,6	- 23,9 9,8	- 22,9 9,4	- 32,7 13,1	- 43,8 16,8	- 29,6 11,5
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	28,6	28,1	27,3	24,7	26,7	24,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	10,8	- 7,6
darunter:						
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,6	3,6	3,6	3,5	3,5	3,5

¹ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2003, Stand Kabinettsbeschluss vom 29.10.2003.

² Stand nach der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags.
Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1999 bis 2004

Ausgabeart	1999 Ist	2000 Ist	2001 Ist Mio. €	2002 Ist	2003 Soll ²	2004 Soll ³
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 963	26 517	26 807	26 986	27 078	27 325
Aktivitätsbezüge	20 705	20 275	20 440	20 498	20 515	20 615
Ziviler Bereich	8 387	8 196	8 414	8 469	8 445	8 799
Militärischer Bereich	12 318	12 079	12 026	12 028	12 070	11 816
Versorgung	6 258	6 242	6 367	6 488	6 563	6 711
Ziviler Bereich	2 555	2 572	2 598	2 605	2 515	2 564
Militärischer Bereich	3 703	3 670	3 770	3 883	4 048	4 147
Laufender Sachaufwand	20 432	20 822	18 503	17 058	17 323	17 536
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 655	1 641	1 619	1 643	1 518	1 547
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 750	7 335	7 985	8 155	8 059	8 025
Sonstiger laufender Sachaufwand	11 028	11 846	8 899	7 260	7 747	7 964
Zinsausgaben	41 087	39 149	37 627	37 063	37 885	37 655
an andere Bereiche	41 087	39 149	37 627	37 063	37 885	37 655
Sonstige	41 087	39 149	37 627	37 063	37 885	37 655
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	41 042	39 104	37 582	37 019	37 840	37 610
an Ausland	3	3	3	3	4	4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	129 156	126 846	132 359	143 514	151 611	152 786
an Verwaltungen	16 311	16 106	13 257	14 936	15 521	13 807
Länder	5 568	5 650	5 580	6 062	6 324	5 620
Gemeinden	242	194	241	236	181	199
Sondervermögen	10 499	10 259	7 435	8 635	9 014	7 987
Zweckverbände	2	2	2	2	2	1
an andere Bereiche	112 845	110 740	119 102	128 578	136 090	138 979
Unternehmen	13 484	13 271	16 674	16 253	16 180	18 707
Renten, Unterstützungen u. Ä. an natürliche Personen	24 305	21 455	20 668	22 319	24 021	24 065
an Sozialversicherung	71 651	72 590	78 143	86 276	92 077	92 507
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	749	746	672	814	777	773
an Ausland	2 652	2 674	2 940	2 911	3 026	2 921
an Sonstige	5	4	5	5	10	5
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	217 639	213 333	215 296	224 622	233 898	235 303
Ausgaben der Kapitalrechnung¹						
Sachinvestitionen	7 110	6 732	6 905	6 746	6 840	7 129
Baumaßnahmen	5 976	5 580	5 551	5 358	5 301	5 517
Erwerb von beweglichen Sachen	819	779	882	960	981	1 036
Grunderwerb	314	373	473	427	557	576
Vermögensübertragungen	17 831	19 506	17 085	14 550	16 117	13 636
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	17 225	16 579	16 509	13 959	15 717	13 259
an Verwaltungen	10 275	10 011	9 496	6 336	8 151	6 235
Länder	10 166	9 925	9 431	6 268	5 528	6 156
Gemeinden und Gemeindeverbände	109	86	65	68	80	78
Sondervermögen	–	–	–	–	2 543	–
an andere Bereiche	6 950	6 568	7 013	7 623	7 566	7 024
Sonstige – Inland	5 074	4 729	5 370	5 819	5 650	5 040
Ausland	1 876	1 839	1 643	1 803	1 917	1 984
Sonstige Vermögensübertragungen	606	2 926	577	592	400	377
an Verwaltungen	–6	–	–	–	–	–
Länder	–6	–	–	–	–	–
an andere Bereiche	611	2 926	577	592	400	377
Unternehmen – Inland	222	101	167	44	–	–
Sonstige – Inland	186	2 542	183	351	169	167
Ausland	203	284	227	196	231	210

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 1999 bis 2004

Ausgabeart	1999 Ist	2000 Ist	2001 Ist Mio. €	2002 Ist	2003 Soll ²	2004 Soll ³
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4 290	4 835	3 859	3 369	4 104	4 251
Darlehensgewährung	3 661	4 205	3 185	2 729	3 554	3 685
an Verwaltungen	487	197	166	154	101	63
Länder	485	195	166	154	101	63
Gemeinden	1	1	0	–	0	–
an andere Bereiche	3 174	4 008	3 019	2 574	3 452	3 622
Sonstige Inland (auch Gewährleistungen)	1 981	2 998	1 841	1 543	2 452	2 640
Ausland	1 194	1 010	1 178	1 031	1 000	983
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	629	630	674	640	551	565
Inland	1	19	24	53	8	3
Ausland	628	611	651	587	542	562
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung¹	29 231	31 072	27 850	24 664	27 061	25 016
Globale Mehr-/Minderausgaben	–	–	–	–	– 760	– 3 019
Ausgaben zusammen	246 869	244 405	243 145	249 286	260 199	257 300
¹ Darunter: Investive Ausgaben	28 625	28 146	27 273	24 073	26 661	24 639

² Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2003, Stand Kabinettsbeschluss vom 29.10.2003.

³ Stand nach der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags.

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Soll 2004¹

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	48 433	44 281	24 739	13 595	–	5 947
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	8 289	7 996	3 975	1 426	–	2 595
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 696	2 753	466	129	–	2 159
03 Verteidigung	28 121	27 762	15 963	10 991	–	808
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 705	2 394	1 726	645	–	23
05 Rechtsschutz	315	301	223	68	–	10
06 Finanzverwaltung	3 308	3 075	2 386	336	–	352
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	11 887	8 285	448	644	–	7 193
13 Hochschulen	1 880	953	7	5	–	941
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 356	1 356	–	–	–	1 356
15 Sonstiges Bildungswesen	496	432	8	66	–	357
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 790	5 261	432	566	–	4 263
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 366	283	1	7	–	276
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolge- aufgaben, Wiedergutmachung	122 583	121 474	193	317	–	120 963
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosen- versicherung	88 689	88 689	36	0	–	88 653
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohl- fahrtspflege u. Ä.	5 625	5 396	–	–	–	5 396
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	4 332	4 110	–	231	–	3 879
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	22 551	22 413	43	17	–	22 353
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	107	107	–	–	–	107
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 278	758	115	69	–	574
3 Gesundheit und Sport	917	673	222	238	–	214
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	365	341	120	142	–	80
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus 31	365	341	120	142	–	80
32 Sport	118	88	–	5	–	82
33 Umwelt- und Naturschutz	210	143	65	39	–	39
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	223	102	36	52	–	13
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raum- ordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 025	1 039	2	4	–	1 033
41 Wohnungswesen	1 453	997	–	2	–	995
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	2	2	–	2	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	49	41	2	–	–	38
44 Städtebauförderung	521	–	–	–	–	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 099	580	25	126	–	429
52 Verbesserung der Agrarstruktur	766	289	–	2	–	287
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	134	134	–	55	–	79
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	134	134	–	55	–	79
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	198	157	25	69	–	63
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 373	3 434	48	398	–	2 988
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	371	347	–	239	–	108
621 Kernenergie	105	105	–	–	–	105
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	266	241	–	239	–	3
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2 426	2 398	–	6	–	2 392
64 Handel	103	103	–	67	–	36
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 162	277	–	0	–	276
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2 311	309	48	86	–	176

¹ Stand nach der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags.

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Soll 2004¹

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehen, Beteiligungs- werbung	Ausgaben der Kapital- rechnung	Darunter: Investive Ausgaben	Globale Minder- ausgaben
0 Allgemeine Dienste	1 159	1 449	1 545	4 153	4 109	–
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	292	1	0	293	293	–
02 Auswärtige Angelegenheiten	62	1 336	1 545	2 943	2 940	–
03 Verteidigung	248	111	–	359	318	–
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	311	–	0	311	311	–
05 Rechtsschutz	13	–	–	13	13	–
06 Finanzverwaltung	232	1	0	233	233	–
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	119	3 482	–	3 602	3 601	–
13 Hochschulen	1	925	–	927	927	–
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	64	–	64	64	–
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	117	1 411	–	1 529	1 528	–
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	1 082	–	1 083	1 083	–
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	14	1 093	3	1 109	779	–
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	229	–	229	229	–
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3	218	2	222	12	–
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	3	134	1	138	18	–
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	7	513	0	520	520	–
3 Gesundheit und Sport	162	82	–	244	242	–
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	15	9	–	24	24	–
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus 31	15	9	–	24	24	–
32 Sport	–	31	–	31	31	–
33 Umwelt- und Naturschutz	32	35	–	67	66	–
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	115	7	–	122	122	–
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	920	66	986	986	–
41 Wohnungswesen	–	391	66	457	457	–
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	8	–	8	8	–
44 Städtebauförderung	–	521	–	521	521	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	6	510	2	518	518	–
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	477	–	477	477	–
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	6	33	2	41	41	–
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	938	2 000	2 939	2 939	–
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	25	–	25	25	–
621 Kernenergie	–	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	25	25	–
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	28	–	28	28	–
64 Handel	–	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	885	–	885	885	–
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	2 000	2 001	2 001	–

¹ Stand nach der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags.

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Soll 2004¹

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 836	3 491	1 041	1 804	–	645
72 Straßen	7 213	921	–	793	–	128
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 342	716	459	206	–	51
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personen- nahverkehr	336	1	–	–	–	1
75 Luftfahrt	159	159	44	9	–	106
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 785	1 695	539	797	–	360
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonder- vermögen	15 437	11 316	27	170	–	11 119
81 Wirtschaftsunternehmen	9 534	5 481	27	34	–	5 419
832 Eisenbahnen	4 020	92	–	5	–	87
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	5 515	5 388	27	29	–	5 332
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 903	5 836	–	136	–	5 700
873 Sondervermögen	5 700	5 700	–	–	–	5 700
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	203	136	–	136	–	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	37 711	40 730	580	240	37 655	2 255
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	2 255	2 255	–	–	–	2 255
92 Schulden	37 693	37 693	–	38	37 655	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	– 2 237	782	580	202	–	0
Summe aller Hauptfunktionen	257 300	235 303	27 325	17 536	37 655	152 786

¹ Stand nach der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags.

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Soll 2004¹

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehen, Beteiligungs- werbung	Ausgaben der Kapital- rechnung	Darunter: Investive Ausgaben	Globale Minder- ausgaben
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 570	1 775	1	7 345	7 345	–
72 Straßen	4 875	1 417	1	6 293	6 293	–
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	627	–	0	627	627	–
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personen- nahverkehr	–	335	–	335	335	–
75 Luftfahrt	0	–	0	0	0	–
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	68	23	0	91	91	–
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonder- vermögen	99	3 388	634	4 120	4 120	–
81 Wirtschaftsunternehmen	40	3 379	634	4 054	4 054	–
832 Eisenbahnen	–	3 319	608	3 927	3 927	–
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	40	60	26	126	126	–
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	59	8	–	67	67	–
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	59	8	–	67	67	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	–	–	–	–	– 3 019
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	–	–	–	–	–
92 Schulden	–	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–	– 3 019
Summe aller Hauptfunktionen	7 129	13 636	4 251	25 016	24 639	– 3 019

¹ Stand nach der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags.

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1998 bis 2004

	1998	1999	2000	2001 ²	2002 ²	2003 ²	2004 ²
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	580,6	597,2	599,1	603,1	608,4	621 ^{1/2}	618
Einnahmen	551,8	570,3	565,1	555,9	551,3	555	554 ^{1/2}
Finanzierungssaldo	- 28,8	- 26,9	- 34,0	- 47,1	- 57,1	- 67	- 63 ^{1/2}
darunter:							
Bund							
Ausgaben	233,6	246,9	244,4	243,1	249,3	257	251
Einnahmen	204,7	220,6	220,5	220,2	216,6	222	220
Finanzierungssaldo	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 35	- 31
Länder							
Ausgaben	244,7	246,4	250,7	255,1	257,0	261 ^{1/2}	258 ^{1/2}
Einnahmen	230,5	238,1	240,4	229,4	227,7	235 ^{1/2}	234
Finanzierungssaldo	- 14,3	- 8,3	- 10,4	- 25,7	- 29,3	- 26	- 24 ^{1/2}
Gemeinden							
Ausgaben	142,5	143,7	146,1	147,9	149,2	151 ^{1/2}	151 ^{1/2}
Einnahmen	144,7	145,9	148,0	144,0	144,6	142 ^{1/2}	143
Finanzierungssaldo	2,2	2,2	1,9	- 3,9	- 4,6	- 9	- 8 ^{1/2}
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,7	2,9	0,3	0,7	0,9	2	- 1 ^{1/2}
Einnahmen	5,5	3,4	- 0,9	- 1,6	- 0,8	1 ^{1/2}	0
darunter:							
Bund							
Ausgaben	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3	- 2 ^{1/2}
Einnahmen	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	2 ^{1/2}	1
Länder							
Ausgaben	0,7	0,7	1,8	1,8	0,7	2	- 1
Einnahmen	3,1	3,3	0,9	- 4,6	- 0,7	3 ^{1/2}	- 1 ^{1/2}
Gemeinden							
Ausgaben	- 1,0	0,9	1,6	1,3	0,9	1 ^{1/2}	0
Einnahmen	2,5	0,9	1,4	- 2,7	0,4	- 1 ^{1/2}	1 ^{1/2}

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² 2001, 2002: vorläufiges IST; 2003, 2004: Schätzung.

Stand: Finanzplanungsrat Juli 2003.

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1998 bis 2004

	1998	1999	2000	2001 ²	2002 ²	2003 ²	2004 ²
	Mrd. €						
	Anteile in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 1,5	- 1,4	- 1,7	- 2,3	- 2,7	- 3	- 3
darunter:							
Bund	- 1,5	- 1,3	- 1,2	- 1,1	- 1,6	- 1½	- 1½
Länder	- 0,7	- 0,4	- 0,5	- 1,2	- 1,4	- 1	- 1
Gemeinden	0,1	0,1	0,1	- 0,2	- 0,2	- ½	- ½
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 5,0	- 4,5	- 5,7	- 7,8	- 9,4	- 10½	- 10½
darunter:							
Bund	- 12,4	- 10,6	- 9,8	- 9,4	- 13,1	- 13½	- 12½
Länder	- 5,8	- 3,4	- 4,1	- 10,1	- 11,4	- 10	- 9½
Gemeinden	1,5	1,5	1,3	- 2,6	- 3,1	- 6	- 5½
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	30,1	30,2	29,5	29,1	28,8	29	28
darunter:							
Bund	12,1	12,5	12,0	11,7	11,8	12	11½
Länder	12,7	12,5	12,4	12,3	12,2	12	11½
Gemeinden	7,4	7,3	7,2	7,1	7,1	7	7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	22,1	22,9	23,0	21,5	20,9	21	21

² 2001, 2002: vorläufiges IST; 2003, 2004: Schätzung.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.
Stand: Finanzplanungsrat Juli 2003.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2004

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Ist-Ergebnisse										
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	148,2	194,4	205,4	218,4	233,9	240,9	237,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	5,2	.	5,7	6,3	7,1	3,0	- 1,4
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	137,9	169,8	178,2	198,3	199,7	215,1	211,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	12,7	.	5,0	11,3	0,7	7,7	- 1,5
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 10,3	- 24,6	- 27,2	- 20,1	- 34,2	- 25,9	- 25,8
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 9,8	- 23,9	- 26,6 ²	- 19,7	- 33,8	- 25,6	- 25,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 0,4	- 0,7	- 0,6	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	21,1	22,1	24,9	26,3	27,0	26,9	27,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	3,0	4,5	12,8	5,7	2,4	- 0,1	0,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,3	11,4	12,1	12,1	11,5	11,2	11,4
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	24,3	21,5	18,8	.	16,7	16,0	15,7	14,8	14,4
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	16,4	17,5	20,3	22,4	23,4	27,1	25,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	- 0,6	6,7	15,7	10,6	4,5	15,8	- 6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	11,1	9,0	9,9	10,3	10,0	11,3	10,7
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	35,1	35,9	52,6	.	51,4	43,5	44,9	46,6	38,7
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	18,5	20,1	31,4	33,7	33,3	31,3	34,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	8,4	8,4	56,7	7,0	- 1,1	- 6,0	8,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	12,5	10,3	15,3	15,4	14,2	13,0	14,3
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴	%	34,4	35,4	34,5	.	37,3	34,7	35,3	34,0	37,0
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	126,4	132,3	162,5	180,4	182,0	193,8	187,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	12,2	4,7	22,8	11,0	0,9	6,4	- 3,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	85,3	68,1	79,1	82,6	77,8	80,4	78,8
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	91,6	77,9	91,2	91,0	91,2	90,1	88,4
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁴	%	54,0	49,2	46,2	.	48,0	48,2	47,4	48,3	44,9
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 9,8	- 23,9	- 26,6	- 19,7	- 33,8	- 25,6	- 25,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	6,6	.	12,9	9,0	14,5	10,6	10,8
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	53,1	.	84,6	58,7	101,7	81,9	75,3
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{4, 5}	%	0,0	55,8	57,2	.	39,6	33,6	47,4	47,2	51,2
Nachrichtlich: Schuldenstand⁴										
öffentliche Haushalte ³	Mrd.€	59,2	129,4	472,8	536,2	595,9	680,8	766,5	841,1	1 010,4
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	242,9	250,8	277,2	299,6	310,2	350,4	364,3

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 4,8 Mrd. €.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

⁴ Stand August 2003; 2003 + 2004 = Schätzung

⁵ Für 2003 und 2004: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo

⁶ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2003, Stand Kabinettsbeschluss vom 29.10.2003

Stand November 2003; Zahlen zum öffentlichen Gesamthaushalt Stand Finanzplanungsrat Juli 2003.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2004

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
		Ist-Ergebnisse							Soll ⁶	Soll ⁷
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben		232,9	225,9	233,6	246,9	244,4	243,1	249,3	260,2	257,3
Veränderung gegen Vorjahr		- 2,0	- 3,0	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	4,4	- 1,1
Einnahmen		192,8	193,5	204,7	220,6	220,5	220,2	216,6	216,4	227,7
Veränderung gegen Vorjahr		- 9,0	0,4	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	- 0,1	5,2
Finanzierungssaldo		- 40,1	- 32,5	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 43,8	- 29,6
darunter:										
Nettokreditaufnahme		- 40,0	- 32,6	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 43,4	- 29,3
Münzeinnahmen		- 0,1	0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,4	- 0,3
Rücklagenbewegung		-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge		-	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben		27,0	26,8	26,7	27,0	26,5	26,8	27,0	27,1	27,3
Veränderung gegen Vorjahr		- 0,1	- 0,7	- 0,7	1,2	- 1,7	1,1	0,7	0,3	0,9
Anteil an den Bundesausgaben		11,6	11,9	11,4	10,9	10,8	11,0	10,8	10,4	10,6
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴		14,3	16,2	16,1	16,1	15,7	15,9	15,7	15,7	39,9
Zinsausgaben		26,0	27,3	28,7	41,1	39,1	37,6	37,1	37,9	37,7
Veränderung gegen Vorjahr		2,3	4,9	5,2	43,1	- 4,7	- 3,9	- 1,5	2,2	- 0,6
Anteil an den Bundesausgaben		11,2	12,1	12,3	16,6	16,0	15,5	14,9	14,6	14,6
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴		39,0	40,6	42,1	58,9	58,0	56,8	56,3	57,4	55,0
Investive Ausgaben		31,2	28,8	29,2	28,6	28,1	27,3	24,1	26,7	24,6
Veränderung gegen Vorjahr		- 8,3	- 7,6	1,3	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	10,8	- 7,6
Anteil an den Bundesausgaben		13,4	12,8	12,5	11,6	11,5	11,2	9,7	10,2	9,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ⁴		36,1	35,2	35,5	35,7	35,0	34,2	33,2	36,3	34,7
Steuereinnahmen ¹		173,1	169,3	174,6	192,4	198,8	193,8	192,0	190,8	197,7
Veränderung gegen Vorjahr		- 7,5	- 2,2	3,1	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,7	3,6
Anteil an den Bundesausgaben		74,3	74,9	74,7	77,9	81,3	79,7	77,0	73,3	76,8
Anteil an den Bundeseinnahmen		89,8	87,5	85,3	87,2	90,1	88,0	88,7	88,2	86,8
Anteil am gesamten Steueraufkommen ⁴		42,3	41,5	41,0	42,5	42,5	43,4	43,5	42,4	42,8
Nettokreditaufnahme		- 40,0	- 32,6	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 43,4	- 29,3
Anteil an den Bundesausgaben		17,2	14,4	12,4	10,6	9,7	9,4	12,8	16,7	11,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes		128,3	113,0	98,8	91,2	84,4	83,7	132,4	162,8	118,9
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{4, 5}		70,4	64,3	88,6	82,3	62,0	57,8	61,6	65,3	46,1
Nachrichtlich: Schuldenstand ⁴										
öffentliche Haushalte ³		1 070,4	1 119,1	1 153,4	1 183,1	1 198,2	1 203,9	1 253,2	1 317	1 377 ^{1/2}
darunter: Bund		385,7	426,0	488,0	708,3	715,6	697,3	719,4	752	783

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 4,8 Mrd. €.

³ Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

⁴ Stand August 2003; 2003 + 2004 = Schätzung

⁵ Für 2003 und 2004: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo

⁶ Inkl. Entwurf Nachtragshaushalt 2003, Stand Kabinettsbeschluss vom 29.10.2003.

⁷ Stand nach der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags.

Stand November 2003; Zahlen zum öffentlichen Gesamthaushalt Stand Finanzplanungsrat Juli 2003.

8 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹

(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1971	23,9	36,5	22,6	34,2
1972	23,6	36,8	23,6	35,7
1973	24,7	38,7	24,1	37,0
1974	24,6	39,2	23,9	37,4
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,4	39,6	22,5	38,8
1992	22,8	40,4	23,2	40,0
1993	22,9	41,1	23,2	40,6
1994	22,9	41,5	23,1	40,8
1995	22,5	41,3	23,1	41,2
1996	22,9	42,3	22,3	40,9
1997	22,6	42,3	21,8	40,4
1998 ³	23,1	42,4	22,1	40,2
1999 ³	24,2	43,2	22,9	40,8
2000 ³	24,6	43,2	23,0	40,6
2001 ³	23,0	41,5	21,5	39,0
2002 ³	22,6	41,1	20,9	38,4
2003 ⁴	22 ¹ / ₂	41	21	38 ¹ / ₂
2004 ⁴	22 ¹ / ₂	41	21	38

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2003.

⁴ Schätzung; Stand: Finanzplanungsrat Juli 2003.

9 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	2000	2001	2002	2003 ⁴	2004 ⁴
in Mrd. €¹					
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	1 198,1	1 203,9	1 253,2	1 317	1377 ¹ / ₂
darunter:					
Bund	715,6	697,3	719,4	752	783
Länder	333,2	357,7	384,8	410 ¹ / ₂	435
Gemeinden ³	83,0	82,7	82,7	87 ¹ / ₂	92 ¹ / ₂
Sonderrechnungen des Bundes	58,3	59,1	59,2	59 ¹ / ₂	60 ¹ / ₂
Schulden in % der Gesamt-Schulden					
Bund	59,7	57,9	57,4	57	57
Länder	27,8	29,7	30,7	31	31 ¹ / ₂
Gemeinden ³	6,9	6,9	6,6	6 ¹ / ₂	6 ¹ / ₂
Sonderrechnungen des Bundes	4,9	4,9	4,7	4 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂
Schulden in % des BIP					
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	59,0	58,1	59,4	61	62
darunter					
Bund	35,3	33,6	34,1	35	35 ¹ / ₂
Länder	16,4	17,2	18,2	19	19 ¹ / ₂
Gemeinden ³	4,1	4,0	3,9	4	4
Sonderrechnungen des Bundes	2,9	2,8	2,8	3	2 ¹ / ₂
nachrichtlich					
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“ in % des BIP	60,2	59,5	60,8	62 ¹ / ₂	63 ¹ / ₂

¹ Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

² Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

³ Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

⁴ Schätzung.

Stand: Finanzplanungsrat Juli 2003.

10 Steueraufkommen nach Steuergruppen^{1,2}

Jahr	Steueraufkommen			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	insgesamt	davon		Direkte Steuern	Indirekte Steuern
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1971	88,2	47,8	40,4	54,2	45,8
1972	100,7	56,2	44,5	55,8	44,2
1973	114,9	67,0	48,0	58,3	41,7
1974	122,5	73,7	48,8	60,2	39,8
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1976	137,1	82,2	54,8	60,0	40,0
1977	153,1	95,0	58,1	62,0	38,0
1978	163,2	98,1	65,0	60,1	39,9
1979	175,3	102,9	72,4	58,7	41,3
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003 ³	441,6	209,5	232,1	47,4	52,6
2004 ³	453,4	218,2	235,2	48,1	51,9

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind:

Direkte Steuern: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1974); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsteuer (31.12.1979); Kuponsteuer (31.07.1984); Solidaritätszuschlag (vom 1.7.1992 bis 31.12.1994); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997)

Indirekte Steuern: Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992)

² Zusammensetzung der Steuereinnahmen ab 1999:

Direkte Steuern: Einkommensteuer; Körperschaftsteuer; Solidaritätszuschlag; Grundsteuer A + B; Gewerbe(ertrag)steuer; Erbschaftsteuer/Schenkungsteuer

Indirekte Steuern: Steuern vom Umsatz; Zölle; Tabaksteuer; Kaffeesteuer; Branntweinabgaben; Schaumweinsteuer; Mineralölsteuer; Versicherungssteuer; Kraftfahrzeugsteuer; Rennwett- und Lotteriesteuer; Biersteuer; Grunderwerbsteuer; Stromsteuer; sonstige Steuern vom Verbrauch und Aufwand

³ Steuerschätzung vom 5. bis 6. November 2003

11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP									
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland ²	- 2,9	- 1,2	- 2,1	- 3,5	- 1,2	- 2,8	- 3,5	- 4,2	- 3,9	- 3,4
Belgien	- 8,6	- 8,9	- 5,4	- 4,3	0,2	0,4	0,1	0,2	- 0,4	- 0,4
Dänemark	- 3,2	- 2,0	- 1,0	- 2,3	2,6	2,9	1,9	0,9	1,3	1,9
Griechenland	- 2,6	- 11,6	- 15,9	- 10,2	- 1,9	- 2,0	- 1,2	- 1,7	- 2,4	- 2,3
Spanien	- 2,5	- 6,2	- 4,2	- 6,6	- 0,9	- 0,3	0,1	0,0	0,1	0,2
Frankreich	0,0	- 2,8	- 1,5	- 5,5	- 1,4	- 1,6	- 3,1	- 4,2	- 3,8	- 3,6
Irland	- 11,6	- 10,2	- 2,2	- 2,1	4,4	0,9	- 0,4	- 0,9	- 1,2	- 1,1
Italien	- 8,7	- 12,5	- 11,0	- 7,6	- 1,8	- 2,6	- 2,3	- 2,6	- 2,8	- 3,5
Luxemburg	- 0,4	6,3	4,7	2,1	6,4	6,2	2,4	- 0,6	- 2,1	- 2,5
Niederlande	- 4,1	- 3,5	- 4,9	- 4,2	1,5	0,0	- 1,6	- 2,6	- 2,7	- 2,4
Österreich	- 1,7	- 2,4	- 2,4	- 5,3	- 1,9	0,3	- 0,2	- 1,0	- 0,6	- 0,2
Portugal	- 8,4	- 10,1	- 4,9	- 5,5	- 3,1	- 4,2	- 2,7	- 2,9	- 3,3	- 3,9
Finnland	3,3	2,8	5,3	- 3,9	7,1	5,2	4,2	2,4	1,7	1,9
Schweden	- 3,9	- 3,7	4,0	- 7,4	3,4	4,5	1,3	0,2	0,5	1,0
Vereinigtes Königreich	- 3,4	- 2,9	- 0,9	- 5,8	1,5	0,7	- 1,5	- 2,8	- 2,7	- 2,4
Euro-Zone	- 3,4	- 4,9	- 4,4	- 5,1	- 0,9	- 1,6	- 2,2	- 2,8	- 2,7	- 2,7
EU-15	- 3,4	- 4,5	- 3,5	- 5,2	- 0,2	- 0,9	- 1,9	- 2,7	- 2,6	- 2,4
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,4	- 3,1	1,5	- 0,5	- 3,4	- 5,0	- 5,5	- 5,4
Japan	- 4,3	- 0,8	- 2,8	- 4,7	- 7,4	- 6,1	- 7,1	- 7,3	- 7,2	- 7,1

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

² 1980 – 1990 nur alte Bundesländer.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2003, März 2003.

Für die Jahre 2000 bis 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, Oktober 2003 (ohne UMTS-Erlöse).

Stand: November 2003

12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP									
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland ¹	31,2	40,7	42,3	57,0	60,2	59,4	60,8	63,8	65,0	65,8
Belgien	78,6	122,3	129,2	134,0	109,5	108,7	106,1	103,5	101,0	97,8
Dänemark	36,5	70,0	57,8	69,3	47,3	45,4	45,5	42,9	41,0	37,9
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	106,2	106,9	104,7	100,6	97,1	95,0
Spanien	16,8	42,3	43,6	63,9	60,5	56,8	53,8	51,3	48,8	46,3
Frankreich	19,8	30,8	35,1	54,6	57,2	56,8	59,0	62,6	64,3	65,6
Irland	75,1	109,5	101,4	82,7	38,4	36,1	32,4	33,5	33,8	33,8
Italien	58,2	81,9	97,2	123,2	110,6	109,5	106,7	106,4	106,1	106,1
Luxemburg	9,3	9,7	4,4	5,6	5,5	5,5	5,7	4,9	4,7	4,1
Niederlande	45,9	70,3	76,9	77,2	55,9	52,9	52,4	54,6	55,5	55,5
Österreich	36,2	49,2	57,2	69,2	67,0	67,1	66,7	66,4	65,2	63,2
Portugal	32,3	61,5	58,3	64,3	53,3	55,5	58,1	57,5	58,6	60,0
Finnland	11,5	16,2	14,2	57,1	44,6	44,0	42,7	44,6	44,5	44,3
Schweden	40,3	62,4	42,3	73,6	52,8	54,4	52,7	51,7	51,4	50,0
Vereinigtes Königreich	53,2	52,7	34,0	51,8	42,1	38,9	38,5	39,6	40,5	41,0
Euro-Zone	34,7	52,0	58,1	73,0	70,2	69,2	69,0	70,4	70,7	70,7
EU-15	37,8	52,9	54,0	70,2	64,1	62,8	62,5	64,1	64,4	64,4
USA	45,6	59,6	67,3	74,8	59,2	59,3	61,4	64,1	66,3	–
Japan	54,3	71,4	68,3	86,6	133,1	141,5	147,3	153,5	159,9	–

¹ 1980 – 1990 nur alte Bundesländer.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: EU-Kommission „Europäische Wirtschaft“ Nr. 6/2003, Oktober 2003.
(USA und Japan auch für die Jahre 2000 bis 2004)

Für die Jahre 2000 bis 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, Oktober 2003.

Stand: November 2003

13 Steuerquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002 ²
Deutschland ^{3,4}	22,4	24,3	23,4	22,7	23,1	23,0	21,5	20,9
Deutschland ³	20,8	22,7	21,8	20,6	23,3	23,0	22,2	21,7
Belgien	24,7	30,2	31,2	28,8	29,9	31,6	31,4	31,6
Dänemark	37,7	43,2	45,7	45,7	47,8	47,2	47,6	47,7
Finnland	28,9	29,1	33,0	35,0	32,7	35,2	33,8	33,7
Frankreich	21,7	23,3	24,8	24,0	25,2	28,9	28,6	27,7
Griechenland	15,7	16,2	18,4	20,5	21,9	26,7	25,5	23,5
Irland	26,4	26,9	29,9	28,5	28,1	27,0	25,6	23,7
Italien	16,2	18,9	22,5	26,1	28,2	30,0	29,9	28,6
Japan	15,5	17,8	18,9	21,3	17,6	17,6	17,0	–
Kanada	27,8	27,7	28,1	31,5	30,6	30,6	29,9	28,4
Luxemburg	19,1	29,1	33,3	29,7	31,1	30,2	29,6	30,5
Niederlande	23,2	27,0	23,8	26,9	24,4	25,1	25,3	25,4
Norwegen	28,9	33,5	34,1	30,6	31,5	30,3	34,4	33,4
Österreich	25,8	27,5	28,6	27,2	26,5	28,5	30,6	29,3
Polen	–	–	–	–	27,6	24,3	23,5	24,2
Portugal	14,7	17,0	19,7	21,3	23,7	25,5	24,5	24,8
Schweden	31,9	32,8	35,3	37,8	35,1	39,5	36,1	35,3
Schweiz	17,2	20,1	20,5	20,6	20,8	23,6	22,3	23,4
Slowakei	–	–	–	–	–	20,5	17,9	19,2
Spanien	10,2	11,9	16,3	21,4	21,0	22,8	22,6	23,0
Tschechien	–	–	–	–	23,7	21,9	21,3	21,9
Ungarn	–	–	–	–	27,3	27,6	27,5	26,3
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	31,0	30,7	28,7	31,0	31,0	29,8
Vereinigte Staaten	23,2	21,1	19,5	19,8	20,7	22,8	21,8	–

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² Vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2002, Paris 2003.

14 Abgabenquote im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002 ²
Deutschland ^{3,4}	33,5	39,7	39,2	38,0	41,2	40,6	39,0	38,4
Deutschland ³	29,8	34,6	34,4	32,9	38,2	37,8	36,8	36,2
Belgien	34,5	42,4	45,6	43,2	44,6	45,7	45,8	46,2
Dänemark	39,2	43,9	47,4	47,1	49,4	49,5	49,8	49,4
Finnland	31,8	36,1	39,9	44,6	45,1	47,3	46,1	45,9
Frankreich	34,1	40,6	43,8	43,0	44,0	45,2	45,0	44,2
Griechenland	22,4	24,2	28,6	29,3	32,4	37,5	36,9	34,8
Irland	28,8	31,4	35,0	33,5	32,8	31,2	29,9	28,0
Italien	26,1	30,4	34,4	38,9	41,2	41,9	42,0	41,1
Japan	20,0	25,1	27,1	30,0	27,6	27,5	27,3	–
Kanada	30,8	30,9	32,5	35,9	35,6	35,6	35,1	33,5
Luxemburg	26,8	40,8	45,1	40,8	42,3	40,4	40,7	42,3
Niederlande	35,8	43,6	42,6	43,0	41,9	41,1	39,5	39,3
Norwegen	34,4	42,5	43,1	41,5	41,1	39,0	43,3	43,1
Österreich	34,6	39,8	41,9	40,4	41,6	43,3	45,4	44,1
Polen	–	–	–	–	39,6	34,4	33,6	34,3
Portugal	19,4	24,1	26,6	29,2	32,5	34,3	33,5	34,0
Schweden	37,5	46,1	47,0	51,9	48,5	54,0	51,4	50,6
Schweiz	22,5	28,9	26,6	26,9	28,5	31,2	30,6	31,3
Slowakei	–	–	–	–	–	34,9	32,2	33,8
Spanien	16,3	23,1	27,8	33,2	32,8	35,2	35,2	35,6
Tschechien	–	–	–	–	40,1	38,9	38,4	39,2
Ungarn	–	–	–	–	42,4	39,0	39,0	37,7
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	37,7	36,8	34,8	37,2	37,3	35,9
Vereinigte Staaten	27,7	27,0	26,1	26,7	27,6	29,7	28,9	–

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² Vorläufig.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

⁴ In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2002, Paris 2003.

Stand: November 2003.

15 Entwicklung der EU-Haushalte von 1999 bis 2004

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	80,31	83,44	79,99	85,14	97,50	100,12
davon:						
Agrarpolitik	39,78	40,51	41,53	43,52	44,78	46,63
Strukturpolitik	26,66	27,59	22,46	23,5	33,17	30,52
Interne Politiken	4,47	5,37	5,30	6,57	6,20	7,47
Externe Politiken	4,59	3,84	4,23	4,42	4,69	4,76
Verwaltungsausgaben	4,51	4,74	4,86	5,21	5,36	6,03
Reserven	0,30	0,19	0,21	0,17	0,43	0,44
Heranführungsstrategien	0,00	1,20	1,40	1,75	2,86	2,90
Ausgleichszahlungen						1,41
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	- 0,5	3,9	- 4,1	6,4	14,5	2,7
davon:						
Agrarpolitik	2,5	1,8	2,5	4,8	2,9	4,1
Strukturpolitik	- 6,0	3,5	- 18,6	4,6	41,1	- 8,0
Interne Politiken	- 8,4	20,1	- 1,3	24,0	- 5,6	20,6
Externe Politiken	12,8	- 16,3	10,2	4,5	9,5	1,5
Verwaltungsausgaben	6,9	5,1	2,5	7,2	2,9	12,5
Reserven	11,1	- 36,7	10,5	- 19,0	152,9	2,3
Heranführungsstrategie			16,7	25,0	54,9	0,0
Ausgleichszahlungen						-
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	49,5	48,5	51,9	51,1	45,9	46,6
Strukturpolitik	33,2	33,1	28,1	27,6	34,0	30,5
Interne Politiken	5,6	6,4	6,6	7,7	6,4	7,5
Externe Politiken	5,7	4,6	5,3	5,2	4,8	4,8
Verwaltungsausgaben	5,6	5,7	6,1	6,1	5,5	6,0
Reserven	0,4	0,2	0,3	0,2	0,4	0,4
Heranführungsstrategie	0,0	1,4	1,8	2,1	2,9	2,9
Ausgleichszahlungen						1,4
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	86,90	92,72	94,28	95,43	97,50	100,12
davon:						
Zölle	11,71	13,11	12,83	11,63	10,71	10,15
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,15	2,16	1,82	1,84	1,43	1,22
MwSt-Eigenmittel	31,33	35,19	30,69	22,54	24,12	14,32
BSP/BNE-Eigenmittel	37,51	37,58	34,46	45,85	59,40	74,18
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	2,8	6,7	1,7	1,2	2,2	2,7
davon:						
Zölle	- 3,7	12,0	- 2,1	- 9,4	- 7,9	- 5,2
Agrarzölle und Zuckerabgaben	10,3	0,5	- 15,7	1,1	- 22,3	- 14,7
MwSt-Eigenmittel	- 5,3	12,3	- 12,8	- 26,6	7,0	- 40,6
BSP/BNE-Eigenmittel	7,1	0,2	- 8,3	33,1	29,6	24,9
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	13,5	14,1	13,6	12,2	11,0	10,1
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,5	2,3	1,9	1,9	1,5	1,2
MwSt-Eigenmittel	36,1	38,0	32,6	23,6	24,7	14,3
BSP/BNE-Eigenmittel	43,2	40,5	36,6	48,0	60,9	74,1

Bemerkungen:

1999 bis 2002 Ist-Angaben gemäß EU-Haushaltsrechnung (2002 vorl.) und ERH-Jahresbericht.

2003 Sollansatz gemäß EU-Haushalt

2004 Sollansatz für die erweiterte Union (nach 1. Lesung Rat).

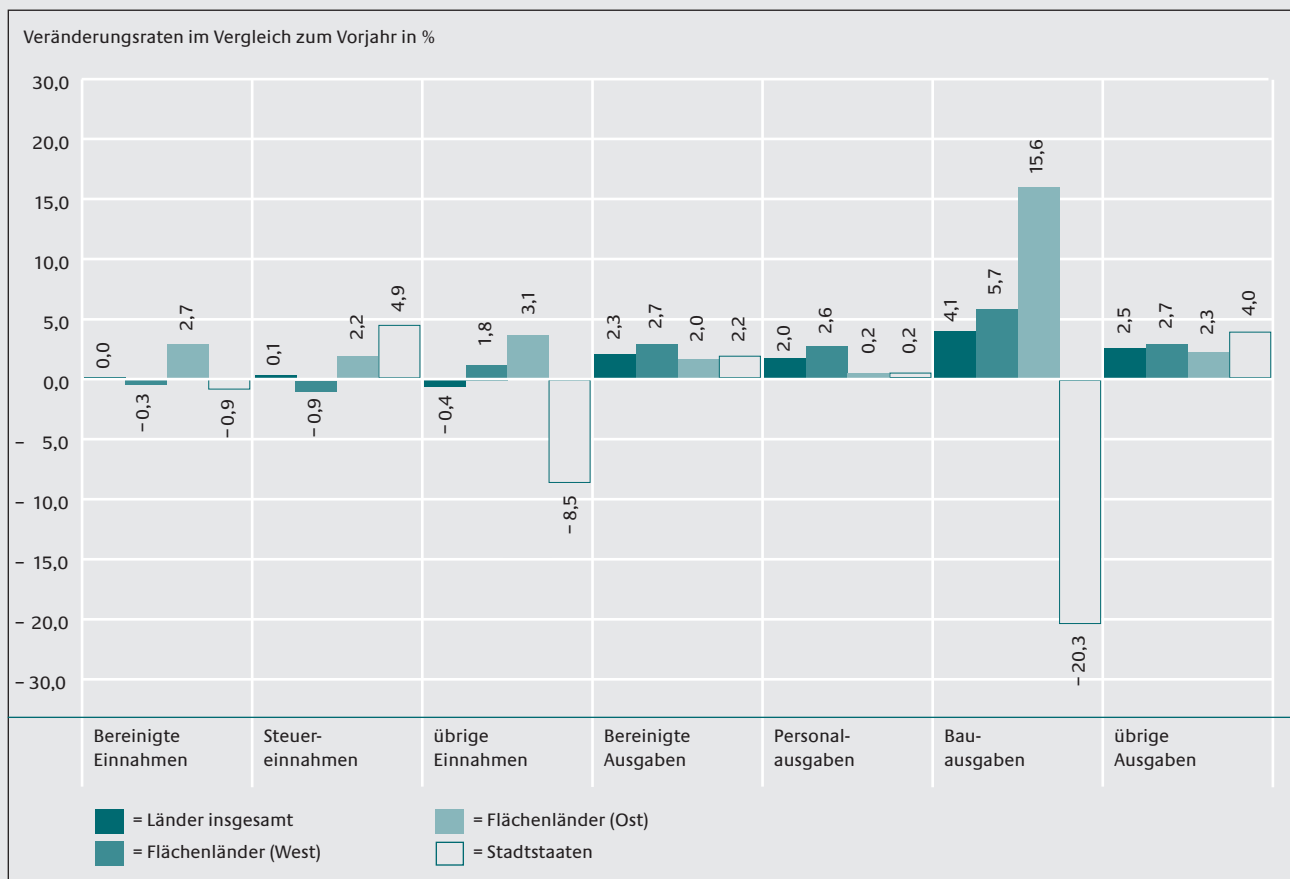
Stand: November 2003.

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2003 im Vergleich zum Jahressoll 2003

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	161 773	113 371	51 222	33 944	28 838	20 623	235 879	163 970
darunter:								
Steuereinnahmen	125 473	87 743	23 613	16 675	16 750	12 376	165 836	116 794
übrige Einnahmen	36 300	25 628	27 610	17 269	12 088	8 248	70 044	47 176
Bereinigte Ausgaben	176 883	130 155	54 799	37 564	34 906	26 246	260 633	189 998
darunter:								
Personalausgaben	71 272	53 736	13 778	10 155	11 911	8 971	96 961	72 862
Bausausgaben	2 601	1 569	1 930	1 006	802	406	5 333	2 981
übrige Ausgaben	103 010	74 850	39 090	26 403	22 193	16 870	158 339	114 155
Finanzierungssaldo	- 15 103	- 16 784	- 3 576	- 3 620	- 6 049	- 5 623	- 24 729	- 26 027

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2003



3 Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder Ende des Monats September 2003; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	September 2002			August 2003			September 2003		
		Bund	Länder ³	Ins- gesamt	Bund	Länder ³	Ins- gesamt	Bund	Länder ³	Ins- gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	149 972	164 009	303 227	129 130	139 760	259 583	146 608	163 970	300 076
111	darunter: Steuereinnahmen	129 769	116 639	246 408	113 767	101 079	214 845	129 175	116 794	245 969
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	117 155 ⁴	42 803	159 957	144 408 ⁴	48 550	192 958	158 122 ⁴	52 863	210 985
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	191 551	185 651	366 448	181 659	167 519	339 870	200 626	189 998	380 121
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	19 927	71 465	91 392	18 214	65 098	83 313	20 235	72 862	93 097
122	Bauausgaben	3 310	2 864	6 174	2 860	2 594	5 454	3 341	2 981	6 322
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	84	84	–	–268	–268	–	–331	–331
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	97 485	28 031	125 516	121 142	30 727	151 869	142 084	35 354	177 438
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	–41 579	–21 642	–63 221	–52 529	–27 759	–80 288	–54 018	–26 027	–80 045
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss- nachweisung der Bundeshaupthauptkasse/ Landeshauptkassen ²	28 055	14 583	42 638	25 737	17 733	43 470	18 537	17 500	36 038
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–520	–520	–	–520	–520
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–1 425	–1 425	–	–1 418	–1 418	–	–1 622	–1 622
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	14 155	8 391	22 546	10 061	6 731	16 792	17 681	8 398	26 078
32	Vorschüsse	–	12 905	12 905	–	9 729	9 729	–	10 893	10 893
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	7 344	7 344	–	5 967	5 967	–	5 876	5 876
34	Saldo (31–32+33)	14 155	2 830	16 985	10 061	2 969	13 030	17 681	3 381	21 062
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	631	–5 654	–5 023	–16 731	–8 994	–25 725	–17 800	–7 288	–25 088
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	4 192	4 192	16 731	7 478	24 210	17 800	6 125	23 925
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	611	611	–	90	90	–	446	446
56	Zusammen	–	4 803	4 803	16 731	7 568	24 300	17 800	6 571	24 371
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	631	–851	–221	0	–1 425	–1 425	0	–717	–717
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	–	1 296	1 296	–	1 427	1 427	–	1 460	1 460
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupthaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	771	771	–	1 047	1 047	–	846	846

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.

³ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

⁴ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung.

4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats September 2003; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland ⁶
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	21 147,4	23 247,0⁹	6 259,9	11 970,0	4 415,8	14 192,4	29 327,6	7 470,2	2 077,6
111	darunter: Steuereinnahmen	16 030,2	18 249,4	3 054,7	9 645,7	2 159,1	9 730,8	24 026,5	4 997,4	1 279,4
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	380,1	–	282,7	586,7	33,4	205,5	79,0
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	3 645,0	2 204,7 ⁷	1 839,3	2 125,0	1 235,0	5 245,2	11 489,0	3 262,5	987,3
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	23 261,0	25 189,2⁹	6 718,3	13 529,8	5 022,2	15 789,5	36 011,6	8 912,8	2 451,8
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	9 863,9	11 010,2	1 814,7	5 141,3	1 444,8	6 160,2 ³	14 420,0 ³	3 615,8	1 054,2
122	Bauausgaben	267,0	568,5	171,8	265,9	104,3	180,9	85,3 ⁴	49,8	45,9
123	Länderfinanzausgleich ¹	1 406,7	1 292,0	–	1 293,1	–	–	547,2	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 437,1	987,1 ⁸	1 551,1	2 928,4	718,7	3 040,3	8 530,5	2 733,4	554,4
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
	(Finanzierungssaldo)	-2 113,6	-1 942,2⁹	-458,4	-1 559,8	-606,4	-1 597,1	-6 684,0	-1 442,6	-374,2
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	2 232,6	1 410,1	371,8	-814,6	547,6	1 901,1	2 958,3	438,3	428,2
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-471,5	–	–	–	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	0,0	-850,9	-325,7	0,5	-283,3	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 486,7	1 739,4	245,9	774,9	117,2	235,6	1 909,7	1 199,3	196,9
32	Vorschüsse	1 471,2	3 391,2	0,9	23,2	0,2	1 273,4	396,8	637,7	11,0
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	206,1	3 034,8	–	521,0	13,1	523,4	192,9	3,6	24,7
34	Saldo (31-32+33)	221,6	1 383,0	245,0	1 272,7	130,1	-514,4	1 705,9	565,2	210,6
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-130,9	0,0	-167,3	-1 101,3	-212,0	-210,4	-2 019,8	-439,1	264,6
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	150,0	687,3	–	–	2 030,0	440,0	-264,6
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	285,0	161,0	–	–	–	–
56	Zusammen	–	–	150,0	972,3	161,0	–	2 030,0	440,0	-264,6
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	-130,9⁵	0,0	-17,3⁵	-129,0⁵	-51,0⁵	-210,4⁵	10,2	0,9	0,0
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	–	–	–	–	–	499,1	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	523,4	190,0	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – ³ Ohne Oktober-Bezüge. – ⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – ⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. – ⁶ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. – ⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. – ⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 27,0 Mio. €. – ⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Artikel 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 23 131,4 Mio. €, die Ausgaben 24 996,6 Mio. € und der Finanzierungssaldo -1 865,3 Mio. €.

Stand: Oktober 2003

4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder Ende des Monats September 2003; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen ⁶	Hamburg	Länder zusammen ⁶
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	11 559,7	5 890,4	4 840,5	5 818,0	12 067,9	2 409,5	6 350,0	163 970,1
111	darunter: Steuereinnahmen	5 470,3	3 053,6	3 783,8	2 937,3	5 867,2	1 263,6	5 244,8	116 793,8
112	Länderfinanzausgleich ¹	665,3	385,4	-3,0	359,5	1 860,9	238,3	0,0	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	1 125,1	2 641,4	3 334,1	1 615,1	10 270,0	743,9	1 100,7	52 863,3
12	Bereinigte Ausgaben¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	11 678,8	7 293,4	5 911,3	6 851,3	15 301,8	3 115,6	8 032,9	189 997,5
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	3 159,2	1 916,2	2 470,6	1 820,4	5 432,9	962,4	2 575,3	72 862,1
122	Bauausgaben	444,0	114,1	105,5	171,8	74,3	83,1	248,6	2 980,8
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	204,2	-330,6
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	767,8	1 797,2	2 519,5	974,9	6 421,5	391,8	0,0	35 353,7
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)								
	(Finanzierungssaldo)	- 119,1	- 1 403,0	- 1 070,8	- 1 033,3	- 3 233,9	- 706,1	- 1 682,9	- 26 027,4
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	359,3	769,2	830,8	640,2	3 836,7	486,5	1 104,2	17 500,3
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-48,2	-	-	-	-519,7
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	-	-	-	-	-	-162,9	-1 622,3
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	517,9	709,9	-	-114,6	-1 115,8	196,2	298,5	8 397,7
32	Vorschüsse	1 149,9	123,9	-	25,1	-	-10,7	2 398,9	10 892,7
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	298,1	49,2	-	6,6	74,8	-42,1	970,0	5 876,2
34	Saldo (31-32+33)	-333,9	635,2	-	-133,1	-1 041,0	164,8	-1 130,4	3 381,3
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-93,7	1,3	-240,0	-574,4	-438,2	-54,8	-1 872,0	-7 288,0
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	699,2	460,4	66,1	1 857,0	6 125,4
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	446,0
56	Zusammen	-	-	-	699,2	460,4	66,1	1 857,0	6 571,4
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	-93,7⁵	1,3	-240,0⁵	124,8	22,2	11,3	-15,0⁵	-716,6⁵
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit	-	-	-	5,7	-	-	955,0	1 459,8
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	-	-	0,9	74,8	-67,6	124,6	846,1

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – ³ Ohne Oktober-Bezüge. – ⁴ Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – ⁵ Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. – ⁶ Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. – ⁷ Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. – ⁸ Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 27,0 Mio. €. – ⁹ Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Artikel 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 23 131,4 Mio. €, die Ausgaben 24 996,6 Mio. € und der Finanzierungssaldo - 1 865,3 Mio. €.

Stand: Oktober 2003

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			
	Mio.	Verän- derung in % p. a.	in %	Mio.	in %	gesamt Veränderung in % p. a.	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	Investitions- quote ⁴ in %
1991	38,5	.	50,8	2,1	5,2	.	.	.	23,8
1992	37,9	- 1,5	50,1	2,5	6,2	2,2	3,8	2,7	24,0
1993	37,4	- 1,3	49,7	3,0	7,5	- 1,1	0,3	1,6	23,0
1994	37,3	- 0,2	49,7	3,2	8,0	2,3	2,5	2,6	23,1
1995	37,4	0,2	49,5	3,1	7,7	1,7	1,5	2,5	22,4
1996	37,3	- 0,3	49,6	3,4	8,4	0,8	1,1	2,3	21,8
1997	37,2	- 0,2	49,9	3,8	9,3	1,4	1,6	2,0	21,4
1998	37,6	1,1	50,2	3,6	8,7	2,0	0,9	1,3	21,4
1999	38,1	1,2	50,4	3,3	8,1	2,0	0,8	1,5	21,6
2000	38,7	1,8	50,8	3,1	7,3	2,9	1,1	2,2	21,7
2001	38,9	0,4	51,0	3,1	7,4	0,8	0,4	1,4	20,3
2002 ⁵	38,7	- 0,6	50,9	3,4	8,1	0,2	0,8	1,3	18,6
1997/1992	37,4	- 0,4	49,8	3,2	7,8	1,0	1,4	2,2	22,6
2002/1997	38,2	0,8	50,5	3,4	8,1	1,6	0,8	1,5	20,8

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

² Erwerbstätige im Inland + Erwerbslose in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

⁵ Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

2 Preisentwicklung¹

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)	Preisindex für die Lebens- haltung ^{2,3}	Lohnstück- kosten ⁴
1991
1992	7,4	5,0	2,2	4,5	4,4	5,1	6,4
1993	2,5	3,7	1,7	3,2	3,8	4,4	3,8
1994	4,9	2,5	0,4	2,4	2,5	2,7	0,5
1995	3,8	2,0	1,2	1,8	1,8	1,7	2,1
1996	1,8	1,0	- 0,4	1,1	1,7	1,4	0,2
1997	2,1	0,7	- 1,8	1,2	2,0	1,9	- 0,7
1998	3,1	1,1	2,3	0,5	1,1	0,9	0,2
1999	2,6	0,5	0,2	0,4	0,2	0,6	0,4
2000	2,6	- 0,3	- 4,4	1,2	1,5	1,5	1,0
2001	2,2	1,3	0,1	1,3	1,5	2,0	1,3
2002 ⁵	1,8	1,6	1,9	1,0	1,3	1,4	0,7
1997/1992	3,0	2,0	0,2	1,9	2,4	2,4	1,2
2002/1997	2,4	0,8	0,0	0,9	1,1	1,3	0,7

¹ Preisbasis 1995.

² Preisbasis 2000.

³ Alle privaten Haushalte.

⁴ Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

⁵ Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €		Anteile am BIP in %		
1991	.	.	- 3,54	- 17,83	26,3	26,5	- 0,2	- 1,2
1992	0,2	0,3	- 3,97	- 12,78	24,5	24,8	- 0,2	- 0,8
1993	- 4,8	- 6,5	2,87	- 9,93	22,8	22,6	0,2	- 0,6
1994	8,6	8,0	5,53	- 22,73	23,6	23,3	0,3	- 1,3
1995	7,8	6,4	11,62	- 16,60	24,5	23,8	0,6	- 0,9
1996	5,2	3,6	19,07	- 7,44	25,3	24,3	1,0	- 0,4
1997	12,6	11,7	25,67	- 1,67	27,9	26,5	1,4	- 0,1
1998	7,2	6,9	28,84	- 4,50	29,0	27,5	1,5	- 0,2
1999	4,7	7,3	16,02	- 16,68	29,6	28,8	0,8	- 0,8
2000	17,0	19,0	7,52	- 7,88	33,8	33,4	0,4	- 0,4
2001	6,6	1,7	41,24	11,95	35,3	33,3	2,0	0,6
2002 ²	3,6	- 3,4	90,67	65,22	35,9	31,6	4,3	3,1
1997/1992	5,7	4,4	10,1	- 11,9	24,8	24,2	0,6	- 0,7
2002/1997	7,7	6,1	35,0	7,7	31,9	30,2	1,7	0,4

¹ In jeweiligen Preisen.

² Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögenseinkommen	Arbeitnehmerentgelte (Inländer)	Lohnquote	Bruttolöhne und Gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt ¹ in %	bereinigt ² in %	Veränderung in % p. a.
1991	.	.	.	72,5	72,5	.
1992	6,5	1,6	8,3	73,7	74,0	4,1
1993	1,1	- 2,6	2,4	74,7	75,2	0,8
1994	3,7	7,4	2,5	73,8	74,5	- 2,3
1995	4,3	6,1	3,6	73,3	74,1	- 1,0
1996	1,7	3,9	0,9	72,8	73,6	- 1,8
1997	1,7	5,0	0,4	71,8	72,8	- 3,1
1998	2,7	4,1	2,1	71,5	72,5	0,1
1999	1,8	- 0,3	2,6	72,0	72,9	1,6
2000	2,7	- 0,3	3,9	72,9	73,7	0,8
2001	2,2	2,8	2,0	72,7	73,7	1,7
2002 ⁴	1,9	4,8	0,8	71,9	73,0	- 0,4
1997/1992	2,5	3,9	1,9	73,4	74,0	- 1,5
2002/1997	2,3	2,2	2,3	72,1	73,1	0,8

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (1995 = 100).

⁴ Vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %								
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Deutschland ¹	1,0	2,0	5,7	1,7	2,9	0,6	0,2	0,4	2,0
Belgien	4,4	1,7	3,1	2,4	3,7	0,8	0,7	1,2	2,3
Dänemark	- 0,6	3,6	1,0	2,8	2,8	1,4	1,6	1,5	2,2
Griechenland	0,7	2,5	0,0	2,1	4,2	4,1	4,0	3,6	3,8
Spanien	1,3	2,3	3,8	2,8	4,2	2,7	2,0	2,0	3,0
Frankreich	1,6	1,5	2,6	1,7	3,8	1,8	1,2	1,1	2,3
Irland	3,1	3,1	7,6	10,0	10,0	5,7	6,0	3,3	4,5
Italien	3,5	3,0	2,0	2,9	3,1	1,8	0,4	1,0	2,1
Luxemburg	0,8	2,9	5,3	1,3	8,9	1,0	0,4	1,1	2,7
Niederlande	1,2	3,1	4,1	3,0	3,3	1,3	0,3	0,5	1,7
Österreich	2,2	2,4	4,7	1,6	3,5	0,7	1,0	1,2	2,0
Portugal	4,6	2,8	4,0	4,3	3,7	1,6	0,5	0,5	2,0
Finnland	5,1	3,1	0,0	4,1	5,5	0,6	1,6	2,2	2,9
Schweden	1,7	2,2	1,1	4,0	4,4	1,1	1,9	1,4	2,7
Vereinigtes Königreich	- 2,1	3,6	0,8	2,9	3,1	2,1	1,8	2,2	2,6
Euro-Zone	1,9	2,2	3,6	2,2	3,5	1,5	0,9	1,0	2,3
EU-15	1,3	2,5	3,0	2,4	3,5	1,6	1,1	1,3	2,4
Japan	2,8	4,6	5,2	1,9	2,8	0,4	0,3	1,5	1,3
USA	- 0,2	3,8	1,7	2,7	3,8	0,3	2,4	2,4	2,5

¹ 1980 – 1990 nur alte Bundesländer.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2003 (Herausgeber EU-Kommission). Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2003.
Stand: April 2003.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %								
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Deutschland ¹	5,8	1,8	2,7	1,9	1,5	2,1	1,3	1,3	1,2
Belgien	6,7	5,0	2,7	1,5	2,7	2,4	1,6	1,4	1,3
Dänemark	9,6	4,5	2,9	1,9	2,7	2,3	2,4	2,4	1,9
Griechenland	22,5	19,6	19,8	9,0	2,9	3,7	3,9	3,8	3,5
Spanien	15,7	8,1	6,6	4,8	3,5	2,8	3,6	3,2	2,7
Frankreich	13,0	5,8	3,0	2,0	1,8	1,8	1,9	1,9	1,5
Irland	18,6	5,1	2,1	2,8	5,3	4,0	4,7	4,2	3,2
Italien	20,8	9,1	6,4	6,0	2,6	2,3	2,6	2,4	1,9
Luxemburg	7,5	4,3	3,6	2,2	3,8	2,4	2,1	2,1	1,6
Niederlande	7,4	3,0	2,2	1,4	2,3	5,1	3,9	2,7	1,5
Österreich	5,7	3,5	3,3	2,0	2,0	2,3	1,7	1,8	1,8
Portugal	21,6	19,4	11,6	4,3	2,8	4,4	3,7	3,2	2,3
Finnland	11,1	5,5	5,5	0,4	3,0	2,7	2,0	1,7	1,5
Schweden	12,4	6,9	9,7	2,8	1,3	2,7	2,0	2,5	1,8
Vereinigtes Königreich	16,2	5,3	7,5	3,1	0,8	1,2	1,3	1,9	1,8
Euro-Zone	11,8	5,7	4,4	3,0	2,1	2,4	2,2	2,1	1,7
EU-15	12,4	5,6	5,1	3,0	1,9	2,3	2,1	2,1	1,7
Japan	7,5	1,8	2,6	- 0,3	- 0,7	- 0,6	- 0,9	- 0,6	- 0,7
USA	10,8	3,5	4,6	2,3	3,4	2,8	1,6	2,0	1,7

¹ 1980 – 1990 nur alte Bundesländer.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2003 (Herausgeber EU-Kommission). Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2003.
Stand: April 2003.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung								
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Deutschland ¹	2,7	7,2	4,8	8,0	7,8	7,7	8,2	8,9	8,9
Belgien	7,4	10,1	6,6	9,7	6,9	6,7	7,3	7,8	7,8
Dänemark	4,9	6,7	7,2	6,7	4,4	4,3	4,5	5,0	4,8
Griechenland	2,7	7,0	6,4	9,2	11,0	10,4	9,9	9,5	9,2
Spanien	8,5	17,7	13,1	18,8	11,3	10,6	11,4	11,6	11,4
Frankreich	6,2	9,8	8,6	11,3	9,3	8,5	8,7	9,2	9,1
Irland	8,0	16,8	13,4	12,3	4,3	3,9	4,4	5,6	5,6
Italien	7,1	8,2	8,9	11,5	10,4	9,4	9,0	9,1	8,8
Luxemburg	2,4	2,9	1,7	2,9	2,3	2,0	2,4	3,3	3,7
Niederlande	6,2	7,9	5,8	6,6	2,8	2,4	2,7	4,2	5,1
Österreich	1,1	3,1	3,1	3,9	3,7	3,6	4,3	4,5	4,4
Portugal	7,6	9,1	4,8	7,3	4,1	4,1	5,1	6,5	7,3
Finnland	4,7	4,9	3,2	15,4	9,8	9,1	9,1	9,4	9,3
Schweden	2,0	2,9	1,7	8,8	5,6	4,9	4,9	5,3	5,3
Vereinigtes Königreich	5,6	11,2	6,9	8,5	5,4	5,0	5,1	5,1	5,1
Euro-Zone	5,6	9,3	7,6	10,6	8,5	8,0	8,3	8,8	8,8
EU-15	5,5	9,4	7,3	10,1	7,8	7,3	7,6	8,0	8,0
Japan	2,0	2,6	2,1	3,1	4,7	5,0	5,2	5,4	5,4
USA	7,1	7,2	5,5	5,6	4,0	4,8	5,8	6,0	6,2

¹ 1980 – 1990 nur alte Bundesländer.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2003 (Herausgeber EU-Kommission). Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2003.
Stand: April 2003.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %								in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	2001	2002	2003 ¹	2004 ¹	2001	2002	2003 ¹	2004 ¹	2001	2002	2003 ¹	2004 ¹
Gemeinschaft der unabhängigen Staaten	6,4	4,9	5,8	5,0	20,4	14,5	13,1	11,7	7,9	7,0	6,5	3,8
Russische Föderation	5,0	4,3	6,0	5,0	20,6	16,0	14,4	12,9	10,8	8,9	8,4	5,2
Ukraine	9,2	4,8	5,3	4,8	12,0	0,8	5,5	5,3	3,7	7,7	5,6	4,0
Asien	5,1	6,2	5,9	6,2	2,6	1,8	2,3	2,7	2,8	3,8	3,2	2,9
China	7,5	8,0	7,5	7,5	0,7	-0,8	0,8	1,5	1,5	2,8	1,4	1,3
Indien	4,2	4,7	5,6	5,9	3,8	4,3	4,0	4,8	-0,2	1,0	0,6	0,3
Indonesien	3,4	3,7	3,5	4,0	11,5	11,9	6,6	5,4	4,9	4,3	2,7	1,9
Korea	3,1	6,3	2,5	4,7	4,1	2,8	3,3	3,0	1,9	1,3	1,6	1,8
Thailand	1,9	5,3	5,0	5,1	1,5	0,6	1,4	0,1	5,4	6,0	5,3	4,8
Lateinamerika	0,7	-0,1	1,1	3,6	6,4	8,7	10,9	7,0	-2,7	-0,9	-0,8	-1,1
Argentinien	-4,4	-10,9	5,5	4,0	-1,1	25,9	14,3	7,7	-1,7	10,3	5,4	4,5
Brasilien	1,4	1,5	1,5	3,0	6,8	8,4	15,0	6,2	-4,6	-1,7	-0,8	-1,5
Chile	3,1	2,1	3,3	4,5	3,6	2,5	3,4	3,0	-1,7	-0,8	-1,0	-1,2
Mexiko	-0,2	0,7	1,5	3,5	6,4	5,0	4,6	3,4	-2,9	-2,2	-2,2	-2,7
Venezuela	2,8	-8,9	-16,7	7,7	12,5	22,4	34,0	40,8	3,1	8,2	9,2	8,2

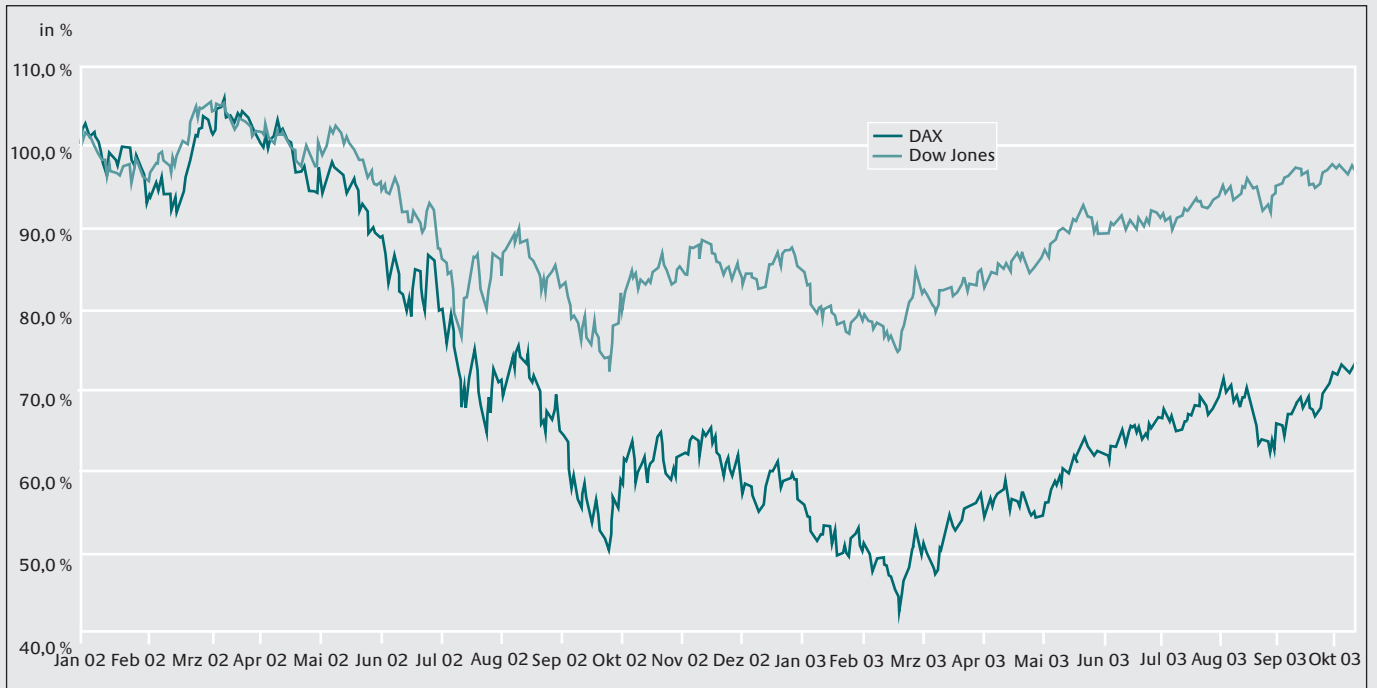
Quelle: IWF World Economic Outlook, Stand: September 2003

¹ Prognosen des IWF

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

1. Januar 2002 = 100 %

(1. Januar 2002 bis 14. November 2003)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindices

	Stand 17.11.2003	Anfang 2003	Änderung zu Anfang 2003	Tief 2002/2003	Hoch 2000
Dow Jones	9 724,1	8 342	16,6 %	7 197	11 750
Eurostoxx 50	2 606,6	2 508	3,9 %	1 904	5 220
Dax	3 720,3	2 893	28,6 %	2 189	8 136
CAC 40	3 394,4	3 064	10,8 %	2 401	6 945
Nikkei	9 787,0	8 579	14,1 %	7 604	20 434

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 17.11.2003	Anfang 2003	Spread zu US-Bond in %	Tief 2002/2003	Hoch 2002/2003
USA	4,19	3,82	–	3,1	5,4
Bund	4,35	4,18	0,16	3,5	5,3
Japan	1,29	0,90	– 2,90	0,4	1,6
Brasilien	9,58	18,9	5,39	9,6	30,8

Währungen

	Aktuell 17.11.2003	Anfang 2003	Änderung zu Anfang 2003	Tief 2002/2003	Hoch 2002/2003
Dollar/Euro	1,18	1,05	0,13	0,86	1,19
Yen/Dollar	109,0	119,0	– 10,0	115,0	134,0
Yen/Euro	128,0	125,0	3,50	112,0	141,0
Pfund/Euro	0,70	0,65	0,05	0,61	0,72

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Presse und Information
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de
Berlin, November 2003

Gestaltung:

trafodesign, Düsseldorf

Satz:

Heimbüchel PR, Kommunikation und Publizistik GmbH,
Berlin/Köln

Druck:

Druckhaus Am Treptower Park GmbH, Berlin

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen:

telefonisch 0180 / 522 1996 (0,12 €/Min.)

per Telefax 0180 / 522 1997 (0,12 €/Min.)

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.